



Handreichung zum Studium des Kirchenrechts

unter Berücksichtigung der Verhältnisse der ev.-luth.
Landeskirche des Herzogtums Braunschweig

nach den vom Konsistorialrat

Abt D. Hille

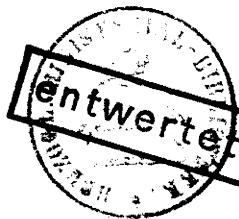
hinterlassenen Aufzeichnungen.

Bearbeitet von

W. Kellner,

Pastor zu Söplingen.

Zweiter Teil. Braunschweigisches.



Braunschweig, 1893.

Verlag von Hellmuth Wolfermann.

Zweiter Teil.

Erster Abschnitt.

Von dem Hoheitsrecht des Staates in Bezug auf die Kirche nach der Verfassung des Herzogtums Braunschweig.

§ 41. Übersicht.

Da die Regierung des Herzogtums Braunschweig nach den früher dargelegten Grundsätzen ein Hoheitsrecht, *jus circa sacra*, ausübt in Bezug auf die in ihrem Machtbereich befindlichen Religionsgesellschaften, mithin auch in Bezug auf die evangelisch-lutherische Kirche unseres Landes, welche in ihrer Eigenschaft als Landeskirche in besonders enger Beziehung steht zu dem Staate, so ist es von Wichtigkeit über das im Braunschweigischen geltende staatliche Hoheitsrecht orientiert zu sein. Demgemäß betrachten wir in dem hier vorliegenden ersten Abschnitt:

A. dessen Inhaberschaft durch den Landesfürsten als Staatsoberhaupt und zwar

1. in einem wesentlich geschichtlichen Abschnitt, wie die Landesfürsten in früheren Zeiten den kirchenordnungsmäßigen Bestand der Landeskirche durch besondere Religionsversicherungen verbürgt haben. (§ 42.)
2. Die jetzt geltenden Bestimmungen hinsichtlich der Inhaberschaft des staatlichen Kirchenhoheitsrechts seitens der Person des Landesfürsten. (§ 43.)

B. Die verfassungsmäßige Mitwirkung der staatlichen Organe bei dessen Ausübung.

Diese Organe sind:

1. Das Herzogliche Staatsministerium. (§ 44.)
2. Die Landesversammlung. (§ 45.)

In dem hierauf folgenden zweiten Abschnitt von den Rechtsverhältnissen der verschiedenen Religionsgesellschaften im Lande zum Staat und untereinander, wie dieselben kraft des staatlichen Hoheitsrechts geordnet sind, werden alsdann noch manche mit den im vorliegenden ersten Abschnitt angeführten Rechtsgrundlagen im Zusammenhang stehenden oder aus denselben im Laufe der Zeit hervorgegangenen Rechtsbestimmungen, welche gleichfalls zum jus circa sacra gehören, anzuführen sein, während diejenigen Bestimmungen, welche das bei uns geltende jus in sacra betreffen, in dem danach folgenden dritten und vierten Abschnitt vom Kirchenregiment unserer Landeskirche und dessen Organen darzulegen sein werden.*)

§ 42. Religionsversicherungen.

Nachdem Herzog Julius das heiß ersehnte Ziel seines Lebens erreicht hatte, nicht nur selbst ganz unangefochten seines evangelischen Glaubens leben,**) sondern auch sein

*) Da die Hilleischen Vorträge bemüht waren, durch kurze geschichtliche Ausführungen mit der Entstehung auch die Bedeutung und den Wert der bei uns geltenden kirchenrechtlichen Bestimmungen zum Verständnis zu bringen, so wird man hier und da auf eine streng systematische Anordnung des Stoffs verzichten müssen.

**) Der lutherisch gesinnte Julius (vgl. Erster Teil § 10, S. 20) hatte unter dem Zorne seines Vaters eine traurige Jugendzeit durchmachen müssen. Nach Ablehnung der dem Prinzen angetragenen Würde eines Bischofs von Minden 1554 hätten es bald die beständigen Verheßungen „widerrätiger Leute“ zu einer völligen Verstoßung des kaiserlichen Prinzen

Fürstentum, welches seit der von seinem streng katholischen Vater Heinrich dem Jüngern im Jahre 1547 ausgeführten Gegenreformation unter schwerer Gewissensbedrängnis seufzte,*) vom päpstlichen Joche befreien zu können, war es alsdann sein eifrigstes Bemühen, sein Land gegen die Wiederverkehr solcher traurigen Zeit sicher zu stellen und zu dem Ende die durch ihn gegründete evangelisch-lutherische Landeskirche zu befestigen. Hierzu sollte dienen sowohl der Erlaß der nach ihm

gebracht. Er wurde behandelt „zum Gott erbarmen, mußte hungern und sich die Kleider selbst pflegen und flicken,“ ja sogar eine Zeit lang in schmachtvoller Fast sitzen. Die Flucht vereitelte endlich die Ausführung der schändlichen nicht nur gegen seine Freiheit, sondern sogar gegen sein Leben gerichteten Anschläge. Man erzählt, es sei bereits ein Gewölbe hergerichtet, in welches er habe sollen lebendig eingemauert werden. Als es dann endlich gelang, des alternden Herzogs Heinrich des Jüngern Zorn einigermaßen zu besänftigen, ward ihm als Aufenthaltsort das Schloß zu Heßen angewiesen, wo er mit seiner ihm am 25. Februar 1560 zu Berlin angetrauten Gemahlin Hedwig von Brandenburg ein sehr einfaches zurückgezogenes Leben bis zu seines Vaters am 11. Juni 1568 erfolgten Tode führte. „Je mehr er gelitten hatte für die evangelische Wahrheit, desto eifriger war er nun darauf bedacht, das so teuer erkaufte köstliche Kleinod zu verteidigen und zu schützen.“ Weste S. 64 ff.

*) Vgl. Erster Teil § 9 S. 19. — Sobald sich der 1542 vertriebene und seit 1545 auf der Festung Ziegenhein gefangen gehaltene, infolge der Niederlage der Schmalkaldischen bei Mühlberg 1547 wieder in Freiheit gesetzte Herzog Heinrich der Jüngere wieder sicher fühlte auf dem Thron seiner Väter, beachtete er das bei seiner Entlassung gegebene Versprechen, niemand im Lande Braunschweig-Wolfenbüttel „der Religion halber beschweren“ zu wollen, nicht mehr, zumal ihm seine katholischen Beichtväter Bernhardin Lashusen und Heinrich Helmsius einredeten, daß der Eid gegen Keyer nicht binde und daß die Ausrottung derselben ein verdienstliches Werk sei. Die katholische Messe wurde gewaltsam wieder eingeführt, die Priesterehe aufgehoben, die widerspenstige Geistlichkeit vielfach mißhandelt und verjagt. (Weste S. 50.)

benannten Kirchenordnung v. J. 1569 und des Corpus Doctrinae v. J. 1576 (cf. § 10 u. § 11) als auch die von Seiten des jedesmaligen Landesfürsten auf dieselben zu übernehmenden feierlichen Verpflichtungen. Indem er sich selbst zur Beobachtung der von ihm geschaffenen Ordnungen verpflichtete, sprach er zugleich die bestimmte Erwartung aus, daß auch seine Kinder und Nachfolger eben dieselben Verpflichtungen übernehmen würden.

In dieser Erwartung hat er sich nicht getäuscht, denn es hat die lange Reihe seiner Nachfolger bis auf den bei Jena 1806 tödtlich verwundeten Herzog Karl Wilhelm Ferdinand durch ausführliche sehr bestimmte Religionsversicherungen oder Religionsaffekurationen den kirchenordnungsmäßigen Bestand unserer Landeskirche feierlich verbürgt, und ist diesem Umstande wohl nicht zum wenigsten zu verdanken, daß unsere Landeskirche in ihrer Fortentwicklung vor schweren Erschütterungen und Umwälzungen bewahrt geblieben ist, auch selbst in dem Fall, daß der Landesfürst unter Preisgebung des evangelischen Bekenntnisses sich wieder zur römisch-katholischen Kirche wendet, wie das leider von Herzog Anton Ulrich (1610) gesagt werden muß.

In neueren Zeiten sind zwar solche besonderen Religionsversicherungen seit Friedrich Wilhelms Zeiten nicht mehr erteilt, indessen durch die anderweitigen Verpflichtungen, welche der jedesmalige Landesfürst bei Antritt seiner Regierung gemäß der Neuen Landschaftsordnung vom 12. Okt. 1832 ausdrücklich übernimmt, ist ein Ersatz geschaffen für jene Religionsversicherungen, so daß der Bestand der nunmehr auch in sich gefestigten Landeskirche in dieser Hinsicht nicht minder gesichert erscheinen muß.

Auch für den Fall, daß wieder ein Landesherr, wie

einst Herzog Anton Ulrich sich einer andern Konfession, als derjenigen der Landeskirche zuwenden sollte, trägt die R. Absh. D. die nötige Fürsorge, indem sie in § 214 sagt:

„Sollte der Landesfürst sich zu einer andern, als der ev. luth. Religion bekennen, so wird die alsdann eintretende Beschränkung in der persönlichen Ausübung der Kirchengewalt ohne Aufschub mit Zustimmung der Landstände festgestellt werden.“

Schon in der von Chemnitz entworfenen Unterschriftsformel des Herzogs Julius zu der von ihm erlassenen Kirchenordnung wird man eine solche Religionsversicherung erkennen müssen. Dieselbe lautete folgendermaßen (Stübner S. 42)*):

„Von G. G. Wir Julius, Herzog zu Br. und Lün. bekennen Uns aus eigener Bewegung mit ganzem Herzen und ohne alle Glossen zu diesem Corpus Doctrinae, welches in dieser Unserer R. D. namhaft gemacht und zu der Declaration, wie von den vornehmsten dieser Zeit Controversiis in thesi et antithesi gelehrt werden soll. Und sind entschlossen, vermittelt göttlicher Gnade dabey beständig, fest, hart, und bis in Unsere Grube zu verharren, und ist Unsere rechte, ernste, beständige Meinung und Wille, daß alle Unsere Generalsuperintendenten in Unserer neuen befreieten Heinrichsstadt bei Unserer Feste Wolfenbüttel unterworfenen Pastoren, und die, so noch künftig darunter verordnet und gesetzt werden mögen, mit Hand und Mund, und ohne alle Glossen, Condition und Exception, simplici et categorica subscriptione (mit den hierunterverzeichneten Worten) zu dem gemelbeten Corpore doctrinae und der Declaratione controversiarum, in thesi et antithesi, ohne Glossen, wie dieselben in dieser Unserer R. D. verfaßt, also zu halten, und recht zu lehren, lernen und glauben, sich öffentlich also bekennen sollen —

*) Ein Exemplar vom 14. November 1573 mit der Originalunterschrift des Herzogs Julius und aller Prediger und Lehrer vom genannten Jahre ab bis auf die neuere Zeit, mit einem alphabetischen Verzeichnisse darüber, liegt im Herzoglichen Consistorium zu Wolfenbüttel.

In hanc Illustrissimi Principis nostri sententiam, ego N. N. huic corpori doctrinae et declarationi, in thesi et antithesi corde et manu, volens et praemeditate subscribo.

Signatum die ... anno ... loco ...

Geschehen und gegeben in Unserer obbemeldeten neu befreieten
Heinrichsstadt bei Unserer Festung Wolffenbüttel

im Jahre nach Christi unsers Herrn Geburt 1573 am
14. Novembriß.

Julius C. z. B. u. L.

In der Vorrede zu dem 1576 von ihm erlassenen Corpus doctrinae (siehe § 11), durch welches der Bekenntnißstand unserer Landeskirche für immer sicher gestellt werden sollte, empfiehlt er dasselbe ausdrücklich seinen Nachfolgern mit folgenden Worten: „Und soll diß unser geistlicher himmlischer Land-Schatz seyn, quem clarissimis liberis & haeredibus nostris commendatum esse volumus, daß sie in unsere Fußstapffen treten, die heilsame allein seligmachende Lehre mit Fleiß fassen und mit gleichem Eifer darüber halten.“

Demgemäß stellte sein Sohn und Nachfolger Heinrich Julius den Landständen zu Salzdahlum unterm 3. Juni 1597 eine schriftliche Religionsversicherung, welche nicht nur ihn selbst sondern auch seine Erben und Nachfolger verpflichten sollte, in nachfolgender Weise aus*):

Von G. G. Wir Heinrich Julius, postulierter Bischof zu Halberstadt und Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c. thun kund und bekennen hiermit öffentlich vor Uns, unsere Erben und nachkommende Herzogen zu Braunschweig und Lüneburg &c. Als nach Absterben mehland des Hochgebohrnen Fürsten und Herrn Heinrichs des Jüngerer, Herzogen zu Braunschweig und Lüneburg, Unsers freundlichen lieben Herrn Großvatern, der auch Hochgebohrne Fürst Herr Julius, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, Unser gnädiger und vielgeliebter Herr Vater, beyder Hochlöblicher Gedächtniß, die Religion in G. G. u. Lbden Fürstenthum Braunschweig, Wolffenbüttelischen Theils, reformirt, und darauf auch damals die Würdige, Ehrenveste, Ehrbare,

*) Siehe Stübner S. 80 ff.

Ehrsame und Vorsichtige, Unsere liebe Andächtige und Getreuen die sämtliche Prälaten, die von der Ritterschaft, auch die Städte jetzt ermeldest Unsers Fürstenthums, J. G. und Edden und nunmehr Unsere Christliche publicirte Kirchenordnung nicht allein beliebt und angenommen, sondern auch auf jezo allhier von Uns heut dato unten benannt, vollkömlich und unwiederruflich verglichen und vertragen haben, Im massen der von Uns und ihnen heutiges Tages aufgerichtete Vertrag und Abschied klärllich ausweist. Daß demnach Wir, so darunter nichts als Gottes Ehr und die Wohlfahrt Unserer Land und Leute suchen, Unser getreuen Landschaft Wolffenbüttelischen Theils nicht allein den dreyen Ständen derselben ingemein, sondern auch jedes Standes sonderbare Glieder aus gutem Vorbedacht bey Unsern Fürstlichen Würden und Ehren versprechen, auch Sie und ihre Nachkommen versichert haben, Thun das, zusagen ihnen und assecuriren sie vor Uns, Unsere Erben und nachkommende regierende Herzogen zu Braunschweig und Lüneburg hiemit und in Kraft dieses Briefes: Wenn über kurz oder lang jenige Enderung Unserer Christl. Religion in Unserm Fürstenthum und Landen geschehen, und etwas, so Gottes Wort und Unserm Corpori doctrinae Iulio und obberührter Christl. Kirchen-Ordnung zuwider wäre, fürgenommen würde, daß auf den Fall (welchen Gott der Allmächtige gnädiglich verhüten und abwenden wolle) vorge dachte Unsere Landschaft, derselben drey unterschiedliche Stände und jedes Standes sonderbare Glieder, an solche widrige Punkte nicht verbunden, noch sie dieselben anzunehmen schuldig, sondern bey der wahren Christl. Lehre, wie die in obgedachtem Unserm Corpore doctrinae Iulio und Kirchenordnung begriffen, zu bleiben und beständiglich zu verharren befugt und bemächtiget, auch mit ihren Pastoren und angehörigen Leuten alsdann dero in vielberührter Unser Kirchen-Ordnung gesetzten Geistl. Iurisdiction und Iuri Episcopali an und zugehörigen Rechten, wenn und so lange ihnen dadurch andere Lehre, als in gemeldtem Unserm Corpore doctrinae Iulio und Kirchen-Ordnung begriffen, aufgedrungen, oder dadurch eingeführt werden, entfrenet, und darzu in widrigen Punkten ferner nicht verbunden, sondern in freyer Uebung der Augspurgischen Confession, wie sie bey hochermeldesten

Unser Herr Vaters Christlicher Gedächtniß gewesen, und jetzt noch ohne einige Unsere oder Unserer Nachkommen Ungnade oder Beschwerung unverhindert seyn und bleiben sollen, ganz getreulich und ohne alle Gefahr. Deß zu Urkund haben Wir diese Assurance mit eigenen Händen unterschrieben, und Unser Braunschweigisch grosse Inseigel wissenlich daran hangen lassen.

Geschehen und geben Salzbalen 3. Junii nach Christi unsers lieben Herrn und einigen Heylandes Geburt, im Tausend Fünfhundert und Sieben und Neunzigsten Jahre

Heinrich Julius

Jagemann.

In ähnlicher Form haben während des 17. und 18. Jahrhunderts fast alle Landesfürsten Religionsassuranceationen erteilt, nur der 6 Monate regierende Herzog Ferdinand Albrecht II. († 3. Sept. 1735) scheint sie nicht ausgestellt zu haben. Auch bei dem Herzog Karl I. kommen Abweichungen vor; doch wurde die Verpflichtung in den landschaftlichen Privilegien vom 9. April 1770 Art. 1 von neuem anerkannt. (Beste S. 708 Nr. 181.)

Eine besondere Religionsversicherung gab der Herzog Anton Ulrich, nachdem der von ihm 1709 in aller Stille geschehene Übertritt zur katholischen Kirche,*) welchen er, obwohl nicht nur die

*) Die Beweggründe zu dem Übertritt des greisen Herzogs, welcher doch durch den Erlaß der „Erneuerten Kirchenordnung“ vom Jahre 1709 zur Sicherstellung des lutherischen Bekenntnißstandes und zur Befestigung unsers Kirchenweizens nicht wenig beigetragen hatte in einer Zeit, wo die lutherische Orthodoxie durch den von Helmsiedt ausgehenden Calixtinismus und den von Halle verbreiteten Pietismus schwer bedrängt wurde, lassen sich nicht ganz klar feststellen. Während katholischerseits versichert wird, daß nichts anderes, „als der bloße Trieb eines zarten Gewissens den Fürsten zu dieser Mutation veranlaßt hab,“ (so der beim Herzog viel geltende Konvertit Rasewitz cf. Beste S. 349); ja auch darauf hingewiesen wird, daß der Herzog erklärt habe, sein Alter und versallenes Gehör hindere ihn, sich im lutherischen Gottesdienst zu erbauen, „denn bei den Lutheranern sei anders nichts, als Lesen, Singen und Predigen und keines derselben höre er, aber bei der Messe sehe er die Ceremonien, bei denen

Geistlichkeit, sondern auch die Landschaft und die Geheimräte ernstlich widerraten hatten, am Charfreitage 11. April 1710 zu Bamberg feierlich vollzog, nicht geringe Beunruhigung der Gemüther verursacht hatte. Er versicherte unterm 27. März 1710, „daß obgleich er zur römisch-katholischen Religion übergegangen sey, er dennoch in seinen Ländern weder in Ecclesiasticis noch Politicis einige Neuerungen machen wolle“.

Die von ihm ausgestellte besondere Religionsaffekuration*) enthielt also im Wesentlichen bereits das, was für den

er sich des ganzen Leidens Jesu Christi nützlich erinnern und seine Andacht haben könne,“ so haben Andere äußere Motive wahrscheinlich gemacht. Der Herzog habe selbst den römischen Glauben angenommen, um desto leichter die Gewissensbedenken seiner Enkelin beseitigen zu können, der Elisabeth Christine, ältesten Tochter seines zweiten zu Blankenburg residirenden Sohnes Ludwig Rudolf, welche auf seine Veranlassung, um die Gemahlin König Karls von Spanien, des Bruders und Thronerben des deutschen Kaisers Joseph I. werden zu können, schweren Herzens am 1. Mai 1707 zu Bamberg zur katholischen Kirche übergetreten war. In der That bestieg ihr Gemahl nach dem 1711 erfolgten Ableben Josephs I. als Karl VI. den deutschen Kaiserthron. Ihre Tochter war die berühmte Kaiserin Maria Theresia.

Besonders aber habe die Hoffnung auf Vergrößerung seiner Macht und seines Ansehens den bereits 77 Jahre alten Herzog bewogen, jenen Schritt zu thun, welcher seine Beziehungen zu der katholischen Kaiserfamilie und zu andern mächtigen katholischen Fürstenhäusern noch inniger machte sein stolzes Herz habe die Hoffnung gehegt, man werde ihm als Preis seines Opfers das Bistum Hildesheim, oder das Erzbistum Köln, welche durch die Achtung des bayerischen Hauses grade vakant waren, vielleicht auch beide verleihen, entweder nur die weltliche Herrschaft oder zugleich auch die geistliche. Vielleicht habe er auch an eine Säkularisation jener geistlichen Besizungen und an eine dauernde Vereinigung derselben mit den Ländern des Wolfenbüttler Hauses gedacht. (Beste S. 349.)

*) Aus der ziemlich umfanglichen Religionsversicherung Anton Ulrichs möge hier Nachfolgendes mitgeteilt werden nach Lünig des Deutschen Reichs-Archiv Partis specialis continuatio II pag. 378 Leipzig 1712:

Fall, daß der Landesfürst sich zu einer andern, als der evangelisch-lutherischen Religion bekennt, hinsichtlich der Ausübung des

Zuerst wird Bezug genommen auf „diejenigen Reversalien, welche bei antretender Landesregierung zur Assecuration der Evangelischen Religion Unserer getreuen Landschaft gegeben worden“ und versichert, „daß es dabei ferner sein ungeändertes Verbleiben haben soll.“

Hierauf wird ausdrücklich der bisherige Besitztand an „Kirchen, Kapellen, Stiftern, Klöstern, Hospitälern, Stiftungen, geistlichen Gütern und deren Gefällen“ verbürgt und versichert, daß Wir „davon ein oder ander Stück, auch die auf Unsere fürstliche Residenz und Häusern befindlichen Kapellen nicht ausgenommen, denen Römisch Catholischen zuzuwenden, Uns niemals zu Sinn und Gedanken nehmen werden.“

Keiner, „der nicht der in Unserm Landen eingeführten Evangelischen Religion von Herzen zugethan,“ darf „in unserm Raths und andern Collegien, worunter auch das von engern und größeren Ausschuss getreuer Landschaft mitzurechnen,“ zugelassen werden, „sondern vielmehr diejenigen wider die sich einiger beständiger Verdacht dießfalls ereignen wird,“ sind sofort zu „dimittiren“.

„auch an Unserm Hofe außer einem oder höchstens zwey Römisch Catholischen Geistlichen, der nur die Sacra zu Unserer privatim zu haltenden Andacht Uns administrire keine mehrere Römisch Catholische Geistliche, am allerwenigsten aber jemanden aus dem Jesuiter Orden toleriren;“ — ingleichen wollen Wir so wenig bei Hofe (außer diejenigen, so allbereits in Unsern Diensten stehen) zu Adelichen und andern ansehnlichen Bedienungen, als auch in Städten und auf dem Lande zu Amts- und Gerichts-Functionen einige andere bestellen, als welche der Evangelischen Religion zugethan.“

„Es hat das geheimbde Raths-Collegium dasjenige, was ad ordinandam et tuendam Religionem Ecclesiasticam in Unserm Lande gereicht“, fernerhin „zu respiciren,“ und „die deswegen verlassende Rescripta und Verordnungen von Unserm freundlich geliebten Herrn Sohns und Erb-Prinzens Liebden unterschreiben zu lassen oder selbst ex commissione nostra speciali, so wir unsern geheimbden Rätthen hiermit ein vor allemahl erteilen, zu unterschreiben. Das Consistorium aber bleibt bei der Expedition derer bishero darinnen tractirten Negotiorum;“ — wenn aber etwas vorfällt, so das exercitium der Evan-

jus circa sacra, wie auch des jus in sacra in Gemäßheit des § 214 der Neuen Landschafts-Ordnung von 1832 würde angeordnet werden müssen, worauf später noch Bezug zu nehmen sein wird.

Anton Ulrich, welcher übrigens keineswegs ein eifriger Katholik geworden ist, handelte hierbei gemäß den Bestimmungen des Westfälischen Friedens, welche die frühere rücksichtslose Ausübung des landesherrlichen Reformationrechts nach dem territorialistischen Grundsatz: Cujus regio, ejus religio, angemessen beschränkt hatten, indem festgesetzt war, daß Evangelische unter katholischer und Katholiken unter evangelischer Landesherrschaft in Ausübung derjenigen Religionsübung, welcher sie an irgend einem Tage des Jahres 1624 theilhaftig waren, fernerhin ungestört bleiben sollten.*)

geliſchen Religion einigermaßen concerniret, ſeynd die deßwegen ergehenden Expeditiones ebenfalls von dem dirigirenden Consistorial-Rathe ex speciali nostra Commissione zu vollziehen, die Dispensationes und andere Anordnungen aber, so mit dem Puncto Religionis und Evangelischen Gottesdienste keine Verwandtnis haben, behalten wir Uns bevor.“

Zum Schluß wird versichert, daß von dem gemachten Versprechen, keine von denen Römisch-Katholischen etwa geschehende Protestationes oder Contradictiones, auch keine Statuta oder Decreta Politica et Ecclesiastica, viel weniger einige Päpstliche Dispensationes besreyen, sondern Wir wollen denselben aufrichtig und ohne Reservation nachleben, alles bey Unsren fürstlichen Würden, Ehren und wahren Worten treulich und ohne Gefährde. (Siehe auch Rehtmeyer, Chronik III 1560.)

*) Instrumentum Pacis Osnabr. Art. V, § 31: Hoc (jure reformandi) tamen non obstante statuum catholicorum landsassii, vasalli et subditi cujuscunque generis, qui sive publicum, sive privatum Aug. Conf. exercitium anno 1624 quacunque anni parte, sive certo pacto aut privilegio, sive longo usu, sive sola denique observantia dicti anni habuerunt, retineant id etiam in posterum, una cum annexis, quatenus illa dicto anno exercuerunt, aut exercita fuisse probare poterunt. Cujus modi annexa habentur in-

Auch Fürsten anderer Länder haben nach ihrem Übertritt zur katholischen Kirche besondere Religionsaffekurationen erteilt. *)

stitutio consistoriorum, ministeriorum, tum scholasticorum, quam ecclesiasticorum, jus patronatus aliaque similia jura. Nec minus maneant in possessione omnium dicto tempore in potestate eorundem constitutorum templorum, fundationum monasteriorum hospitalium, cum omnibus pertinentiis, redditibus et accessionibus.

*) Friedrich August I. Kurfürst von Sachsen 1694—1733 als König von Polen, auch August II. der Starke genannt, trat am 1. Juni 1697 zur katholischen Kirche über, um so das seiner Bewerbung um die polnische Königskrone entgegenstehende Hindernis zu beseitigen. Um die Besorgnisse seiner sächsischen Unterthanen, wie auch seiner der lutherischen Kirche in aller Treue anhängenden Gemahlin, einer Prinzessin von Baireuth, zu beschwichtigen, erließ er am 6. August 1697 eine feierliche Erklärung, worin er versichert „daß er nicht etwa aus Consideration einiger Würden oder Ruhens, sondern allein Gott vor Augen habend, den römisch-katholisch-apostolischen Glauben unlängst auf und angenommen,“ daß er aber seine „lieben Landstände und Unterthanen bei der Augsburgerischen Confession, hergebrachten Gewissensfreiheit, Kirchen, Gottesdienst, Ceremonien, Universitäten, Schulen und fort allem andern, wie dieselben solche anjehö besitzen, allergnädigst kräftigst erhalten und handhaben, sodann auch Niemand zu seiner jetzt angenommenen katholischen Religion zwingen, sondern jedweden sein Gewissen frey lassen werde.“ — Später gab er aus Veranlassung eines den Ständen angebotenen und von denselben dargebrachten Geldgeschenks unterm 29. September 1697 eine noch bestimmtere Erklärung, worin er sogar das Verbot der öffentlichen Ausübung des katholischen Gottesdienstes aufrecht halten zu wollen ausdrücklich versicherte.

Eine besondere Affekurationsakte errichtete auch der Landgraf Wilhelm VIII. von Hessen-Kassel 1754, nachdem sein Sohn und Thronerbe der spätere Landgraf Friedrich II. heimlich 1749 zur katholischen Kirche übergetreten war. Der letztere bestätigte bei seinem Regierungsantritt jene Erklärung und hielt auch die bei verschiedenen Anlässen wiederholte Zusage. Die Kirchenverfassung blieb unangetastet; der katholische Privatgottesdienst des Landgrafen beschränkte sich auf die Hofkapelle, und es wurden den Katholiken überhaupt nicht die geringsten Zugeständnisse gemacht. (Cf. Augustin Theiner, Geschichte der Zurückkehr der regierenden Häuser von

Daß nun in diesem Jahrhundert Religionsaffekurationen von den Braunschweigischen Fürsten nicht mehr ausgestellt sind, wird einerseits als eine Folge der Zeitverhältnisse, andererseits auch der veränderten Anschauungen über Kirche, Religion und Konfession anzusehen sein. Von dem Napoleoniden Hieronymus war jene Rücksichtnahme nicht zu erwarten. Aber auch der nach Zusammenbruch der Napoleonischen Gemaltherrschaft am 22. Dezember 1813 zurückgekehrte Herzog Friedrich Wilhelm hat eine Religionsversicherung nicht ausgestellt. Der Drang jener vielbewegten Zeit, in welcher es galt, die braunschweigische Regierung zu restaurieren, hat es wohl in Vergessenheit geraten lassen. Und so ist denn auch weder während der vormundschaftlichen Regierung von seiten des Königs Georgs II. noch von den hierauf folgenden Herzögen Karl und Wilhelm eine förmliche Religionsaffekuration erteilt. Eine solche erscheint nun auch jetzt nicht mehr erforderlich, nachdem der Landesfürst gemäß § 4 der Neuen Landschaftsordnung bei seinem Regierungsantritt versichert, „daß er die Landes-Verfassung“ (welche den kirchenordnungsmäßigen Bestand der Landeskirche in sich begreift) „in allen ihren Bestimmungen beobachten, aufrecht erhalten und beschützen wolle,“ — wie dies im folgenden § 43 noch näher dargelegt werden wird.

§ 43. Der Landesfürst als Inhaber des staatlichen Hoheitsrechts.

Die „Neue Landschafts-Ordnung für das Herzogtum Braunschweig“ vom 12. Oktober 1832, das Grundgesetz des Landes, bestimmt in

§ 3. Staatsoberhaupt: „Der souveräne Landesfürst als Oberhaupt des Staates vereinigt in sich die gesamte, ungeteilte Staatsgewalt und übt sie auf verfassungsmäßige Weise aus. Seine Person ist heilig und unverletzlich.“

Braunschweig und Sachsen in den Schooß der katholischen Kirche. Einfielern 1843. Soldau, Dreißig Jahre des Protestantismus in Sachsen und Braunschweig. Leipzig 1846, p. 77 ff.

§ 4. *Reversalen*: „Der Landesfürst wird in dem Patente, durch welches er seinen Regierungsantritt verkündigt und die allgemeine Huldigung anordnet, zugleich bei seinem fürstlichen Worte versichern, daß er die Landes-Verfassung in allen ihren Bestimmungen beobachten, aufrecht erhalten und beschützen wolle.“

Dem gemäß hat der nach dem am 18. Oktober 1884 erfolgten Ableben des Herzogs Wilhelm in Gemäßheit des § 6 des Gesetzes vom 16. Februar 1879 von der Landesversammlung am 21. Oktober 1885 zum Regenten gewählte Prinz Albrecht von Preußen bei seinem Regierungsantritt durch Patent vom 2. November 1885 erklärt: „Zugleich versichern Wir bei Unserm fürstlichen Worte, daß Wir die Landesverfassung in allen ihren Bestimmungen beobachten, aufrecht erhalten und beschützen wollen.“

Diese Versicherung hat alsdann in kirchlicher Hinsicht noch durch eine der Landes-Synode gegenüber abgegebene Erklärung des Regenten eine sehr erfreuliche und dankenswerte Bestätigung erlangt. Es hat nämlich der Prinz Albrecht von Preußen, nachdem ihm der Vorstand der Synode in deren Auftrage am 15. Dezember 1886 die Versicherung der Treue und Ergebenheit entgegengebracht hatte, nachstehende Antwort erteilt:

„Ich bin der Landes-Synode sehr dankbar für die Gesinnungen, welche Sie Mir im Auftrage derselben ausgesprochen haben. Die Art, in welcher Sie das gethan, könnte mich stolz machen. Aber hier ist stolz nicht am Platze. Ich bin eingedenk der Worte, welche Ich bei Meiner Ankunft hier auf dem Sarge des Herzogs Ferdinand gelesen habe und stimme für Mich ihrem Inhalte zu. *) Soweit Mir Gott Kraft und Erkenntnis giebt,

*) Die auf dem in der Gruft im Dome zu Braunschweig stehenden Sarge des Herzogs Ferdinand befindliche Inschrift, welche derselbe vor seinem Tode 3. Juli 1792 selbst entworfen haben soll, lautet:

Großer, aber durch das Blut Jesu Christi, unsers Heilandes und Erlösers, begnadigter Sünder vor Gott, hier nur seine irdische Hülle.

werde ich treu den Sätzen unserer Kirche das hohe Amt und die bedeutenden Vollmachten, welche Mir hier darin gegeben sind, ausüben. Dabei bin Ich Mir bewußt der Verantwortung, welche Ich nicht nur der Synode, nicht nur dem Lande, sondern in erster Linie dem Herrn der Kirche gegenüber habe.“ (Prot. 9 der Synodalverh. v. J. 1886.)

§ 44. Vom Herzoglichen Staatsministerium.

Über diese höchste Landesbehörde enthält die Neue Landschaftsordnung von 1832 nachfolgende Bestimmungen *):

§ 158. Die unmittelbar unter dem Landesfürsten mit der obersten kollegialischen Leitung der Landesverwaltung ausschließlich beauftragte Behörde ist das Staatsministerium. Für die einzelnen Verwaltungszweige bestehen Ministerial-Departements.

Daselbe wird stets mindestens mit drei stimmführenden Mitgliedern besetzt sein, welche der Landesfürst nach eigener Wahl ernennt und nach Gefallen verabschiedet.

§ 155. Contrasignatur: Um den verfassungsmäßigen Gang der Staatsverwaltung und die dem Staatsministerium untergeordneten Staatsbeamten wegen ihrer Verantwortlichkeit zu sichern, sind die unter der Höchsten Unterschrift des Landesfürsten erlassenen Verfügungen in Landesangelegenheiten nur alsdann vollziehbar, wenn sie mit der Contrasignatur eines stimmführenden Mitgliedes des Staatsministeriums versehen sind.

*) Hinsichtlich des Namens wird bemerkt, daß diese höchste Regierungsbehörde zu Herzog Julius Zeiten hieß: „Die Fürstliche Kanzlei,“ auch „die Fürstliche Ratsstube“; — später „das Fürstliche Geheimratskollegium“.

Durch Verordnung des Herzogs Karl vom 31. Mai 1827 ist demselben die Benennung eines „Herzoglichen Staatsministerium“ beigelegt, und ist sodann durch eine Bekanntmachung des Herzoglichen Staatsministeriums vom 26. August 1828 verfügt, daß alle Landesbehörden nicht wie früher als Fürstliche, sondern als Herzogliche Behörden zu bezeichnen sind.

§ 156. Verantwortlichkeit der Mitglieder des Staatsministeriums.

Die stimmführenden Mitglieder des Staatsministeriums sind insbesondere für die Verfassungs- und Gesetzmäßigkeit der von ihnen contrasignierten oder unterzeichneten Verfügungen verantwortlich. Diese Verantwortlichkeit trifft denjenigen höchsten Staatsbeamten, welcher contrasigniert oder unterzeichnet hat, persönlich, und ohne Zulassung der Berufung auf eine vorher mündlich oder schriftlich erklärte abweichende Meinung.

Ministerial-Commission. Von dieser dem Staatsministerium als Beirat für gewisse Fälle zur Verfügung gestellten Commission, die zusammentritt, so oft dasselbe sie beruft, handelt nicht nur § 159 der Landschaftsordnung, sondern noch ein besonderes Gesetz vom 12. Oktober 1832 (Nr. 22 d. Gesetz u. B. G.). Die wesentlichsten Bestimmungen sind:

1. Diese Commission besteht aus 6 Sectionen (1. innere Landesverwaltung und Polizei, 2. Finanz und Handelsangelegenheiten, 3. Justiz, 4. geistliche und Schulsachen, 5. Militärsachen, 6. Entscheidung von Kompetenz-Streitigkeiten) cf. § 2.

2. Die Mitglieder der Ministerial-Commission sollen ordentliche und außerordentliche sein. Ihre Namen sollen zu Anfang jeden Jahres vom Herzogl. Staatsministerium bekannt gemacht werden (§ 3. 4.).

3. Zu ihrem Geschäftskreise gehören nicht nur alle Entwürfe zu Gesetzesvorlagen, welche sie zu begutachten hat, sondern auch alle wichtigeren Landesangelegenheiten, welche die Landesregierung ihr zur Beratung und Begutachtung vorzulegen für ratsam erachtet.

§ 45. Von der Landesversammlung.

Die Landesversammlung besteht aus 46 Abgeordneten, von welchen die Stadtgemeinden 10, die Landgemeinden 12, die Höchstbesteuerten 21 und die evangelische Kirche 3 zu senden das Recht haben. (cf. Gesetz über die Zusammensetzung der Landesversammlung vom 22. November 1851.)

Die Landesversammlung vertritt in dem grundgesetzlichen Verhältnisse zu der Landesregierung die Gesamtheit der Landeseinwohner und ist daher berechtigt und verpflichtet, deren verfassungsmäßige Rechte und allgemeine Interessen wahrzunehmen und auf die gesetzlich vorgeschriebene Weise geltend zu machen. (Cf. § 57 der N. Landsh. O. v. 12. Okt. 1832.)

Die Körperschaft der verfassungsmäßigen Vertreter des Landes ist im Verlaufe der Zeit eine bedeutend andere geworden als sie es war vor dreihundert Jahren, da Herzog Julius mit ihrer Zustimmung die Kirche unsers Landes reformierte; — eine bedeutend andere, mögen wir nun sehen auf ihre Zusammensetzung, welcher ihr Name und ihr politischer Charakter entspricht; oder auf ihre Stellung zu dem Bekenntnis der Religionsgesellschaften im Lande, welche ihren konfessionellen Charakter bestimmt; oder auf den Umfang ihrer Befugnisse, welcher ihre verfassungsmäßige Mitwirkung bei Ausübung der Staatsgewalt durch den Landesfürsten regelt.

a. Zusammensetzung, Name und politischer Charakter. Die Landesvertretung hieß zu Herzog Julius Zeiten und noch lange nachher die „Versammlung unserer getreuen Stände,“ oder die „Ständeverversammlung“, und so hieß sie mit Recht, denn sie war und sollte sein die Vertreterin der drei Standesklassen der Landesangehörigen, welche man, wie schon früher bemerkt ist, damals unterschied: des Lehristandes, dessen Träger man vorzugsweise in der Geistlichkeit suchte; des Wehrstandes, der das Land regierte und schützte mit obrigkeitlicher Macht; des Nährstandes, der die Ackerbau, Handel und Gewerbe treibenden Klassen umschloß. Demgemäß bestand die Ständeverversammlung aus drei Abteilungen oder Kurien, die, was sie zu beraten hatten, bald, wo es Sonderinteressen galt, jeder für sich, bald, wo es gemeinsame Interessen galt, in gemeinsamer Sitzung berieten. Die erste hieß die Kurie der Prälaten; es saßen in ihr die Äbte und Präpöste der zur Besichtigung des Landtags berechtigten Klöster und Stifter als Dignitarier der Kirche und als Vertreter des klösterlichen

Gut, das damals noch unbestritten als Kirchliches galt, bei dessen Verwaltung die Prälaten mitzusprechen hatten. Die zweite hieß die Kurie der Ritterschaft; es saßen in ihr die Besitzer der in die Matrikel der Ritterschaft eingetragenen landtagsfähigen Güter als Vertreter des großen Grundbesitzes und der damals damit verbundenen obrigkeitlichen Befugnisse der Patrimonialgerichtsbarkeit und der Polizeigewalt im Bereiche des Gutsbezirks. Die dritte hieß die Kurie der Städte; es saßen in ihr die Vorstände der Magistrate der zur Bescheidung des Landtags befugten Städte als hervorragender Stütz wie des freistädtischen Grundbesitzes, so des Handels und der Gewerbe. Der kleinere ländliche Grundbesitz hatte noch keine Vertreter; denn es galten dessen Inhaber, die Bauern, nicht als freie und deshalb nicht als politisch berechnigte Männer, weil auf ihren Grundstücken noch Abgaben und Leistungen feudaler Dienstbarkeit lasteten.

Diese Zusammensetzung verblieb im wesentlichen unverändert der Ständeversammlung, und sie führte darum auch diesen Namen mit vollem Rechte bis zum Ende unserer altbraunschweigischen Zeit 1806, wo nach der unglücklichen Schlacht bei Jena und Auerstädt (14. Oktober 1806) und nach dem Tode Herzogs Karl Wilhelm Ferdinand auch bei uns die königlich westfälische Fremdherrschaft eintrat, die sich während ihres sechs bis siebenjährigen Bestandes um ständische Rechte nicht bekümmerte und Landtage nicht berief.

Durch den Zusammenbruch des Königreichs Westfalen nach der Schlacht bei Leipzig (18. Oktober 1813) gelangte Karl Wilhelm Ferdinands Sohn, Friedrich Wilhelm, zum Besitze des Throns seines Vaters; allein der edle Held fiel bei Quatre-bras (16. Juni 1815), und da sein Thronerbe Prinz Karl noch minderjährig war, trat unser Herzogtum von 1815 bis 1823 unter die vormundtschaftliche Regierung Königs Georg IV. von England, der sie als Haupt der Welfischen Dynastie von London aus, unter Beirat des Grafen Münster durch ein in Braunschweig eingesetztes Geheimratskollegium führte. Diese vormundtschaftliche Regierung hielt nun für nötig, bevor der Kronprinz die Regierung anträte, die alte durch die westfälische Regierung

suspendierte Landschaftsordnung, die in manchen Beziehungen nicht mehr zeitgemäß war, einer Revision zu unterziehen. Sie berief zu dem Ende am 6. September 1819 die alten Stände des Landes zu einem Landtage und vereinbarte mit diesem eine Erneuerte Landschaftsordnung, welche durch Verordnung Georgs IV. vom 25. April 1820 publiziert ward. Durch diese Erneuerte Landschaftsordnung*) ward nun die bisherige Zusammensetzung der Ständeverammlung in nicht unwesentlichen Punkten verändert. Es wurde anstatt des Dreikammersystems das Zweikammersystem nach englischem Muster eingeführt, um einerseits den Geschäftsgang zu erleichtern, anderseits auch, um die Unterschiede der Stände, über die sich inzwischen die Ansichten bedeutend verändert hatten, mehr zurücktreten zu lassen. An die Stelle der drei Kurien wurden zwei Sektionen gesetzt, und es wurde betont, daß diese einander völlig gleich sein sollten an Rechten und Ansehen, und daß jede von beiden sich betrachten sollte nicht als Vertreterin von Sonderinteressen, sondern als Vertreterin der Wohlfahrt des Ganzen. Es wurde, um diese Gleichheit des Ansehens und diese Einheit der Aufgaben auch äußerlich desto merklicher zur Erscheinung zu bringen, der ersten Sektion außer den Deputierten der Ritterschaft die eine Hälfte der Prälaten zugeteilt, während die andere Hälfte derselben nebst den Deputierten der Städte der zweiten Sektion zufielen (cf. § 2). Es wurden ferner, damit neben dem großen Grundbesitz der Klöster und der Ritterschaft auch der kleinere ländliche Grundbesitz eine Vertretung erlange, zu den Mitgliedern der zweiten Sektion noch hinzugefügt Deputierte der sogenannten Schrift- und Freisassen, deren Güter, obgleich von Feudallasten frei, bisher nicht als landtagsfähig gegolten hatten (cf. § 6). Es wurde endlich, um der Stimme des inzwischen an Bildung und Ansehn bedeutend emporgewachsenen Bürgerstandes mehr Gewicht zu verschaffen, nicht nur sämtlichen Städten die Fähigkeit zuerkannt, sondern auch bestimmt, daß diese auf den Landtagen nicht allein durch ihre Magistratsvorstände von Amts wegen, sondern auch, daß die

* Cf. Verordnungs-Sammlung de 1820 Nr. 6.

drei größeren Städte Braunschweig, Wolfenbüttel und Helmstedt außerdem noch durch angesehenen Mitglieder der Bürgerschaft nach Wahl ihrer Mitbürger vertreten werden sollten (§ 5 u. 11).

Ungeachtet dieser und anderer Veränderungen war in der Zusammensetzung der Körperschaft der Landesvertreter noch immer das vorwaltend aristokratisch-konservative Prinzip der Gliederung nach Standesklassen maßgebend, und es war deshalb in der Ordnung, wenn die Versammlung dieser Landesvertreter auch nach wie vor die Ständeversammlung genannt wurde.

Nun aber erfolgte im Sommer 1830 in Frankreich die Julirevolution, und durch sie kam, statt der zum aristokratisch-monarchischen Absolutismus neigenden Regierung Karls X. mit Ludwig Philipp die Regierung des liberalen Bürgertums auf den Thron. Der Pariser Julirevolution folgte in Braunschweig als Nachspiel die Septemberkatastrophe*), und durch sie gelangte zum Glück des Landes der am 10. September 1830 zu Braunschweig eingetroffene Herzog Wilhelm zur Regierung. Da fragte sich's, bevor derselbe sie antrat, ob er sie führen solle und wolle auf Grund der bisherigen oder einer neu zu entwerfenden Verfassungsurkunde. Man entschied sich unter Zustimmung des Herzogs für letzteres. — Man hatte auch in Braunschweig, wie in Paris, die Erfahrung gemacht, daß die bisherige Landesverfassung keinen hinlänglichen Schutz gewähre gegen Mißbrauch der Regierungsgewalt und wünschte gegen die mögliche Wiederkehr solchen Mißbrauchs, wie man's nannte, konstitutionelle Garantien. — Zu dem Ende hielt man für nötig nicht nur eine Erweiterung der bisherigen Befugnisse der Landesvertretung und Verantwortlichkeit der Räte der Krone derselben gegenüber, sondern auch eine wiederum vorzunehmende anderweite Zusammensetzung dieser politischen Korporation. — Man wollte in ihr statt des bisherigen Zweikammersystems nach englischem Vorbilde ein Einkammersystem nach französischem Muster, nicht nur damit in der einen parlamentarischen Versammlung der Geschäfts-

*) Am 7. September 1830 floh Herzog Karl vor der aufgeregten Bevölkerung Braunschweigs. Sein von ruchlosen Händen angezündetes Residenzschloß wurde ein Raub der Flammen.

gang noch rascher verlaufe, sondern auch, damit dieselbe durch einheitliches Handeln noch stärker werde der Regierung gegenüber. — Man wollte in dieser Einen Kammer zwar der Ritterschaft wegen ihres großen Grundbesitzes und ihres altüberkommenen Ansehens eine Zahl von Stimmen in den Landtagen noch belassen; im übrigen aber in denselben keine weitere Aristokratie des Standes und des Amtes, sondern nur eine Aristokratie des Censur und der Intelligenz, so daß jeder nur in dem Maße bei der Regierung des Landes mitzusprechen habe, wie er Steuern zahle und Bildung besitze. — Die Prälaten als solche, meinte man, gehörten nicht mehr in den Landtag, weder als Dignitarien der Landeskirche, noch als Vertreter des Kloster-guts; denn der Landeskirche komme so wenig, wie anderen Institutionen des Landes eine besondere Vertretung ihrer Interessen bei dessen Regierung zu; das Gut der Klöster und Stifter aber sei längst durch den Reichsdeputationshauptschluß von 1803 für Staatsgut erklärt (säkularisiert) und mit dessen Vertretung hätten schon längst die Prälaten nichts, was nennenswert wäre, mehr zu thun. — Man wollte ferner die Städte, als die hauptsächlichsten Träger der Intelligenz und der politischen Fortschritts-ideen, nicht mehr durch ihre Magistratsvorstände als leicht zu stabil werdende Elemente von Amte wegen vertreten wissen, sondern durch gewählte Deputierte, die auf der Höhe der Zeitanschauungen ständen. — Man wollte endlich, daß auch dem Bauernstande, obgleich derselbe damals noch nicht durch Ablösung von den Lasten der Lehnspflichtbarkeit frei geworden war, ebenso, wie dieß schon rücksichtlich der Freisassen geschehen war, das Recht gegeben werde, eine Zahl, und zwar eine nicht zu geringe Zahl von Abgeordneten zu den Landtagen zu schicken. — So kam durch Vereinbarung der Regierung mit dem einberufenen Landtage unser jetziges Landesgrundgesetz, die Neue Landtagsordnung vom 12. Oktober 1832 zu Stande, in welcher die Versammlung der Landesvertreter nach diesen Ideen zusammengesetzt war. Auch in ihr ist die Benennung „Ständeverversammlung“ noch beibehalten, ob mit Grund oder nur aus alter Gewohnheit, möge dem Urtheile eines jeden überlassen bleiben.

Als nun aber infolge der stürmischen Bewegungen des Jahres 1848, welches dem entschiedenen, allen Standesvorrechten abholden Liberalismus zum Siege verhalf, dem Stande der Ritterschaft auch der bis dahin ihm noch verbliebene Rest seiner Vertretung genommen war, wurde der Name „Ständeversammlung“ mit dem passenderen Namen Landesversammlung vertauscht. Es sollte nach dem provisorischen Gesetz, betreffend die Zusammensetzung der Versammlung der Abgeordneten vom 11. September 1848 (Nr. 43 d. Ges. u. V. S.), die Versammlung bestehen aus 54 Abgeordneten, deren 20 die Städte und 34 die Landgemeinden zu wählen hatten. Indessen wurde nach mannigfachen Verhandlungen dies durch das jetzt noch zu Recht bestehende Gesetz über die Zusammensetzung der Landesversammlung vom 22. November 1851 (Nr. 48 d. Ges. u. V. S.) dahin modifiziert, daß die Landesversammlung aus 46 Abgeordneten bestehen soll, von denen 10 die Stadtgemeinden, 12 die Landgemeinden, 21 die Höchstbesteuerten (davon 10 die höchstbesteuerten Grundbesitzer, 5 die höchstbesteuerten Gewerbetreibenden, 5 die der Grund- und Gewerbesteuer nicht unterworfenen Berufsstände, 1 die sämtlichen Höchstbesteuerten des Kreises Blankenburg) und 3 die evangelische Kirche zu wählen haben.*)

Die Geistlichen der katholischen und reformierten Kirche werden zu der Kategorie der der Grund- und Gewerbesteuer nicht unterworfenen Berufsstände gerechnet.

Daß von den Geistlichen der Landeskirche aus ihrer Mitte drei Deputierte für die Landtage gewählt werden sollen, hat man aus dem Grunde für angemessen gefunden, weil die Landesversammlung sich wegen des staatlichen Kirchenhoheitsrechts auch mit kirchlichen Angelegenheiten unter Umständen beschäftigen muß.

*) Diese den Interessen der Staatsangehörigen thunlichst Rechnung tragende Zusammensetzung der Landesversammlung, welche oftmals bemängelt ist von den Anhängern des den Reichstagswahlen zu Grunde gelegten allgemeinen und gleichen Wahlrechts, wird im Verein mit dem gefundenen Sinn unserer Bevölkerung vor verderblichem Parteiwesen, wie auch vor Entwicklung eines einseitigen doktrinären Parlamentarismus bewahrt haben.

b. Stellung der Landesversammlung zu den Bekenntnissen der Religionsgesellschaften im Lande über deren Rechtsverhältnisse sie mitzusprechen hat.

Konfessioneller Charakter der Landesversammlung.

Auch diese Sache hat ihre Geschichte.

Aus dem, was bereits in § 42 über die von den Landesfürsten in früheren Zeiten ausgestellten Religionsversicherungen mitgeteilt ist, geht hervor, daß es als selbstverständlich galt, daß keiner in der Ständeversammlung sitze, dessen Bekenntnis nicht das der Landeskirche war. Dies war der rechtliche Stand der Sache bis zum Ende unserer altbraunschweigischen Zeit. 1806.

Wie sehr während der betrübenden westfälischen Regierungsepisode unter der Herrschaft des theils bigott-katholischen, theils religiös-indifferenten Franzosentums das konfessionelle Bewußtsein unseres Volkes sank, ist bekannt. Die Folge davon war, daß, als nach Abwerfung der Fremdherrschaft durch die Erneuerte Landschaftsordnung von 1820 die ständische Verfassung bei uns wieder hergestellt ward, in derselben (§ 8) in Bezug auf das religiöse Bekenntnis derer, die Landesvertreter wollten sein können, nur die Forderung gestellt ward: „Um auf dem Landtage erscheinen zu können, muß jeder, der dabei Sitz und Stimme führen will, der christlichen Religion zugethan sein,“ wodurch der Versammlung zwar der christliche Charakter noch gewahrt, den Katholiken, wie den Reformierten jedoch der Eintritt in dieselben eröffnet wird.

Indes sollte auch dieser in seinen Vertretern noch beibehaltene Charakter des christlichen Staats nicht lange mehr Bestand behalten gegenüber den Angriffen des mit dem politischen Liberalismus Hand in Hand gehenden konfessionellen Indifferentismus, der es nicht begreifen konnte, weshalb irgend jemand anders, als ein Christ, nicht als Steuerzahler, wie als gebildeter Mann, ebenso gut das Recht haben sollte, mitzusprechen und mit abzustimmen bei der Regierung des Landes. — Schon die „Neue Landschaftsordnung“ von 1832 erwähnt deshalb in den §§ 71 bis 75, wo von den allgemeinen Erfordernissen für den Eintritt in die Ständeversammlung gehandelt wird, unter denselben des

Bekenntnisses zur christlichen Religion nicht mehr, und es stand also seitdem auch dem Eintritte von Nichtchristen verfassungsmäßig ein Hinderniß nicht weiter entgegen.

Wenn gleichwohl bis zum Jahre 1848 Juden und sonstige erklärte Nichtchristen nicht in der Ständeverammlung gesessen haben, so ist das der geringen Anzahl solcher Personen im Lande und dem noch vorhandenen christlichen Bewußtsein in den Wählerkreisen des Volkes zuzuschreiben, welches an die Wahl solcher Personen nicht denken ließ.

Nun aber that der Schwindel der politischen Agitation im Jahre 1848 das Seinige, um dieses Bewußtsein zum Schweigen zu bringen, und die Frucht davon waren, wie in andern deutschen Staaten, Gesetze von gleichem Sinn und Geist, so bei uns der in kaum glaublicher Eile beratene und beschlossene Erlaß des Gesetzes vom 23. Mai 1848 Nr. 27, betreffend die Aufhebung der aus dem Glaubensbekenntnisse entspringenden Rechtsungleichheiten, durch welches es offen verkündigt ward, daß von nun an nicht nur der Genuß der bürgerlichen, sondern auch die Ausübung der staatsbürgerlichen oder politischen Rechte unabhängig sei vom religiösen Bekenntnis, mithin der Jude, der Muselman und der Heide, wenn er nur die sonstigen Erfordernisse zum Rechte des Wählens und Gewähltwerdens im Lande besitze und die nötigen Stimmen der Wähler für sich zu gewinnen wisse, so gut wie der Christ als Landtagsdeputierter bei der Regierung des Landes, also auch bei der Ordnung der Rechtsverhältnisse der Religionsgesellschaften in demselben mitwirken könne. —

e. Wie der Name und die Zusammensetzung und damit der politische, wie der konfessionelle Charakter der Landesversammlung sich im Laufe der Zeit bedeutend verändert hat; so verhält es sich auch mit dem Maße ihrer Befugnis zur Mitwirkung bei der Regierung des Landes dem Landesherrn und dessen Ministerio gegenüber.

Denn während in früherer Zeit das Recht der Volksvertretung zum Mitsprechen in Regierungsangelegenheiten in Vergleich mit dem Jetzt auf ein weit bescheideneres Maß beschränkt war; so hat dieses Recht in neuerer und neuester Zeit durch die

immer weitere Entwicklung der Idee der konstitutionellen Monarchie im volksfreiheitlichen Sinne eine Ausdehnung erlangt, die fast jeden Schritt und Tritt der landesherrlichen Regierung mit den Schranken parlamentarischer Mitwirkung und Kontrolle umgiebt. Hieraus erklärt es sich, wenn Sachen, die in früheren Zeiten durch Wohlgeneigtheit der Regierung leicht und schnell erledigt werden konnten, heutzutage, wo die Zustimmung der parlamentarischen Körperschaft noch erforderlich ist, meistens erst nach zeitraubenden Verhandlungen, die erhoffte Erledigung finden können. Diesen Unterschied in allen Details nachzuweisen, würde zu weit führen. Es möge genügen, zwei Punkte von besonderer Wichtigkeit hervorzuheben.

Der erste Punkt betrifft die Befugnis der Landesversammlung zur Mitwirkung bei der Gesetzgebung des Staates.

Von alters her und schon zu Herzog Julius Zeiten besaß die Ständeverammlung solche Befugnis; es konnten ohne Zustimmung derselben Gesetze nicht erlassen werden, die im Lande Gesetzesautorität haben sollten. Aber es war in den älteren Zeiten der Begriff des Landesgesetzes im Unterschiede von Landesherrlicher Verordnung weder so scharf, noch so umfassend bestimmt, wie heutiges Tages, wo infolge der zur Herrschaft gekommenen Idee des reinen Rechtsstaates, statt des landesväterlich regierten Staates, vieles von dem, was vormalig der Landesherr und dessen Regierung durch Verordnung bestimmte, dem Bereiche der Verordnung entnommen und dem Bereiche der Gesetzgebung, mithin der Mitwirkung der Landesversammlung zugewiesen ist.

§ 101 der Neuen Landschafts-Ordnung bestimmt: Verordnungen, d. h. solche Verfügungen, welche aus dem allgemeinen Verwaltungs- oder Obergerichts-Rechte der Regierung hervorgehen, oder welche die Ausführung und Handhabung der bestehenden Gesetze betreffen, erläßt die Landesregierung ohne Mitwirkung der Stände.

Die Verordnungen sind nur innerhalb des Rahmens der Gesetze möglich. Es ist daher eine Prüfung zulässig, ob dieselben sich inhaltlich innerhalb der ihnen gezogenen Kompetenzgrenzen halten, also rechtsverbindlich sind.

Ob ein Gesetz, welches rechtsverbindlich sein soll, die ausdrückliche Zustimmung oder nur das Gutachten und den Rat der Landesversammlung erfordert, bestimmt sich aus § 98 und § 99 der R. L.-O.

Auf jeden Fall müssen die Gesetze im Eingange der erfolgten Zustimmung oder des vorher angehörten Gutachtens und Rats der Ständeversammlung oder des ständischen Ausschusses ausdrücklich Erwähnung thun. (§ 100 der R. L.-O.)

Ein zweiter Punkt von der allergrößten Wichtigkeit ist das sogenannte Budgetrecht, die Befugnis der Landesversammlung zur Mitwirkung bei der Verwaltung der Finanzen des Landes.

Ein gewichtiges Wort in dieser Hinsicht hatte ja die Ständeversammlung schon in der altbraunschweigischen Zeit und später unter Herzog Karl II. nach der Erneuernten Landschaftsordnung von 1820. Letztere hatte bereits das von Alters her den Ständen zustehende Steuerverwilligungsrecht in einer Reihe von Bestimmungen schärfer gefaßt und ausgebildet (§ 15 ff.) und durch Einrichtung eines vom Landesherrn und von den Landständen gemeinschaftlich besetzten Landessteuerkollegiums eine Behörde geschaffen, durch welche hinsichtlich Erhebung und Verwendung der Steuern eine wirksame Kontrolle ausgeübt werden konnte. (§ 20 ff.) Dasselbe trat mit Anfang des Jahres 1822 in Wirksamkeit (vgl. Verordnung des Landes-Steuer-Collegiums u. s. w. betreffend vom 9. Nov. 1821, Gef. u. Verord. S. 1821 Nr. 7).

Man war durch diese und andere Bestimmungen ohne Zweifel darauf bedacht gewesen, zu verhindern, daß infolge unangemessener Verwendung der Landesmittel Zustände einträten, wie sie in früheren Zeiten, am schlimmsten aber unter Karl I. entstanden waren. *) Indessen da hinsichtlich der Verwaltung der

*) Die Nachahmung der prunkvollen Hofhaltung Ludwigs XIV. und seiner Nachfolger verleitete viele deutsche Fürsten zu einem unverhältnismäßig hohem Aufwande, welcher von dem infolge des dreißigjährigen Krieges verarmten Deutschland noch weit weniger getragen werden konnte, als von dem an Hilfsmitteln so reichen Frankreich. Aber das war der Fluch des „goldenen Zeitalters Ludwig XIV.“, daß auch die besseren Geister sich der französischen Frivolität nicht erwehren konnten und ein

Staatsdomänen, Forsten, Bergwerke, Salinen u. s. w. und Verwendung der hieraus fließenden Einnahmen noch nichts bestimmt

ungeheurer Reichthum mit jedem Witz die schlichte alte Sitte zu höhnen wagte. So entfaltete auch Anton Ulrich († 1714) von dem Havemann (Gesch. d. Lande Braunsch. u. Lüneb. II, S. 291) sagt, daß er „nicht ohne Geschick die Rolle eines kleinen Ludwig XIV. spielte, nur daß er frömmere und gelehrter war, als sein französischer Tonangeber,“ — in seiner Hofhaltung einen über die Verhältnisse des braunschweigischen Landes hinausgehenden Luxus, wozu seine Beziehungen und verwandtschaftlichen Verbindungen mit den ersten Höfen Europas stets erneute Anregungen gaben. Er ließ mit ungewöhnlichem Aufwande das mit Maritaten, kostbaren Gemälden, Perlemuscheln, Schneckenhäusern zc. reich verzierte Schloß zu Salzdahlum in italienischem Stil aufführen; in dem mit steinernen und hölzernen Statuen geschmückten Schloßgarten wurden italienische Opern gegeben, welche in der Pracht der Ausführung denen von Versailles um nichts nachstanden. Sein Sohn und Nachfolger August Wilhelm († 1731) sah sich bereits genötigt erhebliche Summen zu borgen von der unglücklichen Sophie von Mecklenburg († 1727).

Unter Herzog Karl I. († 1780) mehrten sich die Kosten der fürstlichen Hofhaltung so sehr (ein italienischer Balletmeister Niccolini wurde mit einem Gehalt von 30 000 Thalern in Dienst genommen, freilich nur auf kurze Zeit), daß ein Staatsbankrott drohte. Der ganze braunschweigische Anteil des Harzes wurde an Hannover gegen 2 Millionen Thaler veräußert. Bei Ausbruch des amerikanischen Freiheitskampfes übertieß 1776 Karl der Krone England 4300 seiner Landesfinder zu beliebiger Verwendung in Europa oder Amerika für 120 000 Thaler und eine jährliche Subsidie von 65 000 Thaler, so lange die Braunschweiger im englischen Solde stehen würden. Erst 1783 kehrten diese braunschweigischen Regimenter zurück.

Den völligen finanziellen Ruin des Landes abgewendet zu haben, ist das Verdienst des vorzüglichen Fürsten Karl Wilhelm Ferdinand, welcher mit wahrhaft landesväterlicher Fürsorge sich das Aufblühen seines verarmten Landes angelegen sein ließ. Bei größter Sparsamkeit; — die Hoffeste hörten auf, Oper und Ballet gingen ein, die Dienerschaft wurde eingeschränkt; — konnten jährlich 100 000 Thaler Schulden abgetragen werden. Wie derselbe des Landes Wohlfahrt förderte durch eine Reihe

und auch eine sorgfältige Trennung des Bedarfs der fürstlichen Hofhaltung von den sonstigen Ausgaben für Staatszwecke noch nicht vorgenommen war, so war eine nach allen Seiten geordnete Finanzwirtschaft, wie dieselbe jetzt geführt wird, und wie sie nicht wenig zum Aufblühen unseres Landes beigetragen hat, noch nicht ermöglicht.

Das Beispiel anderer Staaten, auch wohl die unter der Mißregierung des Herzogs Karl II. hervorgetretenen Übelstände werden dahin geführt haben, daß die Neue Landschaftsordnung die Finanzverwaltung in dem ausführlichen sechsten Kapitel: „von den Finanzen“ aufs sorgfältigste ordnet und unter Kontrolle stellt. Es wird darin das bereits bestehende Steuerverwilligungsrecht weiter entwickelt, dann aber werden Bestimmungen getroffen wegen Sonderung des Fürstlichen Haushalts von dem Staatshaushalt, § 161 wegen des Kammerguts, wozu die Domänen, Forsten, Jagden, Fischereien, Berg- und Hüttenwerke, Salinen, Glashütten, Steinbrüche etc. gerechnet werden, und es wird wegen des zunächst auf dem Reinertrage des Kammerguts haftenden Bedarfs des Landesfürsten eine Übereinkunft getroffen (Civilliste *). Die Überschüsse fließen in die Hauptfinanzkasse § 172.

wichtiger Maßregeln; wie insbesondere der damals durch Herrendienste, Zehntabgaben und allerlei sonstige Gefälle und Lasten stark bedrückte Bauernstand seiner Fürsorge wirtschaftliche Freiheit, Unabhängigkeit und Wohlstand verdankt, kann hier nicht ausführlicher dargelegt werden.

*) In früheren Zeiten bezogen die Fürsten sämtliche Staatseinkünfte mit der Verpflichtung, davon neben ihrem persönlichen Bedarf noch sämtliche Staatsausgaben zu bestreiten. Insoweit die Erträgnisse des Krongutes (Domänen, Forsten, Bergwerke, Salinen, Hütten etc.) nicht ausreichten, hatten die Unterthanen durch Verwilligung von Steuern und Abgaben das Fehlende zuzuziehen. Dieser altgermanische Grundsatz wurde zuerst in England dahin abgeändert, daß einerseits die Unveräußerlichkeit des Kronguts 1702 gesetzlich festgestellt, andernteils dem Könige beim Antritt seiner Regierung für seinen persönlichen Bedarf, resp. für seine Hofhaltung und die unmittelbare königliche Civilstaatsdienerschaft bestimmte Einkünfte, die sogenannte Civilliste überwiesen wurde. Dieselbe betrug anfänglich 700 000 Pfund, wurde aber bald erhöht auf 800 000 Pfund

Die obere Leitung des gesamten Finanzwesens wird dem Finanz-Collegium übertragen, welche Behörde jetzt neu organisiert wird. § 183. Dasselbe hat die allgemeine Finanzverwaltung auszuführen auf Grundlage des Staatshaushalts-Stats, welcher vor Anfang der früher dreijährigen, jetzt zweijährigen Finanz-Periode von den Ständen, gemeinschaftlich mit der Landesregierung festgestellt wird § 184—185.

„Den Ständen steht das Recht der Aufsicht über das Finanzwesen zu, und es werden ihnen daher die Staatshaushalts-Rechnungen der abgelaufenen Finanzperioden zur Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Rechte vorgelegt werden“ § 188.

und ist seitdem immer in verschiedener Weise normiert. In Frankreich wurde zuerst in der Revolution 1789 eine Civilliste eingeführt, wobei noch sorgfältiger, als dies in England bisher geschehen war, die eigentlichen Staatsausgaben abgetrennt waren. Nach dem Gesetz vom 8. November 1814 wurden dem König jährlich 25 Millionen Livres und außerdem noch für die Prinzen und Prinzessinnen 8 Millionen ausgesetzt. Hiernach sind denn auch in Deutschland den Fürsten Civillisten in verschiedener Höhe ausgesetzt.

Zweiter Abschnitt.

Von den Rechtsverhältnissen der christlichen Kirchen und sonstiger Religionsgenossenschaften zum Staat und zu einander.

§ 46. Überblick.

Hinsichtlich der verschiedenen Religionsgenossenschaften, deren Rechtsverhältnisse zum Staat und untereinander der Staat ordnet kraft des ihm zustehenden Hoheitsrechts *jus circa sacra* (cf. § 16 ff.), sind zu unterscheiden: die bei uns staatsseitig anerkannten Kirchen, bezw. mit Korporationsrechten versehenen Religionsgenossenschaften, und die sogenannten Dissidenten.

A. Staatsseitig anerkannt sind bei uns:

1. die evangelisch-lutherische Landeskirche,
2. die reformierte Kirche,
3. die römisch-katholische Kirche,
4. die Jüdische Religionsgenossenschaft.

B. Zu den Dissidenten werden alle diejenigen Personen und Genossenschaften gerechnet, welche keiner der vorgenannten oder auch überhaupt keiner Religionsgenossenschaft angehören. Es kommen hauptsächlich bei uns in Betracht: die Herrnhuter oder Mitglieder der Brüdergemeinde, die

Baptisten, Methodisten, Irvingianer, die Deutsch-Katholiken und die Lichtfreunde oder Freireligiösen.

Das Verständniß der gegenwärtigen Rechtsverhältnisse aller dieser verschiedenen Religionsgenossenschaften in unserm Lande möge uns eine kurze geschichtliche Betrachtung vermitteln, wobei wir drei Perioden der Entwicklung unsers staatlichen und kirchlichen Lebens zu unterscheiden haben:

1. die alt-braunschweigische Zeit von Herzog Julius Zeit bis zur westfälischen Fremdherrschaft 1569 bis 1806. § 47,
2. die Zeit der westfälischen Fremdherrschaft und der Neuordnung der staatlichen und kirchlichen Verhältnisse bis zum Erlaß der Neuen Landschaftsordnung. 1806 bis 1832. § 48,
3. die neu-braunschweigische Zeit von 1832 bis jetzt. § 49.

Da das Dissidententum erst in der letzt bezeichneten Periode auffälliger hervorgetreten ist und Veranlassung zu staatlichen Erlassen gegeben hat, so wird über die Dissidenten in eins verhandelt in dem letzten Paragraphen dieses Abschnitts § 50.

§ 47. Die Religionsgenossenschaften während der alt-braunschweigischen Zeit.

Die evangelisch-lutherische Kirche war während dieser etwa 2½ Jahrhunderte umfassenden Periode die Landeskirche im vollen Sinne des Wortes. Der Staat war ein lutherischer.

Katholiken sind auch während dieser Zeit immer vorhanden gewesen, ja es hatte sich zu Helmstedt sogar ein Benediktinerkloster St. Ludgeri erhalten, aber es dauerte lange Zeit

bis die Katholiken sich an einigen Orten, außer Helmstedt auch zu Braunshweig und Wolfenbüttel, zu Gemeinden zusammen schließen, eigene gottesdienstliche Gebäude haben und sich von eigenen Geistlichen bedienen lassen durften.

Den Reformierten, welche nach Aufhebung des Edikts von Nantes durch Ludwig XIV. 1685 und darnach infolge der Verwüstungen der Pfalz durch Melac 1688 und 1689 zahlreich eingewandert waren, und anfänglich als zwei gesonderte Nationen eine französisch-reformierte und eine deutsch-reformierte Gemeinde bildeten, wurden viele Erleichterungen und Begünstigungen hinsichtlich ihrer Niederlassung, wie auch ihrer kirchlichen Organisation zu Theil.

Die Juden, welchen anfänglich überhaupt nicht gestattet war, sesshaft zu werden, sondern welche sich nur vorübergehend im Herzogtum aufhalten durften, erhielten im Laufe der Zeit unter vielen Beschränkungen das Recht, Grundstücke zu erwerben und auch sich eine Synagoge einzurichten. Sie wurden aber nur als Fremdlinge angesehen, die keinerlei politische und auch nur sehr beschränkte bürgerliche Rechte hatten.

Die lutherische Kirche war während 1½ Jahrhunderte die einzige Religionsgesellschaft im Lande, deren Angehörige volle kirchliche wie bürgerliche Rechte genossen. Nachdem aber zu Anfang des achtzehnten Jahrhunderts der Strenge der lutherischen Orthodoxie der Spener'sche Pietismus von der einen Seite, und von der andern Seite eine neu erwachte die Herrschaft des Nationalismus begründende Philosophie entgegen trat, fingen Grundsätze der Toleranz gegen Andersgläubige an, sich geltend zu machen, zuerst gegen die Reformierten, später gegen die Katholiken, zuletzt auch gegen die Juden.

Der Katholicismus schien durch die im November des Jahres 1568 ausgeführte Reformation leicht und gründlich ausgerottet zu sein. Nur vereinzelt wurde Widerstand geleistet. In Sandersheim hielten die Konventualinnen noch auf dem hohen

Chor katholischen Gottesdienst, während im Schiff der Stiftskirche sich die Evangelischen erbauten. Auch in der Alus bei Sandersheim und im Augustinerinnenkloster zu Marienberg bei Helmstedt, wo schon bei der im Jahre 1542 geschehenen, später aber wieder rückgängig gemachten Reformation die Jungfrauen ihr „superstitiöses Habit“ nicht hatten ablegen wollen, widersetzte man sich. Den nachhaltigsten Widerstand leisteten die Benediktinermönche des St. Ludgeriklosters zu Helmstedt. Zwar wurde auch dort ein evangelischer Geistlicher angestellt, aber die Mönche fuhren fort, täglich bei verschlossenen Thüren mit leiser Stimme katholische Gottesdienste zu halten. *) Es gelang ihnen, sich im Besiz des Rechts katholischen Gottesdienstes und katholischer Seelsorge, wie im Kloster, so in der zugehörigen kleinen Pfarodie, der sogenannten Klosterfreiheit, bis zum Jahre 1624 zu behaupten. Und da dieses Jahr nach den Bestimmungen des westfälischen Friedens als Normaljahr galt, welches über den Besizstand der beiden Konfessionen entschied (cf. § 5, C. 13), so behaupteten sie sich in diesem Besiz noch weiter, so lange das Kloster als solches bestand. Nach der Säkularisation des Klosters aber infolge des Lüneviller Friedens (9. Febr. 1801), in welchem der österreichische Kaiser mit Italien zugleich Deutschland den Franzosen preisgab, und des Reichsdeputations-Hauptschlusses vom 25. Februar 1803, der die Entschädigungen regelte, welche die depessidierten deutschen Fürsten wegen der linksrheinischen Landabtretungen an Frankreich erhielten, fiel das Einkommen des Klosters dem Landesfürsten zu. Es hielt sich jedoch unsere Regierung verbunden, der kleinen Gemeinde ihre bisherige Kirche zu belassen und auf Kosten des Klosterfonds einen Prediger und einen Küster ihres Bekenntnisses zu unterhalten. Gab es aber zu Herzog Julius Zeit noch irgendwo sonst Katholiken, so mußten sie sich auf stille Hausandachten beschränken; von bürgerlichen Rechten war bei ihnen wenig, von politischen gar nicht die Rede.

Indessen der nicht zurückzuhaltende Zuzug von außen bewirkte im Laufe der Zeit eine Vermehrung der Katholiken und forderte damit, den kirchlichen Bedürfnissen derselben Befriedigung zu verschaffen.

*) Besie S. 314.

In Braunschweig gaben die seit 1681 abgehaltenen großen Messen, wozu auch viele Katholiken kamen, Veranlassung zur Abhaltung von katholischen Gottesdiensten, zuerst 1691 in dem Stechinelischen Hause am Altstadtmarkt, welches Haus dann die Andachtsstätte der Katholiken blieb, bis sie sich ein eigenes Gotteshaus in einem an der Friesenstraße liegenden Garten erbauen durften, welches am 2. Dezember 1712 feierlich eingeweiht wurde. *) Jedoch wurde, um den Unwillen des geistlichen Ministeriums und des Magistrats zu beschwichtigen, durch Landesfürstliches Reskript vom 12. Oktober 1714 und vom 22. Mai 1729 bestimmt, daß die Erweiterung des den Römisch-Katholischen zur Kirche und zum Kirchhofe zu Braunschweig angewiesenen Distrikts denselben niemals verstattet werden solle; auch sollten andere Häuser oder Plätze in der Stadt Braunschweig an Römisch-Katholische nicht überlassen werden.

Später wurde ihnen zwar Grunderwerb gestattet, jedoch nicht anders als „per modum dispensationis“. Landesfürstliches Reskript vom 12. August 1784. **)

In Wolfenbüttel wurden 1705 wegen der katholischen Schüler der 1687 dort gegründeten Ritterakademie für Jünglinge aus fürstlichen, gräflichen und adeligen Häusern katholische Gottesdienste gehalten „in aller Stille“. Ein katholischer Geistlicher aus Dorstadt kam dazu herüber.

Alle diese Genehmigungen erfolgten unter großen Beschränkungen. Die Gemeinden mußten sich mit ihren Gottesdiensten unter Vermeidung jeder Art von Procession streng innerhalb ihrer Kirche halten. Glockengeläut und Orgelspiel war untersagt. Sie unterlagen schweren parochialen Verpflichtungen zu Gunsten der Landeskirche und ihrer Diener. Sie galten, da das gesamte Land als parochiales Territorium der letzteren be-

*) Schon früher 1710 hatte der Herzog Anton Ulrich beabsichtigt, die am Martinikirchhof liegende alte Jakobskirche, welche seit der Reformation als Salzmagazin benutzt wurde, den Katholiken einzuräumen. Er stieß aber auf energischen Widerstand seitens des geistlichen Ministeriums, welches wiederum Gottesdienste in dieser Kirche einrichtete.

**) Fredericksdorf II, 299.

trachtet ward, ebenso wie die Reformierten und Juden nur als Insassen auf fremdem Gebiet; ihre Gemeinden nur als sogenannte *ecclesiae vagae*. Sie mußten also, ob sie nun Häuser besaßen, oder solche nur mietweise bewohnten, von allen bei ihnen vorkommenden kirchlichen Handlungen an die Kirche und die Kirchenlieder der lutherischen Pfarre innerhalb deren sie wohnten, die dafür üblichen Stollgebühren bezahlen, mochten letztere nun dabei mitgewirkt haben oder nicht. Ihre Geistlichen durften, damit der Bekehrungssucht kein Vorschub geschehe, an andern Orten des Landes, als in den Städten (Braunschweig, Wolfenbüttel und Helmstedt) für deren katholische Gemeinden sie angestellt waren, ohne Genehmigung des Ortspredigers bei Genossen ihrer Konfession, die etwa dort wohnten, seelsorgerische Besuche nicht machen und kirchliche Akte in deren Wohnungen nicht verrichten; denn es standen diese Akte als Taufen, Trauungen, Begräbnisse überall, wo es keinen katholischen Prediger im Orte gab, dem lutherischen Ortsprediger zu.

Die bestehenden Vorschriften aber über die Zuständigkeit der Proklamation und Copulation bei Mischehen; über die Taufe und religiöse Erziehung der aus solchen Ehen geborenen Kinder; über das Verfahren, das die Geistlichen beider Kirchen inne zu halten hatten bei beabsichtigten Übertritten von der einen zur andern Konfession, lauteten entschieden zu Ungunsten des katholischen Teils. Serenissimi (Herzogs Karl I.) gnädigstes Reglement für die römisch-katholischen Geistlichen der Stadt Braunschweig vom 9. April 1768, welches hinterher auch auf die Katholiken Wolfenbüttels und Helmstedts ausgedehnt ward, enthält die ausführlicheren Bestimmungen, welche nicht nur während unserer alt-braunschweigischen Zeit, sondern bis nach Mitte unseres Jahrhunderts maßgebend gewesen sind (siehe Frederdsdorf II, 293 ff.).

Weit ungünstiger aber noch als die Lage der Katholiken war diejenige der Juden.

Anfänglich ging das Streben dahin, sich der Juden gänzlich zu entledigen.

Die Stadt Braunschweig, eifersüchtig darauf bedacht, ihr junges Kirchenwesen von der Berührung mit fremdartigen Elementen völlig rein zu erhalten, konnte freilich wegen früher ab-

geschlossener Verträge die in ihr ansässigen Juden nicht ohne weiteres gänzlich verweisen. Wenn aber nun die alten Juden verstarben, so wurden die „Judenhäuser von ihnen genommen und Christen einzuwohnen gethan“. „Nachdem aber die bewilligten Jahre verlauffen, wurde die Zahl der Juden verringert und ihre Synagoga zugeschlossen und mußten sich ihrer Ceremonien und Feste gänzlich begeben“. (Rehtmeyer, Kirchenhistorie III 92.) Demgemäß mußten auf den Tag Lucia (13. Dezbr.) 1546 „die heillosen Juden“, nachdem solches ein halb Jahr vorher bekannt gemacht war, etwa 100 an der Zahl, wegziehen. (Rehtmeyer, Supplementa zu III, Kap. 6, S. 83.)*

In ähnlicher Weise verfuhr der katholische Herzog Heinrich der Jüngere. In einem Edikt desselben vom 8. Januar 1553 heißt es: „Es sollen die Juden und Judengenossen mit Weibern, Kindern und aller Habe aus dem Fürstentum verbannet und weder in Städten, noch Dörfern geduldet werden, weil sie Bucher und Falschmünzerei treiben und ihr höchster Fleiß nur dahin geht, nicht allein die Christen an den Bettelstab zu bringen, sondern auch in ihren Versammlungen Gott und Jesum Christum auch alle gläubigen Christen aufs schmähslichste zu lästern, zu schänden, zu verfluchen und zu verachten.“ (Frederdsdorf I 490.)

*) Es hat auch nicht an Versuchen gefehlt, die Juden zu bekehren. Urbanus Rhegius richtete 1535 an die Juden zu Braunschweig einen hebräischen, später ins lateinische übersehten Brief, worin er sie unter Hinweisung auf 1. Mos. 49, 10: Es wird das Scepter von Juda nicht entwendet werden u. s. w. und auf die 70 Jahr-Wochen Daniels vermahnte, den in Christo erschienenen Messias nicht zu verwerfen, sondern im Glauben zu ergreifen. (Rehtmeyer III, S. 92.) Als später zur Missionsarbeit unter den Juden unter Mithilfe Brandes von dem Professor Callenberg zu Halle das Institutum Judaicum 1727 gestiftet war, fand dasselbe an dem Pastor Christoph Specht von St. Katharinen eine thätige kräftige Förderung. Der Judenmissionar Stephan Schulz kam 1749 nach Braunschweig, predigte in der Katharinenkirche und hielt Vorträge im Hause des Hofagenten David am Kohlmarkt. Zum zweitenmale kam er 1751 mit dem Missionar Albrecht Friedrich Woltersdorf und hat später noch fünfmal Braunschweig besucht. (Beste 392 ff.)

Bessere Zeiten für die Juden brachen an unter der milden Regierung des Herzogs Julius, welcher ihnen 1578 Schutz, Schirm und Geleit zusicherte; aber die Stadt Braunschweig weigerte sich, sie wieder bei sich aufzunehmen, und so fand sich Heinrich Julius wieder veranlaßt zu strengeren Maßregeln; die Juden wurden vertrieben und ihre Synagoge in Melverode nahe bei Braunschweig zerstört. (Rehtmeyer IV S. 100.) (Edikt vom 23. November 1589, Patent vom 6. Januar 1590, Edikt vom 28. Juni 1591); jedoch durch die Deklaration vom 17. Dezember 1594 wurde ihnen der Durchzug durch das Land gegen Entrichtung eines gebührliehen Zolls, Geleits und Weggeldes wieder gestattet. Die Unbulsamkeit ging weniger vom Landesfürsten aus, als von der Landschaft, welche auf Austreibung der Juden bestand und auch dahin gehende Zusagen erlangte. (Salzdahlumer Landtags-Absh. vom 7. Juni 1597. Sandersheim 10. Oct. 1601. Alfelsb 12. Oct. 1614.)

Im Laufe der Zeit wurde ihnen ein längerer oder kürzerer Aufenthalt im Lande gestattet. Der erste in Braunschweig wieder zugelassene Jude war der Hofagent Alexander David, welcher in der seit 1680 dem geistlichen Gericht überlassenen Münzschmiede 1716 eine Tabaksfabrik und auch eine kleine Synagoge anlegte. (Beste 317.) Als eine besondere Vergünstigung wurde angesehen, daß durch Landesfürstliches Rescript Herzogs Karl I. vom 19. April 1779 den Juden in der Stadt Braunschweig, die damals und noch lange nachher ohne besondere Genehmigung Grundstücke nicht erwerben konnten, die Erlaubnis erteilt wurde, ein Haus zur Synagoge anzukaufen und eigentümlich zu besitzen, darin ihres Gottesdienstes zu warten und ihre Kinder in ihrer Religion unterrichten zu lassen.

Im übrigen aber wurden sie nach wie vor nur als Fremdlinge im Lande angesehen, die keinerlei politische und auch nur sehr beschränkte bürgerliche, wie kirchliche Rechte hatten. Ehen zwischen Juden und Christen waren und blieben noch lange verboten. Übertritt vom Christentum zum Judentum war und blieb noch lange als verabscheuungswürdiges Verbrechen der Apostasie mit schweren Strafen bedroht (siehe Frederßdorf I 496 ff.).

Die reformierte Lehre Zwinglis trat in der Stadt

Braunschweig nach der durch Bugenhagen 1528 ausgeführten Reformation sogleich in scharfen Gegensatz gegen die lutherische Lehre. Die Prediger Knigge und Schweinsfuß von St. Ulrich, Dume und Hoyer von St. Andreas und Rauffmann „zur lieben Frauen“ waren Zwinglianer, und es hatten diese die Neustadt, den Saß und wer zur lieben Frauen Kirche gehörte, mit ihrer Lehre erfüllt. (Rehtmeyer III S. 76.) Um die Spaltung zu beseitigen und die Lehreinheit herzustellen, kam Bugenhagen 1529, predigte und colloquierte die Prediger. Knigge und Schweinsfuß wurden abgesetzt und aus der Stadt verwiesen. Zugleich richtete der Superintendent Gorolittius das bis jetzt bestehende Colloquium ein, zu welchem sich anfänglich alle 14 Tage sämtliche Geistliche versammelten zur Besprechung kirchlicher Angelegenheiten und zur Erörterung schwieriger Lehrfragen.

Als die „Saframentirer“ 1531 doch wieder überhand genommen hatten, veranlaßte der Rat die Prediger, ein Bekenntnis zu überreichen, welches von Luther approbiert wurde. Es ist in plattdeutscher Sprache abgefaßt und hat den Titel: Eine gemene einfoltige, klar unde opentlike Bekenntniß, samptlic all der Prediger der löfflichen Stadt Brunschwigk, so vele de sake van hochwerdigen Sacramente des waren liven unde blodes unsers Heren unde Salichmachers Ihesu Christi belanget. *) Dume, welcher nicht unterschrieb, wurde seines Amtes entsetzt, und die Lehreinheit wurde hergestellt. Nicht wenig trugen zur Befestigung der Lehre Luthers in Braunschweig und zur Beseitigung der Irrlehre Zwinglis bei einerseits die klare Darlegung der evangelisch-lutherischen Lehre in der zu Augsburg am 25. Juni 1530 überreichten Konfession, anderseits auch der in der Schlacht bei Kappel am 11. Oktober 1531 erfolgte Tod Zwinglis, „woburch“ wie Rehtmeyer sagt (III 98) „viele seiner Anhänger den Mut sinken ließen.“

Nachdem der Zwinglianismus überwunden war, wurde längere Zeit auch das Einbringen des Calvinismus energisch abgewehrt, sowohl von dem Kirchenregiment der Stadt Braunschweig, wie auch von dem Herzog Julius. Der letztere entließ seinen Hofprediger Malsius 1585, nachdem eine zweijährige Gefängnis-

*) Abgedruckt in Rehtmeyer, Beilagen des dritten Teils S. 18 ff.

haft denselben in seinen calvinistischen Überzeugungen nicht hatte irre machen können, und zugleich erließ er am 10. Mai 1585 ein strenges Edikt, welches jeden der sich des Calvinismus verdächtig machte und ein Jahr lang das Abendmahl versäumte, mit einer Geldstrafe von 4 Goldgulden bedrohte (Beste S. 79). In der Stadt Braunschweig mußte der Rektor der St. Catharinen-schule Matthias Bergius wegen calvinistischer Irrlehre Kirchenbuße thun und revozieren 1584 (Rehtmeyer III S. 501); aus demselben Grunde mußten die Syndici Navius und Mascus 1593, desgleichen ein Arzt Nebelthau 1607 die Stadt verlassen. Der Verkauf Calvinischer Schriften wurde verboten, und man konnte sich rühmen, daß weder die Kanzel mit calvinischem Irrtum befleckt sei, noch auch die gemeine Bürgerschaft, denn als ein holländischer Calvinist, ein Triebmacher, sich vorübergehend in Braunschweig aufhielt, war derselbe heftigen Verfolgungen ausgesetzt (Rehtmeyer IV S. 122).

Während des 17. Jahrhunderts aber fing man an, toleranter gegen die Reformierten zu werden, welche man achten und schätzen lernte als gewerbfleißige Menschen. Dazu waren viele der von Frankreich ausgetriebenen mit dem Nimbus eines Märtyrertums umgeben.

Reformierte Gottesdienste wurden zuerst gegen Ende des 17. Jahrhunderts in Wolfenbüttel gefeiert im Hause des Grafen von der Lippe durch einen Prediger aus Halberstadt (Beste S. 308).

In Braunschweig, wo infolge der Messen sich auch die Reformierten vermehrten, gestattete 1702 der Bürgermeister Kalm in seinem Hause an der Breitenstraße die Abhaltung reformierter Gottesdienste. Vergebens war der Protest des geistlichen Ministeriums, welches klagte, daß die Einheit des lutherischen Bekenntnisses hierdurch einen bedenklichen Riß bekomme.

Bald darnach wurde einer Anzahl aus Frankreich entflohener reformierter Familien gestattet, sich in Braunschweig niederzulassen (1704) und ihre Religion frei auszuüben. Außer vielen andern Begünstigungen; — mehrjährige Befreiung von allen öffentlichen Abgaben, Zollfreiheit für ihre Möbeln und Hausgeräte, Beihilfen zum Bau oder zur Restauration von Häu-

fern u. s. w. (Frederdsdorf II S. 270 ff.); — wurde ihnen ein bis dahin zur Aufbewahrung der Bibliothek des Herzogs Rudolf August benutztes Haus am Ritterbrunnen zum Gottesdienst und nach wenigen Jahren, da die Gemeinde sich schnell vermehrte, die St. Bartholomäikirche an der Schützenstraße, welche zum Gottesdienste nicht mehr benutzt wurde, sondern als Zeughaus diente, eingeräumt. Der erste Prediger war der frühere Hofprediger zu Schaumburg Reinhold Pauli, welcher am 14. Juni 1705 seine Antrittspredigt hielt und die vorgenannte Kirche, die auf „fürstliche Unkosten zum Gottesdienst aptiret worden“, am 3. Februar 1703 einweihte.

Die Reformierten waren abgeteilt in zwei „Nationen“, die französisch-reformierte und die deutsch-reformierte Gemeinde. Zene hielt noch längere Zeit ihre Gottesdienste in dem Hause am Ritterbrunnen, bis ihr die Mitbenutzung der Bartholomäikirche gestattet wurde. Es wurden darin Gottesdienste gehalten des Morgens von 7 bis 9 und von 9 bis 11 Uhr und des Nachmittags von 1 bis 3 und von 3 bis 5 Uhr, und es trat hinsichtlich dieser Zeiten wöchentlich ein Wechsel ein. Erst im Jahre 1811 vereinigten sich beide Nationen zu Einer reformierten Gemeinde. Die Rechte wurden bestätigt und zum Teil erweitert durch Landesfürstliches Reskript vom 30. November 1716, Landesf. Deklaration vom 6. April 1747, Landesf. Verordnung vom 29. April 1747, desgleichen vom 30. Juli 1756. Dieselben finden sich bei Frederdsdorf II S. 270 ff.

1749 und 1750 ward 12 einwandernden Pfälzer Colonisten von Herzog Karl L. dem Schwager Friedrichs des Großen, gestattet, sich in Beltenhof mit ihren Familien anzusiedeln,*) sich eine Kapelle zu bauen und von dem reformierten Prediger zu Braunschweig sich kirchlich bedienen zu lassen.

Zu Blankenburg hielt ein reformierter Geistlicher aus

*) Zu dieser Ansiedelung wurde das dem Waisenhanse zu Braunschweig B. M. V. bisher gehörende Vorwerk benutzt, dessen Länderei den Colonisten zu der Summe, die es bis dahin eingebracht hatte, etwa 700 Thaler, in Erbpacht gegeben wurde.

Halberstadt den dort und in der Umgegend befindlichen Reformierten jährlich einigemal öffentlichen Gottesdienst, anfänglich in einem Privathause, hernach in einem Saale der Fürstlichen Faktorei; seit 1785 in der St. Katharinenkirche nach beendigtem Gottesdienst der Garnisongemeinde und, nachdem diese abgebrannt war 1836, in der Bartholomäikirche.

Obwohl nun die Reformierten, welche man als gewerbfleißige Menschen und Märtyrer des protestantischen Bekenntnisses gern aufgenommen hatte, sich so vieler Vergünstigungen erfreuten, so hatte man aber doch nicht umhin gekonnt, ihnen nicht unerhebliche parochiale Beschränkungen aufzuerlegen, die darauf berechnet waren, die Landeskirche und deren Diener gegen Übergriffe von reformierter Seite zu schützen. (Landesherrl. Regulativ vom 3. Dezember 1726 und Reskr. vom 26. Januar 1726. Frederäsdorf II 365. 281.)

§ 48. Die Religionsgenossenschaften von Beginn der westfälischen Fremdherrschaft 1806 bis zum Erlaß der Neuen Landschafts-Ordnung 1832.

Diese Periode, welche die Zeit der westfälischen Fremdherrschaft, der deutschen Befreiungskriege, der vormundschaftlichen Regierung und der Regierung des Herzogs Karl II. umfaßt, ist zwar reich an politischen Ereignissen, welche mit durchgreifenden Umgestaltungen des Staatslebens verbunden waren; auch drängen sich neue Denkweisen hervor, und so wird die Überzeugung immer unwiderstehlicher, daß es mit der Gestaltung der Rechtsverhältnisse der verschiedenen Religionsgenossenschaften so, wie es bisher gewesen, ferner nicht bleiben könne; aber, wenn auch dieser Überzeugung hier und da Ausdruck gegeben wird, so kommt es doch noch nicht zu eigentlich durchgreifenden Umgestaltungen der zwischen Staat und Kirche bestehenden Rechtsverhältnisse. Es ist eine Übergangszeit, in welcher Veraltetes zwar erschütterlich abstirbt,

aber noch eine Weile seine Stelle behauptet, und Neues zwar hervorbrängt, aber noch Zeit bedarf, um sich zu bestimmten Formen und Gestaltungen zu entwickeln.

Die Königlich westfälische Regierung kümmerte sich um das Religiöse und Kirchliche wenig; was unter ihr Fortschritte machte, war nur der konfessionelle Indifferentismus und der Verfall unserer Landeskirchlichen Ordnungen; was unter ihr gewann, war hauptsächlich das Judentum, das — um welcher politischen, wie finanziellen Gründe willen, muß hier unerörtert bleiben — von dieser Deutschland fremden Regierung mit Vorliebe begünstigt ward, so daß unter ihr nicht nur die Zahl der Juden und der Jüdischen Gemeinden, die ihre Synagogen hatten im Lande, sich mehrte, sondern es auch zur Errichtung eines jüdischen Konsistoriums zu Kassel kam, dessen Präsident der reiche und achtbare Israelit Jakobson, der Stifter der bekannten reich ausgestatteten jüdischen Erziehungsanstalt zu Seesen, ward.

Die auf die Befreiungskriege folgende vormundschaftliche Regierung unseres Landes aber hatte mit der Wiederherstellung der in Verfall geratenen staatlichen Ordnungen zu viel zu thun, als daß sie der Ordnung der konfessionellen Verhältnisse viel Aufmerksamkeit hätte zuwenden können; wie dieses auch der Fall war mit der durch so manche beklagenswerte Vorgänge getrübbten Regierung Herzogs Karl II. So blieb es während dieses Vierteljahrhunderts rücksichtlich der Rechtsverhältnisse der Religionsgenossenschaften im Lande so ziemlich beim Alten. Nur nachfolgende staatliche Erlasse, welche für diese Verhältnisse von Bedeutung sind, mögen hier hervorgehoben werden:

1. Durch Serenissimi (Herzogs Friedr. Wilhelm) Verordnung vom 14. April 1814, die Verwaltung der kirchlichen und Schulangelegenheiten betreffend, wurden manche während der Fremdherrschaft verwahrlosten Zustände unserer Landeskirche wieder geordnet und zeitgemäß verbessert; die Beziehungen derselben gegenüber den andern Religionsgenossenschaften wurden aber von ihr nicht berührt (cf. Gesetz u. Verord. Samml. 1814, N. 19, S. 269).

2. Durch die Ern. L. O. von 1820 verlor, wie wir schon früher bemerkten (§ 45), unsere lutherische Landeskirche einen Teil ihrer Vertretung auf den Landtagen durch ihre Prälaten. Die Reformierten und Katholiken dagegen gewannen das Recht, auf denselben als Vertreter zu erscheinen. Der Staat blieb zwar noch ein christlicher, aber er hörte auf ein konfessionell-lutherischer zu sein.

3. Den Israeliten, deren bürgerliche Rechte bis dahin noch sehr beschränkt und die fast allein auf Handelsbetrieb angewiesen waren, wurde durch die modifizierte Gewerbe- und Gilde-Ordnung vom 29. Oktober 1821, Nr. 8 nunmehr auch der Handwerksbetrieb im Lande gestattet durch § 65; wo es heißt: „Bei Aufnahme der Lehrlinge darf kein Unterschied zwischen Geburt, Stand und Religion gemacht werden“; — eine Berechtigung, von welcher übrigens die Juden, auch seitdem sie ihnen erteilt worden, so wenig Gebrauch gemacht haben, wie von der später erhaltenen Berechtigung, als Handarbeiter in Fabriken oder im Ackerbau thätig zu sein.

§ 49. Die Religionsgenossenschaften während der neu-braunschweigischen Zeit von dem Erlaß der N. L. O. von 1832 bis jetzt.

Mit dem Erlaß der N. L. Ordnung begann in unserm Lande eine neue Zeit, sowohl für den politischen Charakter des Staats, als auch für die Behandlung der kirchlichen Angelegenheiten seitens desselben. Es trat damit ins Leben, wie für die Regierungsform des Landes die Idee der konstitutionellen Monarchie mit dem Princip einer zwischen der landesherrlichen Regierung und der verfassungsmäßigen Volksvertretung getheilten Gewalt; so für die Art und Weise der Ausübung des staatlichen Hoheitsrechts über die Religionsgenossenschaften die Idee des reinen Rechtsstaates, der sich konfessionslos zu halten hat, um, als über den Religions-

parteien stehend, unparteiisch deren Rechtsverhältnisse ordnen zu können.

Diese Rechtsverhältnisse hat nun zwar die N. L. D. nicht selbst sofort näher geordnet, sondern deren Ordnung späterer Landesgesetzgebung überlassen. Sie hat jedoch für die Behandlung derselben im Wege der Gesetzgebung wichtige leitende Grundsätze aufgestellt und zwar hauptsächlich drei:

1. Religionsfreiheit für alle Landeseinwohner,
2. Rechtsgleichheit (Parität) für die im Lande anerkannten christlichen Kirchen,
3. Selbständigkeit der Kirchengewalt *jus in sacra* im Unterschied von der Staatsgewalt in rein geistlichen Sachen;

freilich jeden dieser Grundsätze unter Beschränkungen, die geboten schienen durch die Natur der Sache und das Interesse des Staats.

1. Der erste dieser Grundsätze, der der Religionsfreiheit, ist ausgesprochen in § 29 mit den Worten: „Jedem Landes-Einwohner wird vollkommene Freiheit des Gewissens und des religiösen Glaubens, auch das öffentliche Bekenntnis desselben in einer der im Staate jetzt gestatteten kirchlichen Gesellschaften, gewährt; — niemand darf jedoch seine Religion vorzögen, um sich einer gesetzlichen Verpflichtung zu entziehen. Äußere Religionsübung ist der Oberaufsicht des Staates unterworfen.“

2. Der zweite Grundsatz, der der Rechtsgleichheit der im Lande anerkannten christlichen Kirchen ist ausgesprochen im § 211: „Allen im Herzogtum anerkannten oder durch ein Gesetz aufgenommenen christlichen Kirchen wird freie öffentliche Religionsübung zugesichert; sie genießen

gleichen Schutz des Staates und ihre Angehörigen gleiche bürgerliche Rechte.“

3. Der dritte Grundsatz der der Selbständigkeit der Kirchengewalt in rein geistlichen Sachen innerhalb der Schranken der staatlichen Obergewalt ist ausgesprochen in § 212 mit den Worten: „Alle Kirchen stehen unter der auf der höchsten Staatsgewalt beruhenden Obergewalt der Landesregierung. Die Anordnung der rein geistlichen Angelegenheiten bleibt unter dieser Obergewalt der in der Verfassung jeder dieser Kirchen begründeten Kirchengewalt überlassen. Im Zweifel entscheidet darüber, ob eine Angelegenheit rein geistlich sei, die Landesregierung.“

Die Konsequenzen dieser Grundsätze der N. L. O. für die Gestaltung der Verhältnisse der im Lande anerkannten Religionsgenossenschaften traten bis zum Jahre 1848 nur in minder erheblichen staatlichen Anordnungen hervor; seitdem aber in einer Reihe tief eingreifender Gesetze, die am erkennbarsten den Juden zu gute kamen, sodann aber auch den Reformierten und Katholiken.

Die Juden besaßen noch nach 1832 nicht volle bürgerliche Rechte; sie konnten z. B. Grundstücke noch immer nicht ohne besondere landesherrliche Genehmigung erwerben und wurden überhaupt als im Lande nur zugelassene Fremde angesehen, wie dies ein Reskript Herzogl. Kammer Kollegii vom 2. Oktober 1832 ausdrücklich besagt. Noch durch den Landtagsabschied vom 12. Oktober 1832 wurde ihnen im Artikel 19 nur Bedachtnahme auf künftige Verbesserung ihrer bürgerlichen Lage in ziemlich unbestimmte Aussicht gestellt, indem es hieß: „Es ist nunmehr bestimmt, daß den jüdischen Glaubensgenossen diejenigen bürgerlichen Rechte, in deren Besitz sie sich gegenwärtig befinden, gesichert bleiben sollen, und daß demnächst darüber weiter beraten werden soll, inwiefern die hinsichtlich derselben noch bestehenden Beschränkungen aufgehoben oder modifiziert werden können.“

Staatsbürgerliche oder politische Rechte aber besaßen sie bis

dahin noch nicht. Sie konnten weder zu Staats- noch zu Kommunal-Ämtern gelangen, und ihre Befähigung, als Abgeordnete in den Landtag einzutreten, war, wie schon früher bemerkt wurde, in der N. L. O. noch nicht so bestimmt ausgesprochen, daß sie durch Wahlen dazu gelangt wären.

Dies alles ward nun aber verändert, und wurden sie in den Vollbesitz aller bürgerlichen wie staatsbürgerlichen Rechte gesetzt durch das Gesetz vom 23. Mai 1848, Nr. 27 die Aufhebung der aus dem Glaubensbekenntnis entspringenden Rechtsungleichheiten betreffend, dessen einziger Paragraph sagt: „Alle Rechtsungleichheiten sowohl im öffentlichen als im Privatrechte, welche Folgen des Glaubensbekenntnisses sind, werden, vorbehaltlich der noch bestehenden Parochialgerechtsame und der übrigen kirchlichen Verhältnisse, hierdurch aufgehoben.“

Auch wurde durch Gesetz vom 23. Mai 1848 Nr. 28, betreffend die Aufhebung des Verbots der Ehen zwischen Christen und Juden, die Eingehung solcher Mischehen gestattet und für diesen Fall die Form einer vor dem Stadtgericht oder Amtsgericht, in dessen Bereich die Braut ihren Wohnsitz hat, abzuschließenden Civilehe vorgeschrieben, auch darüber, in welchem Glaubensbekenntnis die aus solcher Ehe entspringenden Kinder zu erziehen seien, Bestimmungen getroffen. *)

Modifiziert sind diese Bestimmungen in manchen Punkten wieder durch unser Landesgesetz vom 25. März 1873 Nr. 62 über die Verhältnisse der Dissidenten, sowie durch das deutsche Reichsgesetz vom 6. Februar 1875 über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung.

Das Verbot des früher mit schwerer Strafe bedrohten Übertritts eines Christen zum Judentum bestand noch weit über das Jahr 1848 hinaus. Noch

*) Nach § 4 bestimmt der Vater, in welchem Glaubensbekenntnis die aus einer solchen Ehe entspringenden Kinder zu erziehen sind. Stirbt der Vater vor getroffener Bestimmung, so geht die Entscheidung auf die Mutter über. Sind beide Eltern vorher verstorben, so sollen die Kinder in dem Glaubensbekenntnis des Vaters erzogen werden.

durch ein Rescript des Herzoglichen Staatsministeriums vom 16. September 1852 ward dem Landesrabbiner zu Braunschweig die Aufnahme von Christen ein für allemal untersagt. Auch dieses Verbot ist aufgehoben durch das Dissidentengesetz vom Jahre 1873, denn nach § 16 desselben steht den Christen aller drei Kirchen unter gewissen Förmlichkeiten der Übertritt zum Judentum staatsseitig frei.

Die Juden (1890: 1635 Seelen) haben zu Braunschweig an der Knochenhauerstraße eine 1875 erbaute Synagoge, in welcher der Landesrabbiner den Gottesdienst verrichtet, und eine daneben liegende Religionschule. Außerdem haben sie von Lehrern bediente Synagogen und Schulen zu Wolfenbüttel, Schöningen, Seesen, Gandersheim, Stadtholndorf und Holzminnen. Höhere Lehranstalten befinden sich in Wolfenbüttel, die Samsonschule, und in Seesen, die Jacobsonschule, welche letztere auch von Christenkindern besucht wird. Letztere wurde gestiftet 1800 bis 1805 von dem Kammeragenten Israel Jacobson, † 1828.

Die Reformierten (1890: 4060 Seelen), die schon früher (S. 139) bürgerliche und staatsbürgerliche Gleichberechtigung erlangt hatten, erreichten nach Erlaß der N. L. O. von 1832 die Anerkennung eines gewissen Diöcesanverbandes, zu welchem ihre Gemeinde in Braunschweig nebst den bei ihr Eingepfarrten zusammentreten durfte mit 5 auswärtigen reformierten Gemeinden; — denen der Stadt Celle, Hannover, Göttingen, Münden und Bückeburg — auf Grund einer mit denselben vereinbarten Kirchenverfassung, deren Verfassungsurkunde von ihnen publiziert ward den 4. Septbr. 1839*) unter dem Titel „Kirchenordnung für die konföderierten Gemeinden evangelisch-reformierter Konfession in Niedersachsen.“ Nach dieser Kirchenordnung steht jeder der sechs konföderierten Gemeinden ein Presbyterium vor, bestehend aus dem Prediger, den die Gemeinde sich wählt, und aus Kirchenvorstehern oder Ältesten, die sich ergänzen durch Kooptation. Die Leitung der allgemeinen Angelegenheiten der Konföderation hat eine alle sechs Jahre abwechselnd in der einen

*) Dieselbe findet sich hinter Richters Lehrbuch des Kirchenrechts abgedruckt.

und andern der genannten Städte sich versammelnden Synode, zu welcher jede der Gemeinden ihren Prediger und einen Deputierten aus ihrem Presbyterium sendet und welche zur Leitung der Verhandlungen einen Moderator aus ihrer Mitte sich wählt. Während der Zeiten zwischen der einen und der andern Zusammenkunft der Synode wacht der Moderator derselben über der Kirchenordnung in den konföderierten Gemeinden. *)

Auch den Katholiken, deren Anzahl im Lande sich seit 1832, hauptsächlich infolge der regeren Entwicklung der industriellen Verhältnisse und des Zuzuges katholischer Arbeiter, bedeutend gemehrt hat, **) kamen die liberalen Grundsätze, nach welchen die N. L. D. die konfessionellen Verhältnisse staatsseitig behandelt wissen wollte, nach und nach sehr zu statten. Nicht nur ward denselben seit Herzog Wilhelms Regierungsantritt die Beschaffung von Anstalten für Kultus und Unterricht da, wo sich das Bedürfnis herausstellte, weniger als früher erschwert und bereitwilliger durch Unterstützung erleichtert, sondern es ward auch der Bischof zu Hildesheim als ihr Oberhirt anerkannt und diesem liberaler, als früher, gestattet unter Vermittlung eines ihm unterstellten Dekanaten zu Braunschweig mit den Hirten und Schafen seiner Diocese amtlich zu verkehren, persönliche Besuche in den Gemeinden abzustatten und die dem Bischof zustehenden Akte: Kirchweihe, Priesterweihe, Firmelung, vorzunehmen. So wurde wieder angeknüpft ein Diöcesanverband zwischen den Katholiken des Landes und auswärtigen Oberen, wie derselbe bestanden hatte vor der Reformation. †)

Der alte Druck parochialer Verpflichtung zur Entrichtung von Stollgebühren für bei den Katholiken, wie auch den Juden und (weniger hart) den Reformierten vorkommende kirchliche Akte an die Landeskirche und deren Diener wurde

*) Allgemeines über das Ältestenamt und über Synoden siehe in § 61.

**) Katholiken gab es 1827: 2400 (s. Venturini S. 81); 1875: 7609; 1885: 12642; 1890: 16419.

†) Vor der Reformation gehörte unser Land ostwärts der Oker zur Diocese des Bischofs von Halberstadt, westwärts der Oker zu derjenigen des Bischofs zu Hildesheim, der süßliche Teil des Weserkreises aber zur Diocese des Erzbischofs zu Mainz.

größtenteils beseitigt durch das Gesetz vom 18. Mai 1864 Nr. 26 „die von Katholiken, Reformierten und Juden an die evangelisch-protestantische Kirche zu entrichtenden Stolgebühren betreffend.“ Denn hierdurch wurden sie von dieser Verpflichtung wenigstens rücksichtlich aller solcher Akte befreit, bei welchen eine Thätigkeit von seiten der Diener der Landeskirche nicht stattfand, und es wurden die letzteren für die ihnen daraus erwachsenden Verluste an Einkommen durch von der Landesregierung aus der Hauptfinanzkasse an die berechtigten Lokalkirchen, bezw. den Klosterkapitalfonds, die derzeitigen Stelleninhaber, die Konsistorial-Prediger-Witwenkasse und den Wäterlingschen Legatenfonds überwiesenen Ablösungskapitale entschädigt.

Hierdurch aber waren die Klagen der Katholiken über den Druck parochialer Rechtsungleichheiten, unter welchem nach dem Reglement vom 9. April 1768 ihre Kirche mit ihren Dienern gegenüber unserer Landeskirche mit deren Dienern stand, noch nicht gestillt, sondern sie erhoben sich seit dem Jahre 1848, wo auf dem kirchlichen, wie auf dem staatlichen Gebiete Rechtsgleichheit das Lösungswort der Zeit war, lauter und lauter. Diesen Klagen thunlichst abzuhelpen, war nun der Zweck eines Gesetzes, durch welches das vorge dachte Reglement außer Kraft gesetzt und die katholische Kirche und deren Diener mit der evangelischen Kirche und ihren Geistlichen rücksichtlich ihrer parochialen Rechte und Pflichten, soweit es die Natur der Verhältnisse zuließ, auf den Fuß der Parität zu stellen versucht ward.

Es war dies das Gesetz vom 10. Mai 1867 Nr. 32, betreffend „die Ordnung der kirchlichen Verhältnisse der Katholiken im hiesigen Lande.“ Wie der Eingang dieses Gesetzes besagt, handelt es sich bei dessen Erlaß hauptsächlich darum: „die Zuständigkeit, sowie das Verfahren der römisch-katholischen Geistlichen im hiesigen Lande in Bezug auf kirchliche Amtshandlungen und in Bezug auf die Führung der Kirchenbücher von neuem zu ordnen.“ — Zur Erreichung dieses Zweckes aber handelt das Gesetz in sechs Abschnitten von folgenden Punkten:

I. Von der Proklamation und Kopulation § 1—4.

II. Von der religiösen Erziehung, der Taufe und dem Schulbesuche der Kinder (aus gemischten Ehen) § 5—11.

- III. Von dem Endtermine der Schulpflichtigkeit, von der Wahl und dem Wechsel der Konfession § 12—14.
- IV. Vom Besuch der Kranken und Gefangenen und vom Begräbniß § 15—18.
- V. Von der Führung der Kirchenbücher und der Aufsicht auf dieselbe § 19—21.
- VI. Von den Bedingungen der Berechtigung der katholischen Geistlichen zu kirchlichen Amtshandlungen im Lande § 22 bis 24.

Zugleich mit diesem umfänglichen Gesetze erschien unter demselben Datum mittels landesherrlicher Verordnung betreffend die Ausführung der §§ 3 und 20 des bezeichneten Gesetzes, eine Instruktion für die Geistlichen beider Konfessionen und für sämtliche Kirchenbuchführer: A. über die Bescheinigungen, welche von der Proklamation und Kopulation dem zuständigen (katholischen resp. evangelischen) Prediger beizubringen sind und B. über die nötig erachteten Anweisungen behufs Sicherung der Eintragung derjenigen kirchlichen Amtshandlungen in das Kirchenbuch, bei denen die Befugnisse und Verpflichtungen der evangelischen und katholischen Geistlichen konkurrieren.

Die Bestimmungen dieses so wichtigen Gesetzes haben nun aber zum nicht geringen Teile nach kurzer Zeit ihre Bedeutung und Geltung verloren. So schon rücksichtlich der Stolgebühren durch unser Landesgesetz über die Aufhebung aller Stolgebühren vom 31. Mai 1871 Nr. 33, nach welchem alle an die Diener der Landeskirche auch von ihren eigenen Gemeindegliedern für kirchliche Akte zu zahlenden Stolgebühren beseitigt wurden. Die betreffenden Kirchenämter wurden entschädigt durch Renten eines Ablösungskapitals im Betrage von bis zu einer Million Thaler, welches die Landesregierung aus dem Verkauf der Eisenbahnen dem Kloster- und Studienfonds (§ 10) zur Zahlung an die Berechtigten überwies.

Noch durchgreifender aber war rücksichtlich der Proklamationen und Kopulationen das deutsche Reichsgesetz vom 6. Febr. 1875 über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung, wodurch die bezüglichlichen Bestimmungen des Katholikengesetzes §§ 1—4 gegenstandslos geworden sind, wie von Herzog-

lichem Staatsministerium durch Reskript vom 29. Juli 1882 Nr. 4752 anerkannt ist (siehe auch Amtsblatt 1888, Stüd 17, S. 97 ff.).

Während nun das im Amtsblatt 1888, Stüd 5, S. 34 ff. veröffentlichte Konsistorialreskript vom 1. Februar 1888, Nr. 1004, die kirchlichen Verhältnisse der Katholiken betreffend, ausdrücklich darauf hinweist, daß die übrigen Bestimmungen des Katholikengesetzes, namentlich die §§ 5—18 und 22—25, nach wie vor in rechtlicher Geltung stehen, wird zugleich darauf aufmerksam gemacht, daß gemäß § 14 Absatz 3 des Dissidentengesetzes vom 25. März 1873 die Schulpflichtigkeit der Kinder katholischer Eltern oder unverehelichter katholischer Mütter und der Kinder aus Mischehen, welche katholisch zu erziehen sind, bis zu dem auf die Vollendung ihres 14. Lebensjahres folgenden Wintersemestereschlusse dauert.

Durch Ministerialreskript vom 30. Juli 1888 Nr. 3774 (siehe Amtsblatt 1888, St. 17, S. 98 ff.) wird darauf hingewiesen, daß nicht die Anzeige der Geburt, wohl aber die Meldung einer von dem katholischen Geistlichen zu vollziehenden Taufe geschehen muß. Desgleichen muß der katholische Geistliche von einem unter seiner dienstlichen Mitwirkung auf einem evangelischen Kirchhofe vorzunehmenden Begräbnis dem evangelischen Geistlichen, wie auch dem Opferrmann Meldung erstatten.

Katholische Gemeinden mit Kirchen giebt es außer in Braunschweig, Wolfenbüttel und Helmstedt noch zu Holzminden, Harzburg und Blankenburg. Auch sind zu kirchlichen Amtshandlungen in den ihnen benachbarten braunschweigischen Orten berechtigt: der Pfarrer Müller an der St. Andreaskirche zu Halberstadt, der Missionspfarrer Dr. Herzberg in Ellrich, der Lokalkaplan Scheiblich zu Harzburg, der Vikar Symann zu Hötensleben, der Pfarrer Schlauter zu Bodenem und der Kaplan Gerhardt zu Holzminden (siehe Amtsblatt 1891, Stüd 5, S. 34 u. 1892, Stüd 5, S. 37).

§ 50. Die Dissidenten.

Personen, die sektirerischen, schwarmgeistigen und separatistischen Richtungen verschiedener Art zugehören, hat es, wie

überall, so auch in unserm Lande von alters her gegeben. Nachdem es aber in der Stadt Braunschweig frühzeitig gelungen war, die dem jungen Kirchenwesen gefährlichen unevangelischen und unlutherischen Strömungen zu beseitigen, so erfreute sich unsere auf schriftgemäßer und bekennnismgemäßer Grundlage stehende Landeskirche mehr als zweihundert Jahre hindurch einer friedlichen durch Erscheinungen des Dissidententums kaum getrübbten Entwicklung.

Erst nachdem jene Grundlagen unterminiert worden sind durch den auch bei uns eingedrungenen Rationalismus, hat sich das Dissidententum entwickeln, mancherlei Verwirrung anrichten und mancherlei Schaden anstiften können, so daß der Erlass besonderer Gesetze und Verordnungen mußte für erforderlich erachtet werden.

Zweierlei Gattungen des Dissidententums, welche einander völlig entgegengesetzt sind, wird man unterscheiden müssen. Die Einen standen und stehen im Gegensatz zu dem Rationalismus und hielten fest an der Schriftgrundlage, wie die Herrnhuter, Methodisten, Baptisten und die neuerdings hier und da auftretenden Irvingianer. Unter ihnen traten die Baptisten mit ihren schwarmgeistigen Irrlehren in mehr oder weniger ausgesprochenen Gegensatz zu der Landeskirche, deren erweckte und gläubige Mitglieder, welche ihre Erbauung nicht mehr finden konnten an den rationalistischen Predigten und an den öde gewordenen Gottesdiensten, sie an sich zu ziehen suchten; während die pietistisch gerichteten Herrnhuter zwar auch sich zusammenschlossen zu Konventikeln und sogenannten „Versammlungen“, in denen sie sich erbauten, zugleich aber auch treue Glieder der Landeskirche blieben und alle kirchlichen Bestrebungen derselben auf dem Gebiete der Mission, der äußeren, wie der innern, aufs eifrigste unterstützten.

Im Gegensatz hierzu liegt die andere Gattung des Dissidententums in der Konsequenz des Rationalismus. Es sind dies die sogenannten Deutsch-Katholiken (Konge) und Lichtfreunde oder Freireligiösen (Uhlich). Die in Braunschweig in den vierziger Jahren entstandene deutsch-katholische Gemeinde löste sich nach etwa 10jährigem Bestehen wieder auf. Dagegen hat sich eine freireligiöse Gemeinde zu Braunschweig (1890: 95 Seelen) bis jetzt erhalten.

Über das in unserm Lande hervortretende Sektentwesen und Dissidententum*) möge hier noch folgendes mitgeteilt werden:

In der Stadt Braunschweig trat sogleich nach geschehener Reformation 1528 mit dem Zwinglianismus (siehe § 47) auch die Irrlehre der Wiedertäufer und Carlstädts hervor, so daß der Rat 1534 beschloß „die Sache mit Ernst anzugreifen und die Wiedertäufer nicht in der Stadt zu leiden.“ (Rehtmeyer III S. 114.)

Ähnlich war es auch im Fürstentum nach der im Lande durchgeführten Reformation, denn Julii Kirchenordnung von 1568 klagt, daß in dieser letzten betrübnen Zeit der Welt etliche Kotten und Sektten ihre corruptelas unter dem Namen der Augsburgerischen Konfession zu bedecken und zu beschönen sich unterstehen; auch werden verdammt und verworfen Schwenkfeldt**) mit den Wiedertäufern, welche schwärmen, daß

*) Dissidenten ist eine in Polen entstandene Bezeichnung. Man bezeichnete ursprünglich damit alle nichtkatholischen Christen dieses Landes, später aber die von der Landeskirche sich trennenden. Als Polen nach Siegismond II. Tode 1572 ein Wahlreich wurde, in welchen es neben den Katholiken gab: Lutheraner, Reformierte, böhmische Brüder, Socinianer u. s. w. welche gleiche Rechte in Anspruch nahmen, mußte der neugewählte König bei seinem Regierungsantritt die pax dissidentium beschwören.

**) Caspar Schwenkfeldt v. Ossigk in Schlesien aus adligem Geschlecht † 1561, erklärte Luthers Dringen auf unbedingte Geltung des Wortes Gottes für Buchstabendienst und legte dem gegenüber am meisten Wert auf die innere Erleuchtung, das innere Wort des Geistes im Men-

Gott anderer Art und Weise, denn durch das mündliche Wort der Schrift, nämlich durch sonderliche Offenbarung sich wolle den Menschen zu erkennen geben. Auch wurde unterm 2. März 1692 ein Edikt erlassen wider „die herumerschleichende Sectarey“.

Da nun dies ältere Sektentwesen sich nur auf wenige dafür besonders empfängliche Personen beschränkte, auch sich wenig in die Öffentlichkeit hervorwagte, so hat es keine solche Bedeutung erlangt, wie das in unserm neunzehnten Jahrhundert sich entwickelnde Dissidententum.

Herrnhuter zeigten sich schon 1752 in Braunschweig, faßten jedoch erst festeren Fuß, als der von der Zinzendorf'schen Bewegung ergriffene Johann Heinrich Stobwasser († 1829), welcher 1763 aus Lobenstein eingewandert war und eine bald weltberühmte Ladiersfabrik angelegt hatte, in seinem an der Echternstraße belegenen Hause 1771 einen Betsaal eingerichtet hatte, in welchem ein Missionar der Brüdergemeinde gottesdienstliche Versammlungen hielt. Dieser sammelte auch Gleichgesinnte im Lande, und so entstanden in manchen Orten, z. B. Flechtorf, Beyenrode, Lebenstedt, Lelm, Süplingen, Schlewede u. s. w. sogenannte „Versammlungen“, in denen man sich in aller Stille erbaute mit Gesang und Gebet, mit Gottes Wort und Verlesung von Predigten oder erbaulichen Schriften. Wenn auch die in ihnen herrschende subjektiv-pietistische Richtung, welche sich nicht unter die Zucht des Bekenntnisses stellte, hier und da zu ungesunden Auswüchsen geführt haben mag,*) so sind doch diese

sich. Alles äußere Kirchentum verachtete er, die Kindertaufe mißbilligte er. Rechtfertigung und Heiligung identifizierte er und erklärte sie als eine Menschenwerdung Christi in den Gläubigen. So trat er mit seinem schwärmerischen Mysticismus in immer schärferen Gegensatz gegen die gesunde Mystik Luthers, dessen eifriger Anhänger er anfänglich gewesen war.

*) Gegen derartige Konventikel sind verschiedene Konsistorialausschreiben gerichtet, so am 14. Februar 1807 gegen die Separatisten in Bortfeld, am 23. Mai gegen die Konventikel zu Lebenstedt. Ein Höchstes Rescript wegen der Konventikel zu Flechtorf und Beyenrode vom 22. Juni 1826 bestimmt, daß diesen mystischen und schwärmerischen Sekten für jetzt durch Belehrung von Seiten des Predigers und des Superintendenten

Versammlungen, *ecclesiolae in ecclesia*, nicht nur vielen heilsebegierigen Seelen von großem Segen gewesen, sondern sie haben auch das Wiedererwachen eines regeren Glaubenslebens und kirchlichen Sinnes in der Landeskirche vorbereitet und befördert.

Der Methodismus fand um 1840 Eingang in den Ortshaften des Kirchspiels Lunsen-*Thebdinghausen*, wohin er aus England über Bremen durch das angrenzende Hannoversche gekommen war. Indes der dort herrschende kirchliche Sinn hielt das Umsichgreifen dieser Schwärmerei in Schranken und zu Versuchen der Loslösung von der Landeskirche kam es nicht.

Ein scheinbar bedeutendes, aber nach kurzer Zeit wieder in sich zerfallendes Dissidententum entstand durch die weitverbreitete deutsch-katholische Bewegung, hervorgerufen durch den eine Zeit lang vielgepriesenen Johannes Ronge († 1887), einen suspendierten katholischen Priester, und den ausgetretenen Pfarrer Johann Ezerški. Den Anlaß hatte gegeben ein öffentlicher Protest Ronge's gegen den „Gökendienst“ der Ausstellung und Verehrung des heiligen Rocks zu Trier August bis Oktober 1844. Wie an vielen Orten sich „christkatholische“ Gemeinden bildeten, bestehend aus freisinnigen Katholiken, ermuntert und begünstigt durch freisinnige Protestanten, deren manche sich jenen angeschlossen hatten, angelockt durch den Gedanken an eine Vereinigung zwischen Katholiken und Protestanten, an eine deutsche Nationalkirche, so auch in Braunschweig,*) wo am 7. März 1845

ohne obrigkeitliches Eingreifen entgegenwirkt werden sollte. Im übrigen sollte das Kreisamt Niddagshausen darüber wachen, daß diese religiösen Verirrungen keine polizeiliche Unordnung oder Störung der öffentlichen Ruhe herbeiführten. (Festschrift S. 591.)

*) Ronge hat die Stadt Braunschweig zweimal besucht 1845 und 1846. Wie an andern Orten, so wurde er auch hier in überschwenglicher Weise gefeiert als ein „Reformator“, als ein „zweiter Luther“. Ganz besonders war es der Vorsitzende des Bürgervereins Dr. Nymann, damals und noch lange nachher Wortführer der in Braunschweig herrschenden öffentlichen Meinung, welcher Ronge mit schwungvollen Worten begrüßte. Auch aus Wolfenbüttel, Borßfelde und andern Orten wurden Adressen an Ronge abgesandt. (Festschrift S. 643 ff.)

im sächsischen Hofe sich zahlreiche Katholiken versammelten, um sich vom Papst und seinen Glaubenslehren loszusagen und eine „christkatholische Gemeinde“ zu bilden, welche am 16. März 1845 in der Agidienkirche ihre erste durch eine Rebe Mühlenhoffs eingeleitete Versammlung hielt und sodann am 20. März in der Andreaskirche von demselben Geistlichen das H. Abendmahl in beiderlei Gestalt empfing. Es wurde ihnen gestattet in der Michaeliskirche ihren Gottesdienst nach Beendigung des protestantischen Gottesdienstes zu halten. Anfänglich predigten bei ihnen protestantische Geistliche, bis sie an dem Kandidaten Wolff aus Hamburg, Sohn des früheren Predigers zu St. Andreas in Braunschweig, einen eigenen Geistlichen erhielten. Durch Ministerialreskript vom 30. Oktober 1845 erhielt die Gemeinde staatsseitig eine gewisse Anerkennung und Regulierung ihrer Verhältnisse; auch wurden durch Reskript vom 21. November 1845 Sammlungen gestattet in Stadt und Land zur Bestreitung der Kosten der Besoldung ihres Predigers und sonstiger Kultuskosten, jedoch durften die Sammellisten nur an bestimmten Orten ausgelegt, nicht aber umhergetragen werden.

Die ganze Bewegung, welche von unklaren Ideen erfüllt war und keinerlei sichere Grundlage hatte, deren leitende Persönlichkeiten auch keinerlei hervorragende Bedeutung hatten, zerfiel sehr bald in sich selbst. Mit der schwindenden Begeisterung wurden auch die Beiträge immer geringer, und die Zahl der Gemeindeglieder verringerte sich. Im Jahre 1853 löste sich die deutsch-katholische Gemeinde wieder auf. Ihr Prediger, Pastor Wolff, fand eine Anstellung an der Bürgerschule zu Wolfenbüttel und verstarb 1880.

Während nun diese bisher genannten und auch andere*)

*) In wenig merklicher Weise wurde unsere Landeskirche berührt durch die im benachbarten Preußen insolge bekannter Vorgänge geschehene Lossagung der sogenannten altlutherischen Gemeinden von der unierten Landeskirche. — Ebenfowenig ist auch die insolge Proklamierung des Infallibilitätsdogmas (cf. § 35 S. 78 ff.) entstandene altkatholische Bewegung (cf. § 34 S. 71) in unser Land eingedrungen. Dagegen

hier und da weniger merklich hervortretende dissidentische Erscheinungen den Staat nicht gebrängt hatten, gesetzgeberisch ordnend einzugreifen, so wurde dies unabweisbar infolge des seit den vierziger Jahren immer stärker und störenderen Auftretens der Baptisten, wie auch der um dieselbe Zeit entstehenden Bewegung der sogenannten *Lichtfreunde*, welche die Gründung von einigen sogenannten „Freien Gemeinden“ zur Folge hatten.

Die zuerst erwähnte schwärmerische Sekte der Baptisten ist ein Auswuchs der calvinistisch-reformierten Kirche in Schottland und England, wo sie um Mitte des 17. Jahrhunderts, zur Zeit als dort, während der staatlichen und kirchlichen Wirren unter der Regierung der Stuarts, die Sektensbildung in Blüte stand, aus der kirchlich-politischen Partei der Independenten hervorging. Sie ist aber so wie die etwa um ein Jahrhundert ältere von den Niederlanden ausgegangene Sekte der Mennoniten oder Taufgesinnten, wenn nicht eine Nachkommin, so doch wenigstens im Punkte der Verwerfung der Kindertaufe eine Geistesverwandte der fanatischen Wiedertäufer der Reformationzeit, mit welchen sie mehr als die stillere und besonnenere Gesellschaft der Mennoniten noch manche andere schwere geistige Irrtümer teilt, besonders auch den fanatischen Eifer, als eine auserwählte Gemeinde der Heiligen in der verderbten Welt für ihre Sache Propaganda zu machen.*) Sie hatte und hat geistvolle Prediger und eifrige Missionare (Spurgeon in London, Onden in Hamburg), durch die sie von England aus weite Ausbreitung gefunden in Amerika, neuerlich auch in Deutschland. Von Hamburg her kamen durch das Hannoversche, von Berlin her durch

scheint der Irvingianismus mit seiner Erneuerung des Apostelamts und seinen eschatologischen Schwärmereien neuerdings etwas mehr Verbreitung zu gewinnen unter ernst gerichteten Christen, welche glauben, die Wiederkunft Christi und den jüngsten Tag für ganz nahe bevorstehend halten zu müssen.

*) Schon zu Anfang der Reformation 1528 suchten mit den Anhängern Zwinglis auch die Anhänger Carlstadts und die Wiedertäufer in Braunschweig einzudringen (siehe S. 151).

das Preussische schon vor und noch mehr seit 1848 baptistische Emissäre in unser Land, und es verlautete bald, daß sie in manchen Gegenden (Warsau, Kunstedt, Bettmar, Sierke, Heinsdorf) eifrige Anhänger fanden, und zwar, zum Bedauern der Geistlichen, oft unter den bis dahin kirchlichsten Mitgliedern der Gemeinden, welche nun, statt der Kirche Konventikel, von denen allerlei Ungehöriges verlautete, besuchten, und wenn ihnen Kinder geboren wurden, dieselben der bestehenden Verordnung vom 3. Mai 1815 entgegen, wonach alle christlichen Eltern, ihre Kinder binnen sechs Wochen nach deren Geburt bei Vermeidung einer Strafe von 2 bis 20 Thaler taufen zu lassen verpflichtet waren, zur Taufe zu schicken sich weigerten. Da erfolgten nun Anfragen über Anfragen von Predigern, die mit solchen Sektirern zu thun hatten, wie sie sich zu verhalten hätten denselben gegenüber, und auf Bericht des Herzogl. Konsistoriums erging darauf durch Reskript des Herzogl. Staatsministeriums vom 26. September 1852 eine allen Geistlichen zu eröffnende Höchste Verfügung des Inhalts: Da die baptistische Sekte als berechnete Religionsgesellschaft im Lande nicht anerkannt sei, so seien auch Erklärungen des Übertritts aus der Landeskirche zu derselben ohne alle rechtliche Bedeutung und seien daher von den Predigern diejenigen Personen, welche solche Erklärungen etwa abgäben, nach wie vor als, wenn auch verirrte, Mitglieder anzusehen und, im Falle der Verweigerung der Taufe ihrer Kinder, nötigen Falls durch Anzeige bei den Gerichten zur Erfüllung ihrer Elternpflicht anzuhalten; übrigens sei von seiten der Kirche die, wie es scheine, noch geringfügige Sache mit Vermeidung aller Aufsehen erregenden Schritte, die derselben den Anschein eines Martyriums geben könnten, thunlichst mild im seelsorgerlichen Wege zu behandeln; die Herzogl. Kreisdirectionen aber seien angewiesen, die etwaigen Konventikel solcher Personen polizeilich überwachen zu lassen, damit nichts Ungehöriges in denselben vorkomme.

Indes verlief die Sache nicht so günstig, wie man hoffte. Mit der Zahl der Baptisten mehrten sich die Fälle der Taufverweigerung. Gegen Taufzwang erklärte sich mehr und mehr nicht nur der Zeitgeist, sondern auch das kirchliche Bewußtsein. Die Gerichte machten zum Teil Schwierigkeit, in solchen Fällen

Straferkenntnisse abzugeben, oder lehnten es doch ab, in demselben Falle, wenn von den Penitenten das anerkannte Strafgeld bezahlt war und nun doch das Kind nicht zur Taufe gebracht wurde, das Straferkenntnis als Zwangsmittel zu wiederholen. So blieb zuletzt nichts übrig, als daß auf Vortrag des Konsistoriums durch Ministerialreskript vom 13. Juli 1859 verfügt und durch Konsistorialreskript vom 23. Juli desselben Jahres den Geistlichen eröffnet ward, es sei einstweilen von Anwendung des Taufzwanges gegen baptistische Eltern abzusehen, von denselben jedoch für die Eintragung der ihnen Geborenen in das Kirchenbuch eine der Taufgebühr gleiche Gebühr zu entrichten.

Nun kam aber die Zeit heran, wo ungetauft gebliebene Baptistenkinder, die nach den Landesgesetzen bis zu ihrer Konfirmation schulpflichtig waren, das konfirmationsfähige Alter erreichten und von den Eltern die Konfirmation abgelehnt, die Entlassung aus der Schule jedoch verlangt ward. Da war nun unzweifelhaft, daß von Konfirmationszwang von seiten der Kirche, wie des Staates keine Rede sein könne, auch nicht bei Baptistenkindern von Anwendung eines indirekten Zwanges, sich konfirmieren und zu dem Ende vorher taufen zu lassen, durch fortwährende Zurückhaltung in der Pflicht des Schulbesuchs. Es mußte also hierin eine Nachgiebigkeit eintreten; dabei aber war zu verhüten, daß nicht gewissenlose Eltern, denen an der Konfirmation ihrer Kinder nichts lag, die Verführung nahe trete, sich für Baptisten zu erklären, um dieselben früher als nach dem Gesetz zulässig, aus der Schule zu bekommen. So blieb denn nichts übrig als die Verfügung, welche Herzogl. Staatsministerium durch Reskript vom 15. Januar 1869 erließ: es seien die Kinder der Baptisten, wenn sie zur Zeit des allgemeinen Konfirmationstermins das gesetzliche Alter von 14 Jahren erreicht hätten und in einer vom Herzogl. Konsistorium anzuordnenden Prüfung ihres Bildungsstandes durch den Schulinspektor hinreichend bestanden seien, aus der Schule zu entlassen, wozu noch die Bestimmung gefügt ward, es könne auch bei solchen Kindern im Fall befriedigender Bildung und dringender Umstände, wohl, wenn sie auch nur das dispensationsfähige Alter von 13½ Jahren erreicht hätten, wie bei zu konfirmierenden Kindern, behufs Ent-

lassung aus der Schule Dispensation vom Erfordernisse des gesetzlichen Alters eintreten.

Noch früher, als die Frage der Schulentlassung ohne Konfirmation, drängte die Frage wegen Kopulation und Proklamation baptistischer Sektierer zu einer Entscheidung und diese im bloßen Verwaltungswege zu geben, war schwierig. Es gab für solche Personen noch keine andere Art, rechtsgültige Ehen zu schließen, als die kirchliche Kopulation und Proklamation; denn einen gesetzlichen Civilakt gab es hier zu Lande bis dahin nur für Eheschließungen zwischen Christen und Juden. Auch galten, wie durch das vorerwähnte Ministerialreskript von 1852 ausgesprochen war, Austrittserklärungen angeblicher Baptisten aus der Landeskirche nichts, und hatten danach die Prediger solche Personen nach wie vor als Mitglieder ihrer Kirchengemeinden anzusehen. Nun aber erklärte in vorkommenden Fällen der Bräutigam, wenn er mit dem obrigkeitlichen Trauscheine zum Prediger kam und Trauung oder Aufgebot verlangte, ganz offen, er sei Baptist und wolle im übrigen mit der Landeskirche nichts zu schaffen haben. Natürlich konnten die Prediger, welchen solche Erklärungen abgegeben wurden, schon um des voranzuzusehenden Ärgernisses in der Gemeinde willen sich zu den Handlungen nicht entschließen, durch welche die Kirche, in welcher sie vorgenommen werden sollte, entweiht würde und trugen den Fall dem Konsistorio vor. Andere, bei denen es nicht zu solchen Erklärungen kam, vollzogen ohne Bedenken den Akt. Da war es nun zwar eine bedenkliche Entscheidung, die man abgab; aber man mußte sich entschließen, sie für den Augenblick in Übereinstimmung mit den Kirchenregierungen zu Hannover und Berlin, mit welchen man sich darüber ins Benehmen setzte, nach Höchster Autorisation durch die Konsistorialreskripte vom 20. April 1861 und 28. Mai 1862 dahin abzugeben: es bleibe einstweilen dem Gewissen der Prediger überlassen, ob sie Personen, die sich für Zugehörige der baptistischen Sekte erklären, kopulieren zu dürfen glauben oder nicht! Die Bormahme der bloßen Proklamation sei wohl unbedenklich; liege aber der Fall so, daß davon Ärgernis in der Gemeinde zu besorgen sei, so möge darüber berichtet und je nach Umständen Dispensation vom Aufgebot beantragt werden. So

stellte es sich immer klarer heraus, daß die durch Verbreitung der Baptistenfette entstehenden Schwierigkeiten nur im Verwaltungswege nicht beseitigt werden konnten.*)

Hierzu gesellte sich nun eine andere, dieser wesentlich entgegen gesetzte Erscheinung des Dissidententums, die zuletzt noch stärker zur Regelung der sie betreffenden Verhältnisse im Wege der staatlichen Gesetzgebung hindrängte. Es war das jene freigeistige Agitation der sogenannten Lichtfreunde gegen Christentum und Kirche, welche längst vorbereitet durch den Entwicklungsgang der modernen Kultur, ungefähr von derselben Zeit an, wo zu Anfang der vierziger Jahre in Deutschland der sogenannte Deutschtholicismus seinen Abfall von der Kirche Roms und seine ephemeren Gemeindebildungen begann, in unserer protestantischen Kirche die sogenannten lichtfreundlichen Versammlungen hervorrief und durch die mittels derselben unter das Volk ausgestreuten Lehren zur Bildung der sogenannten freien Gemeinden führte, die anfangs noch von sich behaupteten, auf christlichem Boden zu stehen, aber seit 1848 auch den Anschein des Bekenntnisses zum Christentum immer mehr abwarfen. Diese zum Atheismus, Materialismus und Naturalismus und damit zur Zersetzung und Auflösung der bestehenden Ordnungen in Staat und Kirche führende Bewegung, welche genährt wurde und noch immer genährt wird von zahllosen Erzeugnissen der Tageslitteratur, hat nicht nur in den Kreisen der sogenannten Gebildeten große Verbreitung gefunden, sondern sie ist auch durch socialdemokratische Agitatoren in die Arbeiterbevölkerung getragen. Es würde zu weit führen, darzustellen, wie diese Erscheinungen zuerst in Preußen und sodann im übrigen Deutschland zu Tage getreten sind und sich entwickelt haben. Wir beschränken uns auf das Gebiet unserer Landeskirche.

Wir gedenken zunächst jener von dem Pastor Uhlich († 1872) zu Magdeburg im Sommer des Jahres 1846 auf derASSE zusammengerufenen lichtfreundlichen Versammlung, wo vor der im Walde bei Bierfrug und Tabaksdampf umhergelagerten Masse des Volks halb unter donnerndem Applaus, bald

*) 1890 zählte man 282 Baptisten.

unter drohendem Murren des Mißfallens über Symbolzwang und Glaubensfreiheit in der Kirche geredet ward. (Näheres bei Beste S. 636 ff.)

Die Volksreden und Volkschriften eines Uhlisch, Wälicenus, Walke u. a. drangen in die Gemeinden, und alsbald wurden Klagen vieler Prediger laut, nicht nur zu Wadersleben im Preussischen, sondern auch in Orten unseres Landes; es gehe mit dem Kirchenbesuch zu Ende. In Braunschweig, Wolfenbüttel, Seesen, Schöppenstedt und anderen Orten fingen an, sich freireligiöse Vereine zu bilden, die sich los sagten von Christentum und Kirche. Diese Vereine petitionierten im Jahre 1864 mit der Erklärung ihres Austritts aus der Kirche um Enthebung von ihren kirchlichen und parochialen Verpflichtungen und um Ertheilung von Korporationsrechten. Sie wurden von der Landesregierung durch Reskript Herzogl. Staatsministerii vom 23. September 1864 zurückgewiesen. Aber damit war die Sache nicht abgethan, das wühlerische Treiben und der Abfall von der Kirche ging fort. Eine rechtsgültige Form für die Erklärung des Austritts aus der Kirche gab es nicht, und daraus daß Widerwillige ja Kirchenfeindliche in der Kirche festgehalten werden mußten, erwuchsen immer größere Übelstände den Predigern, wie dem Kirchenregiment. Die Kirche selbst mußte zuletzt wünschen, solcher Mitglieder entledigt zu werden, die nur zwangsweise ihre Kinder zur Taufe schickten, die mit Verachtung im Herzen die kirchliche Trauung verlangten, weil sie nicht ohne sie ehelich zusammen kommen konnten, die keine Kirche besuchten, zu keinem Abendmahl kommen.*)

Nach dem Vorgange Preußens, wo König Friedrich Wilhelm IV. durch Höchstes Patent vom 30. März 1847 das sogenannte Toleranzedikt erlassen hatte, durch welches den Dissidenten der Austritt aus der Landeskirche unter gewissen Bedingungen und in dafür festgestellten Formen freigegeben wurde und die Ausgetretenen auch ihrer bisherigen kirchlichen und parochialen Verpflichtungen enthoben wurden, erließ nun unsere Landesregierung unterm 25. März 1873 das Gef. § Nr. 62:

*) 1890 gab es 61 Freireligiöse im Herzogthume.

„die Verhältnisse der Dissidenten betreffend“, und gleichzeitig unter demselben Datum das Gesetz Nr. 63: „die Verabsäumung der sechswöchigen Tauffrist betreffend“, durch welches sie unter Anerkennung und Einschränkung der fortwährenden kirchlichen und moralischen Verpflichtung christlicher Eltern, ihre Kinder beizelten taufen zu lassen, die staatliche Verpflichtung und demgemäß die Strafbestimmung des oben erwähnten Gesetzes vom 3. Mai 1815 gegen diese ihre Pflicht verabsäumenden Eltern aufhob. Später unter dem 13. November 1873 Nr. 64 erfolgte noch eine landesherrliche Verordnung, die Ausführung beider Gesetze betreffend, mit einer Instruktion für die Kirchenbesucher. Als wesentliche Bestimmungen des Dissidentengesetzes möge hier Nachfolgendes aufgeführt sein:

Als Dissidenten gelten alle die Personen, welche weder der evang.-lutherischen Landeskirche, noch der reformierten, noch der katholischen Kirche, noch der jüdischen Religionsgenossenschaft angehören und dieses nötigenfalls durch Auszüge aus dem Dissidentenregister oder sonstwie bescheinigen. § 1.

Die Dissidentenregister werden von den zuständigen Gerichten geführt. § 16.

Der Übertritt von einer der § 1 genannten Religionsgesellschaften zur andern, ist nach § 16 jedem Staatsbürger unverwehrt, welcher das 14. Lebensjahr überschritten hat. Jedem volljährigen Staatsbürger ist auch der Austritt ohne gleichzeitigen Übertritt gestattet. Es wird jedoch der Austretende so lange als Mitglied seiner bisherigen Kirchengemeinde oder der jüdischen Religionsgenossenschaft betrachtet, als er nicht seinen Austritt persönlich seinem ordentlichen Lokalrichter zu Protokoll angezeigt und dabei zugleich glaubhaft nachgewiesen hat, daß er dem Pfarramte der Gemeinde, welcher er bisher angehört hat, oder dem Rabbiner mindestens vier Wochen vorher die Absicht auszutreten, zu erkennen gegeben hat. Über die erfolgte Anmeldung des beabsichtigten Austritts hat der Prediger oder Rabbiner, sofern nach Ablauf von vier Wochen darum nachgesucht wird, ein Zeugnis auszustellen. Die nach der vorstehenden Vorschrift ausgetretenen Personen, welche nicht gleichzeitig zu einer der vom Staate anerkannten Religionsgesellschaften übertreten, sind in ein

von dem Gerichte zu führendes Verzeichniß (Dissidentenregister) einzutragen. Abschrift der Eintragung ist dem Vorstande derjenigen Kirchengemeinde oder Religionsgenossenschaft, welcher der Erklärende bisher angehört hat, zuzustellen. Dissidenten können nach § 17 in eine der anerkannten Religionsgesellschaften übertreten, sobald sie das 14. Lebensjahr überschritten haben.

Die Bestimmungen, wonach Geburts- und Todesfälle den Kirchenbuchführern behuf Eintragung in die Kirchenbücher anzumelden sind (§ 2—5) und wonach Eheschließungen vor den zuständigen Lokalgerichten zu vollziehen sind (§ 6—11), sind durch das Reichsgesetz über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung vom 6. Februar 1875 außer Kraft gesetzt.

Über die Schulpflichtigkeit und die religiöse Erziehung der Dissidentenkinder heißt es in § 14: Über die religiöse Erziehung derselben entscheidet, wenn sie eheliche sind, der Vater, uneheliche folgen der Mutter. Von vollendetem 14. Lebensjahre an steht es bei einem Religionswechsel der Eltern den Kindern frei, ob sie diesen folgen oder ihre zeitherige Religion beibehalten wollen. Von dem Religionsunterrichte in der Schule sind die schulpflichtigen Kinder entbunden, wenn die Eltern nachweisen, daß für deren religiöse Heranbildung durch zureichenden Unterricht anderweitig gesorgt wird. Die Schulpflichtigkeit dauert bis zu dem auf die Vollendung des 14. Lebensjahres folgenden Wintersemesterabschluß, wie bei den den anderen Religionsgesellschaften angehörigen Kindern.

Zur Leistung irgend welcher Parochialabgaben für die Zwecke der Pfarodie ihres Wohnsitzes, außer soweit solche auf Grundstücken lasten, sind die Dissidenten nicht verbunden (§ 13).

In Bezug auf Vereine, Versammlungen und Genossenschaften, welche sich mit religiösen Angelegenheiten beschäftigen, enthalten die §§ 18—20 die folgenden den Dissidenten, sowohl denen, die christlich, als auch denen, die nicht christlich sein wollen, geltenden Bestimmungen:

§ 18. „Religiöse Vereine und Versammlungen, welche sich mit religiösen Angelegenheiten beschäftigen, sollen den Bestimmungen unterworfen sein, welche das Gesetz vom 4. Juli 1853 Nr. 37 in den §§ 1—3, 5—13, 15—27, 29—34 in Betreff der Ver-

eine und Versammlungen, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen, enthält.“

§ 19. „Wollen Vereine oder Genossenschaften einen religiösen Kultus üben, so bedürfen sie hierzu der staatlichen Genehmigung auf Grund der vorzulegenden Statuten.“

Die Genehmigung wird erteilt, wenn die in den Statuten festzustellenden Religionsgrundsätze und Normen für die Religionsübung mit der Ehrfurcht gegen Gott, dem Gehorsam gegen die Geetze und der allgemeinen Sittlichkeit vereinbar sind und nicht in der geringen Zahl der Teilnehmer oder in deren Persönlichkeiten Grund zu Zweifeln über den zweckentsprechenden Fortbestand liegt. Durch die erteilte Genehmigung erlangt die Religionsgesellschaft das Recht, unter Oberaufsicht des Staates gottesdienstliche Zusammenkünfte in dazu bestimmten Räumen zu veranstalten und sowohl hier als in Privatwohnungen der Mitglieder die ihren Religionsgrundsätzen entsprechenden Gebräuche auszuüben auch eigene Prediger und Religionslehrer anzunehmen.“

§ 20. Korporative Rechte erlangen religiöse Vereine und Genossenschaften nur durch besondere Verleihung seitens der Herzogl. Landesregierung.

Dritter Abschnitt.

Das Kirchenregiment der evangelisch-lutherischen Landeskirche des Herzogthums Braunschweig.

§ 51. Übersicht.

Nachdem wir uns in den vorigen beiden Abschnitten mit dem in unserm Lande geltenden Hoheitsrecht des Staates, dem *jus circa sacra*, und wie dasselbe bei Ordnung der Rechtsverhältnisse der verschiedenen Religionsgenossenschaften unseres Landes zur Anwendung gekommen ist, beschäftigt haben, werden wir von nun an ausschließlich unserer evangelisch-lutherischen Landeskirche unsere Aufmerksamkeit zuwenden, indem wir uns beschäftigen mit deren Verhältnissen, mit ihrer Ordnung und Verfassung.

In dem vorliegenden dritten Abschnitt, welcher wiederum mehrere geschichtliche Rückblicke enthält, betrachten wir:

1. nach einer kurzen Erörterung hinsichtlich des Namens „Landeskirche“. § 52.
2. Die Bildung und erste Einrichtung des Kirchenregiments unter Herzog Julius. § 53.
3. Das Kirchenregiment in der alt-braunschweigischen Zeit. § 54.

4. in der neu-braunschweigischen Zeit. § 55.
5. seit Einführung synodaler Einrichtungen. § 56.

Hieran schließen sich noch:

6. Nachrichten über frühere kirchenregimentliche Einrichtungen in der Stadt Braunschweig und im Fürstentum Blankenburg § 57; und
7. Darstellung der Diöcesaneinteilung mit Berücksichtigung der historischen Entwicklung derselben. § 58.

In dem hierauf folgenden vierten wesentlich beschreibenden Abschnitt wird alsdann dargestellt werden, wie das Kirchenregiment jetzt eingerichtet ist, unter welchen Umständen und mit welchen Organen, Mitteln und Kräften dasselbe seine Aufgabe zu erfüllen sucht.

§ 52. Rechtfertigung des Namens Landeskirche.

Aus dem, was in dem vorigen Abschnitt über die Umgestaltung unserer politischen und konfessionellen Verhältnisse im Verlaufe der Zeit gesagt wurde, ist es klar, daß von einer Landeskirche längst nicht mehr in dem Sinne die Rede sein kann, wie früher, wo unser Staat ein durch und durch lutherischer und unsere Kirche die allein anerkannte und entschieden bevorrechtete war. Dennoch nennt sie unsere Regierung selbst noch immer in ihren neuesten Gesetzen und Erlassen, im Unterschiebe von den andern Religionsgemeinschaften im Lande z. B. im Dissidentengesetz von 1873, im Gegensatz zu der reformierten und katholischen Kirche, „die evangelisch-lutherische Landeskirche“.

Diese Benennung ist aber wohlbegründet, nicht nur weil unsere Kirche noch heute die große, alle übrigen Konfessionen zusammengenommen weit überragende Mehrzahl der Landes-

angehörigen umfaßt, sondern noch mehr, weil sie eben deswegen, und zugleich um ihres Landesherrlichen Summepiskopats willen, noch immer zum Staate und dessen Einrichtungen in engeren Beziehungen, als die übrigen Religionsgesellschaften, steht, und weil unsere Regierung wünscht und wünschen muß, daß diese Beziehungen zu beiderseitigem Nutz und Frommen enger sich knüpfen.

Solche engen Beziehungen zum Staate sind: die Stellung, welche die Oberbehörde unserer Kirche zum Landesherrn, als dessen Beraterin in ihren Angelegenheiten einnimmt (s. S. 177 ff.) die Vertretung ihrer Interessen, welche sie auf den Landtagen vor den übrigen Religionsgesellschaften voraus hat, durch eine Anzahl ihrer dazu erwählten geistlichen Diener; — die Verbindung ihrer kirchenvisitorischen Ämter mit angesehenen Staatsämtern, denen Administrativgewalt zu Gebote steht.

Auch muß darauf hingewiesen werden, daß es die Feiertagsordnung unserer evangelisch-lutherischen Landeskirche ist, welche die Sanction der staatlichen Gesetzgebung und damit den Schutz der Landespolizei für sich hat; — daß die Aufsicht auf die Volksschulen des Landes ihren Geistlichen bis jetzt zusteht, weil diese Schulen noch durch das Gesetz vom 22. Dezember 1851 Nr. 53, wie auch durch § 4 des Gesetzes vom 8. April 1876 Nr. 37 und das Gesetz Nr. 12 vom 6. April 1892 als evangelisch-lutherische Gemeindefschulen anerkannt sind (s. § 63, 3).

Endlich darf auch nicht außer acht gelassen werden, daß „unsere Landeskirche“ verhältnismäßig sehr erhebliche Zuschüsse zur Bestreitung ihrer Bedürfnisse alljährlich aus öffentlichen Mitteln, über welche der Staat zu verfügen hat, empfängt.

Ob es nun im Interesse einer ferneren gedeihlichen Entwicklung des Kirchenwesens in unserm Lande wünschenswert ist, daß die Verbindung zwischen Staat und Kirche, auf welche unsere Landesregierung Wert legt und deren Fortbestand sie wünscht, sich löse, und daß unsere Kirche nach Art der Freikirchen in Zukunft ihre eigenen Wege geht, entledigt einerseits der oft lästigen und hemmenden Rücksichtnahme auf den Staat, andererseits aber

auch der ihr Gedeihen und ihre Aufgabe fördernden Stützen und Hilfen, welche derselbe noch immer gewährt, obwohl er aufgehört hat, ein evangelisch-lutherischer, ja überhaupt ein christlicher im strengen Sinne des Wortes, wie früher, zu sein; diese ebenso wichtige, als auch schwierige Frage zu diskutieren, kann nicht unsere Aufgabe sein, denn wir wollen nicht von einer Zukunftskirche reden und darlegen, was Recht werden soll, sondern wir wollen darzulegen uns bemühen, welches gegenwärtig das Recht, die Verfassung und Ordnung unserer Landeskirche wirklich ist.

§ 53. Bildung und erste Einrichtung des Kirchenregiments unter Herzog Julius.

Als Herzog Julius unterm 1. Januar 1569 als Grundlage für Lehre und Kultus, Disciplin und Verfassung der von ihm zu konstituierenden Landeskirche seine berühmte von den Theologen Martin Chemnitz und dem Juristen und Theologen Jakob Andrea verfaßte Kirchenordnung erließ (s. § 10) und in derselben sein übernommenes Landesherrliches Kirchenregiment organisierte; da geschah dies auf Wunsch und mit Zustimmung der Stände als damaliger alleiniger Vertreter des Landes in kirchlichen, wie politischen Dingen; und es war daher dieser Erlaß nicht ein rein kirchlicher, sondern ein staatskirchlicher Akt und die Kirchenordnung selbst war, (wie auch die später mit gleicher Zustimmung erlassene Kirchenordnung Anton Ulrichs), ein staatskirchliches Grundgesetz des Landes.

Der konfessionelle Zusammenhang unserer Landeskirche mit der lutherischen Gesamtkirche wurde, wie dies auch an andren Orten geschehen war, von Herzog Julius, als Inhaber des Kirchenregiments, dadurch gewahrt, daß derselbe seine Kirchenordnung mit dem ihr vorangestellten von Chemnitz verfaßten kürzeren Corpus

doctrinae, so wie im folgenden Jahre sein von ihm publiziertes ausführlicheres sämtliche lutherische Bekenntnisschriften außer der Konfordinformel enthaltene Corpus doctrinae Iuliam eigenhändig unterschrieb und von den Behörden und Dienern der Landeskirche mit einer strengen Verpflichtungsformel unterschreiben ließ (f. S. 42).

Wie Herzog Julius zur Abfassung seiner Kirchenordnung außer dem Braunschweiger Martin Chemnitz auch den Tübinger Kanzler Andrea aus Württemberg berufen hatte; so nahm er sich auch bei Organisation seines Kirchenregiments die treffliche Württembergische Kirchenordnung zum Vorbild, welche schon früher unter Herzog Christoph nach dem Vorgange Churfürstens verfaßt und publiziert war unter Einfluß der dortigen Reformatoren Erhard Schnepf und Johann Brenz.

Zur Führung des Kirchenregiments unter seiner Auktorität setzte er deshalb ebenso, wie dort geschehen war, „ein Christlich Consistorium, oder Kirchen Rath“ *) in seiner Residenzstadt Wolfenbüttel ein und that, was er konnte, um demselben das Ansehen einer selbständigen Oberkirchenbehörde des Landes zu verleihen. **)

*) Cf. Iulii Kirchenordnung, Vorrede S. 6 ff.

**) Zum Geschäftslokale verlieh Herzog Julius dem Konsistorio die geeigneten Räumlichkeiten in seiner fürstlichen Kanzlei, wie damals das Regierungsgebäude hieß, in welchem das Konsistorium noch bis in die dreißiger Jahre unsers Jahrhunderts seine Sitzungen abgehalten hat, und er verordnete für dasselbe ein besonderes Sekretariat, wodurch allein schon die von dem Historiker Spittler in seiner Geschichte des Fürstentums Hannover aufgestellte Behauptung, es habe das Konsistorium ursprünglich nicht ein selbständiges Kollegium, sondern nur eine Sektion oder Deputation der Fürstlichen Ratsstube sein sollen, widerlegt wird; wie denn auch diese Behauptung schon im vorigen Jahrhundert durch den Konsistorialrat

Ein rein kirchliches geistliches Kollegium konnte ja nun allerdings diese Behörde nicht sein; daher bedurfte sie auch tüchtiger juristischer Arbeitskräfte. Nicht nur hatte das Konsistorium schon damals, wie noch jetzt, auch wichtige äußere Interessen der Kirche zu vertreten; sondern dasselbe mußte zu jener Zeit, wo die völlige Unterscheidung des kirchlichen Gebiets vom staatlichen Gebiete sich in den Rechtsanschauungen der Zeit noch nicht vollzogen hatte, zugleich mit den Funktionen einer kirchlichen Oberbehörde die Funktionen eines staatlich-kirchlichen Gerichtshofes übernehmen, der zu untersuchen und zu erkennen hatte in Sachen gemischter Art, wie in Ehesachen und in Prozeßsachen, bei denen Kirchen und Kirchenlieder Kläger oder Angeklagte waren; — Sachen welche zur Zeit der katholischen Kirchenherrschaft im Lande zur Kompetenz der bischöflichen Offizialate gehört hatten und welche heutzutage längst dem Kirchenregimente abgenommen sind und zur alleinigen Kompetenz der staatlichen Gerichtshöfe gehören (s. § 62, 1). Deshalb verordnete Herzog Julius zu Vorsitzenden des Konsistoriums seine höchsten Staatsbeamten, Statthalter und Kanzler und zu Beisitzern desselben für die Behandlung der juristischen Sachen „etliche von seinen politischen Kanzleiräten“, wie die Kirchenordnung sich ausdrückt.

Nicht im entferntesten jedoch war es des frommen Fürsten Meinung, daß in dieser seiner kirchenregimentlichen Behörde die ihm höchst wichtigen geistlichen Sachen hinter den weltlichen zurückstehen sollten. So verordnete er denn nicht nur, daß zur Bearbeitung dieser Sachen die nötige Zahl gewiegter Theologen in dem Kollegio sitzen sollte, sondern er bestimmte auch zur Teilnahme am Vorsitz und an der Geschäftsleitung in demselben einen Obersuperintendenten oder Superintendens generalissimus, der nach der in der Kirchenordnung gegebenen Superintendenz- und Visitationsordnung zugleich die geistliche Inspektion über die ganze Landeskirche zu führen hatte, und dem die fünf zu ernennenden Generalsuperintendenten des

Schlegel zu Hannover in seiner Kirchengeschichte von Norddeutschland und den Hannoverschen Staaten widerlegt ist.

Landes nebst den von diesen zu visitierenden Specialsuperintendenten gewissermaßen als einem geistlichen Bischof unterstellt sein sollten. Der erste in diesem wichtigen Amte war Martin Chemnitz, der dasselbe als Stadtsuperintendent zu Braunschweig von dort aus eine Zeit lang verwaltete; der zweite war dessen bekannter Mitarbeiter am Konfordinwerke Nikolaus Selnecker, den der Herzog auf Chemnitz Rat 1570 von Leipzig nach Wolfenbüttel zu seinem Hofprediger und Superintendentens generalissimus berief.

Aber auch durch diese, man könnte sagen, episcopale Institution einer persönlichen geistlichen Oberkirchenleitung hielt Herzog Julius und hielten seine Ratgeber den lebendigen Zusammenhang seines konsistorialen Kirchenregiments mit der Landeskirche und deren Dienern und Gemeinden noch nicht für genugsam gesichert. Er faßte daher auch schon gewisse synodale Einrichtungen ins Auge, die dazu dienen sollten, daß durch sie die Zustände, Bedürfnisse und Wünsche der Landeskirche zur Kenntnis des Kirchenregiments kämen und so dessen Einsicht unterstützt und dessen Auktorität in der Landeskirche gestärkt würde.

Der sogenannte „Synodus“, zu welchem nach Bestimmung seiner Kirchenordnung die fünf Generalsuperintendenten des Landes nebst ihren 16 Superintendenten alljährlich zweimal beim Konsistorio zusammentreten sollten, um mit demselben zu beraten, was bei den Kirchenvisitationen vorgekommen war und des Einschreitens oder der Abhülfe bedürfte, kann nun freilich als eine synodale Einrichtung im jetzigen Sinne des Wortes nicht wohl betrachtet werden; die Männer dieses Synodus waren ja sämtlich Diener der Kirche, die selbst mit zum Landesherrlichen Kirchenregiment gehörten. Unter ihnen befanden sich keine Deputierte aus den Gemeinden, als deren Vertreter, dem wirklichen Kirchenregiment gegenüber.

Wohl aber konnte man als eine Art wirklicher Landessynoden schon ansehen die sogenannten Generalkonsistorien, welche Herzog Julius 1573 anordnete. Sie sollten nach dessen Bestimmung bestehen aus dem Fürstlichen Kanzler, einigen Mitgliedern der Fürstlichen Ratsstube, dem Ober-

superintendenten (oder Superintendens generalissimus), einigen Superintendenten und einigen Mitgliedern der drei Kurien der Landschaft (also der Prälaten, der Ritterschaft und der Deputierten der Städte), welche der Landesherr dazu berufen werde, in wichtigen Kirchensachen Rat und Entscheidung abzugeben. Das Generalkonsistorium versammelte sich eine Zeit lang viermal in jedem Jahre in einem der Klöster des Landes, und der Herzog präsidirte ihm öfter persönlich. Nach Bestimmung des Landtagsabschieds von 1619 sollte dasselbe nur alljährlich und so oft es die Nothdurft erfordern werde, abgehalten werden (s. Ern. R. O. S. 142). Seit 1652 sind Generalkonsistorien nicht mehr zusammenberufen. Sie scheinen übrigens wesentlich nur eine beratende Stimme gehabt zu haben, etwa wie eine Ministerialkommission (s. S. 114).

§ 54. Das Kirchenregiment in der alt-braunschweigischen Zeit und bis zum Erlaß der Neuen Landschaftsordnung.

Durch die Einrichtungen und Anordnungen des Herzogs Julius waren Keime einer zweckdienlichen Führung des Kirchenregiments niedergelegt, aus denen, wenn sie nur gepflegt und nach Bedürfnis der folgenden Zeiten weiter entwickelt wurden, die ersprißlichsten Früchte für die Landeskirche hervorgehen konnten; und deshalb fand auch diese Kirchenordnung so großen Beifall und beneidete man um sie unser Land. Aber es traten nur zu bald und zu oft Zeiten ein, wo aus Mangel an Pflege diese Keime verkümmerten, statt entwickelt zu werden.

So konnte es schon sehr die Frage sein, ob es eine für die Kirchenleitung ersprißliche Maßnahme war, daß Herzog Julius nach Stiftung der Universität Helmstedt 1576 den Sitz seines Konsistoriums dorthin verlegte, wo ja allerdings damals angesehene Theologen lehrten, die aber auch zum Theil durch theologische Streitlust bekannt waren: Timotheus Kirchner, Daniel

Hoffmann, Tilemann Hefhus, die ihm geraten hatten zur schließlichen Ablehnung der Konfordinformel, welcher der Herzog jetzt plötzlich abgeneigt geworden war wegen eines Mißfallens an Martin Chemnitz, eines der hauptsächlichsten Mitarbeiter an der selben (siehe I S. 23).

Theologen vom Universitätskatheder können ja sehr bedeutend sein für die theologische Wissenschaft, sind aber leicht zu sehr verwickelt in die theologischen und kirchlichen Streitfragen der Zeit, als daß sie immer das rechte Verständnis hätten für die wirklichen Bedürfnisse der Kirche. Es war daher gewiß gut, daß 1589 das Konsistorium wieder zurückversetzt wurde nach Wolfenbüttel*) unter die Augen des Herzogs, während die Prüfung der Predigamtscandidaten allerdings noch länger über Georg Calixt's Zeit hinaus den Mitgliedern der theologischen Fakultät zu Helmstedt verblieb. Die Veranlassung zur Zurückversetzung war zunächst eine äußere. Das Land war durch den Anfall des Fürstentums Kalenberg nebst dem Fürstentum Göttingen und dem Hochstift Hildesheim nach dem Tode Herzogs Erich II. erheblich vergrößert, und Helmstedt lag hart an der Grenze, Wolfenbüttel aber mehr in der Mitte des Landes.

Wie wohl sich nun aber das Land und dessen Kirchenregiment unter Herzog Julius und dessen Sohn Heinrich Julius befunden hatte: schwere Zeiten für beide traten ein zur Zeit des Sohnes des letzteren, Friedrich Ulrich, unter dessen Regierung die Fürsorge für die Kirche sehr zurücktrat hinter der Sorge um Geldverlegenheiten und politische Schwierigkeiten, in welche den Fürsten seine Neigung zum Aufwand und die üblen Ratschläge seines bei ihm alles vermögenden unwürdigen Günstlings Anton Streithorst verwickelten. Und zur Vermehrung des Landesunglücks fiel noch in dieser Fürsten Regierungszeit ein großer Teil des 30 jährigen Krieges, unter dessen Greueln und

*) Das Konsistorium hatte seinen Sitz 1569—1579 in Wolfenbüttel; 1579—1589 in Helmstedt; 1589—1626 in Wolfenbüttel; 1626—1628 in Braunschweig; 1628—1632 in Wolfenbüttel; 1632—1644 in Braunschweig; seitdem dauernd in Wolfenbüttel. Beste S. 234.

Wirren die kirchlichen, wie die staatlichen Ordnungen der klaglichsten Zerrüttung verfielen.

Der treffliche Herzog August aus dem Hause Dänemark, der nach ihm noch in Mitte des Krieges 1635 zur Regierung kam, that ja, was er konnte, um dieser Zerrüttung abzuhelpen, und erließ auch, nachdem es endlich Friede geworden, da Herzogs Julii Kirchenordnung bei den meisten Kirchen abhanden gekommen war, im Jahre 1657 wenigstens den ersten agendarischen Teil einer erneuerten Kirchenordnung, der fast nur Wiederabdruck der Agende in ersterer war, während der beabsichtigte zweite legislatorische Teil, dessen Bearbeitung sein Kanzler Schwarzkopf († 1658), der Ahnherr der Familie von Schwarzkoppen, übernommen hatte, den er aber, durch den Tod verhindert, nicht hatte vollenden können, zur Publikation nicht gelangte.

Und es war höchst wahrscheinlich für die Kirche gut, daß es zu dieser Publikation nicht kam. Denn diese Zeit nach dem 30jährigen Kriege war zu kirchengesetzgeberischen Arbeiten nicht angethan. In den Territorien Deutschlands, wo durch den Westfälischen Frieden die Landesherrn endlich wieder zum Besitz ihrer Regierung gelangt waren, und wo man des Kampfes um die religiösen Streitfragen müde war, fing eben damals an, bei den Staatsmännern in Aufnahme zu kommen der Grundsatz über Kirche und Kirchenregiment, welchen später Pufendorf und Thomafius zum Princip ihres territorialistischen Systems machten (s. § 38); der Grundsatz, daß der souveräne Landesherr als solcher auch die Kirche zu regieren habe und daß derselbe diese am besten regieren werde, wenn er sie regiere hauptsächlich nach den Ratschlägen seiner Staatsmänner und nach Grundsätzen der Toleranz, indem er um die inneren Fragen der Kirche, um Lehre, Kultus u. dgl. sich thunlichst wenig kümmere und die Polemik darüber den Theologen überlasse, nur daß diese die Polemik nicht zu weit treiben dürften.

Ein Territorialist von solcher Anschauung und ein sehr energischer, der Widerspruch ungern litt, war nun, nach allem, was wir von ihm wissen, der bei Herzog August hoch in An-

sehn stehende Kanzler Schwarzkopf. Derselbe machte durch seine Herrschergabe und Herrscherlust nicht nur dem alten schon unter Herzog Heinrich Julius aus Württemberg berufenen und gleichfalls viel geltenden Superintendens generalissimus Basilius Sattler († 1624) die Behauptung seiner Stellung und der seiner geistlichen Kollegen im Konsistorio sehr schwer, sondern gab auch wohl zuerst in unserm Lande die Veranlassung, daß von seiner Zeit an die geistlichen Angelegenheiten der Kirche hinter den weltlichen merklich zurücktraten, die episkopale und synodale Idee aus der Kirchenleitung verschwand und dadurch das Ansehn der kirchenregimentlichen Behörde, als einer geistlichen sich nicht hob, sondern sank.

Es haben ja treffliche Fürsten im Lande seitdem regiert, und es haben neben vorzüglichen Juristen auch vorzügliche Theologen im Konsistorio gesessen, aber die Zeiten brachten es so mit sich, daß während dieses langen Zeitraums bis zum Jahre 1830 ein gewisser Bureaukratismus und juristischer Formalismus allmählich auch bei uns in das Kirchenregiment eindrang, welcher die geistlichen Angelegenheiten der Kirche mehr in den Hintergrund treten ließ, und es zuletzt dahin brachte, daß unter Herzog Karl II. unglücklicher Regierung gegen Ende der zwanziger Jahre durch dessen Verfügung das Konsistorium mit seinen Geschäftssachen, wie eine der übrigen Staatsbranchen, dem Herzoglichen Kammerkollegio unterstellt ward.

§ 55. Das Kirchenregiment seit dem Regierungsantritt des Herzogs Wilhelm und dem Erlass der Neuen Landchaftsordnung.

In mißlicher, ja man kann sagen, von der Staatsgewalt herabgewürdigter Lage fand Herzog Wilhelm bei seiner Thronbesteigung das Regiment der Landeskirche, welches er übernehmen sollte, vor, und er konnte zwar, als er nun unterm 12. Oktober 1832 mit Zustimmung der Stände das künftige

Grundgesetz des Landes, die Neue Landschaftsordnung, erließ bei den damals noch vorherrschenden territorialistischen Ansichten von Kirche und Kirchengewalt in diesem Landesgrundgesetze noch nicht alles so bestimmen, wie es bestimmt werden mußte, sollte sein Kirchenregiment sich in der ihm gebührenden und zum Wohle der Kirche nötigen Stellung befinden; aber es wurden doch in demselben wichtige Bestimmungen getroffen, die als ein entschiedener Fortschritt zum Besseren betrachtet werden mußten gegen die bisherigen Zustände und die einen weiteren Fortschritt ermöglichten und in Aussicht stellten.

Allerdings zieht die N. Lsch. Ordnung in § 212 unserer Landeskirche ebenso, wie den übrigen anerkannten Kirchen gegenüber die Grenzen der Kirchengewalt nach Seite des Staats sehr eng und behält für Fälle des Zweifels die Entscheidung darüber, wo diese Grenze liege, ausdrücklich der Staatsgewalt vor. Sie sagt in dem genannten Paragraphen: „Alle Kirchen stehen unter der auf der höchsten Staatsgewalt beruhenden Obergewalt der Landesregierung. Die Anordnung der rein geistlichen Angelegenheiten bleibt unter dieser Obergewalt der in der Verfassung jeder dieser Kirchen begründeten Kirchengewalt überlassen. Im Zweifel entscheidet darüber, ob eine Angelegenheit rein geistlich sei? — die Landesregierung.“

Da, wie wir früher (S. 66) sahen, selbst die innerlichsten geistlichsten Angelegenheiten der Kirche, Lehre und Kultus, auch ihre äußerliche Seite haben, wo der Staat, dessen Regierung und Abgeordnetenversammlung, wenn der Ausdruck: „rein geistliche Angelegenheiten“ gepreßt wird, sich einmischen kann: so ist nicht abzusehen, wo noch dem Kirchenregimente ein Raum bleibt für seine Gesetzgebung, wie für seine Verwaltung, wenn hierüber nicht eine billige Auseinandersetzung zu erreichen ist zwischen Kirche und Staat.

Indes ist von seiten des letzteren schon ein erfreulicher Schritt „zu geschehen durch § 213 der N. Lsch. Ordnung. Denn da steht es: „In der evangelisch-lutherischen Kirche steht die Kirchengewalt dem Landesfürsten zu, welcher sie unter Mitwirkung und

Beirat des mit evangelischen Geistlichen und Laien besetzten Konfistoriums ausübt.“ — Damit ist nicht nur landesverfassungsmäßig die Selbstständigkeit des Regiments unserer Kirche gegenüber dem Staatsregiment anerkannt, sondern es ist der kirchenregimentlichen Oberbehörde ihre richtige Stellung zum Landesherrn als *Summus episcopus* der Landeskirche angewiesen, wobei keine Rede ist von Unterordnung derselben unter die oberste Staatsbehörde in Dingen, deren Ordnung und Leitung der Kirchengewalt zusteht.

Je stärker nun aber das Verlangen nach größerer Selbstständigkeit der Kirche und ihres Regiments gegenüber dem Staat und seinen Behörden wurde, nachdem der Ruf nach Trennung der Kirche vom Staate auch in unserem Lande immer lauter geworden war, desto mehr wurde es vielfach nicht in der Ordnung gefunden und als großer Übelstand für unsere Kirche beklagt, daß in ihr nicht in allem, was die Kirchenregierung betrifft, das Konfistorium mit seinem Beiräte zu dem Landesherrn in dem gleichen Verhältnis der Unmittelbarkeit, wie das Staatsministerium zu demselben stehe in dem, was sich auf die Landesregierung bezieht. Und so geschah es, daß, als im Herbst 1851 auf dem damals versammelten Landtage wegen Erlasses der Gesetze über die Errichtung von Kirchenvorständen und über Gemeindeschulen verhandelt ward und sich die Meinung verbreitet hatte, es sei und werde bei diesen Verhandlungen der Kirchenbehörde Rat und Gutachten nicht genugsam gehört, ein von zahlreichen Geistlichen unterzeichnetes Gesuch bei dem Landesherrn eingereicht ward, welches dahin gerichtet war: „Höchst derselbe wolle sich in den Angelegenheiten unserer ev.-luth. Landeskirche von dem Herzogl. Konfistorio selbstständigen Vortrag machen lassen und bei der Ausübung der Ihm persönlich zustehenden Kirchengewalt keinem anderen der Kirche nicht verpflichteten Organe Konkurrenz gestatten.“

Dem Gesuch lagen nicht unberechtigte Wünsche zu Grunde; aber es waren die Antragsteller über manche dabei in Betracht zu ziehenden Umstände nicht genugsam informiert. Herzogl. Kon-

fistorium erhielt deshalb den Auftrag, die Geistlichen des Landes über diese Verhältnisse zu verständigen, und es geschah das durch ein Ausschreiben vom 26. November 1851. *)

*) In diesem Ausschreiben, welches auch abgedruckt ist in dem Kirchenblatt für die evangelisch-lutherische Gemeinde des Herzogthums Braunschweig 1852 Nr. 1, wird nachstehendes ausgeführt:

Als des Herzogs Julius Durchlaucht durch den Erlaß der Kirchenordnung von 1569 die Verhältnisse der evangelisch-lutherischen Kirche des Herzogthums zu ordnen sich veranlaßt fand, war allerdings die angelegenste Fürsorge dieses preiswürdigen Fürsten dahin gerichtet, in betreff der Ausübung der von Höchstdemselben übernommenen kirchlichen Episkopalgewalt (des später fogen. juris in sacra) solche Bestimmungen zu treffen, durch welche der Kirche eine von außerkirchlichen Einflüssen unabhängige Leitung ihrer Angelegenheiten thunlichst gesichert würde. Nicht nur wurden zu dem Zwecke die obersten Staatsbehörden, ja alle Fürstl. Diener und auch die städtischen Obrigkeiten durch Erforderung ihrer Unterschrift unter die Kirchenordnung der Kirche verpflichtet, — welche Verpflichtung jedoch nachweislich nur einmal, unmittelbar nach Erlaß der Kirchenordnung stattgefunden hat; — sondern es ward auch die Beaufsichtigung und Leitung des Kirchenthums dem zu diesem Behuf eigens errichteten „Kirchenrat“ oder „Konfistorium“ übertragen, und stand diese oberste Kirchenbehörde dem Landesherrn so nahe, daß Herzog Julius deren Sitzungen öfter in Höchster Person präsidirt hat, und dieselbe auch nachmals in den wichtigsten kirchlichen Angelegenheiten, in welchen sie selbständig zu verfügen nicht ermächtigt war, in der Regel dem Landesherrn unmittelbar ihren berichtlichen Vortrag machte, und die Höchsten Verfügungen darauf eben so unmittelbar von Höchstdemselben oder auf Höchstdessen Specialbefehl empfang.

Wie indeß die gedachte Kirchenordnung schon nach damaliger Landesverfassung die Kraft eines Landesgesetzes nicht erlangen konnte ohne Zustimmung der Stände des Landes, und dieselbe daher auch erst nach erklärtem Einverständnis der damaligen Landschaft erlassen ist: so konnte es auch schon deshalb, weil es in dem protestantischen Deutschland stets anerkannter Grundsatz des Staats- und Kirchenrechts gewesen ist, daß der Landesregierung die Oberaufsicht auf alle Akte des Kirchenregiments gebühre, und die äußern, in das Rechtsgebiet fallenden Angelegenheiten der

Kirche nur durch dieselbe, resp. mit Genehmigung derselben, geordnet werden können, in hiesiger Landeskirche nie eine Zeit geben, wo der Landesherr bei Beratung der Akte der Höchstdemselben zustehenden Kirchengewalt die Konkurrenz der höchsten Landesregierungsbehörde (der Fürstl. Kanzlei, später des Fürstl. Geheimratskollegii und Herzogl. Staatsministerii) ausgeschlossen hätte, und bestimmt daher auch schon die mehrgedachte Kirchenordnung Herzogs Julii pag. 240 ausdrücklich, daß, „wenn politische (d. h. äußere, ins Rechtsgebiet fallende) Sachen, der Kirche anhängig, fürfallen würden, dieselben auch vor den Fürstl. politischen Kanzleiräten beraten werden sollten.“

Daß nun, wenn gleich nicht in bezug auf die innern geistlichen Angelegenheiten der Kirche, welche das von der Staatsgewalt nicht zu berührende Gebiet der Kirchengewalt bilden, das Fürstl. Konsistorium stets im Verhältnisse der Unterordnung unter die oberste Landesregierungsbehörde gestanden hat, folgt aus der Natur der Stellung, welche die Kirche, als äußere Gesellschaft, nach protestantischem Begriffe nicht über, noch neben dem Staate, sondern in demselben einnimmt. Wie aber die Sache schon zur Zeit des Erlasses der Erneuernten Kirchenordnung von 1709 angesehen sei, ergiebt sich aus der von Herzog Anton Ulrich nach dessen Übertritt zur katholischen Kirche erlassenen Verordnung d. d. 11. April 1710, worin es Art. IV., nachdem im Vorhergehenden die Wahrnehmung der Landesfürstlichen Episkopalrechte dem Fürstl. Geheimratskollegio und Konsistorio überhaupt anbefohlen worden, heißt: „das Konsistorium aber bleibet bei der Expedition der bishero darinnen tractirten negotiorum, und hat sich nach der jüngst publicirten Kirchenordnung und andern aus Unserm Geheimen-Raths-Collegio Ihm zukommenden Verfassungen zu richten.“

Wenn etwa von eben dieser Zeit an die Zahl der, früher seltenern, Fälle sich gemehrt hat, in welchen vom Fürstl. Konsistorio in Kirchen- und Schulsachen von mehr äußerlicher, namentlich staatspolizeilicher und finanzieller, Art nicht an die Höchste Person des Landesherrn unmittelbar, sondern an Höchstdessen Geheimratskollegium berichtet ward und von eben demselben die Verfügungen ergingen: so hat dies seinen Grund nicht nur in Rücksichten der Zweckmäßigkeit, die der durch die Verhältnisse der neuern Zeit unvermeidlich herbeigeführte vermehrte Geschäftsbetrieb nicht aus den Augen zu setzen gebot; sondern hauptsächlich darin, daß das für die Zwecke der Kirche und Schule unentbehrliche Klostergut, über dessen

Verwaltung nach pag. 243 der Kirchenordnung Herzogs Julius und noch nach Bestimmung der Klosterordnung Herzogs August vom 12. März 1655 dem Fürstl. Konsistorio die Oberaufsicht übertragen war, immer mehr, zuletzt aber infolge des Reichsdeputations-Hauptschlusses vom 25. Februar 1803 ausschließlich, unter staatliche Verwaltung kam, und die Verwendung der Mittel desselben von Verwilligung der obersten Landesregierungsbehörde auf Grund der mit den Ständen des Landes vereinbarten Etats abhängig ward. Was aber hiernach in Bezug auf die externa des Kirchentums schon geraume Zeit vor der Periode der westfälischen Fremdherrschaft Geschäftsgebrauch geworden war, das erhielt seine Bestätigung und eine, allerdings nicht unbedenkliche, weitere Ausdehnung durch § 1 und 2 der Höchsten Verordnung vom 14. April 1814, die Verwaltung der kirchlichen und Schulangelegenheiten betr., wonach die allgemeine Aufsicht über das evangelisch-lutherische Kirchen- und Schulwesen des Landes Fürstl. Konsistorio unmittelbar unter Serenissimo „und Höchstdessen Geheimeratskollegio“, und zwar dergestalt übertragen ist, daß das Fürstl. Geheimeratskollegium ganz allgemein, und ohne Unterscheidung geistlicher Angelegenheiten von solchen, die nicht geistlicher Art sind, als die Behörde bezeichnet wird, bei welcher die dem Fürstl. Konsistorio untergeordneten Kirchen- und Schulbehörden und Beamten ihre etwanigen Gegengründe gegen die Verfügungen der vorgelegten obersten geistlichen Behörde vorzutragen haben würden.

Wenn diese Höchste Bestimmung, nach welcher die territorialistische Anschauung neuerer Zeit von der Kirche, als einer bloßen Abteilung des staatlichen Organismus, und von dem Herzogl. Konsistorio, als einer der unter Herzogl. Geheimeratskollegio den verschiedenen Zweigen der Landesverwaltung vorgelegten Staatsbehörden, sich gewissermaßen für berechtigt halten konnte, zur Zeit ihres Erlasses nicht die Bedenken erregte, welche sie jetzt erregen mag: so ist dieses wohl hauptsächlich daraus zu erklären, daß, nach damaligem Zustande der Landesverfassung, einerseits dem päpstlichen Institut, wie allen staatlichen Institutionen, noch die Idee der ausschließlich christlichen Landesregierung entschieden zu Grunde lag, andererseits aber in Bezug auf die Regierungshandlungen zwischen dem Durchlauchtigsten Landesherren und Landesbischof und Höchstdessen Geheimeratskollegio, als einer nur Höchstdemselben verantwortlichen Behörde, durchaus nicht zu unterscheiden war.

Anders gestaltet sich nun freilich die Sache, seit mit der Neuen Landes-
Reinher, Kirchenrecht.

schaftsordnung vom 12. Oktober 1832 das zwiefache neue Princip, einerseits der Zulässigkeit einer Vertretung des Landes auch durch nicht christliche Abgeordnete (s. § 71 der Neuen Landschaftsordnung vgl. mit § 8 der Erneuerten Landschaftsordnung vom 25. April 1820), andererseits eines auch nach Seite dieser Abgeordneten-Versammlung hin verantwortlichen Herzoglichen Staatsministerii (i. Neue Landschaftsordnung § 156) in die Landesverfassung Aufnahme fand. Sollte unter diesen Umständen nicht die kirchliche Episkopalgewalt als beseitigt erscheinen, und die evangelisch-lutherische Kirche des Landes in einem, nach seiner nunmehrigen Verfassung möglicherweise auch von andern als christlichen Principien beherrschten, Staate aufgehen: so bedurfte es einer bestimmten Unterscheidung dessen, was lediglich Sache der Kirchengewalt, von dem, was zugleich Sache der Staatsgewalt ist, und dem entsprechender Bestimmungen über die Stellung des Herzoglichen Konsistorii, als oberster Kirchenbehörde, zu dem Durchlauchtigsten Landesherrn, als Inhaber der Kirchengewalt, einerseits, und zu Herzoglichem Staatsministerio, als oberster Landesregierungsbehörde, anderseits.

Diesem Bedürfnis abzuhelpen, hat sich nun auch die Neue Landschaftsordnung von 1832 zur Aufgabe gemacht. Ob die hierher gehörigen Bestimmungen derselben dem Interesse der Kirche nach allen Seiten hin vollständig entsprechen, oder ob man gewisse Modifikationen derselben zu wünschen Ursache habe, kann hier nicht erörtert werden; es sind aber diese Bestimmungen nicht nur in dem von den Petenten allegierten § 213, sondern hauptsächlich auch in § 212 und außerdem in mehreren anderen Paragraphen der Neuen Landschaftsordnung enthalten.

Nach § 213 steht allerdings die Kirchengewalt in der evangelisch-lutherischen Kirche dem Landesherrn zu, welcher dieselbe in höchster Person, und zwar, ohne daß in dieser Beziehung einer vermittelnden höhern Behörde erwähnt würde, unter Beirat und Mitwirkung Herzoglichen Konsistorii ausübt. Nach § 212 aber sind es „die rein geistlichen Angelegenheiten“, deren Anordnung Sache der Kirchengewalt ist, und steht auch diese Anordnung unter der auf der höchsten Staatsgewalt beruhenden Oberaufsicht der Landesregierung, wie diese auch im Zweifel darüber zu entscheiden hat, ob eine Angelegenheit rein geistlich sei oder nicht. Was die nicht rein geistlichen, die sogenannten gemischten Angelegenheiten betrifft, dergleichen die meisten Gegenstände sind, auf welche das Kirchenregiment sich bezieht: so gedenkt derselben zwar die Neue Landschaftsordnung nicht

ausdrücklich; es folgt jedoch aus der Natur der Sache und aus den allgemein anerkannten Grundsätzen des Staats- und Kirchenrechts, daß die Kirchengewalt sie, in wie weit sie geistlicher Natur sind, zu ordnen hat, während rücksichtlich der äußern, in das Gebiet der staatlichen Rechte und Interessen eingreifenden Seite derselben die Verfügung der Landesregierung eintritt. Unter den Gegenständen, die zum Bereich dieser Verfügung theils ausschließlich, theils in Konkurrenz mit der Kirchengewalt, gehören, hebt aber die Neue Landschaftsordnung ausdrücklich hervor: in § 221 und 223 die Verwendung des Reinertrages des Kloster- und Studienfonds; in § 226 die Bestellung der Kirchen- und Schuldiener; in § 229 die Suspension derselben; in § 230 die Erhaltung und Vervollkommenung der öffentlichen Unterrichtsanstalten. Dazu kommt, daß, wie nach den §§ 98 ff. zu dem Erlaß von Gesetzen und gesetzlichen Bestimmungen, welche in die staatsbürgerlichen Verhältnisse eingreifen und zu deren Aufrechterhaltung nöthigfalls die staatliche Exekutivgewalt mitwirken soll, die Zustimmung resp. das Gutachten und der Rat der Ständeversammlung erforderlich ist, so auch nach § 155 die unter Höchster Unterschrift des Landesfürsten erlassenen Verfügungen in Landesangelegenheiten überhaupt, mithin auch in solchen, welche die Kirche betreffen, nur dann unter Mitwirkung von Staatsbeamten vollziehbar sind, wenn sie mit der Kontrafsignatur eines stimmführenden Mitgliedes des Herzoglichen Staatsministeriums versehen worden.

Wenn nun die Unterzeichner der des Herzogs Hoheit überreichten Eingabe in dem ersten Theile ihres Antrags bitten, „es wolle Höchstdieselbe geruhen, Sich in Angelegenheiten der evangelisch-lutherischen Landeskirche von Herzoglichem Konistorio selbständigen Vortrag machen zu lassen“: so haben Wir darauf nur zu bemerken, daß dasselbe sich seit Erlaß der Neuen Landschaftsordnung bereits, so weit es thunlich ist, in keiner andern als der gewünschten Stellung zu des Herzogs Hoheit befindet; indem demselben nicht nur unbenommen ist, in jeder Angelegenheit, wobei es um Akte der Kirchengewalt sich handelt, Höchsten Orts unmittelbar berichtlichen Vortrag zu machen, sondern dieses auch in allen erheblichen Sachen dem angeordneten Geschäftsgange gemäß wirklich geschieht und darauf Höchste Landesherrliche Verfügungen erfolgen.

Wenn aber die Petenten im zweiten Theile ihres Antrags, sowie in der das Gesuch derselben begleitenden Eingabe weiter wünschen, es möge der obersten Kirchenbehörde inskünftige nicht unter, sondern neben der höchsten Regierungsbehörde des Landes ihre Stellung angewiesen, bei Aus-

übung der des Herzogs Hoheit zustehenden Kirchengewalt aber keinem andern, der Kirche nicht verpflichteten Organe Konkurrenz gestattet werden: so erhellt nicht nur aus dem im Obigen Bemerkten, wie die Ansicht, als entspreche dieses so allgemein ausgedrückte Verlangen dem „geschichtlichen Rechtsverhältnisse“, sehr der Berichtigung bedarf; sondern es ist auch eben danach nicht abzusehen, wie des Herzogs Hoheit, so lange das Landesgrundgesetz besteht und insbesondere die bezeichneten Paragraphen desselben in Kraft sind, Sich veranlaßt finden könnte, wie beim Erlaß von Gesetzen oder Höchsten Verordnungen in Kirchen- und Schulsachen, welche der Gesetzeskraft bedürfen, die Konkurrenz der Landesvertretung, so beim Erlaß Höchster Administrativverfügungen in eben diesen Angelegenheiten die Konkurrenz Herzoglichen Staatsministerii auszuschließen. Es ist vielmehr einleuchtend, daß, wenngleich nach dem Landesgrundgesetze des Herzogs Hoheit in Seiner Stellung als Inhaber der Kirchengewalt die Angelegenheiten der Kirche, in wie weit sie rein geistlicher Art sind und mit rein geistlichen Mitteln zu ordnen stehen, nur unter Beirat und Mitwirkung Herzoglichen Konsistorii zu ordnen vollkommen befugt ist, doch Höchsterdieselbe in Seiner nicht minder in Betracht zu ziehenden Stellung als Landesherr nach demselben Landesgrundgesetze Sich zu keiner Verordnung in Kirchensachen wird bewogen finden können, ohne darüber zuvor den Vortrag Herzoglichen Staatsministerii wenigstens in so weit entgegengenommen zu haben, als es sich um die Frage handelt, ob die in Rede stehende Angelegenheit rein geistlicher Art sei, und dagegen seitens der Landesregierung in staatlichen Interessen begründete Bedenken nicht obwalten.

Eine Selbständigkeit des Kirchenregiments, im Sinne des Gesuches der Petenten, würde nur dadurch, unter Beseitigung der betreffenden Bestimmungen der jetzigen Landesverfassung, zu ermöglichen sein, daß entweder der Staat die nicht zu erwartende Geneigtheit bezeugte, mit Verzichtung auf wesentliche Teile seines jus supremacie inspectionis in sich einen erheblich bevorrechteten kirchlichen Staat zu dulden, und demselben mit nicht unbeträchtlichen Mitteln des Klosterfonds auch die staatliche Exekutivgewalt, wo er deren bedürfte, zur Disposition zu stellen; oder daß die Kirche ratfam fände, im Sinne der hieher gehörigen Bestimmungen der sog. Grundrechte des deutschen Volks, aus ihrer bisherigen Verbindung mit dem Staate und damit notwendig auch mit dessen Oberhaupt, als solchem, in die Stellung einer Privatgesellschaft im Staate überzugehen;

eine Stellung, deren Bedenklichkeit einleuchten muß, sobald man sich nur fragt, welchen Einfluß auf die kirchlichen Zustände es voraussichtlich haben würde, wenn die Ordnungen der Kirche, z. B. die Feiertagsordnung, aufhörten, als Landesordnungen zu gelten; wenn das gesamte bisherige Parochialrecht, das lediglich auf der Verbindung zwischen Kirche und Staat beruht, außer Kraft träte; wenn man sich rücksichtlich der so wichtigen und schwierigen Schulfrage zu einer völligen Auseinandersetzung mit dem Staate gedrängt sähe; wenn die Kirche überall, wo es um Nötigung ihrer Mitglieder zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen sich handelt, ohne den Beistand der staatlichen Administrativgewalt, allein auf Anwendung geistlicher und disciplinarischer Mittel beschränkt wäre. Im Vergleich mit Bedenken von solchem Gewicht muß das Bedenken der Petenten, daß in der jetzigen Verbindung zwischen Kirche und Staat das Interesse der erstern durch die unvermeidliche Konkurrenz ihr nicht besonders verpflichteter Organe bei Ordnung und Leitung der kirchlichen Angelegenheiten gefährdet werden könne, um so mehr von minderer Bedeutung erscheinen, da einerseits die Höchste Beschlußnahme des Landesherren und Landesbischofs in Sachen der Gesetzgebung, wie der Verwaltung, durch solche Konkurrenz keineswegs gebunden ist; anderseits aber die durch Höchstherrn's Vertrauen berufenen obersten Staatsbeamten, wenn auch nicht der Kirche besonders verpflichtet, was deren Stellung nicht zuläßt, doch für die Beobachtung der Landesverfassung überhaupt, mithin auch insbesondere der Bestimmung des § 213 derselben, wonach die Kirchengewalt nicht anders als unter Mitwirkung und Beirat des Herzogl. Konsistorii geübt wird, verantwortlich sind.

§ 56. Das Kirchenregiment seit Einführung synodaler Einrichtungen in die Landeskirche.

Wie die synodalen Einrichtungen: Kirchenvorstände (errichtet durch Gesetz vom 30. Nov. 1851), Landessynode (Gesetz vom 31. Mai 1871) und Inspektions-synoden (Gesetz vom 6. Januar 1873) zur Bervollständigung der Verfassung der Landeskirche dienten, so haben sie auch nicht wenig dazu beigetragen, in dem Verhältnis der Kirche und ihres Regiments zu dem Staat und seinem Regiment mancherlei Unzuträglich-

keiten zu beseitigen, welche von der Kirche um so drückender empfunden wurden, nachdem der Staat nicht nur aufgehört hatte, konfessionell, sondern überhaupt christlich zu sein, sondern es vorgezogen hatte, sich für religiös indifferent zu erklären.

Es wurde dieses Verhältnis bei verschiedenen Anlässen in den Kreis der Erörterungen und Verhandlungen der synodalen Körperschaften gezogen, und wurden so nicht nur wichtige Erklärungen von maßgebender Stelle gegeben, welche zur Beseitigung mancher Unklarheiten und Mißverständnisse dienten, sondern es wurden auch wichtige gesetzliche Bestimmungen vereinbart, welche die Grundlage zu bilden geeignet sind zu gemeinsamer gegenseitig fördernder, wenn auch von verschiedenen Gesichtspunkten ausgehender segensreicher Arbeit, die auf das Wohl der Landesangehörigen sowohl von seiten des Staats, als auch von seiten der Kirche gerichtet ist.

Indem die Neue Landschaftsordnung von 1832 auch Nichtchristen den Zutritt zu der Ständerversammlung gestattete und zugleich der Erlass einer Städteordnung und einer Landgemeindeordnung in Aussicht genommen wurde, welche die politischen Gemeindevorstände ihrer bisherigen Verpflichtungen als Vertreter der Kirchengemeinden entkleideten, so erkannte man es doch für notwendig, daß die letzteren nicht ohne die Vertretung wären, deren sie bedurften. Daher bestimmte § 213 der N. L. O. im zweiten Absätze: „Die Ausübung der in Bezug auf das Kirchenwesen den einzelnen evangelischen Gemeinden zustehenden Rechte soll einem die Kirchengemeinde vertretenden Vorstände übertragen werden, über dessen Zusammensetzung und Wirkungskreis ein Gesetz das Nähere bestimmen wird.“ Weßhalb das damit in Aussicht gestellte Gesetz über Errichtung von Kirchenvorständen erst unterm 30. November 1851 erschienen ist, wird später gesagt werden, wenn von den repräsentativen Organen des Kirchenregiments die Rede sein wird (s. § 69).

Von Wiedereinführung synodaler Einrichtungen in unserer Landeskirche war damals 1832 noch nicht die Rede; und weil

man doch schon das lebendige Gefühl davon hatte, daß Akte der Gesetzgebung in wichtigen kirchlichen Dingen von seiten des landesherrlichen Kirchenregiments ihr rechtlich sehr Bedenkliches hätten, wenn sie nur von oben herab ohne Zustimmung einer Vertretung der Kirchengemeinde erfolgten: so geschah es, daß selbst dringende kirchliche Bedürfnisse, wie z. B. die längst nötig befundene Erneuerung der schon im Jahre 1830 vom Konsistorio selbst für zum Teil veraltet und nicht mehr brauchbar erklärten Kirchenagende von 1709, noch eine geraume Zeit lang bei uns keine Abhilfe fanden.

Aber das Jahr 1848 mit seinem Auf: „Trennung der Kirche vom Staat“, welche Wunden es auch sonst unsrer Kirche schlug, hatte doch für sie wenigstens das Gute, daß es die Notwendigkeit, der Kirche durch Heranziehung einer Gemeindevertretung zu deren Regimente dem Staate und dessen Regierung gegenüber eine selbständigere Stellung zu geben, aufs stärkste ins Bewußtsein rief und so zur Abhilfe des Bedürfnisses führen half. Die Abhilfe ward vorbereitet durch das Geles vom 30. November 1851 Nr. 52, die Errichtung von Kirchenvorständen in den evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden betreffend; und sie erfolgte endlich durch das Gesetz über die Errichtung einer Landessynode und eines Synodalausschusses für unsere Landeskirche, welche beiden Gesetze, da sie Abänderungen des Landesgrundgesetzes von 1832 enthielten, wiederum nur nach erfolgter Zustimmung der Landesversammlung vom Landesherrn als solchem, wie als Inhaber der Kirchengewalt, mithin als staatskirchliche Gesetze erlassen werden konnten.

Durch das letztere dieser Gesetze verlieh nun der Landesherr und Landesbischof der Landessynode einen wesentlichen Anteil an der gesetzgebenden Gewalt, und deren Ausschuss einen nicht unerheblichen Anteil an den administrativen Befugnissen seines Kirchenregiments. Von den administrativen Befugnissen, welche das Gesetz in § 27 dem Synodalausschuss beilegt, wird an späterer Stelle die Rede sein müssen.

Was aber das Gesetz über den Anteil der Landessynode an der kirchlichen Gesetzgebung in § 20 bestimmt, möge hier angeführt werden:

„Kirchengesetze, es mögen sich solche auf die Lehrordnung, den Kultus und die Disciplin, oder auf die Verfassung der Kirche beziehen, sollen weder erlassen, noch aufgehoben oder abgeändert oder authentisch interpretiert werden, ohne, daß die Landessynode ihre Zustimmung dazu erklärt hat. Der Inhalt des Bekenntnisses bildet keinen Gegenstand der kirchlichen Gesetzgebung; dagegen fällt es in den Bereich derselben, wenn Katechismen, Gesangbücher und Agenden eingeführt oder außer Gebrauch gesetzt werden sollen. Die Vorlegung der Gesetzentwürfe erfolgt von Seite der Kirchenregierung. Das Kirchenregiment hat die zur Vollziehung der Kirchengesetze erforderlichen Anordnungen zu erlassen.“

Nachdem nun durch dieses Gesetz über die Errichtung der Landessynode das Hindernis beseitigt war, welches bis dahin nach Seite der Kirche selbst und der Kirchengemeinden der gesetzgebenden Befugnis des Kirchenregiments entgegen gestanden hatte; so machte sich schon bei den Verhandlungen der ersten im Jahre 1872 versammelten ordentlichen Landessynode das Bedürfnis fühlbar, daß auch die Hindernisse, welche nach Seite des Staats und dessen Hoheitsrechts über die Religionsgesellschaften noch immer der Ausübung dieser Befugnis als einer hemmenden Schranke entgegenstanden, durch eine Verständigung des Kirchenregiments mit dem Staatsregiment über die Grenzen der beiderseitigen gesetzgebenden Gewalt möchten beseitigt werden.

Zu dem Ende richtete die Landessynode unterm 22. November 1872 an des Herzogs Hoheit das Ersuchen „es möge von Höchstdessen Kirchenregimente in Erwägung gezogen werden, ob nicht der erhobene Zweifel in Bezug auf das gegenseitige Verhältnis der staatlichen und der kirchlichen Gesetzgebung durch eine Deklaration der Faktoren der staatlichen Gesetzgebung zu beseitigen sei.“

Von seiten des Landesherrlichen Kirchenregiments erkannte man das Bedürfnis einer solchen Deklaration an, und auf Höchsten Specialbefehl ward mittels Schreibens derselben vom 23. November 1876 der zu der Zeit versammelten zweiten ordentlichen Landessynode eine Denkschrift zugefertigt, welche Vorschläge wegen Regulierung dieses Verhältnisses enthielt mit der Auf-

forderung, die Landessynode wolle sich darüber erklären, ob sie mit diesen Vorschlägen einverstanden sei, in welchem Falle beabsichtigt werde, den entsprechenden Entwurf zu einem Landesgesetze auszuarbeiten und demnächst der Landesversammlung behuf Erteilung der Zustimmung vorzulegen. Die Landessynode hat sich mittels Schreibens vom 7. Dezember 1876 mit den Vorschlägen der Denkschrift im Wesentlichen einverstanden erklärt.

Nachdem sodann das Herzogliche Staatsministerium dem Konsistorio durch Reskript vom 11. Oktober 1879 die Ausarbeitung eines bezüglichen Geszentwurfs übertragen hatte, ist nachfolgendes wichtige Gesetz erlassen worden. *)

Gesetz, den Erlaß der Kirchengesetze und Kirchenordnungen für die evangelisch-lutherische Landeskirche betreffend.

d. d. Braunschweig, den 27. März 1882.

(G. u. B. S. Nr. 16.)

Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg u. s. w.

erlassen zur näheren Ausführung des § 212 der Neuen Landtschaftsordnung vom 12. Oktober 1832 sowie des § 20 des Gesetzes vom 31. Mai 1871 Nr. 34, die Errichtung einer Landessynode und eines Synodal-Ausschusses für die evangelisch-lutherische Kirche des Landes betreffend, unter Zustimmung der Landesversammlung das nachfolgende Gesetz:

§ 1.

Kirchengesetze für die evangelisch-lutherische Kirche des Landes werden vom Landesfürsten kraft der ihm zustehenden Kirchengewalt unter Beirat des Herzoglichen Konsistoriums nach erfolgter Zustimmung der Landessynode mit Bezugnahme auf diese erlassen.

*) Dasselbe ist auch abgedruckt in den „Verhandlungen der vierten ordentlichen Landes-Synode“ Anlage I zur Anlage 6a (Prot. 1).

Kirchenverordnungen, d. h. solche Verfügungen, welche aus dem allgemeinen Verwaltungs- oder Oberaufsichtsrechte der Kirchenregierung hervorgehen, oder welche die Ausführung und Handhabung der bestehenden Kirchengesetze betreffen, erläßt der Landesfürst kraft der ihm zustehenden Kirchengewalt unter Beirat des Herzoglichen Konsistoriums.

§ 2.

Der Regelung durch Kirchengesetz beziehungsweise durch Kirchenverordnung unterliegen die Lehrordnung, der Kultus, die Disciplin und die Verfassung der Kirche.

Kirchengesetze und Kirchenverordnungen können verpflichtende Normen nur für die Kirche selbst, deren Organe und Angehörige aufstellen und dürfen nichts enthalten, was entweder

- a. der Landesverfassung (Neue Landschaftsordnung vom 12. October 1832), beziehungsweise die an Stelle ihrer Vorschriften getretenen gesetzlichen Bestimmungen, oder
- b. solchen Staatsgesetzen beziehungsweise Verordnungen zuwider läuft, welche im staatlichen oder öffentlichen Interesse etwas absolut gebieten oder verbieten.

§ 3.

Die Staatsgesetze und Verordnungen über die im § 2 Absatz 1 genannten Gegenstände gelten, insoweit sie nicht Bestimmungen enthalten, welche nach Absatz 2 desselben Paragraphen der kirchlichen Gesetzgebung entzogen sind, als subsidiäres Recht.

Sie kommen nur zur Anwendung, wenn und solange durch ein Kirchengesetz oder eine Kirchenverordnung nicht anderweitige Bestimmungen getroffen sind.

§ 4.

Unsere Herzogliche Landesregierung wird Sorge dafür tragen, daß die Kirchengesetze und Kirchenverordnungen den Vorschriften der §§ 2 und 3 entsprechen, und daß dieselben auch sonst nichts enthalten, wodurch das staatliche oder öffentliche Interesse gefährdet wird.

Kirchengesetze und Kirchenverordnungen sollen nur dann vollziehbar sein, wenn dieselben durch ein stimmführendes Mitglied

Unseres Herzoglichen Staats-Ministeriums kontrafigniert oder auf Unseren Höchsten Special-Befehl an Unserer Statt unterzeichnet sind.

Bedingt der Erlaß eines Kirchengesetzes das Hinzutreten der staatlichen Gesetzgebung, so wird Unser Herzogliches Staats-Ministerium das Erforderliche dieserhalb herbeiführen.

§ 5.

Hinsichtlich des Verfahrens bei Veröffentlichung der Kirchengesetze und Kirchenverordnungen, sowie hinsichtlich der Zeit ihres Inkrafttretens kommen, sofern in letzterer Beziehung durch dieselben nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, die jeweiligen für die Landesgesetze und Verordnungen geltenden Normen zur Anwendung.

Alle die es angeht, haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigeordneten Herzoglichen Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, 27. März 1882.

Auf höchsten Special-Befehl:

W. Schulz. Graf Görz Wrisberg. Wirk.

Die Bezeichnung „Kirchengesetz“ wird schon seit 1873 angewendet, zuerst bei dem „Kirchengesetz, die Einrichtung von Inspektions-synoden für die evangelisch-lutherische Kirche des Landes und die Kirchenkonvente betreffend, vom 6. Januar 1873 Nr. 5. Bis dahin wurden die Gesetze, welche kirchliche Angelegenheiten betreffen schlechtweg als „Gesetze“ bezeichnet.

Außer durch den Namen werden die „Kirchengesetze“, früher auch die kirchlichen Gesetze, durch die verschiedenen Eingangsformeln unterschieden. Dieselbe pflegt bei einem Kirchengesetz zu lauten:

„Von Gottes Gnaden Wir
erlassen kraft der uns zustehenden Kirchengewalt unter Beirat Unseres Herzogl. Konsistoriums nach erfolgter Zustimmung der Landessynode das nachfolgende Kirchengesetz“:

Bei einem Landesgesetz heißt es:

„Von Gottes Gnaden Wir
erlassen mit Zustimmung der Landesversammlung das nachfolgende Gesetz“:

§ 57. Nachrichten über frühere kirchenregimentliche Einrichtungen in der Stadt Braunschweig und im Fürstenthum Blankenburg.

Für die Entwicklung des Kirchenregiments in unserm Lande ist es nicht ohne Einfluß gewesen, daß in früheren Zeiten bis zur westfälischen Fremdherrschaft kirchenregimentliche Einrichtungen bestanden in der Stadt Braunschweig und im Fürstenthum Blankenburg, wie auch in dem abgelegenen Amtsbezirk Thedinghausen.

1. In der Stadt Braunschweig wurde mit der dajelbst 1528 eingeführten Reformation (§ 8) eine konsistoriale Behörde eingesetzt, welche aus einem Ausschuß des Magistrats, dem Stadtsuperintendenten und dessen Roadjutor bestand. Nach der im Jahre 1671 erfolgten sogenannten Reduktion der Stadt wurde deren Kirchenthum zwar anfänglich dem fürstlichen Konsistorio zu Wolfenbüttel unterstellt, aber 1680 ward als kirchenregimentliche Behörde, freilich in Unterordnung unter dem Landeskonsistorium, ein sogenanntes geistliches Gericht eingesetzt. Dasselbe bestand, — wenigstens in späterer Zeit, — aus dem dirigierenden Bürgermeister als Direktor und aus drei Assessoren, nämlich dem Stadtsuperintendenten, dem Senior des geistlichen Ministeriums und einem juristischen Syndikus.

2. Das aus verschiedenen Teilen gebildete Fürstenthum Blankenburg*) erhielt mit Ludwig Rudolph, dem es

*) Das alte Geschlecht der Harzgrafen von Blankenburg, Regenstein und Heimburg erlosch mit dem am 4. Juli 1599 jung verstorbenen Grafen von Heimburg Johann Ernst, und Herzog Heinrich Julius mußte mit Erfolg seine Erbansprüche geltend zu machen. Das Konsistorium war anfänglich mit der gräflichen Kanzlei verbunden; sodann hat längere Zeit

von seinem Vater Anton Ulrich als Apanage 1690 übergeben war, eine besondere Regierung und damit auch ein eigenes Konsistorium. Mitglieder desselben waren die dazu bestimmten Regierungsräte, der Superintendent der Stadt und ein geistlicher Assessor. Beide, die Regierung, wie das Konsistorium, blieben bestehen auch nach der bereits 1739 geschehenen Vereinigung mit dem Herzogtum Braunschweig.

Alle diese die Centralisierung der Verwaltung erschweren- den Behörden, sowohl politischer wie kirchlicher Art in Braunschweig und Blankenburg wurden von der westfälischen Regierung aufgehoben, und man fand es nicht zweckmäßig, dieselben später wieder herzustellen.

Die Stadt Braunschweig erfreute sich von alters her sowohl in politischer, wie in kirchlicher Hinsicht einer dem alten niedersächsischen Freiheitsfinn entsprechenden Selbständigkeit, dessen Entwicklung durch mancherlei äußere Umstände begünstigt wurde, und welche die frühzeitige Durchführung der Reformation erleichterte.

Einst die Residenz der Brunonen und Heinrichs des Löwen, 1142—1195, fiel die Stadt, als unter dessen Nachkommen seine Erblande durch Teilungen zersplittert wurden, nicht unfern Herzogen Braunschweig, Wolfenbüttelschen Teils, ausschließlich zu, sondern ward Gesamtbesitz der Fürsten welfischen Stammes, von welchen seitdem, die einen zu Wolfenbüttel, die andern zu Lüneburg, Celle, Hannover u. s. w. residierten. Der Umstand, daß diese stammverwandten fürstlichen Herren nicht immer unter sich einig waren, sowie der Reichtum und die Macht, welche Braunschweig zur Zeit der Blüte des Hanseatischen Bundes als Mit-

(nach Stübner S. 535) 1610 bis 1680 das Konsistorium zu Wolfenbüttel die Prediger bestellt und ordiniert. Zu einem Fürstentum wurde Blankenburg erhoben am 1. Juli 1707 unter Ludwig Rudolph, dessen katholisch gewordene Tochter zur Würde einer deutschen Kaiserin gelangte.

glied desselben durch Handel erwarb, bewirkte, daß die Stadt sich die Selbständigkeit einer Art freien Reichsstadt errang, die Befehle von ihren fürstlichen Besitzern nicht annahm, sondern sich selbst regierte, nach außen ihre eigene Politik trieb und den Herzögen auch wohl gelegentlich, wenn sie bei ihr einziehen wollten, die Thore verschloß.

Die Erlangung einer größeren Selbständigkeit in kirchlicher Hinsicht wurde begünstigt durch die Lage der Stadt, deren westlich von der Oker gelegener Teil zum Bistum Hildesheim gehörte, während der östliche Teil unter dem Bischof von Halberstadt stand. *)

So begünstigten denn die Umstände die Einführung der Reformation zu einer Zeit, wo das Land ringsher unter Herzog Heinrich des Jüngern Regiment noch im Katholicismus erhalten wurde. Die Stadt beachtete den Protest dieses Fürsten nicht, führte die Reformation ihres Kirchentums, mit Hilfe des von Wittenberg berufenen Freundes Luthers Johann Bugenhagen, durch, gab sich durch ihn ihre eigene Kirchenordnung (I § 8 S. 16 ff.) und setzte zur Führung des Kirchenregiments in ihrem Bereich eine konsistoriale Behörde ein. Berühmte als Stadt-

*) Rehtmeyer berichtet (Kirchen-Historie I. 1, Kap. 2), daß die Stadt „zu unterschiedenen Malen die Freiheit erhielt, daß sie einen eigenen Official oder vicarium judicem Episcopi, das ist einen Richter, der anstatt der Bischöfe die Sache innerhalb der Stadt schlichten sollte, doch aber von den Bischöfen erwählet und gesetzt würde, halten durfte.“ Neben diesem Official, welcher, anstatt der Bischöfe, in Abhängigkeit von den weltlichen Stadtbehörden und in Rücksichtnahme auf die Stadtgesetze die kirchliche Jurisdiction ausübte, stand die Union, zu welcher sämtliche Prälaten gehörten, nämlich der Abt zu St. Egidien, die Dechanten zu St. Blasii und St. Cyriaci, der Probst zum Heil. Kreuz und die 7 Pastoren oder Pfarrherren zu St. Martin, Catharinen, Andreas, Magnus, Ulrich, Peter und Michael, welche „in Einigkeit also zusammen hielten und das Kirchenregiment dergestalt förderten, daß ohne derselben Bewilligung und Vollmacht nichts mußte vorgenommen, nichts neues angefangen, noch etwas verändert werden.“

superintendenten nach Braunschweig berufene Theologen gaben der Auktorität dieses Kirchenregiments großes Gewicht.

Als nun aber im Lauf der Zeit die politische Macht dahin sank, blieb dies nicht ohne Folgen für die kirchliche Selbstständigkeit. Im Jahre 1671 gelang es dem Herzog Rudolph August, nach geschehener Vereinbarung mit seinen welfischen Mitbesitzern zu Hannover und Celle, die renitente Stadt nach gemeinsamer Belagerung zum Gehorsam, und gegen Abtretung von Landbezirken an Georg Wilhelm von Celle, wie gegen Überlassung der von Heinrich dem Löwen aus Palästina mitgebrachten Reliquienschatze des Domes an Johann Friedrich von Hannover, in seinen alleinigen Besitz zu bringen, so daß sie ihm huldigen mußte.

Daß an Stelle des zuerst völlig aufgehobenen städtischen Kirchenregiments mit Rücksicht auf die Wünsche der Stadt und auf so manche Eigentümlichkeiten ihrer Kirchenordnung, die man zu schonen für billig hielt, 1680 eingefetzte geistliche Gericht übte die kirchliche Jurisdiktion aus, welche damals noch ziemlich umfangreich war; es examinierte und ordinierte die zum Predigtamt in der Stadt Braunschweig zu befördernden Kandidaten; — es besorgte überhaupt die Verwaltung und Beaufsichtigung des städtischen Kirchen- und Schulwesens.

Das geistliche Gericht, welches schon während der westfälischen Regierung an Einfluß und Ansehen verloren hatte, wurde völlig beseitigt bei der nach Rückkehr des Herzogs Friedrich Wilhelm geschehenen Neuordnung der politischen und kirchlichen Verhältnisse des Landes. Durch Höchste Verordnung vom 14. April 1814 Nr. 55, die Verwaltung der kirchlichen und Schulangelegenheiten betreffend, wurde das Kirchen- und Schulwesen dem Herzoglichen Konsistorio unterstellt (§ 1). Die „Funktionen des geistlichen Gerichts“ wurden den „an dessen Stelle tretenden geistlichen und weltlichen Visitatoren übertragen (§ 16). Die Ordination aller derjenigen, welche zum Predigtamte in der Stadt Braunschweig befördert werden, soll auch in Zukunft in der Brüderkirche geschehen können (§ 6). Die Geistlichkeit am Dom, als der Fürstlichen Hofkirche, welche von jeher außerhalb des Verbandes der städtischen Kirchen stand, ward dem Konsistorio

ohne Konkurrenz des weltlichen Visitators nur durch Vermittlung des Stadtsuperintendenten unterordnet.

Außer den kirchenregimentlichen Einrichtungen in der Stadt Braunschweig und im Fürstenthum Blankenburg gab es auch noch solche von geringerer Bedeutung zu Thedinghausen und zu Walkenried.

Der geistliche Konvent für den unserm Lande 1703 beigelegten Amtsbezirk Thedinghausen (s. § 58), war in dessen dem Konsistorio zu Wolfenbüttel, und das geistliche Untergericht des Stiftsamts Walkenried, welches letztere nach mancherlei Wandlungen 1731 dauernd mit dem Fürstenthume Blankenburg vereinigt wurde, war dem Konsistorio zu Blankenburg unterstellt (s. Stübner S. 550).

§ 58. Diöcesaneinteilung.

Wie unser Land behuf besserer Verwaltung desselben in politischer Hinsicht keine Einteilung hat in Kreise und Gemeinden, so hat auch unsere Landeskirche ihre Einteilung, und zwar in Diöcesen; — den Kirchensprengeln der General- und Specialsuperintendenten; — und Parochieen,*) den

*) Die Ausdrücke Diöcese und Parochie sind entnommen der politischen Einteilung des römischen Reichs, welcher man, als die christliche Religion Staatsreligion wurde, die kirchliche Einteilung nachbildete.

Dioecesis *διοικησις* hieß bei den Römern eine Statthalterschaft. Konstantin theilte das Reich ein in 14 Diöcesen, welche zusammen 120 Provinzen enthielten. Als er nun die christliche Religion zur Staatsreligion erhob, wurde der Name Diöces auf die Landesbezirke übertragen, die in kirchlichen Angelegenheiten der Verwaltung eines Bischofs oder Erzbischofs, Metropolitans oder Patriarchen unterstellt waren.

Parochie *παροικία* ist zunächst die bürgerliche Gemeinde und wird dann auch die kirchliche. Die Zugehörigkeit zu jener hängt ab vom Hause, *oikos*, dem Domicil; der Verband mit dieser wird durch die Taufe begründet. Parochie ist daher Taufsprengel, dieser fiel anfänglich mit dem bischöflichen Sprengel zusammen, da die Bischöfe ursprünglich allein das

Pfarrsprengeln oder Pfarrgemeinden, welche eine oder mehrere Ortsgemeinden umfassen.

Die Diöcesaneinteilung schließt sich an die politische Kreiseinteilung, indem der Anzahl der 6 Kreise Wolfenbüttel, Braunschweig, Helmstedt, Gandersheim, Holzminden und Blankenburg die Anzahl der Generaldiöcesen entspricht. Jedoch decken sich beide Einteilungen nicht völlig. Auch werden nicht selten zwei Generalinspektionen unter einem Generalsuperintendenten vereinigt, z. B. gegenwärtig Wolfenbüttel und Blankenburg; Gandersheim und Holzminden.

Zur Zeit wird unsere Landeskirche eingeteilt in 6 Generalinspektionen, welche 31 Specialinspektionen, darunter 6 Stadtinspektionen in den Kreisstädten, umfassen. Einige Specialinspektionen sind vereinigt, entweder dauernd, wie z. B. Thiede-Engelnstedt, Borßfelde-Calvörde, andere zeitweilig.

Die beiden abgelegenen Pfarochieen Lunjen und Thedinghausen gehören zu keiner der 6 Generalinspektionen, sondern stehen unmittelbar unter dem Konsistorium.

Parochieen giebt es 231 in 460 Ortschaften. Wenn zwei oder mehrere Gemeinden zu einer Parochie vereinigt sind, so unterscheidet man die Muttergemeinde, wo der Parochus oder Pfarrer seinen Wohnsitz hat, von dem Filial, der Tochtergemeinde.

Taufrecht hatten und deshalb wurde auch wohl der Name Diöcese dafür gebraucht, „*diocesis proprie est baptismatis Ecclesiae territorium*“ (Vocabularium des Wilhelm v. Bretagne). Später, als die Presbiter das bis dahin nur im Auftrage der Bischöfe ausgeübte Taufrecht als ein selbstständiges erhielten, diese aber das Recht der Firmung sich vorbehielten, wurde der priesterliche Sprengel Parochie, der bischöfliche Diöcese genannt.

Näheres über die „Kirchengemeinde“, deren Wesen, Pflichten und Rechte s. in § 69.

Die Diöcesaneinteilung unserer Landeskirche hat im Lauf der Zeit unter dem Einfluß eingetretener politischer Veränderungen und anderer Umstände mancherlei Umgestaltungen erfahren, deren Kenntniß nicht ganz unwichtig ist zum Verständniß des gegenwärtigen kirchlichen Zustandes.

Herzog Julius, unter dessen weiser Regierung das Fürstentum, auch abgesehen von der gegen Ende seiner Regierung nach dem zu Pavia 1584 erfolgten Tode Erichs des Jüngern hinzugekommenen Vergrößerung, eine größere Ausdehnung hatte, als jetzt, indem das sogenannte große Stift oder der größte Theil des Bistums Hildesheim dazu gehörte, während freilich das Fürstentum Blankenburg noch nicht zugehörig war, theilte das Land ein in 5 Generalsuperintendenturen: Wolfenbüttel, Helmstedt, Vockenem, Sandersheim und Alfeld mit zusammen 18 Specialinspektionen, welche insgesammt 300 Pfarrer zählten (siehe Jultit Kirchenordnung S. 233).

Daß die zu jener Zeit politisch und kirchlich selbständige Stadt Braunschweig hierbei nicht inbegriffen war, daß auch das 1599 unter Heinrich Julius durch Erbschaft hinzugekommene Fürstentum Blankenburg sich lange Zeit kirchliche Selbständigkeit bewahrte, erhellt aus dem früher § 57 Gesagten.

Sehr bald trat dann infolge der Wirren des 30jährigen Krieges ein Rückgang ein im territorialen Bestande des Staats, wie der Kirche. Unter Herzog Friedrich Ulrichs schwacher Regierung und nach dessen Tode 1634 gingen die Hildesheimischen und Calenberg-Göttingischen Gebiete unserm Lande verloren, und dadurch hatte unsere Landeskirche die Generalsuperintendenturen Vockenem und Alfeld mit ihren meisten Diöcesen verloren. Infolge davon ward vom Herzog August 1648 die Specialsuperintendentur Holzminde, welche zur Generalinspektion Alfeld gehört hatte, zur Generalsuperintendentur über den Weeskreis mit 3 Specialinspektionen erhoben.

Im Jahre 1703 kam unter Herzog Rudolph August der an der untern Wees im Bremischen belegene Amtsbezirk Theedinghausen, welcher mit Lunsen und den übrigen eingepfarrten kleinen Ortschaften zu Lunsen einen Pastor primarius, zu Theedinghausen aber einen Compastor hatte, in den Besitz un-

ferer Landesherrn. *) Mit Rücksicht auf die weite Entfernung wurde bestimmt, daß der Past. primarius zu Lunsen loco superintendentis fungieren solle, dem Konfistorio unmittelbar unterstellt.

Einen weiteren Zuwachs erhielt unser Herzogtum 1706 durch den Erwerb des bis dahin Lüneburg-Cellischen Amts Campen. **) Da dieser Bezirk nordöstlich von der Stadt Braunschweig gelegen war und von dort aus leichter, als von Wolfenbüttel oder Helmstedt inspiziert werden konnte; überdies die Generalinspektion Wolfenbüttel, welcher seit dem Verlust der Generalinspektion Bodenem die früher zu dieser gehörige Inspektion Bichtenberg mit Barum-Salder zugelegt war, und ebenso die Generalinspektion Helmstedt ohnehin schon einen bedeutenden Umfang hatte, so ward unter Herzog Karls I. Regierung 1755 in Braunschweig eine neue Generalsuperintendentur errichtet, welcher mehrere Specialinspektionen: Querum, Campen, Wendeburg und Zimmerlah, die aus Parochieen, theils des Amts Campen, theils der Generalinspektion Wolfenbüttel bestanden, zu-

*) Thedinghausen war mit dem Erzstift Bremen der schwedischen Krone im westfälischen Frieden 1648 überwiesen. Nachdem die Macht Schwedens in Deutschland durch den großen Kurfürsten bei Fehrbellin 1675 gebrochen war, wurde es dem Gesamthause Braunschweig 1679 zugesprochen, welches in dem gegen Frankreich 1674 erklärten Reichskriege treu zu Kaiser und Reich gestanden und am Niederrhein und an der Mosel gegen französischen Übermut und Übermacht glänzende Siege erröthet hatte, z. B. an der Conzer Brücke bei Trier 1675.

**) Durch Abtretung des Amts Campen, wie auch durch die bereits erwähnte Abtretung des Anteils am Amt Thedinghausen seitens der Linie Lüneburg-Cellen wurden die Zwistigkeiten beseitigt, welche zwischen dieser und der Linie Braunschweig-Wolfenbüttel dadurch entstanden waren, daß es der ersteren gelungen war, sowohl die auch von der letzteren begehrte Kurwürde zu erlangen, als auch ihre Erbansprüche an das Herzogtum Lauenburg siegreich zu behaupten, nachdem Julius Franz, Herzog zu Lauenburg, ohne männliche Descendenz 1689 zu Reichstadt in Böhmen verstorben war.

geteilt wurden und welche dem Braunschweigischen Stadtsuperintendenten übertragen wurde.

Was die Generalsuperintendentur Helmstedt betrifft, so veranlaßte 1761 die Berufung des als heterodoxen Aufklärungstheologen bekannten W. A. Teller*) von Leipzig zu derselben und der Widerspruch, den dessen Neologie bei der Helmstedter theologischen Fakultät, wie sonst im Lande, fand, daß der Landesherr zur Abtrennung einer neu errichteten Generalsuperintendentur zu Schöningen von der Helmstedter sich entschloß; jedoch ward 1810 nach Aufhebung des Schöninger Gymnasiums, wie der Helmstedter Universität durch die westfälische Regierung, aus beiden Generalinspektionen wieder eine gemacht.

Die Generalsuperintendentur Blankenburg wurde eingerichtet, als nach Beendigung der westfälischen Fremdherrschaft und Wiederherstellung unserer Braunschweigischen Landesregierung durch diese letztere das besondere Konsistorium zu Blankenburg (s. § 57. 2) aufgehoben und das Kirchentum des Fürstentums Blankenburg nebst demjenigen des Stiftsamts Walkenried dem Konsistorio zu Wolfenbüttel unterstellt wurde. Die frühere Superintendentur zu Blankenburg wurde erhoben zu dem Range einer Generalsuperintendentur und drei Specialinspektionen des Harzbezirks wurden derselben unterstellt.

Die Diöcesaneinteilung unseres Landes hat unleugbar manches Auffällige, wozu gehört:

1. Unsere Landeskirche hat jetzt bei geringerem Territorialbestande viel mehr Specialinspektionen, als zu Herzog Julius Zeiten. Diese aber sind von sehr ungleicher Größe. Während einige aus so vielen Parochien und Gemeinden bestehen, daß es dem Superintendenten, wenn er selbst einer arbeitsreichen Parochie als Prediger vorsteht, sehr schwer werden muß, diesel-

*) Nach Beste (S. 439 ff.) hielt man bei der Berufung des jungen 27jährigen Teller denselben noch für rechtgläubig und bildete sich sein Rationalismus erst später aus. Auf Tellers eigenen Wunsch habe man wegen seiner Jugend kurz vor seinem Antritt die Trennung der Generalsuperintendentur vorgenommen, um die Geschäftslast zu vermindern.

ben gehörig zu inspiciereu, bestehen andere aus so wenigen Parochieen, daß der allzu beschränkte Diöcesanverband weder für den Superintendenten, noch für dessen Diöcesanen ein recht befriedigender und ersprießlicher sein kann.

2. In den Specialinspektionen wechselt sehr oft der Sitz der Superintendentur, was für die Inspektionsverwaltung mancherlei Übelstände mit sich führt, zumal, wenn der Wohnsitz des Superintendenten weit ablegen ist vom Centrum der Inspektion.

3. Während man in anderen Landeskirchen, auch solchen größeren Umfanges, als geistliche Kirchenvisitatoren nur Superintendenten in unmittelbarer Unterordnung unter die Konsistorien kennt, bestehen in unserm kleinen Lande, wo doch der kirchlichen Oberbehörde weit mehr Mittel des directen Verkehrs mit den Superintendenten und deren Amtskreisen, als früher, zu Gebote stehen, die Generalsuperintendenturen als vermittelnde Aufsichtämter zwischen den Konsistorien und den Superintendenten fort.

Es ist nun über diese und andere Gegenstände bereits verhandelt worden. Im Juli 1848 wurden nach Höchster Anordnung die Generalsuperintendenten und Stadtsuperintendenten des Landes zu einer Konferenz bei Herzogl. Konf. zusammenberufen, um zu beraten, welche Ansichten und Wünsche in Bezug auf Änderungen der Verfassung unserer Landeskirche von den Geistlichen ihrer Kreise gehegt wurden und was zu geschehen habe, um denselben, soweit sie begründet seien, zu entsprechen. Nachdem über das Ergebnis der Konferenz berichtet war, ward von Höchster Stelle eine Kommission ernannt mit dem Auftrage, auf Grund dieses Ergebnisses den Entwurf einer Kirchenverfassungsurkunde auszuarbeiten und dieser Entwurf ward, nachdem derselbe eingereicht war, auf Höchste Verfügung um allseitiger Prüfung unterstellt zu werden, im Mai 1850 publiziert.

Bei Abfassung dieses Entwurfs, bei welchem das Absehen schon damals nicht nur auf Errichtung von Kirchenvorständen in den Gemeinden, sondern auch auf Einführung von Kreis- oder Inspektionsynoden und schließlich einer Landessynode in den Organismus der Landeskirche gerichtet war und nach Lage der Sache gerichtet sein mußte, wurden auch unsere bestehenden Diöcesanverhältnisse einer Prüfung unterzogen, und fand man

danach angemessen, diese Verhältnisse dahin umzugestalten, daß die Stadt- wie Specialinspektionen einen thunlichst gleichen Umfang erhielten, um sowohl für Kreis- oder Inspektionsynoden und deren Verhandlungen eine passende Unterlage zu bilden, als auch um für die Wahlen zur Landessynode geeignete Wahlkollegien darzubieten. Unter diesem Gesichtspunkt und zu diesem Zwecke schlug man vor, mit Aufhebung der Generalsuperintendenturen als solcher, für welche sich keine passende Stellung in dem kirchlichen System fand, wieder wie zu Herzog Julius Zeiten 16 an Umfang ziemlich gleiche Kirchenkreise (Stadt- und Specialinspektionen) zu errichten.

Die in diesem Entwurf proponierte synodale Kirchenverfassung gelangte damals nicht zur Einführung; wie aber danach im Laufe der Zeit die jetzt bestehenden synodalen Einrichtungen entstanden sind, wird später dargelegt werden.

Was aber die in Vorschlag gebrachte anderweite Diöcesaneinteilung der Landeskirche betrifft, so ward als das hauptsächlichste Bedenken, das ihrer Einführung entgegenstand, betrachtet die zerstückelte Lage unseres Landes, sowie die Schwierigkeit, welche mit der Neuordnung und Einrichtung, wie auch dem Umtransport so vieler zum Teil seit Jahrhunderten angesammelten Inspektionsregistraturen verbunden sein würde.

Inzwischen hat aber die Landessynode nach geschehener Verhandlung am 27. November 1880, welche erkennen läßt, daß eine radikale Umgestaltung der Diöcesaneinteilung nicht für ratsam gehalten wird, in der an Seine Hoheit den Herzog gerichteten Eingabe vom 10. Dezember 1880 beantragt: „es möchten da, wo die Verhältnisse es wünschenswert erscheinen lassen, einzelne Special-Inspektionen zusammengelegt werden“, und ist Herzogl. Konsistorium mittelst Höchsten Reskripts vom 14. Februar 1881 dem entsprechend angewiesen. Demgemäß ist die Inspektion Siedte, früher Querum, als ein selbständiger Superintendentur-Bezirk zum 1. März 1887 aufgehoben. Die Pfarochieen Querum, Wendhausen, Hondelage und Wenden sind der Inspektion Lehre, die Pfarochieen Mascherode, Rautheim und Siedte der Inspektion Salzdahlum zugeteilt. Desgleichen ist zum 1. Oktober 1892 die Inspektion Gittelde mit der Inspektion Seesen

und die Inspektion Greene mit der Inspektion Gandersheim zusammengelegt, jedoch mit der Bestimmung, daß die bisher zur Inspektion Mittelde gehörende Parochie Ellierode der Inspektion Gandersheim, und daß die bisher zur Inspektion Seesen gehörende Parochie Lutter a. Vbg. der Inspektion Langelsheim zugeteilt wird. (Amtsbl. 1892 Stück 10 S. 76.)

- - -

Vierter Abschnitt.

Die kirchenregimentlichen Organe unserer Landeskirche.

§ 59. Übersicht.

Das Kirchenregiment unserer Landeskirche wird ausgeübt durch amtliche und durch repräsentative Organe.

I. Amtliche Organe sind die Behörden und Beamten, welche vom Landesherrn als *Summus episcopus* zum Dienste seines Kirchenregiments bestellt sind. Diese sind:

1. Das Konsistorium als Oberbehörde unserer Landeskirche, und

2. die demselben unterstellten Kirchenvisitatoren und Schulaufsichtsbeamten.

II. Repräsentative Organe sind:

1. die Kirchenvorstände,

2. die Inspektions-synoden,

3. die Landessynode,

mittels deren als ihrer Vertreter die Kirchengemeinden einerseits am Dienst des Kirchenregiments teilnehmen, andererseits demselben gegenüber ihre Gemeinderechte ausüben.

Wenn hiernach der Verfassungsbau unserer ev.-luth. Landeskirche als eine Verbindung von Konsistorialverfas-

sung und Synodalverfassung erscheint, wie solche in den meisten evangelischen Kirchen Deutschlands stattfindet, so ist dabei wohl zu bedenken, daß die Konsistorialverfassung hier, wie überall in der ev.-luth. Kirche, ursprünglich bestanden hat seit den Zeiten der Reformation und daß dieselbe infolge neuerdings erst geschehener Hinzufügung synodaler Einrichtungen in ihrer Eigentümlichkeit wenig verändert erscheint; weit weniger, als dies durch andere im Laufe der Zeit eingetretene Umstände und Ereignisse geschehen ist.

Bevor wir nun zur Betrachtung der einzelnen konsistorialen und synodalen Organe unserer Landeskirche übergehen, wird es nützlich sein, einige allgemeine Betrachtungen über Konsistorien und Synoden voranzuschicken.

§ 60. Allgemeines über Konsistorien.

Den Konsistorien, ohne deren sachverständigen Beirat und Mitwirkung die Landesfürsten das ihnen infolge der Reformation zugefallene bischöfliche Amt gar nicht hätten versehen können, verdankt die Kirche feste, nach Analogie derjenigen des Staates geregelte Ordnungen, deren jene nicht minder bedarf als dieser. Zugleich gewähren die Konsistorien ihrer Natur und Einrichtung nach bei ihren Beziehungen zu den Landesfürsten, als den höchsten Inhabern nicht nur der Kirchengewalt, sondern auch der Staatsgewalt, und zu den höchsten Staatsbehörden am leichtesten die Möglichkeit, in den so eigentümlichen mit einander verwachsenen Beziehungen der Kirche zum Staat ihren Dienst an den Gliedern der Kirche, die zugleich Staatsangehörige sind, in gegenseitiger Ergänzung zu dem Staat und lebendiger Wechselwirkung mit demselben verrichten zu können, ohne die Rechte des Kirchenregiments und der Staatsgewalt, deren vollkommene Trennung praktisch überhaupt unausführbar ist, so lange die Kirche Volkskirche sein will, in der Ausübung ängstlich gesondert halten zu müssen.

Diesen nicht hoch genug zu veranschlagenden Vorzügen gegenüber darf nicht verschwiegen werden, daß die Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten durch Behörden, anstatt der persönlich bischöflichen Leitung gar leicht zu einem Formalismus und Bureaukratismus führt, welchen die Kirche weit weniger vertragen kann, als der Staat; sowie daß eine einseitig ausgebildete Konsistorialverfassung die Gefahr der Verstaatlichung der Kirche oder doch der Beherrschung der Kirche in ungebührlicher Weise durch den Staat mit sich bringt.

Diese Gefahren erscheinen gemildert, wenn der Konsistorialverfassung synodale Organe angefügt sind, wie solches bei uns geschehen ist.

Consistorium bezeichnete ursprünglich den Ort zur Berathschlagung für die Räte des römischen Kaisers (Cod. Iust.) dann die Versammlung selbst. Seit Hadrian (+ 138) hieß Consistorium principis der Staatsrat, das Geheimeratskollegium der römischen Kaiser, und es wurden dessen Mitglieder Consistoriani, später Comites consistoriani genannt.

Als das Christentum Staatsreligion geworden war, wurde der Name übertragen auf die Gemeinschaft der an einer Kirche angestellten auf den Titel dieser Kirche ordinierten Geistlichen, deren Kollegium ein Presbyterium oder Konsistorium genannt wurde. — Die Versammlungen der Kardinäle, welche unter Vorsitz des Papstes abgehalten werden, nennt man Konsistorien, und wie der Papst, so haben auch die Bischöfe ihre Konsistorien, welche auch wohl Offizialate genannt werden. Es liegt aber auf der Hand, daß in der Hierarchie der römisch-katholischen Kirche die Konsistorien nicht haben die Bedeutung erlangen können, wie in der evangelisch-lutherischen Kirche.

Hinsichtlich Einrichtung und Gestaltung der Konsistorien in der evangelisch-lutherischen Kirche möge nachfolgendes bemerkt werden:

Während die Reformierten schneller mit der römischen Kirche brachen und ihre aus Geistlichen und Laien bestehenden Pres-

hyterien einrichteten, welche häufig auch den Namen Konsistorium erhielten, hoffte Luther noch immer, den Episkopat beibehalten zu können, und es wurde bis zum Augsburger Religionsfrieden 1555 über dessen Beibehaltung verhandelt. Wie nun aber die Landesfürsten hatten müssen an Stelle der Bischöfe treten und ein ihnen fremdes Amt (*alienum officium*) übernehmen,*) so drängten die Verhältnisse zur Einrichtung besonderer kirchlicher Behörden, welche den in Verwaltung kirchlicher Angelegenheiten unerfahrenen Landesherrn zur Seite und zugleich an die Stelle der bisherigen bischöflichen Offiziate treten konnten, ausgerüstet nicht nur mit Befugnissen der Verwaltung, sondern auch der richterlichen Entscheidung in den damals als kirchliche Angelegenheiten geltenden Sachen. Denn es hatte sehr bald zu argen Unzuträglichkeiten geführt, daß man es den Pfarrern überlassen hatte, diese Dinge zu ordnen. So wurde besonders hinsichtlich der Ehesachen geklagt, daß die Pfarrer durch Ehegatten, die gern

*) Hinsichtlich der vielfach aufgestellten Behauptung, daß eine eigentliche Episkopalverfassung unserer Kirche zuträglich oder gar im Princip zugewiesen sei, bemerkt Höpfling (Grundsätze ev.-luth. Kirchenverfassung S. 131 ff.):

„Die Reformatoren hielten im kirchenpolitischen und irenischen Interesse einen Fortbestand des episkopalen Kirchenregiments für möglich und wünschenswert. Sie haben aber wohl die Konsequenzen ihres Principis nicht sonderlich scharf und streng in Rechnung gebracht. Was den katholischen Episkopat stark und kräftig macht, ist sein behauptetes und geglaubtes göttliches Privilegium. Ein nicht *divino*, sondern nur *humano jure* bestehender Episkopat müßte entweder eine andere allgemeine göttliche Ordnung hinter und über sich haben, von deren Autorität er getragen wird; oder er müßte lediglich auf die Wahl und den Willen der Gemeinschaft sich stützen. Im ersteren Falle, wenn er sich etwa unter die Fittige des landesherrlichen Summepiskopats begeben wollte, wie in den nordischen Reichen, liefe er Gefahr zum Scheinepiskopat zu werden. Im letzteren Falle hätte er eine sehr unsichere und schwankende Existenz. — Der historische Verlauf der Dinge hat die wirkliche Konsequenz des lutherischen Kirchenprincipis schärfer und richtiger gezogen, als die zeitweiligen konservativen Wünsche der Reformatoren selbst.

geschieden sein wollten, leicht hintergangen und zu falschen Entscheidungen veranlaßt wurden, und auch selbst die 1527 geschehene Bestellung von Superintendenten, welche gemeinsam mit den Amtleuten und Schöffen in solchen Dingen entscheiden sollten, erwies sich für diese und andere Verhältnisse nicht als ausreichend.

Auch wurde in den Schmalkaldischen Artikeln 1537 (De potestate et jurisdictione episcoporum) auf die Notwendigkeit besonderer Ehegerichte hingewiesen: *Multae sunt injustae leges Papae de negotiis matrimonialibus, propter quas magistratus debent alia judicia constituere.*

Demgemäß wurde in einem von Justus Jonas und Joh. Bugenhagen ausgearbeiteten, von Luther und dem Kanzler Brüd durchgesehenen Gutachten: „Der Theologen Bedenken vonn wegen der Consistorien so ufericht sollen werden“ vorgeschlagen 1538, es „möchten für Kirchensachen, Ehehändel und andere, Consistorien bestellt werden, deren Mitglieder Iudices, Commissarii, Archidiaconi 2c. Befehl und Gewalt hätten rechtlich zu citiren, durch Urtheil Strafe und Buße aufzulegen, auch Execution zu thun.“

Der Kurfürst Johann Friedrich bestellte 1539, zuerst nur für die Ehesachen eine Behörde mit zwei geistlichen und zwei weltlichen Räten, erweiterte aber bereits 1542 das Kollegium zu einem förmlichen Konsistorium, welchem auch noch die Handhabung der kirchlichen Disciplin überwiesen wurde.

Herzog Moriz bestellte 1543 zu Leipzig, 1545 zu Meissen Konsistorien „für die Lehre des göttlichen Wortes, christliche Ceremonien, Ehesachen, den Gebrauch des christlichen „Bannes und was man sonst an sie weisen würde.“ (Weber, Sächsisches Kirchenrecht I. I, Abt. II, S. 438.)

Die Vereinigung des kirchlichen und politischen Regiments in derselben Hand, welche alsbald eine neue Vermengung von Kirche und Staat herbeiführte, bewirkte, daß im Laufe der Zeit die Konsistorien immer mehr einen staatskirchlichen Charakter annahmen und immer mehr aufhörten rein kirchliche Behörden zu sein, zu welcher Umwandlung nicht wenig der Umstand beitrug, daß man mehrere früher als kirchliche Angelegenheiten angesehen

Sachen anfang als bürgerlicher weltlicher Natur zu halten, ohne sie darum den Konsistorien zu entziehen,*) wie dies erst in neuerer Zeit geschehen ist, und wurde die Besetzung der Konsistorien mit geistlichen und weltlichen Personen dahin gedeutet, daß jene die Kirche, diese den Staat zu vertreten hätten.**)

Unter dem Einfluß territorialistischer Grundsätze wurden die Konsistorien und mit ihnen die Kirche immer mehr verstaatlicht. In Preußen wurden sogar die Konsistorien, als überflüssig geworden, völlig aufgehoben für Ostpreußen 1804, für die übrigen Provinzen 1808, indem die Funktionen der Konsistorien auf reine Staatsbehörden übertragen wurden (Jacobsen, Gesch. des ev. Kirchenrechts von Preußen und Posen S. 204).

Seit 1815 erfolgte aber in Preußen eine allmähliche Wiederherstellung der Konsistorien und wurde zugleich der Trieb nach Selbständigkeit der Kirche immer kräftiger. Zuerst freilich wurden in Preußen Konsistorien eingerichtet, die mit evangelischen und katholischen Mitgliedern besetzt waren, um das jus circa sacra auch der römisch-katholischen Kirche gegenüber wahrnehmen zu können (Ges. v. 30. April 1815); dann aber wurden die Konsistorien organisiert als „evangelisch-geistliche Behörden“ (Kabinettsordre vom 31. Dezember 1825).

Wie nun seitdem sowohl in Preußen, als auch überall in der evangelischen Kirche dem Ziel, daß die Kirche ihre Angelegenheiten selbständig verwaltet, immer bestimmter nachgestrebt wird,

*) Auf dem Landtage zu Leipzig 1547 trugen die Stände darauf an, „die Consistoria zu verbessern, und zu verschaffen, daß sie geistliche und weltliche Sachen abwarteten.“

**) In der sächsischen Kirchenordnung von 1580 wurde erklärt, daß die Kirchengerichte oder Consistorien um des willen, weil sie nicht bloß in Religions- und Gewissenssachen, sondern auch über weltliche Handel, als Ehesachen, der Kirchen- und Schuldiener Güter, Unterhaltung, Leben und Wandel der Lehrer und Zuhörer betreffend, zu erkennen haben, aus einer gleichen Anzahl von Theologen und politischen Personen „als Berordneten der Kirche und zugleich der christlichen Obrigkeit“ bestehen sollten (Weber a. a. O. S. 500).

so ist man auch bemüht gewesen, den Geschäftskreis der Konsistorien immer mehr auf die wirklich kirchlichen Angelegenheiten zu beschränken, diejenigen Sachen aber, welche der Staat geglaubt hat, für sich selbst in Anspruch nehmen zu sollen, staatlichen Organen zuzuweisen. Wie diese Beschränkungen des Geschäftskreises des Konsistoriums bei uns geschehen sind, nicht nur auf dem Gebiet der Ehesachen und der sogenannten geistlichen Gerichtsbarkeit, sondern auch auf dem Gebiet des Schulwesens und der Verwaltung des Kloster-Studienfonds wird später in § 62 dargestellt werden.

Zum Schluß möge hier noch ein Urtheil des berühmten Göttinger Theologen Lücke († 1855) aus der Zeit, in welcher die Kirchenverfassungsfrage lebhaft erörtert wurde, seinen Platz finden. Derselbe „hält die Konsistorialform für ebenso protestantisch, als die Presbyterial- und Synodalform. Wie diese aus dem natürlichen Triebe der Selbstständigkeit in ihrem Innern und dem Principe der Beweglichkeit hervorgegangen ist; so jene aus dem ebenso wesentlichen als natürlichen Triebe der Kirche, sich mit dem evangelischen Staate zu gegenseitiger Ergänzung zu verknüpfen und dem Elemente des Beweglichen das Element des Beharrlichen gegenüber zu stellen zur Hervorbringung eines lebendigen Gegengewichts der Kräfte und Verhältnisse. Auch scheint die geregelte Verwaltung des kirchlichen Gemeinwesens, worauf immer viel ankommt, ohne eine feststehende Konsistorialregierung kaum möglich zu sein. So erklärt sich, wie die Konsistorialform überall in der deutschen evangelischen Kirche da entstanden ist, und sich erhalten hat, wo das Bedürfnis einer konstanten Administration hervortrat. Nicht die Konsistorialform an sich scheint unprotestantisch, ungesund und verderblich, sondern nur ihre Alleinherrschaft in der Kirche und Mangel an gehöriger Verbindung und gegenseitiger Korrespondenz derselben mit der ebenso wesentlichen Presbyterial- und Synodalform. Wo aber diese letztere allein geherrscht hat ohne jene, da haben wir in der Geschichte der deutschen evangelischen Kirche ähnliches Verderben und Verfall gesehen, wie da, wo die Konsistorialform ihr notwendiges Korrektorium in der Presbyterial- und Synodalform entbehrt hat. Die wahre Reform

der evangelischen Kirche kann also überall nicht darin bestehen, die eine oder die andere Form aufzuheben, sondern beide zu einem neuen Leben zu verbinden. (Göttingische Anzeigen vom 31. Dezember 1831.)

§ 61. Allgemeines über Synoden.

Synodale Organe, welche der reformierten Kirche von Anfang an eigentümlich gewesen sind in ihren Presbyterien, in denen sie das uralte, aber unter dem Einfluß der katholischen Hierarchie abgestorbene Ältestenamt wieder zu erneuern sich bemühte, sind in der lutherischen Kirche, obwohl die Reformatoren sich keineswegs grundsätzlich abweisend dagegen verhalten haben, und obwohl hier und da Versuche zu deren Einrichtung gemacht sind, erst in den letzten Zeiten gebildet. Die Scheu vor solchen aus den Gemeinden durch Wahlen hervorgehenden repräsentativen Organen, von denen man eine Majorisierung und Demokratisierung der Kirche, eine Störung des Friedens durch eindringendes Parteitreiben, eine Gefährdung der Kontinuität der Entwicklung durch wechselnde Zeitströmungen und wechselnde Majoritäten fürchtete, mußte, nachdem die veränderten Zeitumstände synodale Einrichtungen zu fordern schienen, der Überzeugung weichen, daß Synoden den der evangelischen Kirche eigentümlichen Grundsatz nach der kirchenregimentlichen Seite zum Ausdruck bringen, nach welchem Träger und Inhaber der Kirchengewalt und des Kirchenregiments nicht ein besonderer mit besondern Gaben und besondern Machtbefugnissen ausgerüsteter Stand ist, sondern wonach die gesamte Kirche oder das ganze christliche Volk einen königlichen und priesterlichen Charakter hat (vgl. Erster Teil, § 27 ff.).

Wenn jene mit Synoden verknüpften Gefahren bei uns nicht sehr merkbar hervorgetreten sind, so werden wir dies dem oben schon erwähnten Umstand zu verdanken haben, daß bei uns, wie wohl überall im Gebiet der lutherischen Konsistorialverfassung die synodalen Organe als eine notwendig gewordene Ergänzung der Konsistorialverfassung mit ihrer Spitze, dem landesherrlichen Summepiskopat, und in Anlehnung an dieselben entstanden sind.

Die Notwendigkeit ihrer Einrichtung trat hervor, nachdem für den Staat und dessen Organe der Grundsatz konfessioneller, ja religiöser Indifferenz herrschend geworden war und an die Stelle der Landstände und der früheren staatlichen Organe, welche neben dem staatlichen auch einen kirchlichen Charakter hatten, so daß ihnen sowohl das *jus circa sacra*, als auch das *jus in sacra* zustand, — der moderne staatliche Organismus mit einer Abgeordnetenversammlung getreten ist, welche nur noch einen staatlichen Charakter hat, mithin mit kirchlichen Angelegenheiten nur in soweit sich zu beschäftigen befugt ist, als dies die Ausübung des staatlichen *jus circa sacra* mit sich bringt.

Zu dieser äußeren Notwendigkeit, wozu noch kam das auf größere Selbständigkeit der Kirche und Auseinandersetzung derselben mit dem Staat gerichtete Bestreben, trat noch hinzu das Verlangen nach Organen, welche dem geistlichen Amte bei Erweckung und Förderung des kirchlichen Lebens hilfreich zur Seite stehen könnten.

Das Ältestenamt, aus welchem im Laufe der Zeit Presbyterien, Kirchenvorstände und Synoden sich entwickelt haben, ist uralte. Älteste übten auf staatlichem wie auch kirchlichem Gebiet einen maßgebenden Einfluß, sowohl im alten Heidentum,

als auch im Judentum. So in Sparta die aus herangereiften durch Lebenserfahrung und Umsicht ausgezeichneten Männern bestehende *Γερουσία*; zu Rom der Senat, die *Patres conscripti*. Die Heil. Schrift erwähnt Älteste der Ägypter 1. Mos. 50, 7; der Midianiter 4. Mos. 22, 4. 7; der Gibeonitischen Kanaaniter Jos. 9, 11 u. a. m.

Bei den Israeliten finden wir die Ältesten *זְקֵנִים* schon in frühester Zeit als Repräsentanten der Gemeinde 2. Mos. 3, 16. 4, 29. 19, 7 u. a. m. Älteste werden genannt als Vertreter und Sprecher des gesamten Volks Jos. 7, 6. 1. Sam. 8, 4. Jerem. 29, 1 u. a. m., als Vertreter eines Stammes — Stammesälteste — 2. Sam. 19, 12; — eines Ortes — Gemeindeälteste mit richterlicher Befugnis Ruth 4, 2; — einer Synagoge — Synagogenvorstand Luc. 7, 3. Apostelgesch. 13, 15. Zu den Mitgliedern des zur Zeit Christi bestehenden Hohen Rats, *συνοδίου*, welcher wahrscheinlich aus der *γερουσία* der nach-erilischen Zeit 2. Matt. 1, 10. 4, 44. 11, 27 sich gebildet hat, gehörten nicht nur Priester, *ἀρχιερείς*, und Schriftgelehrte, *γραμματεῖς*, sondern auch Älteste, *πρεσβύτεροι*, Vertreter des Laienstandes.

Als sich nun christliche Gemeinden bildeten und zwar zuerst aus den Juden, war es natürlich, daß die Organisation der jüdischen Synagogengemeinde in angemessener Weise nachgebildet wurde. So finden wir denn alsbald nicht nur Diakonen, welche mancherlei kirchliche Dienstleistungen zu verrichten hatten, sondern auch Älteste *πρεσβύτεροι* Apostelgesch. 11, 30. 15, 2. 21, 28 u. a. m. Sie waren *προιστάμενοι* Vorsteher 1. Theff. 5, 12; sie hatten als *ἡγούμενοι* das Hirtenamt und als *ἐπίσκοποι* das bischöfliche Amt der Aufsicht, die Einzelnen und die Gesamtheit der Gemeinde kirchlich leitend. Sie waren nicht identisch mit Predigern; jedes männliche Glied der Gemeinde, welches das Charisma dazu hatte, durfte reden und vermahnen. Noch weniger dachte man daran, die Ältesten anzusehen als Repräsentanten der Laien gegenüber dem Klerus; denn ein Unterschied zwischen Klerus und Laien bestand ursprünglich nicht; dieser bildete sich erst später.

Indem sich nun aber aus dem Ältestenamt im Laufe der

Zeit das priesterliche Amt, das bischöfliche Amt*) und die sonstigen Abstufungen der katholischen Hierarchie heraussetzten, und nachdem der hierarchische Grundsatz zur Geltung gebracht war, daß der Klerus**) als die *ecclesia docens et regens* zugleich die *ecclesia repraesentativa* sei, während der *λαός*, das gemeine Christenvolk, die Laien, nur das Recht und die Pflicht des Hörens, des Gehorsams und der Zustimmung habe, mußte das Ältestenamt in Verfall geraten und absterben, bis es dann durch die Reformation zu neuem Leben in neuen Daseinsformen erweckt wurde.

Inzwischen aber gelangte in der alten katholischen Kirche das Synodalinstitut zu großer Bedeutung. Bei der ersten Bildung und Einrichtung desselben hatten die Presbyter einen nicht unwesentlichen Anteil. So wird Apostelgesch. 15, 6 beschrieben, wie die Apostel und die *πρεσβύτεροι* zusammen gekommen seien, um die wichtige Frage zu entscheiden, ob auch den Heidenchristen sollte die Beschneidung auferlegt werden, und fehlt es nicht an Zeugnissen, welche darthun, daß während der

*) Irenäus bezeichnet die Bischöfe zuweilen noch als Presbyter. Hieronymus berichtet: *Presbyteri semper unum ex se electum in excelsiori gradu collocatum episcopum nominabant*; und ferner (Comm. ad. Tit. I. 7): *Idem est presbyter, qui episcopus. Et antequam diaboli instinctu studia in religione fierent, communi presbyterorum consilio ecclesiae gubernabantur. Postquam autem unusquisque eos, quos baptizaverat, suos putabat esse, non Christi, in toto orbe decretum est, ut unus de presbyteris electus superponeretur ceteris, ad quem omnis ecclesiae cura pertineret, ut schismatum semina tollerentur.*

**) *κλήρος* bezeichnet ursprünglich Loos, Looszeichen, sors (Homer). Dann aber auch Stand, ordo. In der apostolischen Zeit war die Bezeichnung allgemeiner Art. Wie die Bischöfe Presbyter und Diakonen als *κλήροι*, ordines, aufgeführt werden, ebenso auch die Katechumenen. Dann aber wurde in das Wort der Begriff des Ausgewähltheits zu göttlicher Berechtigung gelegt. So heißt es bei Hieron. ad Nepot. c. 5 CXII *Clerici vocuntur, 'quia de sorte sunt Domini, vel quia Dominus sors i. e. pars clericorum est.*

ersten Jahrhunderte den Presbytern eine Beteiligung bei den Synoden gewährt wurde. So wird hinsichtlich des Konzils von Elbira 324 berichtet bei Mansi: *Quum consedissent ... episcopi ... item presbyteris ... residentibus cunctis adstantibus diaconis et omni plebe.*

Mit der Ausbildung der Lehre, daß nur der Klerus berechtigt sei, die Kirche zu vertreten,*) zu regieren und Entscheidungen zu treffen hinsichtlich der Lehre, verlor sich die Mitwirkung des allmählich absterbenden Ältestenamts, und so wurden die Synoden und Konzilien kirchlich geordnete Versammlungen, welche nur aus Geistlichen bestanden.

Man suchte dem katholischen Synodalinstitut dadurch eine erhöhte Bedeutung zu verschaffen, daß man behauptete, die Synoden und Konzilien seien mit göttlicher Auktorität ausgerüstet, als von Christo selbst eingesetzt. Man wird aber diese Ansicht schwerlich begründen können durch Berufung auf Apostelgeschichte Kap. 15, auch selbst, wenn zugegeben wird, daß die hier beschriebene Versammlung eine Synode oder ein Konzil genannt werden darf.

So lange nun die Synoden und Konzilien der alten katholischen Kirche auf dem Grunde der göttlichen Schrift blieben, haben sie Großes geleistet. Sie sind in der Gesamtgeschichte der Kirche Christi bedeutsame Knotenpunkte geworden. Die Entfaltung christlicher Erkenntnis und Glaubenslehre, die Gestaltung des Kultus, die Ausbildung der Verfassung der Kirche knüpft sich an Synoden. Sie sind die großen Pulsschläge des Gesamtlebens der Kirche. In ihnen offenbart sich erkennbarer, als sonst,

*) Es fehlt übrigens nicht an Aussprüchen, welche eine Gleichberechtigung der Laien und der Geistlichen im Princip behaupten. So Tertullian *de exhort. castit.* § 7 „*Nonne et laici sacerdotes sumus? Differentiam inter ordinem et plebem ecclesiae constituit auctoritas et honor per ordinis consessum sanctificatus. Adeo ubi ordinis ecclesiastici non est consessus, et offers et tinguis et sacerdos es tibi solus. Sed ubi tres, ecclesia est, licet laici. Unusquisque enim de sua fide vivit, nec est personarum acceptio apud Deum.*

der herrschende Geist eines kirchlichen Zeitalters, das Maß seiner gesunden Kraft, oder der Charakter seiner Krankheit.

Demgemäß ist denn auch das Synodalinstitut sehr sorgfältig ausgebildet worden je nach den Gliederungen der alten Kirche. Der Bischof versammelte die ihm untergebenen Geistlichen zu einer Diöcesansynode. Der Metropolit oder Erzbischof bildete mit den Suffraganbischöfen*) seiner Provinz eine Metropolitansynode, auch Provinzialsynode oder Provinzialkonzil genannt. Unter dem Vorsitz des Patriarchen oder Primas, des ersten Erzbischofs, versammelte sich die Nationalsynode oder das Patriarchalkonzil, welches eine ganze Nation oder ein selbständiges Reich vertritt. Die Generalsynode versammelte die Vertretung je einer Hälfte der Gesamtkirche, also der ganzen abendländischen oder der ganzen morgenländischen Kirche. Endlich bildete die Spitze der ganzen Pyramide das ökumenische Konzil, als die Vertretung der gesamten Kirche Christi oder sämtlicher Kirchenprovinzen.

In dem Maße, wie nun aber der bestimmende Einfluß des Papstes gewachsen ist, und dieser es verstanden hat, den durch die straffen Bande der kirchlich hierarchischen Organisation und des unbedingten Gehorsams ihm unterworfenen Klerus nach seinem Willen zu lenken und die kirchlich-hierarchische Verfassungstheorie gegenüber dem Episkopalismus zur Alleinherrschaft zu bringen (vgl. Erster Teil § 34 und 35), ist auch das Ansehen und die Bedeutung der Synoden und Konzilien der katholischen Kirche gesunken.

Aufs neue und auf neue Weise durch Wiederaufnahme des Laienelements hat sich nun aber das Synodalwesen wieder entwickelt in der Kirche der Reformation auf der Grundlage des wiederhergestellten Ältestenamts, nachdem die Reformatoren den von der katholischen Kirche behaupteten Unterschied zwischen Geistlichen und Laien beseitigt und so den Laien die Berechtigung sowohl zur Ausübung priesterlicher Funktionen, wie auch zur

*) Suffragan, suffraganeus heißt jeder Kleriker, welcher die Pflicht hat, seinen Obern zu unterstützen, suffragari.

Teilnahme am Kirchenregiment grundsätzlich zuerkannt hatten (vgl. Erster Teil § 27).

Hinsichtlich wirklicher Ausübung dieser Rechte verblieben zwar die priesterlichen Funktionen der Regel nach bei dem kirchlich geordneten Amte, welches als von dem Herrn selbst gestiftet angesehen werden muß; und nur in Fällen besonderer Not dürfen Laien an Stelle der Geistlichen treten (z. B. Nottaufe); aber zur Teilnahme am Kirchenregiment haben einige Reformatoren die Gemeinden sehr bald berufen.

Nicht freilich Luther, welcher sich begnügte, die klar erkannten unevangelischen Mißstände zu beseitigen, um dann der weiteren historischen Entwicklung im Vertrauen auf Christus, den göttlichen Oberherrn der Kirche, Raum zu geben.

Für das kirchenregimentliche Bedürfnis schien hinreichend gesorgt zu sein, nachdem die Landesherren an die Stelle der katholischen Bischöfe getreten waren und ihre Konsistorien organisiert hatten. Die noch immer festgehaltene Hoffnung auf eine Zurechtbringung der katholischen Bischöfe und dadurch ermöglichte Einrichtung eines evangelisch-bischöflichen Regiments verbot es, gänzlich neue Wege einzuschlagen. Auch erschienen die Gemeinden selbst noch zu wenig reif, um sie zu einer so verantwortungsvollen Mitarbeit befähigt halten zu können.

Der einzige sehr eigentümliche Versuch im Gebiet der deutsch-lutherischen Kirchenreformation, eine Kirchenverfassung einzurichten auf der Grundlage einer Gemeindevertretung, bestehend aus den wirklich gläubigen Gemeindegliedern, wurde in Hessen gemacht auf Anstiften des Franzosen Franz Lambert,^{*)} welcher von dem sich Zwingli mehr als Luther zuneigenden Landgrafen Philipp dem Großmütigen dorthin als dessen Gehülfe im Reformationswerk berufen

^{*)} Franz Lambert, geb. zu Avignon 1487, hatte als Barfüßermönch die Schriften Luthers kennen gelernt und sich dann, nachdem er mit Zwingli in Zürich 1522 zusammen gekommen war, der Reformation zugewandt. Er suchte Luther auf, verweilte eine Zeit lang in Wittenberg, und es gelang ihm, die anfängliche Zurückhaltung des deutschen Reformators einigermaßen zu überwinden. 1524 wurde Lambert von geheimen

war. Die infolge der Beschlüsse der sogenannten Homberger Synode*) 1526 entworfene Reformationsordnung (Reformatio ecclesiarum Hassiae herausgegeben von Credner 1852), nach welcher die Reformation Hessens durchgeführt werden sollte,**)

Freunden des Evangeliums nach Metz berufen, mußte aber bald sich den fanatischen Gegnern, welche seine Freiheit und sein Leben bedrohten, durch die Flucht entziehen. Mit Farel fand er einen Zufluchtsort in Straßburg, bis er auf Empfehlung des dortigen Stadtmeisters Jakob Sturm, welcher mit dem Landgrafen Philipp von Hessen auf dem Reichstage zu Speier zusammen gekommen war, nach Hessen berufen wurde, wo er eine Zeit lang kirchenpolitisch thätig war und dann wissenschaftlich an der 1527 errichteten Universität Marburg bis zu seinem früh erfolgten Tode 18. April 1530.

*) Die Homberger Versammlung, welche aus den Ständen und sämtlichen Pfarrern und Altaristen des Landes bestand, wurde erst später eine Synode genannt. Nach dem Wortlaut des Einladungsschreibens will der Landgraf sich mit seinen Unterthanen in Sachen die Religion betreffend „vergleichen“ oder „mit ihnen handeln“, und zu dem Zweck „ein freundlich christlich Gespräch mit denselben halten.“ Als Vorlage kann man ansehen die von Lambert aufgestellten 158 Thesen, von ihm Paradoxa genannt. Nach denselben soll die Kirche durch die Diener des göttlichen Wortes reformiert werden, welchen die Fürsten folgen müssen, wenn jene nach dem Worte Gottes richtig lehren. Zu entscheiden hat in Sachen des Glaubens die Kirche (Gemeinde) nach dem Worte Gottes. Die Obrigkeit sorgt für die Ausführung ihrer Beschlüsse.

**) Diese sehr merkwürdige Reformationsordnung, das Resultat der Beratung eines hierzu erwählten Ausschusses, welchem Lambert sein Kirchenideal annehmbar zu machen gewußt hatte, will die Reformation und Reorganisation der Kirche nach folgenden Grundsätzen bewirken:

Es sei nötig, daß die Kirche sich auf dem Glaubensgrunde erbaue, bevor sie sich äußerlich darstelle. Es müsse also zuerst eine Zeit lang die evangelische Predigt walten. Alle die durch Laster und falsche Lehre Ärgernis gäben, seien zur Besserung binnen 15 Tagen aufzufordern und hiernach, wenn sie nicht in sich gingen, zu exkommunizieren. Dann seien diejenigen, welche zu den „wahren Brüdern“, den „Gläubigen“ und „Heiligen“, gehören wollten, aufzufordern, sich besonders anzumelden. Diesel-

kam nicht zur Ausführung, nachdem Luther abgemahnt hatte, und es wurde nun die Reformation allein auf dem Grund des

ben seien von dem Bischof (Pfarrer) zu „verhören“, und, wenn sie würdig befunden seien, in ein besonderes Verzeichniß einzuschreiben. Die auf diesem Wege ermittelten Gläubigen bilden die Gemeindevertretung. Sie haben das Recht, die Zucht durch den Bann zu üben, die Geistlichen zu wählen **und** abzusetzen und über die Lehre zu urteilen. Sie versammeln sich zur Ausübung dieses Rechts in jeder Kirche sonntäglich, um mit ihrem Bischof (Pfarrer) zu beraten und zu beschließen. An der Spitze der Kirche, welche also eine sichtbare Darstellung der Gemeinde der Heiligen sein würde; — die andern, welche sich nicht haben einzeichnen lassen und daher nicht beigetreten sind, werden für Heiden gehalten; — steht eine Synode, die aus sämtlichen Bischöfen (Pfarren), den Mitgliedern der Ritterschaft und je einem Abgeordneten jeder Gemeinde besteht.

Luther hatte ganz ähnliche Ideen ausgesprochen in der zu Anfang des Jahres 1526 erschienenen Schrift „von deutscher Messe“ über den „rechten Gottesdienst“. Derselbe „müßte nicht so öffentlich auf dem Plage geschehen unter allerlei Volk, sondern diejenigen, so mit Ernst Christen wollten sein, müßten mit Namen sich einzeichnen und etwa in einem Hause allein sich versammeln zum Gebet, zu lesen, zu taufen, das Sakrament zu empfangen und andere christliche Werke zu üben. In dieser Ordnung könnte man auch die, so sich nicht christlich hielten, kennen, strafen, bessern, austoßen, oder in den Bann thun nach der Regel Christi Matth. 18.“

Luther ist sich aber sehr wohl bewußt, daß die Verwirklichung dieses Kirchenideals zur Zeit unmöglich ist, und so verzichtet er darauf, weil er „nicht viel Leute und Personen dazu habe“; — „so sehe ich auch nicht Viele, die dazu dringen.“

Der praktische nüchterne Sinn Luthers, welcher nur an dem im Worte Gottes objektiv vorgezeichneten unverrückbar festhielt, im übrigen aber sich nicht von subjektiven unbewährten Theorien und Doktrinen fortreißen ließ, sondern der geschichtlichen Entwicklung Raum gab, bewahrte die lutherische Kirche, den sehr verlockenden, aber auch sehr gefährlichen Versuch zu machen, die congregatio sanctorum, welche nur ein Gegenstand des Glaubens sein kann, auf dem Wege der Verfassung zur sichtbaren Erscheinung bringen zu wollen. Die lutherische Kirche hätte nicht Volkskirche, ein Segen für das ganze deutsche Volk werden können; sie wäre wohl in ähnlicher Weise

Wortes Gottes ausgeführt, denn, wie es in dem den Visitatoren 1527 mitgegebenen Vollmachtschreiben heißt „kein bessere Ordnung, Form oder Weise fürzugeben oder zu machen sei, denn das Wort Gottes an sich selber wäre.“

Daß aber die von Lambert ausgehenden Ideen fortgewirkt haben, läßt die später durch die hessische „Ordnung der christlichen Kirchenzucht“ vom Jahre 1539 angeordnete Einrichtung des *Ältestenamts* erkennen, wodurch die Gemeinden auf presbyterialer Grundlage organisiert wurden. Jedoch wurde diese Organisation nicht weiter ausgebildet, und so ist denn nicht von Hessen, sondern von Genf, unter dem mächtigen Einflusse Calvins, die Presbyterialverfassung ausgegangen, um einen umfassenden und geschichtlich bedeutenden Wirkungskreis zu erobern.

Während Zwingli die Gemeinde zwar theoretisch als Inhaberin der vollen kirchlichen Gewalt, aber praktisch die christliche Obrigkeit als berechnigte Vertreterin der Gemeinde ansah und des *Stokampadius* 1530 zu Basel unternommener Versuch, zu einer Gemeindevertretung durch die Aufstellung von Ältesten zu gelangen, an der Abgeneigtheit der republikanischen Regierung, die Selbstständigkeit der Kirchengemeinde zu fördern, scheiterte, so gelang dies Calvin zu Genf in umfassender Weise, nachdem er 1541 dahin zurückberufen war. In den am 20. November 1541 erlassenen *Ordonnances ecclesiastiques de l'église de Genève* wußte er das unter der Herrschaft des kuralistischen Katholizismus (s. Erster Teil S. 72 ff.) abgestorbene *Ältestenamt* wieder zu erwecken und neu zu beleben, und zwar, indem er es weniger zu einem kirchenregimentlichen Organ, als zu einem Organ der Kirchenzucht machte. Als solches erwies es sich unter seiner Leitung außerordentlich wirksam zur kirchlich sittlichen Hebung der Gemeinde zu Genf, so daß man alsbald überall in den Gemeinden reformierten Bekenntnisses Presbyterien einrichtete. Dem Einflusse der Presbyterien wird man es zuschreiben müssen,

zerspalten und zersplittert, wie dies mit der reformierten Kirche calvinischen Ursprungs geschehen ist, deren Lebenskraft durch fortwährende Zersetzung in zahllose Sekten aufs Äußerste gefährdet erscheint.

wenn in den reformierten Gemeinden ein kirchlich sittlicher Sinn, wenn auch vielfach in äußerlicher gesetzlicher Weise, sich lebendiger entwickelt hat, als in den lutherischen Gemeinden.

Nicht wenige lutherische Gemeinden am Niederrhein und in Westfalen haben im Laufe des 17. Jahrhunderts Gemeindeordnungen mit Kirchenältesten von ihren reformierten Nachbargemeinden herübergenommen, und es ist bemerkenswert, daß der für lebendiges kirchlich sittliches Christentum so eifrig bemühte Spener das lebhafteste Verlangen hatte nach Herstellung des Ältestenamts. „Auch glaube ich festiglich“, äußerte er 1691 (letzte Theol. Bedenken III 1721 S. 601), „die Ersetzung dieses Kirchenamts, nämlich der ältesten, die nicht prediger sind, sollte wohl eines der wichtigsten besserungsmittel sein und die übrigen alle so facilitiren, als deren nutzen vermehren.“*)

Eine weitere bis in unsere Zeit reichende Entwicklung des Ältestenamts entstand nun im Laufe der Zeit dadurch, daß man dasselbe nicht mehr bloß als Organ der Kirchenzucht und Seelsorge ansah, sondern zugleich auch, ja vielfach vorwiegend, als Organ für die Selbstständigkeit der Gemeinde im Verhältnis zum geistlichen Amt und gegenüber dem Staate, wie auch als Organ zur Mitwirkung bei Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten. Gemäß den hierin zu Tage tretenden Anschauungen hat sich in neuerer Zeit nicht nur in der reformierten Kirche, sondern auch in der lutherischen Kirche auf der Grundlage des Ältestenamts, welches man in den lutherischen Kirchenvorständen wieder herzustellen versucht, die Organisation der Presbyterial- oder Synodalverfassung entwickelt.

In der reformierten Kirche hat man Kreissynoden oder Klassikalsynoden, bestehend aus Abgeordneten der Presbyterien, Provinzialsynoden und Generalsynoden. In der Zwischenzeit, in welcher die Synode nicht versammelt ist, besorgt ein Moderamen (Synodalausschuß) die Geschäfte. Es haben die Synoden der reformierten Kirche in viel höherem Maße, als dies bei den in

*) Den kirchlich sittlichen Einfluß unserer Kirchenvorstände zu stärken, mußte auch jetzt, wo das Verlangen hervortritt, deren Befugnisse zu erweitern, ganz besonders ins Auge gefaßt werden.

der lutherischen Kirche eingerichteten Synoden der Fall ist, den Charakter einer Behörde.

Die nach dem Reformationsjubiläum 1817 entstandene Unionsbewegung, welche sich keineswegs auf Preußen allein beschränkte, sondern mehr oder weniger die ganze evangelische Kirche Deutschlands ergriff, wenn es auch nicht überall zu einer wirklichen Union kam, hat wohl mit dazu beigetragen, die den presbyterialen Ordnungen der reformierten Kirche nachgebildeten synodalen Ordnungen zuerst in den unierten und sodann auch in den rein lutherisch gebliebenen Kirchengebieten in verschieden modifizierter Weise aufzurichten.

So finden sich denn fast überall Kirchenvorstände, Diöcesan- oder Kreis- oder Inspektionssynoden, Provinzialsynoden, Landessynoden oder Generalsynoden. In kleineren Kirchengebieten fällt das eine oder andere Mittelglied hinweg. *)

Schließlich möge noch bemerkt werden, daß die Predigersynoden, welche bei uns früher alljährlich stattfanden, jetzt alle zwei Jahre von den Superintenden ten mit den Predigern ihrer Inspektionen abgehalten werden, nicht, oder doch nur in sehr beschränktem Maße zu den synodalen Einrichtungen unserer Kirche gerechnet werden können. Sie verfolgen im wesentlichen wissenschaftliche Zwecke, wie sie denn auch wohl Colloquia genannt werden. Höchstens können sie daneben als Organe betrachtet werden, vermittelt deren die Geistlichkeit einer Inspektion ihre besondern Wünsche äußern und Anträge stellen kann. Es hat nicht an Stimmen gefehlt, welche die Predigersynoden haben wollen zu einer wirklich synodalen Institution umgewandelt wissen.

So hält im Kirchenblatt für die evangelisch-lutherische Gemeinde des Herzogtums Braunschweig 1850 S. 8 Brodtkorb, damals Pastor zu Bevern, für durchaus nötig „eine allmähliche innere Entwicklung der Kirche durch die Bildung von Presbyterien“ und fügt hinzu: „Wünschenswert erscheint mir dazu eine

*) Näheres über Synoden in den lutherischen und unierten Kirchengebieten, deren Entstehung und Einrichtung findet sich in der neueren 8. Auflage des Richterschen Lehrbuchs des Kirchenrechts, bearbeitet von Dove und Rahl v. J. 1886 § 164.

Umbildung der Predigersynoden, so daß sie, den nur wissenschaftlichen Charakter verlassend, und zugleich Laien zuziehend, kirchenbildend und kirchenleitend werden.“ Über Predigersynoden siehe § 67, 4. *)

§ 62. Vom Herzoglichen Konsistorium.

Gemäß § 213 der Neuen Landschafts-Ordnung übt der Landesfürst die ihm zukommende Kirchengewalt (*jus in sacra*) aus unter Mitwirkung und Beirat des mit evangelischen Geistlichen und Laien besetzten Konsistoriums.

Daselbe ist im wesentlichen eine verwaltende und nicht, wie in früheren Zeiten, eine mit richterlicher Befugnis ausgerüstete Behörde.

Der Geschäftskreis des Konsistoriums umfaßt den ganzen Umfang der Verwaltung und Beaufsichtigung des Kirchenwesens und des Volksschulwesens. Das höhere Schulwesen gehört nicht mehr zur Kompetenz des Konsistoriums.

Die Fürsorge des Konsistoriums erstreckt sich demnach auf alle Anstalten und Einrichtungen unserer Landeskirche und unseres evangelischen Volksschulwesens, auf die zum Dienst daran berufenen Personen, deren Vorbildung, Prüfung, Anstellung, Amtsführung, Besoldung, Pensionierung, Entlassung u. s. w.; — auf alles, was zum evangelisch-lutherischen Kultus gehört, Gottesdienst und gottesdienstliche Handlungen, kirchliche Gebäude und deren Einrichtung; — auf Lehre, Unterweisung und Unterricht in Kirche und Schule; — auf Seelsorge, Disziplin und Armenpflege; — endlich auch auf das den Kirchen,

*) Eine besondere Bedeutung hat „die heilige Synode“ zu Petersburg. Es ist dies die oberste Kirchenbehörde der griechischen Kirche im russischen Reiche, welche Peter I. an die Stelle des Patriarchats setzte und durch welche der russische Kaiser seine Kirche regiert.

Opfereien und Schulen, den Pfarren und Pfarrmitwenthümern, den kirchlichen Armen- und Wohlthätigkeitsanstalten, wie auch milden Stiftungen gehörende Gut, wobei aber zu bemerken ist, daß die Verwaltung des sogenannten Klosterfonds nicht mehr zur Kompetenz des Konsistoriums gehört.

Hinsichtlich der Stellung des Konsistoriums zum Landesherrn in seiner Eigenschaft als Summus episcopus und als Staatsoberhaupt, zur Landeskirche und zum Staat ist schon früher das Nötige gesagt bei Darlegung des Entwicklungsgangs des Kirchenregiments unserer Landeskirche. (§ 55 und 56.)

Den Geschäftskreis des Konsistoriums in einigermaßen vollständiger und detaillierter Weise darzustellen, wie dies jemand wünschen könnte, der in dies mit Arbeiten verschiedenster Art belastete Kollegium einzutreten berufen wäre, würde über den Rahmen dieser Arbeit hinausgehen, wie es denn auch nicht von allgemeinem Interesse wäre. Manches wird im Verlauf unserer Betrachtungen an den Stellen, wohin es gehört, besser im einzelnen besprochen werden, als hier in einer zusammenfassenden Darstellung.

So mögen denn hier nur noch einige Ausführungen ihren Platz finden hinsichtlich der oben bezeichneten im Laufe der Zeit eingetretenen Beschränkungen des Wirkungskreises des Konsistoriums:

1. Dasselbe ist nicht mehr eine staatskirchliche Gerichtsbehörde, wie es das war zur Zeit und noch lange nach der Zeit des Herzogs Julius. Zu dieser Gerichtsbarkeit gehörte recht vieles und zum Theil wohl für die Parteien wichtiges, aber für ein geistliches Kollegium wenig passendes. Es gehörten zu dessen Kompetenz: 1. alle Ehe- und Verlöbnißsachen, auch die standeslösester Art; und 2. alle die sonstigen sogenannten geistlichen Sachen, bei welchen Kirchen und kirchliche Stiftungen Kläger waren oder Beklagte wegen beanspruchter und wegen verweigerter Güter oder Gerechtsame; und bei welchen Diener der Kirche Kläger waren, wegen ihnen zugefügter Unbill, oder Beklagte, wegen ihnen zur Last gelegten amtlicher, wie sonstiger Vergehen.

Es dauerte lange, ehe man diese Vermischung des Geist-

lichen mit dem Weltlichen anstößig fand. Hierzu trug aber besonders wohl der Umstand bei, daß man seit unvordenklichen Zeiten auch sonst auf dem weltlichen, wie auf dem kirchlichen Gebiet Exemtionen und Privilegien verschiedenster Art und so auch besondere privilegierte Gerichtsstände für gewisse Klassen von Personen und Sachen gewohnt war. So hatten bei uns die ritterschaftlichen Gutsherrn die sogenannte Patrimonialgerichtsbarkeit über die Eingefessenen des Gutsbezirks; so hatte das Hofmarschallamt die Justiz über das Hofpersonal, so ein Militärgericht über die zum Militär gehörigen Personen; und über alle die genannten Personen hatten diese Behörden die Justiz nicht nur in Sachen des Dienstes, sondern auch in gemeinrechtlichen Sachen.

Die Vorstellungen aber, auf denen diese besondern Gerichtsstände beruhten, hatten sich schon vor Ablauf des vorigen Jahrhunderts, vor und während der ersten französischen Revolution, nicht nur in Frankreich, sondern auch in Deutschland, überlebt. Man wollte nicht mehr Ungleichheiten des Rechts, nicht mehr Standesvorzüge, nicht mehr, wenn überhaupt noch eine Kirche, — irgend welche Einmischung derselben in staatliche Dinge. Sobald 1807 die Regierung des Königreichs Westfalen ans Ruder gekommen war, führte sie mit Dekretirung des Code Napoleon auch in der Gerichtsverfassung neue Rechtsgrundsätze bei uns ein, hob die bis dahin bestandenen besondern Gerichtsbarkeiten, vor allem die des Konfistoriums, auf und verwies deren Zuständigkeiten an die von ihr eingesetzten staatlichen Gerichtshöfe.

Jene Gerichtsbarkeiten wieder herzustellen fand aber die 1813 wiederhergestellte rechtmäßige Braunschweigische Landesregierung nicht ratsam. Sie erklärte also in der sofort unterm 15. Januar 1814 erlassenen Verordnung, die Einführung einer provisorischen Justiz und Polizeiverfassung betreffend, daß die früheren Zuständigkeiten des Konfistoriums, wie des Hofmarschallamts und der Militärgerichte für jetzt nicht wieder hergestellt werden, sondern den ordentlichen Gerichtshöfen verbleiben sollten, fügte jedoch in § 6 ausdrücklich hinzu, daß den der richterlichen Befugnisse entkleideten Behörden die disciplinäre Gewalt über die ihnen amtlich Untergebenen ohne Einschränkung vorbehalten bleibe.

Die bald danach erlassene Höchste Verordnung vom 14. April 1814, die Verwaltung der kirchlichen und Schulangelegenheiten betreffend, sagte nicht nur nichts von einer Zurückgabe jener richterlichen Befugnisse an das Konsistorium, sondern beschränkte auch dessen Disciplinargewalt in einem wichtigen Punkte. Während es früher demselben zugestanden hatte, gegen seiner Aufsicht unterstellte Diener der Kirche und Schule, die sich offenbar des Amtes unwürdig gemacht hatten, im Disciplinarwege unter Genehmigung des Landesherrn bis zur Verfügung der Amts-entsetzung vorzugehen; so bestimmte dagegen die genannte Verordnung in § 7: „die Absetzung (nämlich eines Kirchen- und Schuldieners) kann nicht anders als durch ein vom Landesgerichte ausgesprochenes Erkenntnis, gegen welches Appellation offen bleibt, erfolgen; daher das Konsistorium dem Landesgerichte von Vergehungen, welche eine solche Bestrafung verdienen, sofort Anzeige zu machen, dieses aber die Sache zu untersuchen und was Rechtens darin, zu erkennen und das Urtheil zur Bestätigung uns vorzulegen hat.“

So fand die N. Landsch.-Ordnung vom 12. October 1832 in diesem Punkte die Sachlage vor und sanctionierte im wesentlichen die darüber getroffenen Bestimmungen. Sie sagt über die frühere richterliche Gewalt der Behörden der verschiedenen Kirchen (also auch der unseres Konsistoriums) in § 228: „Ein besonderer Gerichtsstand für die Rechtsachen der Kirchen, Schulen und Stiftungen und der Diener derselben findet nicht statt, vielmehr haben darüber — wie auch in Ehesachen — die ordentlichen Gerichte, wie bisher, zu entscheiden.“ Und über die Disciplinarbefugnis derselben Behörden sagt sie in § 229: „Die Suspension der Kirchen- und Schuldiener vom Amte und den Einkünften desselben kann im Disciplinarverfahren nur von den kirchlichen Behörden geschehen und bedarf jedesmal der Bestätigung der Landesregierung. Die Entlassung oder Absetzung kann nur durch rechtskräftiges Erkenntnis des kompetenten Gerichtes, und zwar in Straffällen, welche nur die kirchliche Lehre betreffen, auf vorgängiges Gutachten der geistlichen Oberbehörde verfügt werden.“

Die Nichtwiederherstellung der früheren Gerichtsbarkeit des

Konsistoriums war ja nun gewiß nicht nur entsprechend dem Rechtsbewußtsein der Zeit, sondern auch gut für die Kirche und deren Konsistorium selbst. Aber ob auch gut für die Kirche und Schule die bemerkte Beschränkung der Disciplinarbefugnis der kirchlichen Oberbehörde über die ihrer Aufsicht Untergebenen war, darüber erhoben sich bald ernste Bedenken, besonders seitdem nach dem Jahre 1848 bei den Gerichtshöfen, welche nun über Anklagen unwürdiger Kirchen- oder Schuldiener auf Amtsentsetzung zu entscheiden hatten, die Öffentlichkeit des Verfahrens, häufig vor Geschworenen, die Regel war, und nun Fall über Fall vorkam, wo die skandalösen Verhandlungen der Kirche und Schule so wehe thaten, wie die unerwarteten Freisprechungen der Gemeinde, die mit einem gewissenlosen Kirchen- oder Schuldiener geplagt war; so daß das Konsistorium mehr und mehr in Verlegenheit kam, ob es in einem solchen Falle sollte Anklage erheben, oder lieber auch große Gewissenlosigkeiten ferner dulden.

Auch das unterm 22. Dezember 1870 erlassene Gesetz (Nr. 113) die Entlassung der Staatsdiener, städtischen Beamten, Kirchen- und Schuldiener, auch Notare betreffend, vermochte nicht die gewünschte Abhilfe zu bringen, weder auf dem Gebiete des Staates, noch auf demjenigen der Kirche und der Schule. *)

*) Wie zuweilen Jahre darüber hingehen konnten, bis unter Anwendung des oben bezeichneten Gesetzes unwürdige Kirchen- und Schuldiener hatten aus ihrem Amte entfernt werden können, mögen folgende Beispiele darthun.

Wegen eines Opferrmanns und Schullehrers war von seiten des Konsistoriums im Juli 1881 die Einleitung des gerichtlichen Verfahrens auf Entlassung beim Ober-Staatsanwalt beantragt, auch dessen provisorische Suspension vom Amte verfügt; aber das auf Entlassung lautende Erkenntnis wurde erst am 21. September 1883 rechtskräftig (s. Verhandlungen der 4. ordentlichen Landessynode 1884 Mitteilungen Anlage 6a Kap. VII S. 44).

Wegen eines andern Lehrers und Opferrmanns war nach vorher abgeschlossener Disciplinar-Untersuchung und geschעהner provisorischer Suspension der Antrag gestellt am 11. August 1883. Die Amtsentlassung aber wurde, obwohl keine Behörde ein Wortwurf hinsichtlich der Verzögerung der

Nach mancherlei Verhandlungen, und nachdem zuerst von seiten des Staats ein Gesetz über den Civilstaatsdienst unterm 4. April 1889 (Nr. 17) erlassen war, wurde unterm 15. Juni 1890 ein Gesetz, das Disciplinarverfahren gegen Kirchendiener betreffend, publiziert und unterm 1. Dezember 1890 ein Kirchengesetz, die Oberaufsicht über die Kirchendiener und die Disciplinarverhältnisse derselben betreffend, in welchem auf die in § 57—80 enthaltenen Bestimmungen des vorbezeichneten Civilstaatsdienstgesetzes verwiesen wird (s. Amtsblatt 1890 Stück 16 Nr. 237. 238 und 239).

Nach diesen Gesetzen wird das der Kirchenregierung über die sämtlichen Kirchendiener zustehende Oberaufsichtsrecht durch das Konsistorium ausgeübt, welches befugt ist, Ordnungsstrafen, nämlich Warnung, Verweis und Geldstrafe bis zum Betrage eines Zwölftels des jährlichen Dienst Einkommens, zu verhängen, wogegen eine binnen 4 Wochen schriftlich bei dem Konsistorium anzubringende Beschwerde an den höchsten Inhaber der Kirchenregierung verfolgt werden kann. Ebenfalls kann dasselbe eine vorläufige Dienstenthebung eines Kirchdieners (Suspension) verfügen, wobei die Bestimmungen der §§ 81, 82, 85—87 des Civilstaatsdienstgesetzes entsprechende Anwendung finden.

Sache trifft, erst am 14. April 1886 rechtskräftig; ja es hätte das Verfahren bei geschickter Benützung der betreffenden prozessualischen Bestimmungen durch den Beklagten noch Jahre lang fortgesetzt werden können, und es wurde nur dadurch früher beendet, daß derselbe es gewisser Umstände halber vorteilhafter fand, sich für sachfällig zu erklären. Inzwischen hatte derselbe sein Dienst Einkommen ruhig fortbezogen, hatte im Genuß seiner Dienstwohnung in dem betreffenden Orte gelassen werden müssen, und es hatte eine Neubefestigung der durch seine Schuld daselbst verwirrten Schulverhältnisse nicht stattfinden können (s. Verhandl. der 5. ordentl. Landessyn. Anlage 6a Kap. VIII S. 35 ff.).

Die Mitteilung dieser und ähnlicher Fälle hatte veranlaßt, daß auf geführten Antrag des Synodalen v. Schwarz (damals Superintendent zu Aremlingen, jetzt Missionsdirektor zu Leipzig) die Landessynode am 18. Januar 1889 einen Antrag auf baldige Neuordnung des Disciplinarverfahrens gegen Kirchendiener stellte.

Dagegen muß der Dienstentlassung fest angestellter Kirchendiener ein förmliches Disciplinarverfahren vorhergehen, dessen Einleitung vom Konsistorium verfügt wird, wobei in dem Falle, daß die Dienstentlassung wegen religiöser Irrlehre oder amtsunwürdigen oder sonst mit dem Amte unvereinbaren Verhaltens geboten erscheint, zuvor die Mitwirkung des Synodalausschusses in der durch § 27, 3 des Gesetzes, die Errichtung einer Landesynode betreffend vom 31. Mai 1871 (Nr. 34), vorgeschriebenen Form zu veranlassen ist.

Bei dem förmlichen Disciplinarverfahren übernimmt der Oberstaatsanwalt auf Ersuchen des Konsistoriums unter Bestätigung der Landesregierung die Rolle des Klägers, wobei er sich aber durch einen Staatsanwalt vertreten lassen kann.

Die entscheidenden Disciplinarbehörden im förmlichen Disciplinarverfahren sind

1. in erster Instanz die Disciplinarkammer für Kirchendiener,
2. in zweiter Instanz der Disciplinarhof für Kirchendiener.

Die Disciplinarkammer besteht aus 5 Mitgliedern, der Disciplinarhof aus 7 Mitgliedern mit Einschluß des Vorsitzenden.

In der Disciplinarkammer müssen der Vorsitzende und 2 Beisitzer, im Disciplinarhof der Vorsitzende und 3 Beisitzer dem Oberlandesgerichte oder als Präsidenten oder Direktoren dem Landgerichte, zugleich aber dem evangelisch-lutherischen Religionsbekenntnisse angehören. Von den übrigen Mitgliedern der Disciplinarkammer muß eins, von denen des Disciplinarhofes müssen zwei Mitglieder der obersten Kirchenbehörde angehören; je ein Mitglied für jede der beiden Disciplinarbehörden wird aus dem Kreise der oberen Kirchenbeamten (Generalsuperintendenten und Superintendenten) oder der Synodalen entnommen. Von diesen der obersten Kirchenbehörde und dem Kreise der oberen Kirchenbeamten oder der Synodalen zu entnehmenden Mitgliedern muß je ein Mitglied dem geistlichen Stande angehören. — Im übrigen siehe die vorbezeichneten Gesetze. Auf manche Bestimmungen derselben wird später im 3. Teil dieser Schrift noch Bezug zu nehmen sein, da wo von den Kirchendienern, von deren Eintritt in das Amt und Austritt aus demselben die Rede sein wird.

2. Eine zweite Beschränkung, welche der frühere

Wirkungskreis des Konsistoriums erfahren hat, und welche unfere Landeskirche zu bedauern haben dürfte, wenn sie auch eine anscheinend nur sehr äußerliche Sache betrifft, ist eingetreten hinsichtlich der Aufsicht auf die Verwaltung der Klöster und des klösterlichen Guts, die früher dem Konsistorio zustand. Hierüber ist folgendes zu sagen:

Herzog Julius wollte, als er zugleich mit den Kirchen auch die Klöster des Landes, die Mönchs-, wie auch die Jungfrauen-Klöster, reformierte, dieselben nicht aufheben, sondern nur umgestalten aus Stätten müßigen beschaulichen Lebens zu christlichen Erziehungshäusern der männlichen und der weiblichen Jugend, der einen für den Dienst in Kirche, Schule und Staat, der andern für das Leben des edlen häuslichen Berufs. Denn darüber war Herzog Julius samt seinen Ratgebern nicht in Zweifel, daß die Klöster kirchliche Stiftungen seien und die Güter derselben kirchliche Güter, die der Landesherr nicht als solche an sich nehmen dürfe für irgend welche weltliche Zwecke, sondern die er als summus episcopus kraft des von ihm übernommenen Kirchenregiments der Landeskirche zu bewahren und deren Zwecken gemäß zu verwenden habe. So nahm er denn auch in seine Kirchenordnung auf eine Schulordnung für die Mannsklöster, in welchen befähigte Knaben sollten unterrichtet werden unter Leitung der Äbte, und fügte derselben als Anhang bei eine von Jakob Andrea verfaßte Schulordnung für die Frauenklöster, in welchen „Mädglein aus edlen Familien sollten unterwiesen werden“ unter Leitung der Domina. Und so übertrug er denn auch die Verwaltung der Güter der Klöster den Brälaten (Äbten oder Präpösten) derselben; die Oberaufsicht aber auf deren Verwaltung seinem Fürstlichen Konsistorio und zwar mit der ausdrücklichen Bestimmung (pag. 242 der Ausg. von 1615), es solle, was zu dieser Aufsicht gehört, nicht allein von der weltlichen Seite des Konsistorii, seinem Kanzler und seinen Kanzleiräten besorgt werden, sondern es sollten dabei die Theologi keineswegs ausgeschlossen sein, vielmehr „neben und mit den andern Consistorialibus gleiche Autorität, Gewalt und Befehl haben und die Fürsorge tragen, daß von den Kirchen nichts abalienirt werde.“

Wenn der so gewissenhaft fromme, wie der Wissenschaft ge-

wogene Fürst, als er im Jahre 1576 das einige Jahre vorher zu Gandersheim errichtete Pädagogium nach Helmstedt verlegte und zur Universität erhob, zu deren Einrichtung und Dotierung außer den Ersparnissen seines Hof- und Staatshaushalts auch klösterliche Beiträge verwandte; so sollte das nichts weniger sein, als ein Raub des Staats an kirchlichem Gut. An erster Stelle sollte ja, wie er selbst es aussprach, durch diese Stiftung zu Gottes Ehre der Kirche gedient werden durch Ausbildung gelehrter frommer und tüchtiger Männer für ihren Dienst; und zur Verwendung von Mitteln der Klöster für diesen Zweck ward auch die Zustimmung des Konfistoriums und der Prälaten erfordert und erteilt. Der Eröffnung der Universität aber ging am 15. Oktober eine kirchliche Feier vorher, welcher Herzog Julius, wie es in der Nachricht darüber heißt, als Landesbischof, nebst seinem Sohn Heinrich Julius, als erstem Rektor der Academia Iulia „beimohnte in einem schwarzen bischöflichen Habit“, und bei welcher Martin Chemnitz unter großer Andacht der Zuhörer die mehrere Stunden lange Festpredigt hielt, in der er aus der heiligen Schrift bewies, wie Gott seit der Schöpfung der Erde von jeher für gute Schulen, hohe, wie niedere, auf derselben gesorgt habe.

Durch den dreißigjährigen Krieg nun erlitten auch in unserm Lande die Klöster, deren Einkünfte schon durch die verschwenderische Regierung des Enkels Herzogs Julius, Friedrich Ulrich, stark in Anspruch genommen waren, arge Verwüstung und verloren einen großen Teil ihrer Güter. In denselben die Ordnung herzustellen und deren zerrütteten Vermögensumständen wieder aufzuhelfen, war, seitdem Herzog August 1635 nach Friedrich Ulrichs Tode zur Regierung gekommen, dieses trefflichen Fürsten angelegentliche Sorge, und sobald ihm der Abschluß des westfälischen Friedens die dazu nötige freie Hand ließ, publizierte er seine rühmlich bekannte Klosterordnung von 1655. Während damals in dem verarmten Deutschland gegen alles, was Kirchengut hieß, die Raublust groß war, und andere protestantische Regenten kein Bedenken trugen, die in ihrem Lande belegenen, schon vor dem Normaljahr 1624 reformierten Klöster, welche sie nach der Bestimmung des Friedensschlusses nicht an

die katholische Kirche zurückzugeben brauchten, aufzuheben und deren Vermögen und Einkommen zur Abhülfe ihrer Finanznot sich anzueignen und ihrem Kammergut einzuverleiben; so erklärte Herzog August in der Vorrede seiner Klosterordnung, wie er für recht halte, daß die geistlichen Güter und Stiftungen nicht profaniert oder zu Kammer-Gütern gemacht, sondern deren Einkünfte nur zu geistlichen Zwecken verwandt würden; auch daß die Äbte und Präpfte, als deren Vertreter, wieder Sitz und Stimme auf den Landtagen haben und behalten sollten. Wegen der Verwaltung der Klostergüter und der Oberaufsicht des Fürstlichen Konsistoriums auf dieselbe bestimmte er im wesentlichen, wie schon Herzog Julius bestimmt hatte: „Es habe der Abt jedes Klosters einen Ökonomen für dasselbe zu bestellen; über sämtliche Klöster im Lande aber sollten zwei Inspektoren gesetzt werden, welche dahin zu sehen hätten, daß alles in denselben ordentlich zugehe. Für die Oberaufsicht auf die Verwaltung solle bei der Fürstlichen Kanzlei eine Kloster-Kanzleistube bestehen, in welcher die Rechnungen jedes Klosters von dem Kanzler und den Kanzlei- und Konsistorialräten im Beisein des Abts, des Klosterinspektors und des Priors abzunehmen seien. Den Unterricht der zum Studium geeigneten Knaben befahl der Herzog August bringend den Äbten und erließ für dessen Einrichtung wohlermogene zeitgemäße Vorschriften.

Bei den Bestimmungen dieser Klosterordnung verblieb es bis nach Anfang des vorigen Jahrhunderts, bis zu erfolgtem alleinigen Regierungsantritte Herzogs Anton Ulrich, der 1704 seinem Bruder Rudolph August succedirte, nachdem er bis dahin dessen Mitregent gewesen. Anton Ulrich war ein geistvoller Fürst, auch christlich fromm, wie geistliche Lieber, die wir noch von ihm haben, beweisen; unsere Landeskirche verdankt seiner Regierung manches Gute, ich darf nur an seine Erneuerte Kirchenordnung erinnern. Aber er liebte, wie so viele deutsche Fürsten, seit der Zeit Ludwigs XIV. an seinem Hofe den Glanz und ließ sich vielfach leiten von politischem Ehrgeize, der ihn ja auch bewog, seine Töchterin Elisabeth Christine, um einer Verbindung mit dem Österreichischen Kaiserhause willen, durch welche sie später die Mutter Maria Theresias ward, zum Katholicismus

übertreten zu lassen und ihr selbst in diesem Konfessionswechsel zu folgen (§. 106 ff.). So bedurfte er mehr Geldes, als seine Vorgänger in der Regierung bedurft hatten, und es erschien ihm wünschenswert, über die reichen Mittel der Klöster freier, als diese, auch für andere, als kirchliche Zwecke verfügen zu können. Durch eine schon unterm 12. Juli 1704 von ihm erlassene Deklaration wurden daher in den Klöstern die in denselben errichteten Schulen zum Teil aufgehoben; die Prälaten wurden in ihren bisherigen Verwaltungsbefugnissen beschränkt und rücksichtlich ihrer Einkünfte auf Fixa gesetzt; als Aufsichts- und Verwaltungsbehörde für die Klostersachen aber ward zu Braunschweig, wo der Herzog während der Zeit seiner Mitregentschaft residirt hatte, als besonderes Landeskollegium eine „Fürstliche Klostersratsstube“ eingesetzt, in deren Kasse nun die überschüssigen Erträge der Klöster flossen zur Landesherrlichen Verwendung ohne weitere Mitwirkung der kirchlichen Behörde.

Diesen Zustand der Dinge fand 1806 die Königlich Westfälische Regierung vor, und diese ließ denselben nicht nur fortbestehen, wie er war, sondern gestützt auf den Reichsdeputationshauptschluß von 1803, durch welchen die Güter der säkularisierten Klöster und Stifter geradezu für Staatsgüter erklärt und den Regierungen der betreffenden Länder zu freier Verfügung gestellt waren, schlug sie die Klostergüter zu den Landesherrlichen Domänen, hob also die Klostersratsstube auf und nahm die Einkünfte jener zusammen mit den Einkünften dieser in staatliche Verwaltung für ihm beliebige Zwecke.

Die 1814 wieder eingetretene Braunschweigische Landesregierung beließ es im wesentlichen bei dieser Lage der Sache und übertrug die Verwaltung der Klostergüter, wie die der Domanalgüter, der Fürstlichen Kammer. Indessen man besann sich doch auch wieder auf den kirchlichen Ursprung und Zweck dieser Güter. Und deshalb ward durch den zwischen Regierung und Ständen vereinbarten Landtagsabschied vom 11. Juli 1823 Nr. 18 (Art. 25. 27. 28) bestimmt: es sollen in der Fürstlichen Kammer die Klostersachen getrennt von den Domanialsachen von einer besonderen Sektion derselben bearbeitet werden; auch soll

den Prälaten der Klöster nicht nur das Patronatrecht über die von denselben relevierenden Pfarrstellen in gewissem Maße (nämlich so, daß sie die Wahl unter 3 vom Konsistorium ihnen zu präsentierenden Subjekten zu treffen hätten) zurückgegeben werden; sondern es solle denselben auch die Befugnis zustehen, von den Rechnungen der Verwaltung der betreffenden Klöster Einsicht zu nehmen und der Fürstlichen Kammer ihre etwaigen Bemerkungen zu machen; — eine Befugnis, welche freilich, wie leicht zu erachten, für die Kirche von keiner Erheblichkeit war und deren auch die Neue Landschafts-Ordnung von 1832 nicht weiter gedenkt.

Übrigens basieren die Bestimmungen des Grundgesetzes unseres Landes entschieden auf dem Grundsätze, daß über die Verwaltung und Verwendung des Klosterguts der Staat zu verfügen habe ohne Mitwirkung kirchlicher Faktoren, jedoch nach Herkunft und ursprünglichem Zweck an erster Stelle unter Berücksichtigung der kirchlichen Bedürfnisse. Folgendes sind die wichtigsten dieser Bestimmungen:

§ 219: „Der Klosterfonds soll mit dem von der vormaligen Universität Helmstedt herrührenden Studienfonds vereinigt und bei der Kammer zugleich mit dem Kammer-Gute verwaltet werden.

§ 220: Über die Verwaltung des vereinigten Kloster- und Studienfonds soll ein besonderer Etat aufgestellt und eine abgesonderte Kassen- und Rechnungsführung angeordnet werden.

§ 221: Der Reinertrag dieses vereinigten Fonds soll dessen Bestimmung gemäß für Kirchen, Bildungsanstalten und wohlthätige Zwecke verwandt werden. Das Geschäft der Verwendung wird dem Finanzkollegium übertragen werden, welches dabei nach Maßgabe der aufgestellten Etats und der Vorschriften des Staatsministeriums zu verfahren und über die sämtlichen in die Hauptfinanzkasse fließenden Überschüsse aus der Administration besondere Rechnung zu führen hat.

§ 223: Die Etats sowohl über die Verwaltung des vereinigten Kloster- und Studienfonds, als auch über die Verwendung des Reinertrags werden von der Landesregierung gemeinschaftlich mit den Ständen festgestellt.“

Nach diesen Bestimmungen unseres Landesgrundgesetzes hat

das Herzogliche Konfistorium zur Zeit so wenig mit der Verwaltung des Klosterguts, wie mit der Verwendung der Reinerträge desselben noch etwas zu thun. Wenn seiner Aufsicht unterstellte Kirchen oder Schulen, oder Diener derselben der Beihilfe aus der Klosterreinertragskasse bedürfen, so hat sich dasselbe mit seinen Anträgen, gleich andern Oberbehörden, nicht an den Landesherrn, als Inhaber der Kirchengewalt, sondern an denselben, als Landesherrn, oder an dessen Staatsministerium zu wenden. Anträge aber auf Unterstützungen nicht mehr im Dienst stehender Kirchen- und Schuldienner oder der Hinterbliebenen von solchen gehören überhaupt nicht mehr zum Ressort des Konfistorii, sondern zu dem der Herzoglichen Kreisdirektionen, wenn auch jener kirchlichen Behörde unbenommen ist, in geeigneten Fällen derartige ihr etwa eingereichte Gesuche zu befördern und zu befürworten. Seitens der Kreisdirektionen sind solche und andere an sie herantretende Kirchen und Schulen betreffende Unterstützungsangelegenheiten bei dem Staatsministerium zu betreiben.

3. Eine dritte Beschränkung hat der Wirkungskreis des Konfistoriums in neuerer Zeit hinsichtlich Beaufsichtigung und Leitung des Schulwesens erlitten. Hierüber ist folgendes zu bemerken:

Als Herzog Julius seinen Kirchenrat einsetzte, wurden von ihm durch seine Kirchenordnung alle Schulen des Landes, über welche er zu gebieten hatte, die schon bestehenden und die erst zu errichtenden, höheren und niederen, Lateinschulen in den Klöstern und Städten, wie Elementarschulen in Stadt und Land der Leitung dieser seiner Behörde unterstellt; denn Konfessionsschulen sollten sie ja alle sein, und am besten, so war man überzeugt, dienten sie dem nun evangelisch-lutherischen Lande, wenn in ihnen das Evangelium lauter und tüchtig gelehrt ward. Die einzige höhere Lehranstalt, welche von Anfang an nicht unter dem Konfistorio, sondern unter dem Landesherrn und dessen Regierung unmittelbar stand, war die 1576 von ihm gestiftete Academia Iulia zu Helmstedt; und seit Mitte des vorigen Jahrhunderts kam dazu das von Herzog Karl I., auf Anraten des in hohem Ansehen stehenden Lehrers seines Sohnes, Abt Jerusa-

Iem, gestiftete Collegium Carolinum zu Braunschweig, welches als höhere humanistische Bildungsanstalt für Ausländer, wie für Inländer eine Zwischenstufe bilden sollte zwischen Gymnasium und Universität, und ebenso wie eine etwas später in Braunschweig errichtete Militärschule unmittelbar der Landesregierung untergeordnet ward. Daß alle übrigen Schulen des Landes, mit Ausnahme der im Verlaufe der Zeit hier und da entstandenen Konfessionsschulen der Katholiken, der Aufsicht und Leitung des Konsistorii als oberster Kirchen- und Schulbehörde nach wie vor unterstehen sollten, bestimmte noch die Schulordnung Herzogs August von 1655, sowie die spätere nur auf die Landschulen sich beziehende Schulordnung Herzogs Karl I. von 1753.

Nun aber hatte schon, als diese letztere Schulordnung bei uns erschien, auf dem Gebiete der Pädagogik, wie der Philosophie und Theologie der Kampf eines Neuen gegen das bestehende Alte begonnen, der nicht ohne Einfluß bleiben konnte auf Schule, wie Kirche, und auf die Gestaltung des Verhältnisses beider zu einander. Aus der Philosophie der Aufklärung ging hervor eine Theologie des Deismus und Rationalismus, die mit der Kirchenlehre und dann mit der Lehre des Evangeliums selbst in schweren Konflikt kam, und aus beiden entwickelte sich eine Pädagogik des Humanismus und Philanthropinismus, die es auf eine gänzliche Umgestaltung des Schulwesens ab sah, das, wie ihre Stimmführer behaupteten, längst zurückgeblieben sei hinter den Forderungen der Zeit, und zwar hauptsächlich mit durch Schuld der kirchlichen Leitung, die nur das Interesse habe, alles beim alten zu erhalten. Auch in unserm zu jener Zeit unter den Einflüssen des Geistes der Academia Julia und des Collegii Carolini in den Kreisen der Gebildeten für das Neue entschieden eingenommenen Lande fanden die Vertreter des Neuen auf dem pädagogischen Gebiete bei Herzog Karls I. Sohne, Karl Wilhelm Ferdinand, ein sehr geneigtes Gehör, und so wurde im Jahre 1786 das Land und wohl nicht am wenigsten das Konsistorium durch eine Verfügung überrascht, auf die, wie es scheint, niemand gefaßt war.

Durch eine Verordnung nämlich vom 12. Juni 1786, die Errichtung eines Ober-Schuldirektorii über die sämtlichen Schulen

in hiesigen Landen betreffend, welche kontrasigniert war von seinem bei ihm viel geltenden Geheimrat von Hardenberg-Reventlow, dem bekannten späteren preussischen Staatskanzler, wurde von dem Herzoge das Fürstliche Konsistorium der bis dahin geführten Aufsicht über die höheren, wie niederen Schulen in den Städten und auf dem Lande von Michaelis desselben Jahres an erhoben, und zur Leitung dieses gesamten Schulwesens mit dem Range einer Oberbehörde des Landes, die unmittelbar unter dem Landesherrn stehe und unter dem Präsidio des Geh. Rats von Hardenberg in Braunschweig ihren Sitz haben sollte, wurde ein „Fürstliches Schuldirektorium“ errichtet, zu dessen Mitgliedern bereits ernannt waren bekannte Pädagogen und Philologen, der Schulrat Campe und die Professoren Trapp und Heusinger, Direktor des Catharineums zu Braunschweig. Dieses Schuldirektorium sollte befugt sein, unter Landesherrlicher Autorisation über Lehrbücher und Lehrmethoden in den Schulen; — auch den Religionsunterricht, über welchen der Kirchenbehörde keinerlei Aufsicht vorbehalten ward, nicht ausgeschlossen; — zu verfügen, und diesen Verfügungen nachzukommen, wurde sämtlichen Lehrern der Schulen, wie sämtlichen Geistlichen und Obrigkeiten im Lande zur Pflicht gemacht. Dem Fürstlichen Konsistorio wurde die getroffene Einrichtung eröffnet durch ein Höchstes Reskript vom Datum der Verordnung selbst, unter Anerkennung der bisher dem Schulwesen geleisteten Dienste mit dem Auftrag, allen bisher ihm unterstellten Lehrern und Schulvorgesetzten dahin Anweisung zu erteilen, daß sie von Michaelis an, einzig und allein dem Schuldirektorium unterstellt seien und dessen Anordnungen Folge zu leisten hätten.

Indes diese Sache nahm einen Verlauf ganz gegen des wohlmeinenden Fürsten Erwarten. Denn es erfolgte gegen die erlassene Verordnung ein zwar ehrerbietiger, aber entschiedener Widerspruch von Seite der Landstände, die sich durch dieselbe aufs unangenehmste überrascht zeigten. Man hatte ja freilich manche Verbesserungen im höheren, wie im niederen Schulwesen ständischerseits selbst gewünscht und Bedachtnahme darauf beantragt; aber an eine so radikale Maßnahme von oben her hatte niemand gedacht. Man fand die Zuständigkeiten der Landschaft

durch eigenmächtige Errichtung einer solchen neuen Oberbehörde verletzt; man fand die kirchenordnungsmäßige Stellung des Konsistoriums beeinträchtigt durch Entziehung eines so wichtigen Theils seiner von jeher ihm übertragenen Vollmachten; man sah die durch die Religionsaffekurationen der Landesherrn garantierte Verkündigung lauterer evangelisch-lutherisch-christlicher Lehre im Lande bedroht durch Übertragung des Schulregiments an ein Kollegium von Männern, die meistens aus der Fremde berufen seien, die keine Verpflichtung auf das Corpus doctrinae Iulium übernommen hätten, und die man, namentlich den Schulrat Campe, aus ihren Schriften als theologische Freidenker kenne, von welchen gefährliche Neuerungen zu befürchten seien in dem Religionsunterrichte der Schulen.*) Zu dreien Malen innerhalb eines Jahres nach Erlaß jener Verordnung trug die Landschaft (und unter deren Mitgliedern auch der für seine Zeit freisinnige Vicepräsident des Konsistoriums, Abt Jerusalem) dem Landesherrn in aller Ehrerbietigkeit, aber auch mit allem Freimut ihre Bedenken gegen die getroffene Einrichtung vor und bat um deren Abänderung; wurde jedoch ebenso vielmal zurückweisend beschieden; und es nahm die Verhandlung einen immer gereizteren Ton an. Inzwischen nahm doch der Herzog Anstand, vor Austragung der Sache, sein Schuldirektorium in Funktion treten zu lassen; bevor aber dieser Austrag erfolgte, überraschte auch ihn der Ausbruch der französischen Revolution, die den Regierungen zeigte, wohin die Zeit mit ihren Reformideen wollte, und verleibete ihm den ferneren Streit mit seinen Ständen. War nun das der

*) Als ein Vorpiel dieser Verwicklung kann man ansehen den Konflikt, welcher durch die schulvisitatorische und zwar wohlgemeinte, aber eigenmächtige schulreformatorische Thätigkeit des Drosts des Amts Widenzen im Kreise Holzminden Freyenhagen von Rosenstern mit dem Sup. Epöhr zu Deenzen und Abt Häfeler, Generalsuperintendent zu Holzminden, entstanden war.

Siehe hierüber den einen lehrreichen Einblick in die damaligen Schulverhältnisse der Wesergegend gewährenden Aufsatz: „Drost von Rosenstern, der Philantrop des Weserkreises,“ in Koldewey, Beiträge zur Kirchen- und Schulgeschichte des Herzogtums Braunschweig. Wolfenbüttel, Zwißler, 1888.

Grund, oder was sonst? Kurz, der Fürst gab seine neu freierte Landesbehörde vorläufig auf, suspendierte durch Circularreskript vom 6. April 1790 seine Verordnung vom 12. Juni 1786 und eröffnete dem Konsistorio durch Höchstes Reskript von demselben Tage, daß ihm die Aufsicht auf das Schulwesen im Lande wieder in eben dem Maße, wie solche von demselben früher ausgeübt worden, beigelegt sei.

Von durchgreifenden Schulverbesserungen und von den Mitteln, durch welche das Konsistorium sie könnte und sollte herbeiführen, war indes damals, wie in der folgenden Zeit, da Karl Wilhelm Ferdinand noch regierte, aus leicht zu erachtenden Gründen, nicht die Rede; noch weniger hatte die westfälische Fremdherrschaft Zeit und Interesse, sich um unser Schulwesen viel zu bekümmern; man mußte zufrieden sein, blieb darin nur alles so ziemlich wie es war, und ging nur nicht in Bezug auf die religiös-sittliche Bildung unter der Einwirkung des Franzosentums alles zurück.

Die 1813 mit Herzog Friedrich Wilhelm zurückgekehrte braunschweigische Regierung erklärte sofort in § 1 und 5 der Höchsten Verordnung vom 14. April 1814 die Verwaltung der kirchlichen und Schulangelegenheiten betreffend: 1. die allgemeine Aufsicht über das evangelisch-lutherische Kirchen- und Schulwesen in unsern Landen, mit alleiniger Ausnahme der in Braunschweig bestehenden Militärschule, ist Unserem Konsistorio unmittelbar unter Uns und Unserm Geheimen-Raths-Kollegio übertragen“; war jedoch bei den kriegerischen Zeitläuften augenblicklich nicht in der Lage, auf Schulverbesserungen erhebliche Mittel verwenden zu können. Inzwischen war es immerhin ein Gewinn für die Leitung des höheren Schulwesens, daß von der Regierung seit dem Jahre 1814 im Konsistorio, welches bis dahin nur mit Juristen und Theologen besetzt gewesen war, noch ein des Gymnasialwesens kundiger Referent in der Person des Konsistorialrats Römer und nach diesem in der Person des Professors am Kollegio Karolino Schulrat Uhde angestellt ward. Im Interesse der Hebung der Volksschule aber, deren innere Angelegenheiten vor wie nach zum Referate der beiden geistlichen Räte des Kollegiums gehörten, war das Bemühen vor allem dahin gerichtet,

durch Verbesserung der Seminaranstalten einen der Zeit entsprechenden gebildeten Lehrerstand zu gewinnen.

Indessen erhob sich trotz allem, was nun besonders in den dreißiger und vierziger Jahren für die Ausbildung der künftigen und für die Verbesserung der Lage der angestellten Lehrer an den Bürger- und Volksschulen geschah, unter denselben immer lauter ein Geist der Unzufriedenheit mit der kirchlichen Leitung und des Verlangens nach Emancipation von derselben. Da man diesem Verlangen nicht nachgeben konnte und wollte, sich aber auch nicht verbergen konnte, daß das Konsistorium in seiner bisherigen Zusammensetzung nicht die hinreichenden Kräfte besaß, um den gesteigerten Anforderungen der Neuzeit an die Leitung des gesamten Bürger- und Landschulwesens zu genügen; so ward im Jahre 1851 zwischen Regierung und Landesversammlung vereinbart, daß dem Herzoglichen Konsistorio, welchem im allgemeinen die bisherige Zuständigkeit in Schulsachen zu verbleiben habe, stets ein hauptsächlich für das Gemeindeschulwesen bestimmtes Mitglied angehören solle. Diese Vereinbarung fand in dem Gesetze über die Gemeindeschulen vom 8. Dezember 1851, von welchem an späteren Stellen weiter wird die Rede sein müssen, in § 21 ihren Ausdruck, und es trat infolge davon seitdem zu den beiden geistlichen Räten im Herzoglichen Konsistorio noch ein Dritter als Referent in Sachen des Gemeindeschulwesens in den Städten und auf dem Lande hinzu (zuerst Konsistorialrat Diesterfelbt, sodann Hirsche, hierauf Staufebach, jetzt Schütte); — wogegen nach gleichzeitig erfolgtem Ausscheiden des bisherigen Referenten in Gymnasial- und Bürgerschulsachen, Schulrat Uhde, aus dem Kollegio das Referat in Sachen der Gymnasien wiederum dem einen der beiden geistlichen Räte und zwar dem Abt Hille mit übertragen ward. Was nun zu der Zeit, da derselbe nach ziemlich 25-jähriger Mitbesorgung dieses Referats aus dem Kollegio auszuschcheiden genötigt war, Herzogliche Landesregierung veranlaßte, die Leitung des Gymnasial- und des demselben zugehörigen Realschulwesens überhaupt nicht ferner dem Herzoglichen Konsistorio zu belassen, sondern einer besonderen staatlichen Oberschulbehörde zu übertragen, ist bekannt; — eine nähere Auseinandersetzung darüber würde hier zu weit

führen. Das Ergebnis der darüber zwischen der Landesregierung und der Landesversammlung gepflogenen Verhandlungen war das Gesetz vom 8. April 1876 Nr. 37, die Errichtung einer Ober-Schulkommission und die staatliche Beaufsichtigung der Unterrichtsanstalten betreffend.

Nach diesem Gesetze sind es jetzt nur noch die evangelisch-lutherischen Gemeindeschulen und Seminaranstalten des Landes, deren Leitung und Beaufsichtigung in dem bisherigen Umfange dem Konsistorio zusteht nach § 4 des Gesetzes, und auch diese nur unter der obersten Aufsicht und Leitung der Landesregierung, welche das Herzogliche Staatsministerium ausübt; wie dies ausgesprochen ist in § 1. Die wichtigsten und interessierenden Bestimmungen dieses Gesetzes sind:

§ 1. „Die der Landesregierung zustehenden Rechte der Oberaufsicht und obersten Leitung des gesamten Unterrichtswesens im hiesigen Lande werden wie bisher vom Herzoglichen Staats-Ministerium ausgeübt.“

§ 2. „Die Herzogliche Polytechnische Schule Collegium Carolinum bleibt der unmittelbaren Aufsicht und Leitung des Herzoglichen Staatsministeriums unterstellt.“

§ 3. „Die Leitung und Beaufsichtigung der übrigen dem höheren Unterrichtswesen gewidmeten staatlichen Lehranstalten, also zur Zeit der sämtlichen Gymnasien, einschließlich des staatlichen Realgymnasiums in der Stadt Braunschweig wird in Unterordnung unter die in § 1 erwähnte oberste Aufsicht und Leitung einer Ober-Schulkommission übertragen. Dieselbe tritt bezüglich dieser Lehranstalten an die Stelle des Herzoglichen Konsistoriums.“

§ 4. „Die Leitung und Beaufsichtigung der evangelisch-lutherischen Gemeindeschulen und Seminaranstalten, gleichfalls unter der im § 1 erwähnten obersten Aufsicht und Leitung, verbleibt dem Herzoglichen Konsistorium.“

§ 5—7 trifft Bestimmungen über die von Gemeinden selbständig errichteten Lehranstalten, Realschulen, höhere Bürgerschulen, und auch über Privatschulen, über deren Leitung und Beaufsichtigung Herzoglicher Landesregierung, bezw. Herzoglichem Staatsministerio, das Erforderliche nach Beschaffenheit der einzelnen Fälle anzuordnen, vorbehalten ist.

§ 8. „Für sämtliche Schulen und Lehranstalten werden die landesfürstlichen Bestimmungen über Ertheilung und Beaufsichtigung des evangelisch-lutherischen Religionsunterrichts unter verfassungsmäßigem Beirat und Mitwirkung des Herzoglichen Konsistoriums getroffen und zur Ausführung gebracht.“

Der übrige Teil des Gesetzes handelt von der Organisation, dem Geschäftskreis und der Geschäftsordnung der Ober-Schulkommission, § 9—20, und von deren Hilfsorganen, den Kuratorien der einzelnen Gymnasien § 21—33. Erwähnt möge hier nur noch werden eine Bestimmung in § 22: „Es ist statthaft, daß ein Mitglied des Kuratoriums zugleich als kirchliches Organ den Religionsunterricht überwacht.“

Durch Berufung der Generalsuperintendenten in die Kuratorien ist diese Bestimmung zur Ausführung gebracht.

Während nun durch alle diese im Verlaufe der Zeit eingetretenen Beschränkungen der Wirkungskreis des Herzoglichen Konsistorii in mancher Beziehung nach außen verengt ward, so hat sich derselbe nach innen erweitert und ist in neuerer und neuester Zeit arbeitsvoller geworden durch vielerlei hinzu gekommene Aufgaben, von denen die Alten wenig wußten. Weiß doch ein jeder zu gut, welche Anforderungen diese unsere Zeit, die da gärt, als ob sie eine neue Zeit aus sich gebären wollte, an die Thätigkeit derer, die Kirche und Schule, wie derer, die im Staate zu regieren haben, stellt und wird darum auch niemand meinen können, unsere Kirchenbehörde sei auf Rosen gebettet. In das nun, was alles dem Konsistorio obliegt, wie an geistlichen, so an weltlichen Arbeiten einen Einblick zu thun, dazu werden die nachfolgenden Besprechungen hinlänglich Gelegenheit darbieten.

§ 63. Die dem Konsistorio unterstellten Beamten. Kirchenvisitatoren.

Kirchenvisitatoren heißen bei uns die in anderen Landeskirchen Kirchenkommissarien oder Ephoren genannten Beamten, welche die Aufsicht und leitende Einwirkung des

Konsistoriums als der kirchlichen Oberbehörde auf das Kirchenwesen der ihnen zugewiesenen Kreise (Inspektionen, Diöcesen) vermitteln.

Wie das Konsistorium aus geistlichen und rechtskundigen weltlichen Mitgliedern besteht, so sind auch den geistlichen Visitatoren weltliche Visitatoren zur Seite gesetzt, denen Rechtskenntnis, Verwaltungsbefugnis und für manche Fälle obrigkeitliche Gewalt beizuhelfen.

Wenn die Aufgabe der Kirchenvisitatoren nun auch eine gemeinsame ist, so sind doch in mancher Hinsicht die Felder ihrer Thätigkeit verschiedenartig, so daß es erforderlich erscheint, gesondert zu handeln von den weltlichen Visitatoren (§ 64), und sodann von den geistlichen Visitatoren, nämlich den Generalsuperintendenten, Stadtsuperintendenten und Specialsuperintendenten (§ 65—68), wobei einige der wichtigsten visitatorischen Thätigkeiten, so insbesondere die auf Leitung der Predigersynoden (§ 67, 4) und Abhaltung von Kirchenvisitationen (§ 68) gerichteten etwas eingehender zu besprechen sein werden.

Kirchenvisitatoren heißen diese Beamten von dem Alte der Kirchenvisitation, bei welcher sie früher beide thätig waren, welche man auch in den älteren Zeiten, wo den Konsistorien noch nicht so viel sonstige Mittel des beaufsichtigenden und leitenden Verkehrs mit den Geistlichen des Landes und deren Gemeinden, wie jetzt, zu Gebote standen, als ihr Hauptgeschäft ansah, und die man, damit alles in der Kirche wohlstehe, auch noch öfter, als jetzt, durch sie glaubte vornehmen lassen zu müssen.

§ 64. Von den weltlichen Visitatoren.

Weltliche Visitatoren sind in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel die Vorstände der Stadtmagistrate;

— also dort der Oberbürgermeister, jedoch nicht in Beziehung auf die Domkirche; — hier der Stadtdirektor, jedoch nicht in Beziehung auf die Hauptkirche.

In den übrigen Stadt- und Landgemeinden hatten früher die Herzoglichen Ämter und haben jetzt nach dem Gesetz vom 19. März 1850 Nr. 26 § 23 die Kreisdirektoren die Geschäfte der weltlichen Kirchen- und Schulvisitatoren zu besorgen.

Ihr Wirkungskreis besteht im allgemeinen darin, daß sie in allen Kirchen Sachen, die äußerlicher oder gemischter Art sind, die Aufsicht des Konsistorii zu vermitteln und die Äußerungen der kirchlichen Oberbehörde auszurichten haben. Mit den geistlichen Visitatoren wirken sie zusammen:

1. bei Vakation der Prediger nach den Bestimmungen des Ausschreibens des Herzogl. Konsistoriums vom 22. Mai 1880 Nr. 18, das Verfahren bei Vakation der Prediger betreffend*) (j. Wolff S. 1177).

2. bei Predigerwahlen nach Bestimmung des Konsistorialausschreibens an die Kirchenvisitatoren, desgleichen an die Kirchenvorstände derjenigen evangelisch-lutherischen Gemeinden, welchen ein Wahlrecht zusteht, betreffend das Verfahren bei der Wahl der Prediger vom 1. November 1854 Nr. 2867,**) sowie des besondern Regulativs über das Ver-

*) Ältere Bestimmungen finden sich in der Ern. R. O. von 1709 I S. 136 ff. Extrakt des Landes Abschiedes von 1601. Zur Ausführung des § 25 des Kirchenvorstandsgesetzes vom 30. November 1851 wurde erlassen das Konsistorialausschreiben an die Kirchenvisitatoren und Kirchenvorstände vom 25. September 1852.

Näheres über die Vakation, Predigerwahl, Einführung und Auseinanderlegung im dritten Teil, wo bei Darstellung des Kirchendienstes von der Anstellung der Geistlichen die Rede sein wird.

**) Siehe auch das Kirchenvorstandsgesetz vom 30. Nov. 1851 § 25 und dessen Abänderung durch das Kirchengesetz vom 10. Okt. 1873 Nr. 51 § 16.

fahren bei der Wahl der Prediger in der Stadt Braunschweig.

3. bei Einführung und Auseinanderlegung der Prediger, wobei die Interna: der kirchliche Akt, die Übergabe der Pfarrrregistratur, die Eintragung der Notizen ins Kirchenbuch, dem geistlichen Visitator; — die Externa: Rechnungsübertragung und Auseinanderlegung rücksichtlich der Dienst Einkünfte und des Pfarrinventarii, dem weltlichen Visitator obliegt, welcher auch den Bericht ans Herzogliche Konfistorium zu entwerfen hat, der von beiden Visitatoren unterschrieben wird.

Während in alten Zeiten die Verwaltung des Landes vereinigt war mit der Justizpflege, so sind in neuerer Zeit beide Gebiete immer völliger getrennt, und da lag es in der Natur der Sache, daß die Ausübung des kirchenvisitatorischen Amtes auf weltlicher Seite Verwaltungsbeamten übertragen wurde.

Die Kreisdirectionen wurden errichtet gemäß § 160 der R. L. O. von 1832: „Die Landesverwaltung und Polizei soll unmittelbar unter dem Staatsministerium durch Kreisdirectionen geleitet werden.“ Zugleich wurden durch Gesetz vom 12. Oktober 1832 Nr. 27 Verfügungen getroffen über deren Organisation und Wirkungskreis. Zu dem letzteren gehört nach § 7, 3: „Die Beförderung der geistigen und sittlichen Bildung, sowie die Erhaltung und Vervollkommnung der dazu vorhandenen Anstalten“ und § 7, 7: „Erhaltung der äußeren Ordnung im Kirchen- und Schulwesen“. Es ist dann aber das kirchenvisitatorische Amt nicht der Kreisdirection als Behörde, sondern der Person des Kreisdirectors übertragen; denn es heißt in § 23 des Gesetzes vom 19. März 1850 Nr. 26: „Bis zu anderweiter Feststellung der Kirchen- und Schulanangelegenheiten sind die Geschäfte der weltlichen Kirchen- und Schulvisitatoren von den Kreisdirectoren zu besorgen, jedoch mit Ausnahme der Abnahme der Kirchenrechnungen und der darauf sich beziehenden Verhandlungen.“*)

*) Nach der Ern. R.-O. von 1709. Erster Teil XIX 18, sollen bei Kellner, Kirchenrecht.

Diese zuletzt bezeichnete Angelegenheit wurde alsdann noch geordnet durch ein vom Konsistorium unterm 25. Juni 1850 erlassenes Regulativ, daß bei Revision und Abnahme der Kirchen- und Pfarrwitwenhaus-Rechnungen künftig zu beobachtende Verfahren betreffend, wonach nur der Superintendent die ihm einzureichenden Rechnungen einer vorläufigen Prüfung zu unterziehen hat, während die eigentliche Revision und Abnahme bei Herzogl. Konsistorium erfolgt, in dessen Bureaukasse auch die bisher an die weltlichen Visitatoren gezahlten Abnahme-Gebühren fließen.

Rücksichtlich des Rangverhältnisses bei den Visitatoren, z. B. beim Unterzeichnen der gemeinsamen Erlasse und Berichte, sind Bestimmungen enthalten in den Konsist. Reskr. vom 26. April 1775 (Fredericksdorf II S. 40) und vom 8. Juli

den Kirchenvisitationen „die Kirchen-Rechnungen vorgenommen und durchgesehen werden“. Da aber mancherlei Unordnungen vorgekommen und durch „übeln Haushalt und unordentliche Verwaltung viele Kapitale verloren gegangen und das äußerst zu bewahrende Vermögen hin und wieder in großen Verfall gerathen“ war, so wurden durch Serenissimi gnädigste Verordnung, wie es in Höchst dero Landen hinkünftig mit den Kirchen-Visitationen, Administration der Kirchen-Güter u. s. w. zu halten vom 28. Mai 1746, genauere Bestimmungen getroffen. Indessen die Ausführung dieser Bestimmungen erwies sich nicht nur zeitraubend und dem eigentlichen Visitationsgeschäft hinderlich, sondern auch wegen der erforderlichen Mitanwesenheit des das Rechnungswesen visitierenden weltlichen Visitors unnötig kostspielig. Daher bestimmte Seren. anderweitiges Reglement, wie es hinführo mit den Kirchenvisitationibus u. s. w. zu halten sei, vom 12. August 1782, daß die Rechnungsabnahme völlig separiert werden solle von dem ohne Zugiehung des weltlichen Visitors von dem geistlichen Visitor allein zu verrichtenden Visitationsgeschäft. In Art. 6 werden die Rechnungsführer angewiesen, die Rechnungen dem Superintendenten einzureichen, welcher sie moniert und mit seinen monitis dem weltlichen Visitor zuschickt, der „zu deren Abnahme auf der Gerichtsstube terminum“ ansetzt, wozu er, wenn nötig, den Rechnungsführer citiert. Sodann sendet er ein Exemplar samt den monitis und dem Abnahme-Protokoll an das Konsistorium ein.

1818 (Bege I S. 192) die aber zum Teil nicht mehr anwenbar sind, seitdem als weltliche Visitatoren die Kreisdirektoren an Stelle der Ämter getreten sind. Jetzt gilt als Grundsatz: der Kreisdirektor hat als weltlicher Visitor den Vorrang vor dem Superintendenten, rangiert aber mit dem Generalsuperintendenten nach dem Dienstatte. In Braunschweig hat der Vorsitzende des Magistrats, der Oberbürgermeister, allemal den Vorrang vor dem Generalsuperintendenten.

Das Konsistorium pflegt seine Reskripte an die Visitatoren in duplo auszufertigen und davon jedem der Visitatoren ein Exemplar zuzufertigen. Die Berichte oder Anträge der Geistlichen werden je nach Beschaffenheit der Sache entweder dem weltlichen oder dem geistlichen Visitor zugesandt.

§ 65. Die geistlichen Kirchenvisitatoren. Superintendenden.

Superintendenden, in den ältesten Kirchenordnungen Superattendenden, heißen die Geistlichen, welche unter dem Landesherrn, als dem summus episcopus, und dessen Konsistorium die Aufsicht führen in ihren Inspektionskreisen.

Je nach Verschiedenheit des Umfanges ihrer amtlichen Kreise, wie auch ihrer Rang- und Geschäftsstellung sind und heißen die einen: Specialsuperintendenden, die andern: Generalsuperintendenden und Stadtsuperintendenden.

Bevor wir im einzelnen von dem Geschäftskreis der General-, Stadt- und Specialsuperintendenden handeln, möge es gestattet sein, nachfolgendes Allgemeine und Geschichtliche voranzuschicken:

Superintendent, superintendens ist eigentlich so viel als *ἐπίσκοπος* Bischof. So sagt Augustinus (de civitate Dei l. XIX c. 19) „Episcopatus“ Graecum est, atque inde ductum vocabulum, quod ille, qui praeficitur, eis, quibus praeficitur

superintendit, curam eorum scilicet gerens. Ergo episcopos, si velimus latine superintendentes possumus dicere. — Hieronymus (ep. 85) *ἐπισκοποῦντες*, id est superintendentes, unde et nomen episcopi tractum est.

Während die Reformatoren an der Hoffnung festhielten, daß die katholischen Bischöfe sich der Reformation zuwenden würden, und sich scheuten, ihrerseits Bischöfe zu bestellen, erforderte das kirchliche Bedürfnis ein an deren Stelle hinsichtlich der geistlichen Leitung tretendes Organ. Daher bestellt die Strassunder Kirchenordnung schon 1525 einen obersten Prediger, welcher das Haupt („höuet“) und der Aufseher („opfsichtiger“) der andern Prediger sein soll, und für Sachsen wurde in der Instruktion für die Visitatoren vom Jahre 1527 zur Befestigung der Reformation vorgeschrieben: „Wir achten noth sein, das In ecklichen unnd den furnembsten Stetten die pharnner zu superintendenten und auffseher verordenth werden.“

In der Stadt Braunschweig wurde unter Berücksichtigung dieser in Sachsen getroffenen Einrichtung durch die von Bugenhagen ausgearbeitete Kirchenordnung von 1528 bestimmt, daß man einen „Superattendenten, das is, ehnen opseher“ habe, dem „mit synem Adjutor de ganze saxe aller predigern unde der Scholen, so vele de lere unde ehnnicheit bedrept, werde dorch den Erbarn Rathdt unde de gemyne dar to verordnet.“

Dieses Amt des Superattendenten bekleideten bis zu Ende des 16. Jahrhunderts bedeutende Theologen und Kirchenmänner, wie Martin Görlitz, Nicolaus Mebler, Joachim Mörlin, Martin Chemnitz, Johann Heidenreich und Polycarpus Lense (vgl. Erster Teil S. 18 und 19), welche das Kirchenwesen der Stadt Braunschweig zu hoher Blüte brachten.

Seit Herzog Rudolph August nach erfolgter Reduktion der Stadt 1671 das geistliche Gericht zu Braunschweig 1680 einsetzte (S. 193), wurde der Stadtsuperintendent, den nun der Landesherr ernannte, erster geistlicher Beisitzer desselben. Nach Aufhebung des geistlichen Gerichts und Erlass der Verordnung vom 14. April 1814, die Verwaltung der kirchlichen und Schulangelegenheiten betreffend, trat der Stadtsuperintendent neben dem

Stadtdirektor (später Oberbürgermeister) zu den Kirchen der Stadt in die Stellung des geistlichen Visitators; zu den höheren Schulen derselben in die Stellung des geistlichen Ephorus.

Im Jahre 1828 ward der Stadt- und Generalsuperintendent Knittel, Sohn des gelehrten Entdeckers der Alphilashandschrift auf der Wolfenbüttler Bibliothek und langjährigen Mitgliedes des Herzogl. Konsistorii, von Braunschweig ab in das letztere berufen. Nach seinem Abzuge ward das Amt des Braunschweigischen Stadtsuperintendenten, das freilich nicht mehr die frühere Bedeutung hatte, indes noch immer, besonders seit demselben noch eine Generalsuperintendentur hinzugekommen, sehr geschäftreich war, leider wegen unzureichenden Einkommens nicht wieder besonders besetzt, sondern bald mit dem einen, bald mit dem andern der dortigen Pfarrämter verbunden, und es werden seitdem die sogenannten Doktorpredigten in der Brübernkirche der Reihe nach von den Stadtpredigern gehalten, die dafür aus einem Theile des früheren Gehalts der Stadtsuperintendentur Vergütungen beziehen.

Was unser übriges Land außer der Stadt Braunschweig betrifft, so wurden bei der vorläufigen Reformation, welche die von den Häuptern des Schmalkaldischen Bundes im Jahre 1542 nach Vertreibung Herzogs Heinrich d. J. in Wolfenbüttel eingesetzte Bundesregierung einführte, durch die von Martin Görlik unter Joh. Bugenhagens und Anton Corvinus Beihülfe verfaßte „Christliche Kerken-Ordninge“ von 1543 (S. 19) fünf Pastoren zu Superintendenden eingesetzt und einer gewissen Oberaufsicht des Braunschweigischen Stadtsuperintendenten unterstellt. Und zwar sollten diese sein, da zu unserm Lande damals noch bedeutende Teile des Stifts Hildesheim und der Fürstentümer Calenberg-Göttingen gehörten, außer dem Schloßprediger zu Wolfenbüttel und den Pfarrern zu Helmstedt und Gandersheim, noch die Pfarrer zu Bodenem und Alfeld. Diese Diöcesaneinteilung, wie die gedachte Kirchenordnung überhaupt, hat jedoch nur bestanden bis zum Wiedereintritte Heinrichs d. J. in die Regierung 1547, mit welchem zugleich die Reaktion zu Gunsten des Katholicismus begann.

Als Herzog Julius nach des Vaters Tode die Reformation

definitiv in unser Land einföhrte, setzte er durch seine Kirchenordnung von 1569 statt jener 5 Superintendenten ebensoviele Generalsuperintendenten an denselben Orten ein, welchen 17 Specialsuperintendenten untergeordnet wurden; sie selbst aber, die Generalsuperintendenten wurden der persönlichen Oberaufsicht des Fürstl. Hofpredigers, ersten geistlichen Consistorialrats und Generalsuperintendenten zu Wolfenbüttel, als Superintendentens generalissimus oder Obersuperintendenten, unterstellt (S. 169. Die dann geschehenen Veränderungen S. 196).

Außer dem bereits mehrfach genannten braunschweigischen Stadtsuperintendenten Martin Chemnitz und dem von Leipzig 1590 berufenen Theologen Nicolaus Selnecker, auch bekannt als Verfasser guter Kirchenlieder, deren einige sich in unserm Gesangbuch befinden z. B. Nr. 153, 733, 781, ersteres freilich sehr verändert, haben dies wichtige oberhirtliche Amt noch viele treffliche und angesehene Theologen bekleidet. So noch unter Herzog Julius und dessen Nachfolgern Heinrich Julius und Friedrich Ulrich lange Zeit der gelehrte viel geltende Württemberger Basilius Sattler (geb. 1549, † 1624); — so später unter Herzog August d. J. der treffliche lutherisch entschiedene und dabei melancthonische milde Brandanus Dätrius (geb. 1607, † 1688), Georg Calixts Freund und theologischer Gesinnungsgenosse; — so unter Herzog Anton Ulrich der mit glänzenden Gaben ausgerüstete, aber auch sehr glanzliebende Christian Specht (geb. 1647, † 1706), welcher sich um die Entwicklung des unter seinem Vorgänger Pestorf († 1693) gegründeten und am 27. September 1690 eröffneten Predigerseminars zu Niddagshausen große Verdienste erworben hat, dessen wissenschaftlichen Verhandlungen, wie auch denjenigen der Predigersynoden er eine bestimmte Grundlage gab durch die treffliche Schrift: Chr. Spechtii Aug. Confessio brevibus aphorismis illustrata (f. Beste S. 317 ff.); — sodann auch Gottlieb Treuer, ein Mann von alter Glaubenseinfalt und Bekenntnistreue, so viel man weiß, Verfasser des agendarischen Teils unserer Ern. Kirchenordnung von 1709. Zuletzt ist Inhaber dieses Amtes gewesen Johann Bernhard Hassel, der sich unter Herzog Karl I. um das Volksschulwesen des Landes.

wohl verdient machte und besonders mit dahin wirkte, daß dasselbe seine Lehrerseminare 1752 zu Braunschweig und 1753 zu Wolfenbüttel mit einer Präparationschule zu Marienthal erhielt, welche letztere 1773 nach Helmstedt verlegt wurde. *) Nach Hassels Tode 1752 ist kein Superintendentens generalissimus wieder ernannt worden.

§ 66. Amtspflichten der Generalsuperintendenten und Stadtsuperintendenten.

Die Generalsuperintendenten führen die geistliche Aufsicht auf das gesamte Kirchenwesen ihrer Generalinspektionen überhaupt und auf die Amtsführung der Superintendenten besonders. Die für die Generalinspektion bestehenden kirchlichen Institute werden von ihnen oder doch unter ihrer Aufsicht und Mitwirkung verwaltet.

Zum Geschäftskreis der Generalsuperintendenten gehört demgemäß:

1. In Bezug auf die Specialsuperintendenten: Einführung derselben als solcher in ihr Amt; — Übergabe der Registratur und Instruierung derselben; — Vorstellung derselben gegenüber den Geistlichen und Opferleuten ihrer Inspektionen vermittelt Rundschriften. — Nach Abgang eines Superintendenten: Versiegelung seiner Registratur; Vorschläge und Anordnungen wegen interimistischer Inspektionsverwaltung. — Visitation der Superintendenten je im vierten Jahre gemäß der Kirchen-

*) Auch veranstaltete Hassel eine neue Bibelausgabe auf Grund sorgfältiger Forschungen und Vergleichen der zu Luthers Lebzeiten herausgegebenen Ausgaben. Diese vorzügliche, auch typographisch gut ausgestattete sogenannte „Hasselsbibel“, nicht zu verwechseln mit der 1769 von der Braunschw. Stadtgeistlichkeit herausgegebenen übel geratenen sogen. „Excellenzbibel“, findet sich noch als Altarbibel in manchen Kirchen, während die Excellenzbibel selten geworden ist (s. Beise S. 424 ff.).

Visitationsordnung vom 6. Januar 1873 (Ges. u. B. S. Nr. 4).
Revision der Kirchenbücher der Superintendenten.

2. In Bezug auf die Predigersynoden: (s. § 67, 4) Ausschreibung der Thesen vor Mitte November. Teilnahme an der Synode. Einsendung der Synodalberichte vor Ablauf des Jahres nach dem Ausschreiben vom 18. Mai 1850 und zugleich Berichtserstattung über die Superintendenten nebst Einsendung der Berichte dieser über die Prediger (alle 3 Jahr ausführlich nach Sereniss. Ern. Verordnung vom 9. Oktober 1801), desgleichen über die Kandidaten (Ausschreiben vom 9. Oktober 1809 und 15. Juni 1825), Mitteilung der darauf erfolgenden Revisorien und Einziehung etwaiger Ordnungsstrafen.

3. Leitung der Generalinspektionslesegesellschaften. *)

*) Zur Einrichtung der Lesegesellschaften gab Anregung der Abt August Christian Bartels, geb. 9. Dezember 1749, gest. nach einer 53jährigen Amtsthätigkeit 16. Dezember 1826. Nachdem in Seren. erneuerter Verordnung die jährlichen Synoden der Prediger betreffend vom 9. Oktober 1801 bestimmt war (IV 3), daß auf den Predigersynoden auch „literarische Gespräche über die neuere theologische Lectüre“ stattfinden sollten, geschah die zugleich in Aussicht genommene Errichtung einer Lesegesellschaft in jeder Generalinspektion, „damit es an der vorhin erwähnten neueren Lectüre nicht mangle“, durch „Reglement, die in sämtlichen Generalinspektionen des Herzogtums Braunschweig zu errichtenden Inspektions-Lesegesellschaften und Bibliotheken betreffend“ vom 5. Januar 1803. Die Kosten sollen beschafft werden durch Beiträge der Interessenten, der vermögenderen Kirchenassen und durch einen von Serenissimus zugesagten Zuschuß. Direktoren sind die Generalsuperintendenten, welche auch alle drei Jahre Bericht erstatten und Rechnung ablegen sollen. Interessenten sind sämtliche Superintendenten, Prediger, Kollaboratoren. Auch Cand. theol. können teilnehmen. Der Generalsuperintendent entwirft zu jedem neuen Turnus ein Verzeichnis der „zu dieser Lectüre schicklichen neueren theologischen, philosophischen, historischen und anderer vermischten Schriften.“ Hiernach wählen die Interessenten Bücher aus, die sie selbst bezahlen, dann aber auch nach geendigtem Turnus als Eigentum erhalten. Auf Kosten der Kasse werden sie eingebunden und sodann portionsweise in versiegelten Beuteln den Interessenten frei zugesandt. Die Circulation wird dadurch bewirkt, daß jeder

4. Leitung der Generalinspektions-, Prediger-, Witwen- und Waisenversorgungs-Anstalten, wie auch der Sterbekassen. *)

5. In den sechs Kreisstädten des Landes sind die Generalsuperintendenten zugleich Stadtsuperintendenten. Sie führen als solche die Aufsicht über das Kirchenwesen der Städte und besorgen alle Geschäfte der Specialsuperintendenten. Der General-

Teilnehmer die ihm zugegangene Portion jedesmal nach 14 Tagen, zur Zeit 4 Wochen, unter Eintragung eines Vermerks nach einer bestimmten Reihenfolge auf seine Kosten weiter sendet. Bei beträchtlicheren Entfernungen leistet die Kasse einen Zuschuß. Vorkommende Unregelmäßigkeiten sind dem Direktor anzuzeigen. Am Schluß des Turnus werden sämtliche Bücher an den Generalsuperintendenten eingesandt, welcher jedem Interessenten die seinigen zuteilt. Die auf Kosten der Kasse angeschafften bilden die Inspektionsbibliothek.

Da Unregelmäßigkeiten vorkamen, so legte ein Konsistorialreskript vom 22. Juni 1805 die Sache den Superintendenten und Predigern aufs Neue ans Herz und traf zugleich Bestimmungen, wie es damit bei vorkommenden Pfarrvacanzen gehalten werden sollte. Die Superintendenten sollen in ihren Synodalberichten sich äußern über den Bestand und Fortgang der Lesegesellschaften. Durch Landesreskript vom 9. August 1818 wurde Portofreiheit bewilligt, welche aber jetzt nicht mehr besteht. (Siehe Fredericksdorf II 108 und die Reskriptenbücher.)

*) Schon auf Grund der Ern. R.-D. von 1709 T. 1 Kap. XVI § 8 wurden Witwenkassen in den verschiedenen Generalinspektionen eingerichtet. Doch die Beiträge der Mitglieder waren sehr niedrig und die Kompetenz der Witwen betrug nur 4 Thaler. Auf Veranlassung des Konsistorialrats Dinglinger († 1817) vereinigten sich auf Grund entworfener Statuten die Prediger der Generalinspektion Wolsenbüttel 1801 zu einer neuen Prediger-, Witwen-, Waisen-, Versorgungs- und Sterbekasse. Mit Benutzung dieser Statuten entstanden gleiche Vereinigungen in den übrigen Generalinspektionen, deren Statuten verschiedenartige Bestimmungen enthalten rücksichtlich der Verwaltungsweise, der Teilnahmebedingungen, der Kompetenzen u. s. w. Es werden diese Einrichtungen nicht berührt durch das Gesetz vom 15. April 1889 Nr. 22 die Errichtung einer Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt betreffend (Amtsblatt 1889 Stück 9) wovon später die Rede sein wird.

superintendent zu Braunschweig ordiniert als Stadtsuperintendent die bei den Stadtkirchen ins Predigtamt tretenden Kandidaten. *)

§ 67. Amtspflichten der Specialsuperintendenten.

Die Specialsuperintendenten führen die geistliche Aufsicht auf das Kirchenwesen und in der Regel auch auf das Schulwesen der Specialinspektionen, besonders auf die Amtsführung der Prediger und der übrigen Kirchendiener.

Zum Geschäftskreis der Specialsuperintendenten gehört demnach:

1. Bei eintretenden Pfarrvakanz: Anzeige vorgekommener Todesfälle von Predigern, auch von Predigerwitwen an den Generalsuperintendenten und das Konsistorium mit Bemerkungen wegen etwaiger Hinterbliebenen. Überhaupt bei Vakanz, auch wenn sie durch Versetzung veranlaßt sind, Anzeige nicht nur an die Kirchenbehörde, sondern auch an den etwaigen Patron oder die Patronatbehörde. Versiegelung der Pfarrregistratur, nachdem das zur Verwaltung der Pfarre Nötige herausgenommen ist. Anordnung der Vikarie und Anzeige darüber bei dem Konsistorium. Einziehung des Sterbefallsgeldes von den Mitgliedern der Generalinspektions-Witwenkasse und Einsendung desselben an den Rechnungsführer derselben.

*) Die Aufsicht der Generalsuperintendenten erstreckte sich früher auch auf das Schulwesen ihrer Generalinspektionen. Seit dem Gesetze vom 8. Dezember 1851 über die Gemeindeschulen haben sie keine amtliche Beziehung mehr zu denselben. In den Städten, wo sich Gymnasien befinden, hatten früher die Generalsuperintendenten das Ephorat über dieselben. Seit der Staat die Beaufsichtigung der höheren Schulanstalten zufolge Gesetzes vom 8. April 1876 Nr. 37 durch von ihm bestellte Organe ausübt, hat auch dies aufgehört. Wo der Generalsuperintendent oder sonstige Geistliche in den Kuratorien der Gymnasien sich befinden, da sind sie staatlicherseits hierzu bestellt.

2. Die Votation und Einführung eines neuen Predigers geschieht in Gemeinschaft mit dem weltlichen Bistator. (Siehe § 64.)
3. Abhaltung von Kirchenvisitationen alle 4 Jahr. (Siehe hierüber § 68.)
4. Leitung der Predigersynoden*) in Gemeinschaft mit dem Generalsuperintendenten. (Siehe § 66, 2.)

*) Die Predigersynoden, welche fast als eine eigentümliche Institution unserer Landeskirche zu betrachten sind, sind und sollen nicht sein, was man sonst bei einer Synodalverfassung der Kirche unter Synoden versteht, sondern es sind von seiten des Kirchenregiments angeordnete Pastorkonferenzen, wie sie denn auch früher Colloquia genannt wurden, deren Zweck es ist, durch Besprechung und auch schriftliche Bearbeitung von Fragen der theologischen Wissenschaft und des geistlichen Amtes die Geistlichen unter einander zu verbinden, und in der Amtstätigkeit zu fördern, so wie der kirchlichen Oberbehörde Kenntnis von ihrem theologisch-wissenschaftlichen Standpunkt zu geben.

Für die Stadt Braunschweig ordnete schon Gölrlitz 1529 das sogenannte Colloquium des geistlichen Ministerii an. Mörlin entwarf 1557 *leges Colloquii pro Ministerio Brunsvicensi*; Chemnitz, welcher ganz besonders hohen Wert auf diese Institution legte, gab dieselben 1571 verbessert in 13 Artikeln heraus, die jeder ins Braunschw. Ministerium eintretende Prediger zu unterschreiben hatte. Es war dies Colloquium nicht bloß ein theologisch-wissenschaftliches Institut, sondern eigentlich ein geistliches Konsistorium der Stadt, das in allen städtischen Kirchensachen, mit Ausschluß der dem Magistrat zustehenden Vermögenssachen, also in allen Doctrinalibus, Liturgicis, Disciplinariis, Ehefachen u. s. w. beschloß, und waren die Beschlüsse wichtig. Der Stadtsuperintendent brachte sie an das kirchliche Departement des Magistrats, mit dessen Genehmigung und durch dessen Hilfe sie dann ausgeführt wurden. Nach abgehaltenem Colloquium, in welchem oftmals über Lehrpunkte und andere Dinge heftig gestritten wurde, vereinigte man sich zu einer freundschaftlichen Mahlzeit, dem „convivum charitativum“. Lepteres kam im Laufe der Zeit außer Gebrauch und gaben nur noch neue Prediger bei ihrer Einführung in das Colloquium ein solches Mahl, bis auch dies abgeschafft wurde 1750

5. Leitung der Inspektionsynoden. Hierüber siehe § 72.

6. Revision der von den Geistlichen und sonstigen Kirchenbuchführern der Inspektion geführten Kirchenbücher gemäß den

und dagegen die neuen Prediger 10 Thaler an die Ministerialwitwenkasse zu zahlen verpflichtet wurden. (Siehe hierzu Stübner S. 168—175, Evangelisch-lutherische Monatsblätter VI 20.) Seit Errichtung des sog. geistlichen Gerichts nach 1680 (siehe oben S. 190) blieb das Colloquium nur ein Collegium consultativum.

Unser jetziges Prediger-synodalinstitut beruht auf folgenden Verordnungen:

a. Erneuerte Kirchenordnung T. I Kap. IV § 4. Die hier erwähnten theses sind: des Obersuperintendenten Abts Chr. Spechtii: Augustana Confessio brevibus aphorismis illustrata et dictis S. S. clarissimis secundum fontes confirmata, in coenobio Riddagshusano ventilata et adornata, ut synodis sive colloquiis annuis Superintendentium cum pastoribus inservire possit Brunsvigae 1695.

b. Seren. erneuertes Reglement ratione der jährlichen colloquiorum von 1750, welches diese Colloquia als Disputationen in formal-synlogistischer Weise hauptsächlich über Artikel der Conf. Ang. anordnet.

c. Seren. erneuerte Verordnung die jährlichen Synoden der Prediger betreffend 1801, worin eine freiere Einrichtung gewährt wird.

d. Ausschreiben des Konsistoriums vom 29. April 1840 die Synoden und Kirchenvisitationen betreffend, worin deren Bedeutung den Predigern ans Herz gelegt wird.

e. Da aber bald wiederum eine gewisse Mißstimmung der Prediger gegen das Synodalinstitut hervorgetreten war, so erfolgte zu deren Befestigung das Ausschreiben des Konsistoriums vom 18. Mai 1850, welches zugleich die jetzt mit den hierunter bemerkten geringen Abänderungen geltenden Bestimmungen enthält.

f. Konsistorial-Reskript vom 31. März 1860, welches die Ordnungsstrafe von 2 Thaler auf 5 Thaler wegen Nichteinlieferung der Synodalarbeit oder willkürlichen Zurückbleibens von der Synode erhöht.

g. Konsistorial-Reskript vom 4. Juli 1860, welches die aus den Kirchenkassen zu zahlenden Synodalspeisungskosten von 1 Thaler auf 1½ Thaler erhöht.

h. Seit Einrichtung der Inspektionsynoden durch Kirchengesetz vom

darüber geltenden Bestimmungen. Dieselben sind, insoweit sie bis Ende 1875 gültig waren, zusammengestellt in der in allen Pfarrregistaturen vorhandenen Schrift: Die Kirchenbuchführung im Herzogtum Braunschweig von Müller-Karsten. Braunschweig 1868. Infolge des Reichs-Gesetzes vom 6. Februar 1875, die Beurkundung des Personenstandes und der Eheschließung betreffend, welches mit dem 1. Januar 1876 in Kraft getreten ist, haben die seitdem geführten Kirchenbücher nicht mehr Geltung hinsichtlich der für das öffentliche bürgerliche bezw. das Straf- oder Prozeßrecht erforderlichen Nachweisungen von Geburten, Eheschließungen und Sterbe-

6. Januar 1873 (Nr. 5), welche alle zwei Jahre abgehalten werden, finden die Predigersynoden auch nur noch ein Jahr um andere statt, da an ihre Stelle in den Zwischenjahren die Inspektionsynoden treten.

Die wesentlichsten Bestimmungen sind: Die von den Generalsuperintendenten „vor Mitte November“ zu stellenden und den Synodalen durch die Superintendenten „jedenfalls vor Weihnachten“ mitzuteilenden Thesen sind von sämtlichen Predigern, insofern dieselben vom Konsistorium auf ihren bis spätestens Hagelseier zu stellenden Antrag nicht davon dispensiert sind, schriftlich zu bearbeiten und sollen diese Synodalarbeiten an die Superintendenten bis Hagelseier eingesandt werden, damit sie unter den Diöcesanen circulieren können. Der Termin zur Synode, eigentlich der Ernte wegen, vor Jacobi 25. Juli, damit die Gemeinden, welche ihre Prediger zu transportieren haben, nicht zu sehr belästigt werden, soll nach geschehener Verständigung mit dem Generalsuperintendenten bis spätestens Mitte Oktober angelegt werden. Die Synodalverhandlungen, welche vom Superintendenten im Beisein des Generalsuperintendenten geleitet werden, enthalten zunächst einen Bericht des Superintendenten über den Inhalt der vorliegenden Arbeiten. Hieran schließt sich eine Besprechung der Thesen, und sodann kann auch noch über andere Fragen aus dem Gebiet des praktisch-kirchlichen Lebens verhandelt werden. Über die Synodalverhandlungen erstattet der Superintendent einen Bericht, welcher nebst den eingelieferten Synodalarbeiten an den Generalsuperintendenten geht und von diesem unter Anfügung eines Berichts seinerseits (siehe § 66, 2.) an das Konsistorium eingesandt wird, das von Zeit zu Zeit in dieser Angelegenheit ein Reskript an die Synodalen erläßt.

fällen. Sie werden nur in kirchlichem Interesse fortgeführt und sind daher manche der früher geltenden Bestimmungen in Wegfall gekommen oder modifiziert, auch neue Bestimmungen erlassen. *)

7. Monitur der Kirchen-, Pfarrwitwentums-, Armen- u. s. w. Rechnungen gemäß dem Regulativ des Konsistorii, das bei Revision der Kirchen- und Pfarrwitwenhausrechnungen künftig zu beobachtende Verfahren betreffend, vom 25. Juni 1850, wozu dann noch einige durch veränderte Zeitverhältnisse notwendig gewordene Bestimmungen gekommen sind.
8. Hierzu kommen noch mancherlei sonstige Geschäftsbesorgungen, von denen übrigens manche im Laufe der Zeit in Wegfall gekommen sind, zum Teil infolge Einrichtung der Standesämter, welche verschiedene früher von den Kirchenbuchführern im staatlichen Interesse an weltliche Behörden einzureichende Verzeichnisse nunmehr zu besorgen haben, zum Teil auch infolge Herausgabe des Amtsblattes des Herzoglichen Konsistoriums vom 15. September 1887 an, welches viele Verfügungen des Herzogl. Konsistoriums, die früher durch Vermittlung der Superintenden ten den Geistlichen bekannt gemacht

*) Beauf vorzunehmender Revision sind zu Anfang jeden Jahres von den evangelisch-lutherischen Kirchenbuchführern die Kirchenbücher mit den zum abgeschlossenen Jahrgang gehörigen Belägen, nämlich den vom Standesamt kostenlos auszustellenden Geburts-, Aufgebots-, Eheschließungs- und Todesbescheinigungen, sowie sonstigen Scheinen und Schriftstücken, die zur Dokumentierung der gemachten Eintragungen dienen, an den Superintendenten einzusenden, welcher sie mit Monitur zurückschickt. Die letztere geht wieder mit Beantwortung der monita ad marginem an den Superintendenten, welcher dann sämtliche Monituren an das Konsistorium einreicht und schließlich die von demselben mit Superrevisionsrezept zurück erhaltenen Monituren unter sämtlichen Kirchenbuchführern circulieren läßt.

Die Revision der Kirchenbücher der Katholiken geschieht nach dem Katholikengesetz vom 10. Mai 1867 § 21 nicht mehr von den Superintendenten, sondern von den städtischen Magistraten, bezw. von den Kreisdirektionen unter Ueberaufsicht des Staatsministeriums.

wurden, nunmehr unmittelbar zur Kenntniss der letzteren bringt.

In Wegfall gekommen sind auch die früheren Ephoralprüfungen, welche die Superintendenten mit sämtlichen Katechumenen der Inspektion vorzunehmen hatten, und wird seit 1873 wieder verfahren gemäß der Ern. R.=D. L. I Kap. IX 6 wonach nur diejenigen zu prüfen sind, welche Pastor für unreif hält, deren Eltern aber gleichwohl auf ihrer Annahme zur Konfirmation bestehen. *)

9. Als Schulinspektoren, was die Superintendenten in Bezug auf die Gemeindeschulen auf dem Lande in der Regel sein sollen, haben sie die Geschäfte zu besorgen, die ihnen das Gesetz über die Gemeindeschulen vom 8. Dezember 1851 § 19. 20 überträgt, wozu noch manche seitdem erlassene Verfügungen und Anordnungen kommen, welche hier im einzelnen nicht wohl aufgeführt werden können.

*) Entsprechend der bischöflichen Firmelung in der katholischen Kirche wurde anfänglich die Konfirmation selbst ausschließlich von den Superintendenten gelegentlich der jährlichen Visitation vorgenommen. Dieselbe wurde betrachtet als eine öffentliche Bestätigung (d. h. Befestigung) und Stärkung der Kinder in ihrem Glauben und dem selbst feierlich abgelegten Bekenntnis „durch das Gebet der Christlichen Kirche“ nebst Zulassung zum heiligen Abendmahl. Siehe Jullii R.=D. Agenda S. 77 ff.

Nach Ern. R.=D. von 1709 L. I Kap. IX nehmen sie die Prediger vor in ihren Pfarochien. Den Superintendenten aber wird zugewiesen die Prüfung derjenigen, über deren Zulassung Zweifel bestehen. Diese Prüfung aber wurde sehr bald ausgedehnt auf alle Konfirmanden (Konfistorialreskript vom 28. März 1711; — vom 4. April 1713; — vom 9. April 1768) mit Ausnahme derer aus den Städten, und sah man diese Ephoralprüfungen an als eine Art Fortsetzung jener früher bestandenen bischöflichen Befugnis. Die jetzige Einrichtung ist getroffen, nachdem diese Angelegenheit in der ersten ordentlichen Landessynode 1872 eingehend erörtert war (siehe die Verhandlungen der 12. Sitzung vom 14. November 1872) und man sich für Wegfall der Ephoralprüfungen resp. Beschränkung derselben auf Differenzfälle ausgesprochen hatte.

§ 68. Kirchenvisitationen.

Kirchenvisitationen sind feierliche Akte des bischöflichen Obergewaltrechts, mittels welcher der Kirchenobere; — bei uns also das landesherrliche Kirchenregiment, von den Zuständen des Kirchenwesens, den inneren, wie den äußeren, Kenntniß nimmt, indem besonders dazu Beauftragte oder durch ihre Ämter dazu Berufene, entweder in einzelnen Kirchengemeinden, oder in weiteren Bezirken den Dienst an der Kirche und ihren Instituten persönlich prüfen, um fördernd auf das Kirchenwesen einzuwirken. Man unterscheidet demnach Specialvisitationen und Generalvisitationen.

Die Kirchenvisitationen werden bei uns abgehalten gemäß der Kirchen-Visitations-Ordnung für die evangelisch-lutherischen Kirchen des Landes vom 6. Januar 1873. (Ges. u. Ver. S. 1873 Nr. 4. Wolff S. 1170 ff.)

Kirchenvisitationen; ob nun sog. Special- oder General-Visitationen; — und beide, ob nun ordentliche, zu gewissen Zeiten wiederkehrende, oder außerordentliche auf besondere Veranlassung angeordnete, sind im Wesen der kirchenregimentlichen Befugnis begründet, und es ist ohne sie kaum eine wirksame Führung des Kirchenregiments denkbar.

Es gab daher Kirchenvisitationen von den ältesten Zeiten der Kirche her, und je mehr dieser Akt in Ansehen stand und je mehr derselbe so, wie er sollte, vollzogen ward, desto besser befand sich zu allen Zeiten die Kirche. Die ersten Visitatoren der Kirche, so kann man wohl sagen und hat man gesagt, waren die Apostel des Herrn, ein Petrus, ein Paulus, ein Johannes, die von Zeit zu Zeit die von ihnen gesammelten Gemeinden besuchten, um nachzusehen, wie es um den kirchlichen Dienst und das christliche Leben in denselben stand und um zu ordnen, was bei ihnen der Ordnung bedurfte.

Nach der Apostel Zeit, da in der alten und mittelalterlichen Kirche die Aufgabe der Kirchenleitung den Bischöfen, als deren

Nachfolgern zufiel, ward es die Aufgabe dieser, das Kirchenthum ihrer Sprengel zu visitieren, was zuerst von ihnen persönlich, später gewöhnlich durch ihre Vikarien und Officiale geschah. Daß im Verlauf der Zeit die Bischöfe diese Pflicht verabsäumten oder, statt in Christi Geist, in verkehrtem hierarchischen Geiste ihr nachkamen, gehörte mit zu den hauptsächlichsten Ursachen der immer mehr einreißenden Verderbniß der Kirche, die zuletzt eine Reformation derselben an Haupt und Gliedern nötig machte. Und daß die katholischen Bischöfe, als Luther und seine Mitreformatoren sie aufforderten, die Hand zur Reformation der Kirche zu bieten, zwar mit Eifer wieder angingen, in ihren Diöcesen zu visitieren und visitieren zu lassen, aber dies nur thaten im reformationsfeindlichen Sinne zur Befestigung der bisherigen Mißbräuche, war Schuld daran, daß es zuletzt zu der von Luther so sehr bedauerten Kirchentrennung kam.

In den deutschen lutherischen Landesgebieten waren die Kirchenvisitationen zuerst außerordentliche Maßnahmen, wozu, nachdem durch den Reichstagsabschied zu Speier vom Jahre 1526 vereinbart war: „in Sachen, die das Wormser Edict von 1521 betreffen, möge jeder Reichsstand es halten, wie er es vor Gott und Kaiserlicher Majestät zu verantworten sich getraue,“ die der Reformation zugethanen Landesherren sich entschlossen und entschließen mußten, um das Kirchenthum in ihren Landen nach den Grundsätzen des lauterer Evangeliums neu zu ordnen. Es ist bekannt, wie Churfachsen hierin voranging mit der allgemeinen Kirchenvisitation, welche auf Rat und Andringen Luthers Churfürst Johann der Beständige in den Jahren 1527 bis 1529 durch von ihm ernannte geistliche und weltliche Kommissarien nach einer denselben erteilten Instruktion für die Visitatoren in seinem Lande vornehmen ließ. Unter den Visitatoren befand sich Luther selbst nebst Melanchthon, und die Frucht dieser Visitation war nicht nur ein wohlgeordneter Zustand der Kirche Churfachsens, sondern es waren wertvolle Früchte derselben auch drei treffliche Schriften, die der evangelisch-lutherischen Kirche aller Länder zu Gute kommen sollten. Die eine dieser Schriften war Melanchthons Visitationsbüchlein oder Unterricht der Visitatoren an die Pfarrherren im Chur-

fürstentum Sachsen, das zu Wittenberg 1528 erschien und überall bei späteren Kirchenvisitationen zum Vorbild diente; die beiden andern waren Luthers großer und kleiner Katechismus von 1529, ersterer bestimmt zum Unterricht der Pfarrherrn in ihrer Studierstube, letzterer zur Unterweisung des Volks und der Jugend in Kirche, Schule und Haus.

Nach diesem Vorgange Chursachsens, der bald überall, wo man sich für die Reformation Luthers entschied, Nachahmung fand, ward auch im hiesigen Lande schon 1542 nach Vertreibung Herzogs Heinrich d. J. durch die Schmalkaldischen Bundesgenossen behufs Einführung der Reformation (s. I § 9) eine allgemeine Kirchenvisitation angeordnet, zu welcher deputiert wurden als geistliche Kommissarien von seiten Chursachsens Johann Bugenhagen, von seiten Hessens Anton Korvinus, von seiten der Stadt Braunschweig Martin Görlik; und als weltliche Kommissarien Heinrich von Steinberg, Georg von Dannenberg, Dietrich von Taubenheim und Joh. Hamstedt (Rat der Stadt Braunschweig). Ein Mandat der Bundesregierung vom 9. Oktober 1542 befahl allen Obrigkeiten und Unterthanen des Landes, die Visitatoren geziemend zu empfangen und zu unterstützen. In einer ihnen erteilten Instruktion vom 16. Oktober, die sich, ebenso wie jenes Mandat, noch bei den Akten des Konsistorii befindet, wurden ihnen große Vollmachten verliehen. Es heißt in derselben: Die Visitatoren sollen überall, wohin sie kommen würden, die Haupt- und Amtleute, die von der Ritterschaft, die Räte der Städte zc. zu sich bescheiden, ihnen wegen Annahme der reinen Lehre des Evangeliums christlichen Vorhalt thun, sodann die Pfarrer zc. examinieren und nach ihrem Wandel sich erkundigen, um die tauglichen oder doch leidlichen beizubehalten, die gutwilligen, aber unbrauchbaren abzufinden oder mit Pensionen zu versehen, die haßstarrigen abzusetzen und aus dem Lande zu verweisen und statt ihrer andere anzustellen; hierauf sollen sie die Einkünfte der geistlichen Güter untersuchen, die Verwaltung derselben und die Besoldungen der Kirchen- und Schuldiener durch Errichtung eines Gemeindefastens ordnen; ferner zur Aufsicht auf das Kirchenwesen Superintendenten einsetzen u. s. w.

Ein ebenso außerordentlicher Akt war die gleichfalls schon früher erwähnte allgemeine Kirchenvisitation, mittels deren Herzog Julius 1568 die Reformation des Landes erneuerte und auf die Dauer einführte und über den sich noch interessante Akten in der Registratur des Konsistorii befinden (s. I S. 21).

Eine dritte Generalkirchenvisitation ließ Herzog August der Jüngere durch Lüttemann 1651—1653 vornehmen, um das während des 30jährigen Krieges tiefgesunkene religiös-kirchliche Leben zu heben. Als eine Frucht dieser Visitation, wobei die traurigsten Zustände in Kirche und Schule zu Tage traten, kann angesehen werden das Corpus doctrinae Catecheticae Augustum. Auf gnädige Verordnung aufgesetzt von J. Lüttemann und nach dessen Tode zum Druck vervollständigt, Lüneb. b. d. Stern 1656. (Beste S. 238. 688.)

Solche außerordentliche Kirchenvisitationen sind in einzelnen Generalinspektionen noch später auf besondere Veranlassung vorgekommen; so 1687 in der Generalinspektion Holzminden, vermutlich um deren Diöcesanverhältnisse zu ordnen, nachdem dieselbe zum Range einer Generalinspektion erhoben war.

Ordentliche zu gewissen Zeiten wiederkehrende Kirchenvisitationen und zwar zunächst Specialvisitationen, welche die Superintendenten jeder General-Diöcese in den Pfarochien ihrer Inspektionen fleißig vornehmen sollen, ordnete schon Herzog Julius in seiner Kirchenordnung von 1569 an. Es heißt darüber (pag. 206 ff. d. 2. Aufl. v. 1615) in dem Abschnitt, der überschrieben ist: „Visitation und Amt der Specialsuperintendenten“: „Erstlich so soll ein jeder Special ein jede Pfarre ihme in seinem Bezirk signirt, zum wenigsten Jährlich zwei mal visitiren, nemlich das einmal nach Ostern, das ander nach Michaelis.“ Solche seine Visitation soll er bei der Amtsstadt anfangen und damit fortfahren von Pfarochie zu Pfarochie. Wo und wann er zu visitiren gedenkt, davon soll er dem Amtmann des Gerichts, in den Städten dem Bürgermeister, Anzeige machen, damit dieser auf den bestimmten Tag anheim sei und auch anheim zu sein befehle allen, die dabei nötig waren, welche waren nicht nur die Diener der Kirche und Schule, sondern alle, die etwas zu sagen und mitzusprechen hatten in der

Gemeinde. Daß die Visitation an einem Sonntage vorgenommen werden und dabei eine gottesdienstliche Feier stattfinden solle, davon ist in Julii Kirchenordnung nicht die Rede; ebensowenig von einer vorgängigen Berichterstattung über die Zustände des Kirchenwesens in der Gemeinde.

Was alles aber von den innerlichsten und wichtigsten Angelegenheiten der Kirche an bis zu den äußerlichsten, wie den Baulichkeiten und dem Rechnungswesen, der Superintendent bei seiner Visitation untersuchen, und wie er dabei hier und da unter Beihilfe des weltlichen Beamten, als seines quasi Mitvisitators, über den aber auch selbst wieder, soweit es sein kirchliches Verhalten betrifft, von ihm zu inquiren ist, verfahren soll, das besagt eine Reihe sehr specieller Vorschriften unter der Überschrift: „Artikel, worauf die Speciales ihre Visitation richten sollen.“

Man ersieht aus diesen Vorschriften, die zum Teil sehr beachtenswert sind, die aber hier im einzelnen nicht aufgezählt werden können, wie umfassend damals das Gebiet war, das als kirchliches galt, und wie ausgedehnt deshalb die Kompetenz des Kirchenregiments und die Befugnis der Superintendenten als der bevollmächtigten Organe desselben. Man ersieht aber auch aus diesen Vorschriften, zumal da eine solche Visitation alljährlich zweimal in jeder Gemeinde stattfinden sollte, wie damals, wo in der Kirche, wie im Staate noch wenig per scripta et rescripta, sondern meistens durch mündliche Bernehmungen und Befehle regiert ward, eben die Kirchenvisitation es war, in welcher sich der bei weitem größte Teil der Thätigkeit des Kirchenregiments in den Gemeinden konzentrierte, und welche daher als ein Akt galt, auf den nicht leicht zu viel Zeit verwandt werden könne.

Was der Superintendent an Mängeln und Mißständen vorfand, hatte er, wenn es geistlicher Art war, sofort zu ordnen aus eigener Auktorität, wenn weltlicher Art, mit Hilfe des Gerichtsherrn und Beamten; was der Entscheidung von höherer Stelle bedurfte, darüber hatte er zu berichten an den Generalsuperintendenten oder auch, wenn der Fall ein vorzüglich wichtiger und schwieriger war, darüber samt dem Generalsuperintendenten Vortrag zu machen bei dem Synodus, der alljährlich

zweimal beim Fürstlichen Konfistorio abgehalten ward, um über die Ergebnisse der gehaltenen Visitationen zu beraten. (S. 170).

Dieser Synodus bestand nicht lange, sondern geriet seit den Nothständen des dreißigjährigen Krieges in Abgang, und es kam dadurch in die Visitationsordnung Herzogs Julius eine empfindliche Lücke, die, so wie manches Andere, was sich im Laufe der Zeit verändert hatte, eine Erneuerung dieser Visitationsordnung erforderlich machte. Seine Befriedigung fand dieses Bedürfnis erst durch den Erlaß der Erneuereten Kirchenordnung Herzogs Anton Ulrich im Jahre 1709, welche in Kap. 19 ihres ersten Theils von der Kirchenvisitation handelt und in vielen Punkten den veränderten Zeitumständen Rechnung trägt. Die Kunst, auch im Schriftwege von Oben her zu regieren, hatte seit Herzogs Julius Zeit Fortschritte, die Vermögensverhältnisse der meistens verarmten Kirchen, welche die Kosten der Visitationen tragen mußten, hatten Rückschritte gemacht; so ward jetzt bestimmt, es sollten um der Kostenersparung willen die Visitationen in jeder Pfarodie künftig, statt jährlich zweimal, nicht öfter angestellt werden, als jedesmal nach verflossenen zwei Jahren.

Das weltliche Element war bei Regierung der Kirche neben dem geistlichen mehr und mehr zur Geltung gelangt; so tritt denn in der neuen Visitationsordnung auch entschiedener, als in der bisherigen der weltliche Beamte neben dem Superintendenten als wirklicher Mitvisitator hervor, und es wird deutlicher bezeichnet, was der eine und der andere zu thun habe.

Man fand nötig, daß die Kirchenvisitation erscheine und aufgefaßt werde nicht als ein nur administrativer und inquisitorischer Akt zu kirchenregimentlicher Untersuchung und Ordnung von Zuständen, sondern vor allem auch als ein oberhirtlicher Akt zu der Gemeinde Erbauung und ihrer Hirten und Lehrer Erweckung: so bestimmte daher die E. K. O.: Der erste Teil der Visitation solle bestehen in einer gottesdienstlichen Feier, die etwa folgendermaßen verläuft: Nach Eröffnung derselben mit Gesang hält der Pfarrer einen kurzen Sermon über einen vom Superintendenten 8 Tage vorher ihm gegebenen Text. Sodann teilt sich die Gemeinde in so viel Haufen, wie Prediger anwesend sind, deren

der Pastor sich zwei bis drei wählen kann als Mithelfer bei der mit der Gemeinde anzustellenden Prüfung im Christentum; die Schuljugend aber stellt sich auf den Chor. Und nun erfolgte zuerst das Examen der Kinder durch den Pastor loci und daran sich schließende Fragen des Superintendenten; sodann das Examen der Erwachsenen und Alten durch den Ortsprediger und dessen Assistenten, das der Superintendent anhört, auch wohl durch einige Fragen ergänzt, worauf er die Feier beschließt mit einer kurzen Rede, in welcher er den Anwesenden, besonders den Eltern der Gemeinde, zu hören giebt, was ihnen zu hören und zu beherzigen not thut.

Von dem Mancherlei, welches im zweiten, nicht rein geistlichen Teil der Visitation von den Visitatoren verhandelt werden soll und was im Laufe der Zeit außer Übung und Geltung gekommen ist, mögen hier nur noch zwei Punkte besonders hervorgehoben werden. Der eine betrifft die kirchliche Disciplin, die zur Zeit des Erlasses der E. R. O. noch ziemlich straff war und auch noch gehandhabt wird mit Mitteln weltlicher Justiz. Darüber heißt es in § 16 unseres 19. Kapitels: „Hierauf sollen (von den Visitatoren) diejenigen aus der Gemeinde vorgefordert werden, welche etwa in offenkundiger Gottlosigkeit, Verachtung des H. Abendmahls oder auch in Unversöhnlichkeit mit ihren Nächsten leben, denen dann das Gewissen gerühret, sie ernstlich korrigiret und ermahnet und dabei, wenn keine Besserung folgen würde, mit schweren Strafen bedröuet, solche Strafen auch wohl an den Trotzigen und Halsstarrigen in continenti dem Befinden nach mit Selbstbuße oder Gefängniß vollstreckt werden sollen.“

Der andere Punkt betrifft die Revision und Abnahme der Kirchenrechnungen, mit der es längst nicht mehr so kurz und summarisch zugehen konnte, wie zu Herzogs Julius Zeit, und in Bezug auf welche deshalb, da sie doch auch ferner mit der Kirchenvisitation verbunden bleiben sollte, der § 18 unsers Kapitels die nötig erachteten Bestimmungen enthält; welche aber, auch wenn sie nun nach diesen Bestimmungen vorgenommen ward, immer noch ein zeitraubendes Geschäft war, das die Visitation sehr in die Länge zog und den Kirchentassen wenig Nutzen brachte.

Als ein Hauptübelstand machte sich im Laufe der Zeit bemerklich, daß die Theilnahme der Gemeinde an dem gottesdienstlichen Akt merklich abnahm, sei es aus Gleichgiltigkeit oder, was wahrscheinlicher ist, aus Scheu vor dem mit den Anwesenden anzustellenden Examen. Da alsdenn nicht erreicht werden konnte, was als „Hauptzweck der Kirchen-Visitation“ galt, „von dem Erkenntnis der Gemeinden im Christentume eine hinlängliche Untersuchung anzustellen“, so wurde durch Landesfürstliche Verordnung vom 2. November 1767 den Bauernmeistern aufgegeben, mit Strafandrohung die Gemeindeangehörigen zum Besuch des Gottesdienstes am Tage der Visitation heranzuziehen, auch ein Verzeichniß der Ausgebliebenen mit Angabe der etwaigen Entschuldigungsgründe dem geistlichen Visitator zuzustellen und gegen diejenigen, welche sich ohne genügende Entschuldigung dem Gottesdienste entzogen haben, „mit Beirückung der Strafe ohne alle Nachsicht zu verfahren.“ Es ist begreiflich, daß eine durch solche Zwangsbestimmungen geschützte Institution von Vielen immer widerwilliger ertragen wurde und daß um so lauter die Klagen und Beschwerden wurden über die mit Abhaltung der Kirchen-Visitationen den Gemeinden entstehenden nicht unerheblichen Kosten.

Um diesen und anderen nicht unberechtigt scheinenden Klagen und Beschwerden abzuhelpen und überhaupt das Visitationsgeschäft zu vereinfachen, wurde die Landesfürstliche Verordnung vom 12. August 1782 erlassen darüber: „wie es hinfüro mit den Kirchenvisitationen auch mit den dazu, wie zu den Einführungen der Prediger erforderlichen Kosten zu halten.“ Hiernach soll die Abnahme der Kirchen-, Pfarrwitwenhaus- und anderen Rechnungen der *piorum corporum* künftighin von dem Visitationsgeschäft völlig separiert sein und von dem weltlichen Visitator zu anderer Zeit allein vorgenommen werden. — Die Kirchenvisitation dagegen soll der geistliche Visitator allein ohne Zuziehung des weltlichen Visitators der Fürstlichen Kirchenordnung gemäß verrichten; es haben aber die Beamten und Gerichtsherrn für die Leistung der Fuhr desselben zu der Visitation von seiten der betreffenden Gemeinde zu sorgen.

Zu dem Visitationsgeschäft sollen sich hinfüro der Superintendent oder, falls dieser zu visitieren ist, der Generalsuper-

intendent, und außerdem, wenn die zu visitierende Gemeinde über 30 Hauswirthe stark ist, noch ein assistirender Prediger einfinden. Dem Kirchenpatron soll der Zutritt zu der Kirchenvisitation, wie zu der Rechnungsabnahme auf seine Kosten, so wie auch das Recht, dabei Erinnerungen zu machen, frei stehen. Die Kosten der Speisung der zu dem Visitationsgeschäft gehörigen Personen, welche aus der Kirchencasse zu bestreiten sind, werden durch besondere Bestimmungen thunlichst beschränkt.

In Bezug auf das Verfahren bei der Visitation durch den nunmehr allein sie abhaltenden Superintendenten, resp. Generalsuperintendenten, ward außer den vorbemerkten Punkten an den Bestimmungen der E. K. O. nichts geändert. Indes zeigte sich bald, daß nicht alles in den bestehen gelassenen Bestimmungen mehr zeitgemäß sei, und dadurch kam manche dieser Bestimmungen außer Anwendung, ohne daß sie ausdrücklich aufgehoben oder geändert wäre, manche Bestimmung aber und damit das ganze Institut der Visitation geriet in Mißachtung und Verfall, und man empfand, nachdem schon in mehreren anderen deutschen Landeskirchen mit dem Erlaß neuer Kirchenvisitationsordnungen vorangegangen war, auch bei uns das Bedürfnis des Erlasses einer solchen, welchem Bedürfnis, nachdem unser Kirchenregiment durch Errichtung einer Landessynode verstärkt war, sofort abgeholfen ward durch das unter Mitwirkung derselben erlassene Kirchengesetz vom 6. Januar 1873.

Hiernach sollen die Superintendenten in jeder Pfarodie ihrer Diöcese alle 4 Jahre eine Specialvisitation abhalten. Die Kirchen der Superintendenten werden visitiert von den Generalsuperintendenten; die Kirchen dieser, wie auch der Stadtsuperintendenten zu Braunschweig und Wolfenbüttel und die Hof- und Domkirche werden visitiert von einem geistlichen Mitgliede des Konsistoriums.

Vor der Visitation hat der Pfarrer einen Parochialbericht einzureichen nach Anleiung der ihm zugesandten Visitationsfragen, welche im Jahre 1892 neu formuliert sind.

Am Visitationstage findet kirchlicher Gottesdienst statt mit Predigt, wozu der Visitator den Text; und Katechisation, wozu derselbe den Gegenstand bestimmt. Darnach werden mit dem

Kirchenvorstände die kirchlichen Verhältnisse besprochen, und erhält derselbe Gelegenheit, Wünsche zu äußern, Anträge zu stellen, auch Beschwerden vorzubringen. Desgleichen bespricht der Visitator nach Entfernung des Kirchenvorstandes mit dem Geistlichen, was sachdienlich ist, teilt demselben auch sein Urtheil mit über dessen Predigt und Katechese und beschäftigt schließlich auch die Pfarregistratur. Das Wesentliche des Gergangs und der Visitationenverhandlung wird alsdann in einer Kirchen-Visitations-Relation unter Anfügung des Parochialberichts und der gehaltenen Predigt an Herzogliches Konsistorium berichtet.

Die Kosten des Transports des Visitators trägt die Gemeinde; wegen Speisung desselben erhält der visitierte Pastor 5 Mk. aus der Kirchenkasse.

Außer diesen ordentlichen Specialvisitationen können außerordentliche Specialvisitationen auf besondere Anordnung des Konsistoriums gehalten werden.

Außer den Specialvisitationen gab es früher in unserer Landeskirche auch ordentliche Generalvisitationen, welche jeder Generalsuperintendent von Zeit zu Zeit zu halten hatte nicht nur bei den Superintendenten seiner Generaldiöcese, sondern auch, vermutlich in Begleitung derselben, in den Parochieen von deren Specialinspektionen, um Kenntniß zu nehmen, sowohl von deren Inspektionsverwaltung, wie von den kirchlichen Zuständen der seiner Oberaufsicht unterstellten Gemeinden.

Näheres darüber, wie diese Generalvisitationen vorgenommen wurden, ob etwa in ähnlicher Weise, wenn auch mehr im Kleinen, wie sie heutzutage von Zeit zu Zeit mit großer Solennität vorgenommen werden von den Preussischen Generalsuperintendenten in ihren ausgedehnten Amtskreisen, läßt sich nicht wohl angeben; es fehlt darüber an Nachrichten. Ebenjowenig kann bestimmt werden, zu welcher Zeit und durch welche Verfügung dieselben zuerst bei uns angeordnet sind. Herzogs Julii Kirchenordnung sagt nur ganz unbestimmt im Allgemeinen Pag. 217 „Erstlich soll jeder Generalis auf seine Specialsuperintendenten mit fleißigem Ernst sehen, damit jeder seinem Befehl und Amt der Instruction nach mit Fleiß nachkomme und hierin Niemand's verschont werde.“ Die Ern. R. O. schreibt über Generalvisitationen überhaupt

§ 69. Von den repräsentativen Organen des Kirchenregiments.

Da die gesamte Kirche oder das ganze christliche Volk einen königlichen, wie priesterlichen Charakter hat, *) so kann dasselbe, wie früher schon dargelegt ist (erster Teil § 27 ff.) nicht nur die dem geistlichen Amte nach göttlicher Stiftung zustehende potestas ordinis, seu clavium oder Schlüsselgewalt (bajelbst S. 56) in Fällen der Not, wenn Träger des geistlichen Amtes nicht vorhanden sind, ausüben, sondern es ist auch berechtigt zur Teilnahme an der potestas regiminis oder Regierungsgewalt.

Diesen Anteil am Kirchenregiment kann aber der Natur der Sache nach nicht jeder Einzelne wahrnehmen, sondern die

*) Da hinsichtlich des mehrfach erwähnten „allgemeinen Priestertums“ vielfach die Meinung verbreitet ist, als ob jeder, der dem Namen nach ein Christ ist, ohne weiteres desselben teilhaftig sei, so möge hier Nachfolgendes bemerkt werden:

Die Grundlage des königlichen Priestertums der Christen oder des sogenannten allgemeinen Priestertums aller Gläubigen ist auf der einen Seite Christus als der ewige Hohepriester und König (Hebr. 7, 21. 26–27. Matth. 28, 18. Eph. 1, 20–23) auf der andern Seite ist es sowohl die Taufe, als auch der Glaube an ebendenselben Jesus Christus, das ist „ein lebendiges und zuversichtliches Ergreifen Christi, wie er im Evangelio uns dargestellt ist.“ (Landeskatechismus S. 106). Den wirklich Gläubigen gilt, was 1. Petr. 2, 9 geschrieben steht: „Ihr aber seid das auserwählte Geschlecht, das königliche Priestertum, das heilige Volk, das Volk des Eigentums“ (s. 1. Petr. 2, 7. Offenb. 1, 6).

Darin nun, daß der Glaube etwas Innerliches ist, dessen Vorhandensein oder Fehlen sich menschlichem Urteil entzieht, liegt die Schwierigkeit, das allgemeine Priestertum der Gläubigen zur Verfassungsgrundlage zu machen, wie dies seiner Zeit vergeblich durch Lambert in Hessen versucht wurde (S. 215 ff.). Jedenfalls hat eine sogenannte „reine“ Synodalverfassung ihr höchst Bedenkliches.

haupt nichts vor. Dagegen setzt Soreniss gnädigste Verordnung vom 28. Mai 1746, „wie es in Hochdero Landen hinfünftig mit den Kirchenvisitationen zu halten“, dieselben als bestehend voraus, und sollen sie danach „von den Generalsuperintendenten alle 4 oder 5 Jahre in allen Kirchen der Generalinspektion, auch in denen der Superintendenten, gehalten werden.“ Sie wurden aber aufgehoben durch die schon erwähnte Höchste Verordnung vom 12. August 1782 „wie es hinführo mit den Kirchenvisitationen zu halten“, in welcher es § 1 heißt: „Es sollen die Generalvisitationen von nun an gänzlich eingestellt und die Generalsuperintendenten bloß die Specialsuperintendenten zu visitieren gehalten sein“.

Demgemäß hat unsere Landeskirche diese Institution bis in die neueste Zeit nicht mehr gekannt. Jedoch hat die neueste Kirchengesetzgebung durch „die Kirchen-Visitations-Ordnung für die evangelisch-lutherischen Kirchen des Landes“ vom 6. Januar 1873 (Ges.- und Ver.-S. 1873 Nr. 4) dafür gesorgt, daß außerordentliche Generalvisitationen, sei es nun für eine Generaldiöcese, oder die gesamte Kirche, wieder abgehalten werden können, „wenn ein Bedürfnis darnach vorliegt, oder besondere Zwecke sie erheischen“; — da, wie die Motive zu dem Gesetze hervorheben, „dieselben sich als ein vorzügliches Mittel bewährt haben, um sowohl unter den Geistlichen und Lehrern, als auch in den Gemeinden, weckend, lebend, bessernd und befestigend einzuwirken und das Band kirchlicher Gemeinschaft zwischen den verordneten Kirchenbehörden und den ihnen anvertrauten Gebieten, sowie auch zwischen verschiedenen Landesteilen unter einander durch persönliche Verührung inniger und fester zu knüpfen.“

Die Abhaltung von Generalvisitationen unterliegt einer besonderen Anordnung der Kirchenregierung, und soll zuvor auch die Landessynode darüber angehört werden.

Wie eine Generalvisitation abzuhalten sein würde, bestimmt die Visitationsordnung nicht, und da seit Erlaß derselben eine Generalvisitation nicht abgehalten ist, so bleibt abzuwarten, welche Form durch kirchenregimentliche Anordnung bestimmt wird.

Einzelnem können dies nur als Glieder einer Kirchengemeinde, welche ihre Vertreter auf geordnetem Wege ernennt. Auf dem Wege der Wahl sind bei uns gebildet

zuerst Kirchenvorstände § 70,

sodann eine Landesynode § 71,

• hierauf Inspektionsynoden § 72.

Da unsere synodalen Einrichtungen organisirte Gemeinden zur Voraussetzung haben, so erscheint es angemessen, hier zuerst das Nötige zu bemerken über die kirchlichen Gemeinden, deren Wesen, Pflichten und Rechte, bevor wir zweitens betrachten, wie dieselbe ihre Rechte bis zur Einrichtung von Kirchenvorständen ausgeübt haben. Hieran möge sich dann noch drittens schließen eine Hinweisung auf den ersten Versuch, repräsentative Organe zu bilden, wie solcher in dem unterm 4. Mai 1850 veröffentlichten Entwurf einer Verfassungs-Urkunde für die evangelisch-lutherische Kirche des Herzogthums Braunschweig unternommen ist.

1. Wesen, Pflichten und Rechte der kirchlichen Gemeinden.

Kirchengemeinde ist jede Vereinigung von Kirchengenossen, die ein eigenes Kirchenthum — eine Kirche mit den kirchlichen Gerechtsamen — besitzt für den gottesdienstlichen Zweck.

Von Kirchengemeinden sind zu unterscheiden bloß eingepfarrte Gemeinden ohne eigenes Kirchenthum, welche oft fälschlich Filiale genannt werden. *)

Die Kirchengemeinden sind entweder *matres*, Muttergemeinden, die ein eignes Pfarramt oder *filiae*, Filialgemeinden, die kein eignes Pfarramt, wohl aber ein eignes vollständiges Kirchenthum besitzen. Solche Gemeinden, in denen das an sich ihnen eigene Pfarramt durch den Prediger einer andern Muttergemeinde mit verwaltet wird, nennt man: *matres combinatae*.

*) Eingepfarrte Gemeinden ohne eignes Kirchenthum finden sich in größerer Zahl in der Borsfelder und Calvörder Gegend, ebenso auch bei Greene.

Eine Pfarrgemeinde bilden alle die, welche auf den Dienst desselben Pfarrers angewiesen sind.

Parochie *παροικία* (S. 194) heißt der Pfarrsprengel, der örtliche Bereich, auf den die Pfarrgemeinde sich beschränkt. Man unterscheidet eigentliche Parochieen, welche örtlich begrenzt sind, und uneigentliche Parochieen (*ecclesiae vagae* oder *vagantes*), bei denen die Zugehörigkeit nicht durch den Wohnort, sondern durch persönliche Eigenschaften bedingt ist, z. B. die Hofgemeinde und die Garnison- und Militärgemeinden.

Die Pflichten der Kirchengemeinden, welchen die ihnen zukommenden Rechte entsprechen, sind theils stricte rechtliche Zwangspflichten, theils moralische Pflichten.

Jede Kirchengemeinde hat die Pflicht, sich der Kirchenordnung zu unterwerfen, sowohl rücksichtlich der Lehre und des Kultus, wie auch der Verfassung und der Disciplin. Dem entspricht das Recht, bei allgemeinen und bei örtlichen kirchlichen Anordnungen gehört zu werden, bei ersteren durch ihre Vertreter in der Synode, bei letzteren durch ihre Vertreter im Kirchenvorstande, sofern nicht bei allgemeinen Anordnungen das Recht der Synode in Frage kommt.

Die Kirchengemeinde muß den Predigern und sonstigen Kirchenbedienern nicht nur im Zeitlichen leisten, was ihnen gebührt (Intraden, Transport u. s. w.), sondern auch die ihrem Amte gebührende Achtung und Folgsamkeit beweisen. Dem entspricht das Recht, sich ungeeignete Kirchenbediener nicht aufdrängen zu lassen. Demgemäß haben einige Gemeinden ein Wahlrecht, die andern nur das negative Votationsrecht, alle aber das Recht der Beschwerde bei Verletzung der Amtspflichten.

Der Pflicht, durch einen christlichen und kirchlichen Lebenswandel sich darzustellen als eine Gemeinde, „die herrlich sei, die nicht habe einen Flecken oder Runzel oder des etwas, sondern daß sie heilig sei und unsträflich“ Ephes. 5, 27 gemäß ihrem königlichen und priesterlichen Charakter (vergleiche was oben über das allgemeine Priestertum aller Gläubigen bemerkt ist S. 269), entspricht das Recht, über die der Gemeinde Angehörigen in Unterstützung des geistlichen Amtes und in Verbindung mit der seelsorgenden Thätigkeit des Geistlichen eine Aufsicht und Zucht zu üben.

Der Pflicht, zur Unterhaltung ihres Kirchentums und der kirchlichen Gebäude durch Geldmittel oder sonstige Leistungen beizutragen, entspricht das Recht, bei der Verwaltung des Kirchenvermögens, bei Bausachen und dergleichen in einer solchen Weise mitzuwirken, daß die Gemeinde versichert wird, daß sie nicht ungebührlich beschwert, auch das Kirchenvermögen nicht dem Zwecke entgegen verwendet werde.

Der Pflicht, sich dem bestehenden Parochialrecht und Parochialzwang zu fügen, z. B. in Bezug auf Kirchenbesuch, Berrichtung und Vergütung der kirchlichen Handlungen, Parochialbaulast und sonstige Leistungen, entspricht das Recht, die Parochialgerechtsame der Kirche zu wahren und bei beabsichtigten Parochialveränderungen gehört zu werden.

2. Geordnete Ausübung der Rechte der Kirchengemeinde.

In dieser Hinsicht hat es bei uns in frühern Zeiten nicht gänzlich gefehlt an Einrichtungen, durch welche solches hat geschehen können.

In der Stadt Braunschweig hatte schon sehr früh die Bürgerschaft ihre Vertretung dem Magistrat gegenüber; vor der Reformation in politischen Dingen, bei Durchführung der Reformation*) und nach derselben auch in kirchlichen Angelegenheiten. In

*) Nehtmeier berichtet in der Kirchen-Historie III S. 33 hierüber wie folgt: „Weil nun schon ann. 1513 um Friede und Einigkeit willen beschlossen war, daß alljährlich die Gilden-Meister und Hauptleute der Stadt zu zween malen, oder so oft es nötig, zusammen geordert werden sollten, auf daß, so sie etwas erführen, daraus Zwietracht und Uneinigkeit erwachsen möchte, sothanes E. Hochw. Rat ansagen sollten, und sich also miteinander beratschlagen; so wurden nunmehr (1528) solche Rat-schläge mit den dreien Ständen und der ganzen Bürgerschaft desto öfter wegen der Religions-Veränderung gehalten, so daß die gemeine Bürgerschaft ohne den Gildenmeistern und Hauptleuten noch gewisse Bürger, die der evangelischen Lehre zugethan waren, bestelleten, welche inögemein die Berordneten genannt wurden, deren Amt war, die Religions-sache bei dem Rat zu treiben“.

Nachdem die beiden Prädikanten zu St. Magnus Heinrich Lampe (seit 1526) und Johannes Oldendorp (seit 1527) es als die ersten gelangt

Folge der durch diese Vertretung gegebenen Anregung entstand das Amt der „Kassenherrn“, welchen zwar zunächst nur die Einnahme und Verwaltung der in den gemeinen Kassen (Gotteslasten oder Armerkassen) fließenden Gaben, wie auch des Kirchenvermögens selbst, oblag, welche aber auch den Geistlichen überhaupt in Kirchen- und Religionsfachen beratend zur Seite stehen sollten.

Die so ernannten Kassenherrn erlangten sehr bald einen bedeutenden Einfluß. Die Prediger traten mit ihnen zusammen zu den sogenannten General-Kolloquien, in welchen ähnlich wie in einer Synode kirchliche Angelegenheiten verhandelt wurden. *)

hatten „in Gottes Namen ohne Urlaub und Bewilligung der Obrigkeit und Union“ (S. 192 Anmerkung) „die unchristlichen Ceremonien und papistischen Mißbräuche“ abzuschaffen und „den rechten Gebrauch der Heiligen Sakramente“ einzuführen, (Rehmeier S. 30) und nachdem die reformatorischen Ideen auch in den anderen Gemeinden verbreitet waren, wandte sich die Bürgerschaft vermittelt jener Verordneten an den Rat mit dem Antrage auf „Anordnung eines gemeinen Kassen, Berufung der Prediger, Kirchengelänge, Schulen und insonderheit, daß ein berühmter und ansehnlicher Theologus von Wittenberg möchte berufen werden, welcher die wahre Lehre des Heiligen Evangelii mit seinem Ansehen und autorität bestätigen, eine gewisse Kirchenordnung aufrichten und die „Papistischen Gebräuche ferner abschaffen könnte“. (a. a. O. S. 54).

Der Rat gab bereitwillige Zusage, indem er hinsichtlich seiner Befugnis ausdrücklich bemerkte: „Nachdem er von der ganzen Gemeinde zu dem Regiment erwählt, sollte nicht unbequem sein, daß er mit den Vorgesetzten von der Gemeinde und mit den Predigern vollkommen Recht hätte, Prädicanten anzunehmen und so sie ungeschickt befunden, wieder zu erlauben“. (a. a. O. S. 55. 2).

Er sagte zu, einen „gemeinen Kassen behuf Armer und Haus-Armer einzurichten und dazu welche zu verordnen, die von dem Volke mit angehängten zugerichteten Beuteln ihre milden Almosen fordern möchten“. „Allein die Kelter-Leute sollten auch in den großen Festen zu Behuf und Erhaltung der Gotteshäuser mit den Tasseln in den Kirchen nach alter Gewohnheit umgehen“.

*) Rehmeier berichtet a. a. O. S. 94 ff.: „Weil noch zu der Zeit 1530) die Vornehmsten im Rat der Lutherischen Religion nicht alle

Diese synodale Einrichtung bestand indessen nur kurze Zeit. Denn „weil“, wie Rehtmeier berichtet (a. a. O. S. 95) „die Rasten-Herrn sich zu viel unternahmen und über die Prediger, als welche die Besoldung von ihnen empfingen, herrschen wollten, so wurden sie (nämlich die General-Colloquia) von D. Chemnitio wieder abgestellt“.

Die nach Einführung der Reformation 1569 durch Zult Kirchenordnung eingesetzten Rastendiakonen oder Rastenherrn, wie auch die nach der Ern. R. O. I. Kapitel XXI von den Gerichtsherrn und Beamten mit Zuziehung des Pastors zu wählenden Vorsteher und Rechnungsführer bei Kirchen-, Hospitallen- und Armen-Rasten erlangten nicht die Bedeutung von Vertretern der Gemeinden. Während die Kirchenprovisoren und Repräsentanten in den Städten, welche an Stelle der Rastenherrn getreten waren, hier und da einige Bedeutung gewannen, sanken die Kirchenvorsteher in den Landgemeinden unter dem Einfluß der herrschend werdenden territorialistischen Anschauungen immer mehr zu bloßen Altaristen, zu bloßen Bediensteten, herab, bei denen nicht davon die Rede sein kann, daß sie wirkliche Vertreter der Kirchengemeinden sind. Als solche sahen sich vielmehr die Magistrate in den Städten und die politischen Ortsvorstände in den Landgemeinden an. Ebenso betrachteten sich als Vertreter der Landeskirche die Landtage und die Ständeversammlungen.

Dies konnte als gerechtfertigt erscheinen, so lange die staatsbürgerlichen Rechte durch das Bekenntnis zum Christentum bedingt waren und man also verfassungsmäßig einen christlichen Staat hatte, und erklärt es sich hieraus, daß in den Gemeinden

geneigt waren und verhalben die Kirchen-Sachen ungern förderten, mußten die Prediger sich zu den Rasten-Herrn und Diakonen halten und mit denselben von Kirchen- und Religions-Sachen konferieren, als welche solche Personen waren, die das Evangelium lieb hatten. Was alsdann vor Sachen in dem General-Colloquio vorsielen, so ohne Hilfe E. E. Rats nicht konnten gefördert oder zu Werke gerichtet werden, dieselben wurden durch einen Ausschuß der Prediger und Rasten-Herrn an E. E. Rat gebracht“.

selbst ein Bedürfnis nach kirchlicher Vertretung sich wenig geltend gemacht hat. Auch heutigen Tages beweist die schwache Beteiligung bei den Kirchenvorstandswahlen, daß das seit Jahrhunderten bestandene Bewußtsein, daß die kirchliche Gemeinde dieselbe ist, wie die politische, daß der Staat wenn auch nicht mehr de jure, wohl aber immer noch de facto ein christlicher ist, sich allen gegenteiligen Doktrinen gegenüber lebendig erhalten hat.

3. Erster Versuch zur Bildung repräsentativer Organe.

Daß im Jahre 1831 durch den Pastor Dr. Benturini zu Hordorf in Verbindung mit einigen Geistlichen ohne hinreichende Sachkenntnis hingestellte Verlangen nach Vertretung der Kirche in den staatlichen Körperschaften mochte hier und da zu Besprechungen anregen, aber es vermochte nicht zu ernsthaften Verhandlungen zu veranlassen.*)

*) Benturini, welchen Beste nicht mit Unrecht charakterisiert als „die abenteuerlichste Gestalt unter den Vertretern des zu Anfang des 19. Jahrhunderts herrschenden Nationalismus“ (geb. 1767 † 1849), bekannt durch mehrere schriftstellerische Leistungen, unter denen die sich auf vaterländische Geschichte beziehenden nicht ohne Verdienst sind, hatte aufgestellt: „Hauptsätze, die auf der Deputierten-Versammlung der drei Generalinspektionen Braunschweig, Wolfenbüttel und Helmstedt zu beraten und nach Stimmenmehrheit zu entscheiden sind“. Es wird darin unter anderem verlangt:

1. „Repräsentation der Kirche in der ständischen Versammlung durch frei aus unserer Mitte gewählte Vertreter“.

2. „Vertretung der Kirche und des geistlichen Lehrstandes im Staatsministerium durch einen geistlichen Geheimen- oder Ministerialrat.“

3. „Wiederherstellung der oberen kirchlichen Behörde in ihre alten Rechte, jedoch mit dem Rechte der Appellation an die oberste Staatsbehörde von unserer Seite“.

Die Superintenden ten waren dem Unternehmen wenig geneigt. Der Superintendent Linke zu Thiede wies darauf hin, daß „die intendierte Versammlung als Eigenmächtigkeit und Demagogie angesehen werden könnte“, reichte aber eine Denkschrift an Herzogliches Konsistorium unter am 19. Oktober 1831 ein, wegen einiger zu erstrebender Reformen, die ab er weniger das Gebiet der Verfassung betrafen. (S. Ev. luth. Monatsblätter 1886 S. 94 und 1887 S. 17. Auch die Reskriptenbücher.)

Von Bedeutung aber war es, daß die neue Landschafts-Ordnung von 1832 in § 213 bestimmte: „Die Ausübung der in Bezug auf das Kirchenwesen den einzelnen evangelischen Gemeinden zustehenden Rechte soll einem die Kirchengemeinde vertretenden Vorstande übertragen werden, über dessen Zusammensetzung und Wirkungskreis ein Gesetz das Nähere bestimmen wird“.

Indes vorläufig drängte nichts dazu, das in Aussicht gestellte Kirchenvorstandsgesetz wirklich erscheinen zu lassen, denn von der zu jener Zeit herrschenden Theorie, welche den Staat für religiös indifferent, für konfessionslos, ja sogar religionslos erklärte*), blieb noch auf lange Zeit der thatsächliche Zustand

*) Da es bei der überall im Gange befindlichen Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche von der größten Wichtigkeit ist, nicht bloß über das Wesen der Kirche als einer von Gott gestifteten Heilanstalt und Heilsgemeinschaft, sondern auch über dasjenige des Staates, als einer Rechtsanstalt und Rechtsgemeinschaft eine richtige Anschauung zu haben, so mögen nachfolgende Bemerkungen hier ihren Platz finden, welche aber nur Andeutungen und Fingerzeige enthalten können.

Erfordernisse des Staats sind: ein Volk, ein Land; Regierung und Regierte; Obrigkeit und Unterthan. Der Staat ist die Gesamtheit seßhafter Menschen, welche unter einer seine Gesamtangelegenheiten leitenden obersten Gewalt auf einem bestimmten Gebiet zu einer sittlich organischen Persönlichkeit vereinigt ist. — Er ist das selbständige und unabhängige Gemeinwesen, welches die oberste Leitung und Förderung aller Gesamtinteressen eines seßhaften Volkes umfaßt.

Der Staat hat nicht minder einen sittlichen Charakter, wie die Kirche, und läßt daher die Meinung, wonach der Staat ein rein äußerlich menschliches, bloß um der Sicherheit der Gesellschaft willen bestehendes polizeiliches Institut ist, den Staat nicht zu dem ihm gebührenden vollen Rechte kommen. Es werden ihm seine edelsten sittlichen Aufgaben, sein sittlicher Inhalt, seine eigentliche Seele genommen; er wird naturalisiert und mechanisiert.

Dieser im vorigen Jahrhundert im Zeitalter des Deismus und Naturalismus und der sogenannten Aufklärung, welche im Atheismus der französischen Revolution ihr Ende mit Schrecken nahm, herrschenden Ansicht gegenüber, hat in diesem Jahrhundert durch den Einfluß geist-

unberührt, und ist er eigentlich auch jetzt noch unberührt geblieben. Die Personen, welche die Organe des Staates

voller Philosophen und Theologen eine andere, derselben entgegengesetzte Anschauung große Verbreitung gewonnen, wonach dem Staat alles Sittliche anheim fällt und folglich alle Kirche in ihm aufgehen muß. Der Staat ist hiernach diejenige Anstalt, welcher die Erfüllung der höchsten sittlichen Interessen und die Erreichung des Ziels, der Zwecke der Menschheit zur Aufgabe gesetzt ist und zwar in dem Maße, daß er als der alleinige und vollkommene Ausdruck der Sittlichkeit selbst erscheint, neben welchem keine andere Einrichtung für irgend welche sittliche Zwecke gedacht werden kann. Hegel, Philosophie des Rechts: „Man muß den Staat als ein irdisch göttliches verehren; der Staat ist göttlicher Wille als gegenwärtiger, sich zu wirklicher Gestalt und Organisation einer Welt entfaltender Geist“. — Rothe, theologische Ethik: „Der Staat ist die höchste und umfassendste sittliche Gemeinschaft. Er hat die Bestimmung, einst alles sittliche Leben zu umfassen; die Kirche hat nur eine vorübergehende Bedeutung, der Staat die höhere, bleibende“.

Man sollte meinen, der auf solche Weise verkirchlichte Staat hätte müssen die Pflege der Religion für seine vorzüglichste Aufgabe erklären, wie dies die heidnischen Staaten sowohl des klassischen Alterthums, als auch der Jetztzeit gethan haben und thun, aber eine gegenteilige Konsequenz hat David Strauß gezogen, welcher Kirche und Religion für den Staat nicht bloß überflüssig, sondern sogar schädlich erklärt hat, denn wer außer den Staatsbürgerpflichten noch Pflichten als Himmelsbürger zu haben glaube, der werde als Diener zweier Herren jene notwendig vernachlässigen müssen.

Den vorbezeichneten beiden Ansichten gegenüber, deren eine den Staat herabsetzt zu einer bloß äußerlichen gewissermaßen geistlosen Existenz, während die andere ihn zu einer solchen Höhe sublimiert, daß alle geistigen Potenzen in ihm vereinigt sind, muß anerkannt werden, daß Beide, Staat wie Kirche, Schöpfungen und Ordnungen Gottes sind, von welchen die eine, der Staat, dem Reich der Natur angehört, denn er ist naturgemäß aus der Familie hervorgewachsen, und der Mensch ist durch seine Natur auf Gemeinschaft angelegt, während die andere, die Kirche, dem Reiche der Gnade angehört, denn sie ist nach dem Eintritt der Sünde durch Gottes Gnade in die Menschheit hineingepflanzt.

bildeten, die Regierenden blieben christlich und zwar evangelisch-lutherisch und diesem Bekenntnis gehörten auch die Regierten an bis auf eine für das Staatsganze nicht in Betracht kommende Minorität von Katholiken, Reformierten, Juden und Dissidenten.

Es blieb vorläufig dabei, und Niemand nahm Anstoß daran, daß die Magistrate und politischen Ortsvorstände sich als Vertreter der Kirchengemeinden und ebenso auch die Landtage und Ständeversammlungen sich als Vertreter der Landeskirche thatsächlich ansahen.

Nun aber gaben einen neuen kräftigen Anstoß die Umwälzungen des Jahres 1848 und die infolge davon ergangenen gesetzlichen Bestimmungen.

Es erschien das Gesetz vom 23. Mai 1848 Nr. 27, betreffend die Aufhebung der aus dem Glaubensbekenntnisse entspringenden Rechtsungleichheiten, worin es heißt: „Alle Rechtsungleichheiten, sowohl im öffentlichen, als im Privatrechte, welche Folgen des Glaubensbekenntnisses sind, werden — vorbehaltlich

Während nun die Aufgabe der Kirche in Beziehung auf ihre Glieder ist, deren Heil in Zeit und Ewigkeit zu schaffen und zu erhalten und zu dem Zwecke mit ihrem heiligen Gottesgeist die Herzen der Menschen zu erfüllen und also das Reich Gottes zu bauen, so besteht die sittliche Aufgabe des Staates in Beziehung auf seine Bürger darin, daß er als der zur lebendigen Einheit gediehene Gesamtgeist der Gesellschaft das persönliche Dasein, das Wesen und die Entwicklung der Familie und der Gesellschaft bewahrt, unterstützt und ordnet und dies zwar im Gebiet des zeitlichen Lebens, aber so, daß er Raum läßt für die aufs Ewige gerichtete Aufgabe der Kirche, für deren Erfüllung er die im Bereich des zeitlichen Lebens liegenden Voraussetzungen und Bedingungen darbietet.

Der wahre Frieden zwischen Staat und Kirche und ein das Wohl der Menschheit fördernder Einfluß von Beiden her hängt wesentlich davon ab, daß die Kirche nicht Staat und der Staat nicht Kirche sein will, daß beiderseits die Überzeugung besteht, daß eins der Ergänzung durch das andere bedarf, daß sie einander als koordiniert anerkennen, aber zugleich auch durch Subordination sich einander hilfreich zu beweisen genügt sind. (Wuttke, Sittenlehre 1875 II S. 477. 590. u. a. m. Spittler, Geschichte des kanonischen Rechts.)

der noch bestehenden Parochialgerichte und der übrigen kirchlichen Verhältnisse — hierdurch aufgehoben“.

Es erklärten die unterm 28. Dezember 1849 vom Frankfurter Nationalparlament erlassenen sogenannten Grundrechte des deutschen Volks in § 16: „Durch das religiöse Bekenntnis wird der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte weder bedingt, noch beschränkt“.

Es erschien bei uns die Revidirte Städteordnung vom 19. März 1850 Nr. 23 und die Landgemeindecordnung von demselben Datum Nr. 24, in welchen die Gemeinden rein politisch konstituiert wurden ganz ohne Rücksicht auf deren kirchliche Stellung.

Da nun in dieser selben Zeit schon seit April 1848 von Seiten der Geistlichen — zuerst aus der Generalinspektion Holzminden von dem Amelungborner Predigerverein; — bringende Petitionen um Einführung einer Presbyterial- und Synodalverfassung, und zwar, wie die Geistlichen der Generalinspektion Blankenburg sich ausdrückten, einer „reinen“, an das Konsistorium gerichtet waren, zu welchen solche des Volksvereins zu Braunschweig an den Herzog und dessen Staatsministerium kamen, so wurde nunmehr ein bemerkenswerter Versuch gemacht, diese hochwichtige Angelegenheit zu ordnen.

Nachdem schon unterm 24. Mai 1848 das Konsistorium in dieser Sache einen umfassenden Bericht ad Serenissimum erstattet hatte, in welchem vor Überstürzung gewarnt, zur Debatte auf presbyteriale und synodale Institutionen aber geraten wurde, und nachdem dasselbe infolge davon aufgefordert war zu geeigneten Vorschlägen, wurde es zunächst für nötig befunden, die bezüglichen Ansichten und Wünsche der Geistlichen, wie der Gemeinden, welche sich bis dahin nur in einzelnen schriftlichen Eingaben verschiedenen Inhalts geäußert hatten, in genauere Erfahrung zu bringen. Es wurden deshalb die Generalsuperintendenten zu einer, nach darüber in deren amtlichen Kreisen stattgehabten Vorbereitungen, bei Herzoglichem Konsistorio zu haltenden Konferenz berufen. *)

*) Siehe das Wortwort des Herzoglichen Konsistoriums zu dem „Entwurf einer Verfassungsurkunde für die evangelisch-lutherische Kirche des Herzogthums Braunschweig.“ Braunschweig, Bieweg 1850.

In dieser am 18., 19. und 20. Juli 1848 gehaltenen Konferenz, deren Verhandlungen von dem Abt D. Hille als Referenten des Kollegiums in der Kirchenverfassungssache eröffnet und geleitet wurden, um zu besprechen, was man in Sachen der Kirchenverfassungsfrage für an der Zeit halte, machte sich die Ansicht geltend, daß dies ein beizubehaltendes Landesherrliches Kirchenregiment, also eine Konsistorialverfassung, jedoch dieselbe verbunden mit Kirchenvorständen, Kreissynoden und Landessynode sei. *)

Infolge eines Antrages der Konferenz wurde nunmehr mittels Höchsten Reskripts vom 16. August 1848 genehmigt, daß eine Kommission, bestehend, außer den dazu zu bestimmenden Mitgliedern des Konsistorii, aus dem Abte Mühlenhoff zu Braunschweig, Generalsuperintendent Stöter zu Helmstedt und Stadtsuperintendent Ernesti zu Wolfenbüttel, mit Abfassung des

*) In den „Protokollarischen Mittheilungen über die Verhandlungen der am 18., 19. und 20. Juli 1848 in Sachen der Kirchenverfassungsfrage bei Herzoglichem Konsistorium zu Wolfenbüttel gehaltenen Konferenz“, Wolfenbüttel 1848, heißt es Seite 5: „Ungeachtet der divergierenden Ansichten Einzelner“ wünsche man mit großer Übereinstimmung:

„zwar nicht Geltung des Prinzips absolut monarchischer landesherrlicher Kirchengewalt und einer darauf gegründeten sogenannten reinen Konsistorialverfassung, da diese zuviel Stabiles enthält; —

noch weniger jedoch ein republikanisches Selbstregiment der Einzelgemeinden, wie der Gesamtkirche, mithin eine sogenannte reine Presbyterial- und Synodalverfassung, da in dieser das mobile Element zu überwiegend und gegen sich überstürzende Schwankungen der kirchlichen Zustände zu wenig Schutz geboten sei;

vielmehr wünsche man eine solche Verfassung, in welcher ebenso in einem festen Kirchenregimente, das im summus episcopus seinen Stützpunkt habe, das nötige Element der Stetigkeit, wie in einer kirchlichen Repräsentation das ebenso nötige Element der Bewegung und des Fortschritts gegeben sei, mithin eine mit der Konsistorialverfassung in Verbindung stehende Presbyterial- und Synodalverfassung, für deren Organismus etwa der Organismus der konstitutionell-monarchischen Staatsform als Vorbild werde zu betrachten sein.“

Entwurfs einer Kirchenverfassungsurkunde und eines Wahlgesetzes zur Berufung einer behuf Beratung desselben zu versammelnden Landessynode beauftragt werde.

Die Kommission, in welcher Abt Hille Referent war, übergab den durchberathenen Entwurf,*) welchem auch noch

*) In diesem bei Bieweg in Braunschweig 1850 erschienenen Entwurf einer Verfassungs-Urkunde für die evangelisch-lutherische Kirche des Herzogthums Braunschweig wird zuerst dargelegt das Wesen und der Zweck der evangelisch-lutherischen Landeskirche, und sodann deren Gliederung in Pfarrgemeinden, Kreisgemeinden und Landesgemeinden. Der erste Teil § 8—49 handelt von den Organen der Kirchenleitung. § 8 bestimmt: „die evangelisch-lutherische Kirche des Landes ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten theils durch von ihr gewählte Vertreter, theils durch ständige Behörden, so jedoch, daß sie die höchste Person des evangelischen Landesfürsten auch ferner als Inhaber der obersten Befugnisse der Kirchenleitung anerkennt.“ Vertreter sind für jede Pfarrgemeinde ein Kirchen-Vorstand (§ 9—§ 25), bestehend aus den ordentlichen Geistlichen der Gemeinde und 4 bis 20 aus der Gemeinde gemäß deren Seelenzahl gewählten Kirchenverordneten.

Jede der 16 unter einem Superintendenten stehenden Kreisgemeinden, (Kirchenkreise, Diöcesen) hat ihre Kreissynode (§ 26—§ 37), bestehend aus sämtlichen Geistlichen der Diöcese und ebenso vielen aus den Kirchenvorständen gewählten Laien. Die Kreissynode versammelt sich in jedem dritten Jahre; ein Kreissynodalausschuß besorgt die inzwischen vorkommenden Geschäfte.

Die Landesgemeinde wird vertreten durch die Landessynode, welche aus 34 zur Hälfte geistlichen und zur Hälfte nicht geistlichen Abgeordneten besteht. Dieselbe versammelt sich in jedem 6. Jahre; in der Zwischenzeit übt ein Landessynodalausschuß verschiedene wichtige Befugnisse aus.

Der Landesfürst übt in Verbindung mit der Landessynode die gesetzgebende Gewalt in der Kirche als Inhaber der höchsten Aufsichts- und Administrationsgewalt in derselben aus; es müssen aber seine Erlasse, welche Ausflüsse der höchsten Befugnis der Kirchenleitung sind, unter Contrasignatur des Oberkirchenraths erfolgen, welcher als oberste geistliche Behörde (anstatt des jetzigen Konsistoriums) den Beirat des Landesfürsten in allen der höchsten Entscheidung vorbehaltenen Kirchenfachen bildet (§ 73—76. 80).

der Entwurf eines Gesetzes über die Einkommensverhältnisse der Geistlichen beigelegt war, am 18. Dezember 1849 dem Konsistorio, welches ihn unterm 30. Januar 1850 höchsten Orts einreichte mit einem Bericht, worin wiederum vor Übereilung gewarnt und geraten wurde, daß der Entwurf zunächst gedruckt der Öffentlichkeit übergeben werde mit Hinweisung auf ein ähnliches Verfahren in Oldenburg u. s. w., welcher Antrag auch unterm 24. April 1850 genehmigt und ausgeführt wurde.

Nun aber war inzwischen auf die Erregung des Jahres 1848 eine Zeit der Ernüchterung eingetreten. Man hörte halb wenig mehr von dem früher stürmisch aufgetretenen Verlangen nach einer Synodalverfassung. Die Einen, welche für einen Ronge und Uhlisch geschwärmt und eine sogenannte reine Synodalverfassung im demokratischen Sinne verlangt hatten, sahen sich enttäuscht, denn unter Beibehaltung des Landesherrlichen Episkopats wurde nur eine Verbindung von Konsistorialverfassung und Synodalverfassung dargeboten.

Die Andern aber, mit allem Ernst und Eifer darauf bedacht, den Glauben und das lutherische Bekenntnis gegenüber

Der Präsident des Oberkirchenrats, welcher den unmittelbaren Vortrag beim Landesfürsten hat, wird unmittelbar von diesem ernannt; für die Ratstellen dagegen bringt demselben im Erledigungsfalle die Landessynode drei Personen zur Auswahl in Vorschlag. Für die bisherigen Generalsuperintendenten bietet der Entwurf keinen Raum; jedoch hat Einer der geistlichen Räte als Generalsuperintendent nach Art der früheren Obersuperintendenten (§. 248) eine Art bischöflicher Oberaufsicht (§ 84). Von den Superintendenten und der an Stelle der Kirchenvisitatoren tretenden Kirchenkommissionen handelt § 88 — 99.

Der zweite Teil handelt von den Gegenständen der Kirchenleitung in 5 Abschnitten: 1. vom kirchlichen Verband, § 100 — 110. — 2. Von der Ordnung des kirchlichen Lebens § 111 — 158. — 3. Von den ständigen Kirchendiakonen in den Gemeinden § 159 — 204. — 4. Vom Kirchenvermögen § 205 — 207. (Bildung eines Hauptkirchenfonds, dessen wesentlichster Bestandteil diejenigen Einkünfte des Klosterfonds sind, welche der Kirche nach Übereinkunft mit dem Staate zuzuweisen sind.) 5. Von den kirchlichen milden Stiftungen 248 — 250.

dem Ansturm des Zeitgeistes zu wahren, welche früher gemeint hatten, daß eine Synodalverfassung zur Stärkung des kirchlichen Bewußtseins der Gemeinden beitragen würde, ja daß sie eine von oben her etwa verordnete Vergewaltigung des Bekenntnisstandes zu verhindern im Stande sein würde, sängen an, das Gegentheil zu befürchten, und es fehlte nicht an Stimmen, welche mit dringender Hinweisung auf das Gefährliche des Unternehmens ernstlich warnten, ja darzulegen versuchten, daß dem Wesen der lutherischen Kirche eine Synodalverfassung überhaupt fremd sei.)

*) Man wies unter anderm darauf hin, daß es eine höchst bedenkliche und gefährliche Sache sei, eine Kirchenverfassung, anstatt auf das Wort Gottes und das kirchliche Bekenntnis, mehr oder weniger auf das Gemeindebewußtsein begründen zu wollen, indem man vermittelst Majoritätswahlen ein Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden zur Geltung bringe, wobei die Gläubigen und Kirchlichen, die wahren lebendigen Glieder der Kirche in Gefahr kämen, von den toten Gliedern, von den Gleichgültigen, Ungläubigen, ja der Kirche Feindseligen unterdrückt und tyrannisiert zu werden. Für die Kirche passe das Majoritätsprinzip, der Grundsatz: „Die meisten Stimmen gelten“, durchaus nicht — Eine Belebung aber der unlebendigen Gemeinden von einer Synodalverfassung zu erwarten, welche kirchlich indifferente Gemeindeglieder zu kirchlicher Thätigkeit heranziehe, sei widersinnig. Man könne nicht das Leben von den Toten holen! —

Die Idee der Repräsentation wurde als eine ganz unrichtige angesehen. Eine Vertretung sei der Tod der Gemeinde; „sobald die Vertreter konstruiert sind, haben die Vertretenen alles Recht, einen Willen zu haben, 'gesetzlich verloren“. — „Natürlich wird und muß in einzelnen Fällen eine Vertretung der Gemeinde stattfinden; dann aber sind Vertreter nur Beauftragte der Gemeinde“. (Wolff im Kirchenblatt 1850 S. 186 ff.)

Auf Einrichtungen der apostolischen Zeit könnte man sich nicht berufen. Wohl habe es neben denen, die das Amt des Wortes ausgeübt hätten, noch Diaconen gegeben — Gehülfen für mancherlei Zwecke, Armenpflege, Krankenpflege und kirchliche Dienstleistungen verschiedener Art — aber keine Repräsentanten. Auch Calvin habe die Presbyterien nicht eingesetzt zum Zweck der Vertretung, sondern als Organe der Justiz.

Da auch in andern und zwar in einflußreichen, maßgebenden Kreisen wenig Neigung vorhanden war, der Kirche durch Neuordnung ihrer Verfassung aus der schwierigen Lage herauszuhelfen, in welche sie durch die Zeitverhältnisse geraten war, so blieb der Entwurf auf dem Papiere. Man nahm aber in Aussicht, anstatt auf einmal einen vollständigen Neubau der Kirchenverfassung vorzunehmen, nach und nach je nach hervor-

„Jetzt denke man aber an keine Zuchtübung durch die Presbyterien.“ „Dieselben sollten Repräsentanten der Gemeinde sein, um etwaige Ueberschüsse eines hierarchischen Standes zu verhüten; hierdurch aber werde nur Mißtrauen gesät zwischen Gemeinde und Pastor“. (Guthe daselbst 1851 S. 78 ff.) „Diejenigen, welche am lautesten nach Synoden verlangten, wollten nicht Synoden, um die Schäden der Kirche zu heilen, sondern um die Kirche in ihre Gewalt zu bekommen und die erlangte Gewalt gegen die Kirche zu brauchen“ u. dgl. m.

So viel beherzigenswerthe, wenn auch bittere Wahrheit in einer dergleichen Kritik auch enthalten sein mag, so möge doch darauf hingewiesen werden, daß die repräsentativen Organe bei uns ursprünglich nicht aus inneren Gründen gebildet worden sind, zur Förderung der inneren Erbauung der Gemeinden, so sehr es zu wünschen und zu erstreben ist, daß sie in dieser Richtung dem geistlichen Amte den in unserer Zeit so hochnötigen Beistand leisten (gemäß § 23 des Kirchenvorstandsgesetzes). Es waren ganz wesentlich kirchenpolitische Gründe, welche zur Bildung repräsentativer Organe drängten. Kirchenvorstände und Synoden waren und sind eine kirchenpolitische Nothwendigkeit.

Es war gewiß nur gut, daß jene warnenden Stimmen sich erhoben; denn um so sorgfältiger konnte auf Vermeidung der mancherlei mit Einführung einer Synodalverfassung verbundenen Gefahren Bedacht genommen, und, wenn auch unter viel Arbeit und Kampf, synodale Einrichtungen geschaffen werden, welche unserer Landeskirche bereits viel Segen gebracht haben und mit Gottes Hilfe auch ferner viel Segen bringen werden in dem Maße wie die Kirchenvorstände und Synoden erfüllt werden von dem Geiste Jesu Christi. Siehe im Kirchenblatt für die evangelisch-lutherische Gemeinde des Herzogthums Braunschweig J. 1850 S. 105 ff., 177. 186. ff. J. 1851. S. 1. ff. 62. 73 ff. 113 ff.

treten dem Bedürfnis damit vorzugehen. Demgemäß wurden zuerst Kirchenvorstände errichtet.

§ 70. Die Kirchenvorstände.

Nachdem die Gemeinden in Stadt und Land durch die revidierte Städteordnung und die Landgemeindeordnung, beide vom 19. März 1850, Nr. 23 und 24, eine rein politische Organisation ohne Berücksichtigung des kirchlichen Interesses erhalten hatten und folglich die Organisation der Kirchengemeinden ein unabweisbares Bedürfnis geworden war, wurden denselben Kirchenvorstände gegeben durch das Gesetz vom 30. November 1851, Nr. 52, die Errichtung von Kirchenvorständen in den evangelisch-lutherischen Gemeinden des Landes betreffend.

Die eigentümlichen kirchlichen Verhältnisse der Stadt Braunschweig sind berücksichtigt in den §§ 33—38. Hiervon haben aber die §§ 36 und 37 ihre Gültigkeit verloren nach Erlass des Gesetzes, die Trennung des Rassenverbandes zwischen den Stadtkirchen zu Braunschweig und den milden Stiftungen daselbst betreffend vom 9. April 1864, Nr. 18. Daß auch auf die etwa neu zu bildenden Kirchengemeinden, deren Organisation in Folge des Anwachsens der Stadt notwendig geworden ist, das Sonderrecht der Stadt Braunschweig anzuwenden sein soll in Beziehung auf die kirchliche Vermögensverwaltung und das kirchliche Bauwesen und die damit zusammenhängenden Einrichtungen, namentlich auch in Beziehung auf die Behördeneinrichtungen und auf den Gemeinde (Kirchen-) Rassen-Verband, welchem die vorgedachten neuen Kirchengemeinden mit dem Augenblick ihrer Entstehung angehören sollen, ist der Inhalt eines der im Dezember 1892 zusammenberufenen 6. ordentlichen Landesynode vorgelegten Gesetzes betreffend die Anwendung des für das evangelisch-lutherische Kirchenwesen

der Stadt Braunschweig bestehenden besonderen Rechts auf neue aus dem Bestande der Stadtgemeinde abgezweigte Gemeinden. *)

Außerdem ist das Kirchengesetz mehrfach modificiert durch das Kirchengesetz vom 10. Oktober 1873 Nr. 51, betreffend Abänderung verschiedener Bestimmungen des Gesetzes vom 30. November 1851 über das Verfahren bei der Wahl der Kirchenverordneten und über den Vorſiß im Kirchenvorstande.

Die §§ 29—30 sind ergänzt durch das Gesetz, die Aufbringung der Parochiallasten in den Landgemeinden betreffend vom 18. Juni 1864 Nr. 30, und die Kompetenz der Kirchenvorstände bei Geldverwilligungen aus den Kirchenkassen, welche ursprünglich nur auf 30 Mk. beschränkt war, ist erweitert bis zu 150 Mk. durch das Kirchengesetz vom 8. Mai 1882 Nr. 21.

Das in § 48 irrtümlich gesetzte Wort „Kirche“ ist zu ersetzen durch das Wort „Pfarre“ gemäß Gesetz vom 24. Juni 1879 Nr. 34, betreffend Berichtigung des § 48 des Gesetzes vom 30. November 1851.

In Vorbereitung ist noch ein Gesetz, betreffend Ergänzung der gesetzlichen Vorschriften über das Verfahren bei Kirchenvorstandswahlen, welches der 6. ordentlichen Landessynode vorgelegt ist, veranlaßt durch den Umstand, daß vorkommendfalls Wahlen vorgenommen werden müssen, während ein Kirchenvorstand für die betreffende Gemeinde nicht besteht (bei Entstehung neuer Kirchengemeinden — Auflösung oder Fehlen des Kirchenvorstandes); auch für die Fälle, wo eine

*) Ausführlicheres über das Sonderrecht der Stadt Braunschweig siehe am Schluß dieses Paragraphen.

Neuwahl sämtlicher Mitglieder des Kirchen-Vorstandes stattzufinden hat.

Hinsichtlich Entstehung und Inhalt des Kirchenvorstandsgesetzes wird Nachfolgendes bemerkt:

Als aus den oben angegebenen Gründen die Organisation der Kirchengemeinden als eine Notwendigkeit erkannt war, beantragte das Konsistorium mittels Berichts ad Serenissimum vom 15. Juli 1850 den Erlass einer höchsten Verordnung über Errichtung von Kirchenvorständen.

Zur Ausarbeitung einer solchen erhielt das Konsistorium Auftrag und geschah dieselbe unter angemessener Benützung des früher erwähnten Entwurfs einer Verfassungsurkunde (S. 281) durch den Abt Hille. Nach Beratung dieses unterm 30. Oktober 1850 eingereichten Entwurfs zu einer bezüglichenden Verordnung in der Ministerialkommission, zu welcher der Abt Mühlenhoff, Professor Krüger und Domprediger Thiele gehörten, fand man es nicht für angemessen, diese Angelegenheit auf dem Wege der Verordnung mit Umgehung der Mitwirkung der Abgeordneten-Versammlung zu ordnen, weil die Kirchenvorstandssache angesehen wurde als eine res mixta, nicht aber als eine rein geistliche Sache. Man hielt es für notwendig, dieselbe in Form eines Gesetzes der Landesvertretung zur verfassungsmässigen Mitwirkung bei Ausübung des staatlichen jus circa sacra vorzulegen.

Es erhoben sich nun zwar Stimmen, welche, wie sie sich überhaupt gegen repräsentative Organe in der früher bereits dargestellten Weise ausgesprochen hatten (S. 283), nun auch das Recht der Abgeordneten-Versammlung zur Mitwirkung bei Erlass dieses Gesetzes in Zweifel zogen, indem sie darauf hinwiesen, daß die Versammlung, in welcher zu jener Zeit außer einigen Reformierten auch ein Jude (Aronheim) Sitz und Stimme hatte, nur einen politischen, nicht aber einen kirchlichen Charakter besitze und deshalb nur befugt sein könnte, diejenigen Bestimmungen zu prüfen, welche äußerlicher, weltlicher Art seien, nicht aber alle Bestimmungen vor ihr Forum ziehen dürfe. Indessen dieser Widerspruch, welcher sich äußerte in Artikeln des Kirchenblatts

(S. 1851 S. 105. 169. 178. 191 u. a. m.) wie auch in sonstigen Kundgebungen, Eingaben und Petitionen*), hatte keine Folge. In der That wäre es auch wohl nicht möglich gewesen, diejenigen Bestimmungen, welche rein geistlicher Art waren, auszuscheiden, wie in Vorschlag gebracht war.

Nachdem nun die Landesversammlung den ihr unterm 19. Mai 1851 zugegangenen Gesetzentwurf nach geschehener Vorprüfung durch eine Kommission in pleno beraten hatte; nachdem auch den sonstigen beteiligten staatlichen und kirchlichen Organen Gelegenheit gegeben war zur Meinungsäußerung, erschien das Gesetz in der nun vorliegenden Form.

Im Eingang erklärt des Herzogs Hoheit ausdrücklich, daß es erlassen werde „kraft der uns zustehenden Kirchengewalt nach vorgängiger Beratung mit Unserm Herzoglichen Konsistorio und zur Ausführung der in den §§ 213 und 218 der neuen Landschaftsordnung vom 12. Oktober 1832 enthaltenen Bestimmungen nach angehörtem Gutachten und Rat und, soweit es erforderlich ist, mit Zustimmung der Abgeordneten des Landes“.

Nach diesem durch das oben bemerkte Gesetz vom 10. Oktober 1873 modificierten Gesetz werden die Kirchenvorstände gebildet aus den Geistlichen und aus von ihren Gemeinden gewählten Kirchenverordneten, wozu auch noch der Kirchenpatron oder dessen

*) Über die Eingabe, auf welche das sehr bedeutungsvolle Ausschreiben des Herzogl. Konsist. vom 26. November 1851 erfolgte, ist früher schon berichtet (S. 176 ff.).

In einer andern Eingabe ersuchten die meisten Prediger der Inspektionen Lichtenberg, Barum und Thiede das Konsistorium, „aufs Entschiedenste die Rechte kirchlicher Gesetzgebung zu wahren und dahin zu wirken, daß jedes materiell gesetzgeberische Verhalten der Abgeordneten-Versammlung in kirchlichen Dingen zurückgewiesen werde.“ (Kirchenblatt 1851 S. 188).

In einer dritten Eingabe richteten die Prediger Wolff und Guthe an des Herzogs Hoheit die Bitte, „nicht zu gestatten, daß das Kirchenvorstandsgesetz in einer Weise zum Gesetz erhoben werde, wodurch es den Anschein gewinnen könnte, als ständen der Landes-Abgeordneten-Versammlung kirchenregimentliche Rechte zu“.

Stellvertreter kommen kann. Gemeinden unter 500 Seelen wählen 4, bis 1500 Seelen 6, bis 3000 Seelen 8, bis 5000 Seelen 12, über 5000 Seelen 16 Kirchenverordnete.

Die Stimmberechtigten müssen mindestens 25 Jahr alt, kirchlich und bürgerlich unbescholten sein und dürfen nicht unter Kuratel stehen.

Für die Wählbaren kommt hinzu, daß sie mindestens 30 Jahr sein und in selbständigen Verhältnissen leben müssen. Alle drei Jahre scheidet die Hälfte der Kirchenverordneten aus; die Ausscheidenden können aber wiedergewählt werden. Die Wahlen sollen vor dem 1. November vorgenommen werden und sind sorgfältig vorzubereiten durch Aufstellung einer Liste der Wahlberechtigten, in welche diejenigen aufgenommen werden, welche nach geschener Abkündigung von der Kanzel, nach Befinden auch durch Anschläge an den Kirchenthüren oder in sonst ortsüblicher Weise aufgefordert, sich dazu anmelden, falls sie stimmberechtigt sind. Die Wahl geschieht durch Abgabe verschlossener Stimmzettel und werden die Gewählten, falls unerledigte Einsprachen nicht vorliegen, in der Regel am 1. Advent der Gemeinde vorgestellt und zur Erfüllung ihrer Obliegenheiten durch Handschlag verpflichtet.

Der Wirkungskreis des Kirchenvorstandes hat seine innere und seine äußere Seite:

„Unterstützung der Geistlichen in Förderung des christlich-religiösen und sittlichen Lebens der Gemeinde“ (§ 23) — Aufsicht auf die Einrichtung der kirchlichen Gebäude und Begräbnisplätze; — Unterstützung des Geistlichen in Beobachtung der Feiertagsordnung und Gottesdienstordnung; — Bethätigung bei Kirchenvisitationen, Einführung von Geistlichen, Konfirmationen und sonstigen kirchlichen Feierlichkeiten; — Mitwirkung bei Veränderung kirchlicher und liturgischer Einrichtungen und dergleichen.

Der Kirchenvorstand vertritt die Gemeinde bei Ausübung des allen Gemeinden zustehenden Kolationsrechts. Desgleichen, wo der Gemeinde ein Wahlrecht zusteht, nachdem eine gleiche Anzahl hierzu zu wählender Gemeindeglieder mit gleicher Stimmberechtigung hinzugetreten ist. Die Kolation und Wahl der Prediger geschieht unter Leitung der Visitatoren (§. 242).

Der Kirchenvorstand besetzt die Ämter der Kantoren, Opferleute und Organisten, wenn deren Besetzung nicht Privatpatronen zusteht und Schulämter mit denselben nicht verbunden sind, unter Vorbehalt der Bestätigung des Herzogl. Konsist. Sind Schulämter damit verbunden, so hat er entweder das Recht der Mitwirkung, oder es wird ihm Gelegenheit gegeben, Einwendungen und Bedenken binnen 4 Wochen einzubringen. Die zu den niederen kirchlichen Dienstleistungen erforderlichen Personen, als Kirchenvogte, Glockenläuter, Bälgentreter, Leichenbitter, Totengräber u. s. w. nimmt er auf Kündigung an.

Der Kirchenvorstand hat die Beaufsichtigung und Verwaltung des Kirchenvermögens, wie auch der Kirchenarmenkassen und der örtlichen kirchlichen milden Stiftungen, unter der Oberaufsicht und Leitung des Konsistoriums. Alljährlich im Monat Oktober hat er den Voranschlag der Kirchenkasse für das nächste Jahr aufzustellen und solchen zur Feststellung an das Konsistorium einzusenden, insofern die Aufstellung eines solchen Voranschlages von letzterem für nötig erachtet wird. *) Er ist befugt, Ausgaben für Reparaturen an kirchlichen Gebäuden und für kirchliche Zwecke, welche im Etat nicht vorgesehen sind, erstere bis 50 Mk., letztere bis zum Betrage von 150 Mk. im Jahre aus den Kirchenmitteln zu bewilligen. **)

*) Ein Voranschlag pflegt in den meisten Gemeinden für die Kirchenkasse nicht aufgestellt zu werden, da es sich zumeist um regelmäßig wiederkehrende Ausgaben handelt.

**) In den Motiven zu dem Entwurf eines Kirchengesetzes, die Erweiterung der Kompetenz der Kirchenvorstände zu Geldbewilligungen betreffend (siehe Verhandlungen der dritten ordentlichen Landesynode vom Jahre 1880 Anlage 10), wird darauf hingewiesen, daß der Kirchenvorstand „an die allgemeinen Rechtsätze, welche die Verwaltung des Kirchenvermögens regeln, gebunden bleibt“. Danach darf er insbesondere nach wie vor

a. „Gelder aus der Kirchenkasse nur zu Ausgaben bewilligen, zu deren Leistung die Kirchenkassen überhaupt befugt sind: also jedenfalls nur für Zwecke der bestimmten einzelnen Kirche, welcher die betreffende Kasse an-

Die zum Besten der Armen, wie für sonstige kirchliche Zwecke bestimmten Einkünfte verwaltet und verrechnet er nach Anweisung des Konsistoriums unter Aufsicht der Kirchenvisitatoren, welchen die jährlichen Rechnungen einzusenden sind, gemäß Ausschreiben des Herzogl. Konsist. an die Kirchenvisitatoren, die Verwaltung des kirchlichen Armenwesens durch die Kirchenvorstände betreffend vom 12. Januar 1853. Ges. u. B. S. Nr. 3.

Endlich hat der K. B. auch den kirchlichen Gemeindeverband zu überwachen und die Parochialgerechtigkeit der Kirche zu wahren.

Im Einzelnen siehe die bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen.

Da, wie früher dargelegt ist (S. 287), sowohl der Inhalt des Kirchenvorstandsgesetzes von Seiten der Geistlichen mehrfach Einsprache gefunden, als auch die Mitwirkung der staatlichen Organe zu dem Erlaß desselben hier und da Mißstimmung hervorgerufen hatte, so hielt es das Konsistorium für angemessen, zugleich mit dem Wahlausschreiben durch Konsistorialreskript vom 7. Januar 1852 das neue Gesetz nebst dem unterm 8. Dezember e. a. publizierten Gesetz über die Gemeindegemeinden den Geistlichen des Landes zur wohlgesinnten Aufnahme zu empfehlen. *)

gehört, nicht zu Liberalitäten irgend welcher Art, Unterstützungen u. dgl. m.; und darf

b. auch Ausgaben, welche ihrer Natur nach von den Kirchenkassen möglicherweise bestritten werden können, alsdann nicht machen, wenn im besonderen Falle nach den bestehenden lokalen Verhältnissen ein Anderer, z. B. die Gemeinde, die Gutsherrschaft, die Herzogl. Kammer, der Patron u. s. w. zu deren Bestreitung gehalten ist.“

Aber auch die hiernach in thesi zulässigen Ausgaben darf der Kirchenvorstand in hypothesi ohne vorgängige Genehmigung des Konsistoriums nach Absatz 2 des Gesetzes nur dann machen, wenn sie, neben den etatmäßigen bezw. (wo kein Etat aufgestellt ist) regelmäßigen Ausgaben aus den laufenden Einkünften der Kasse in dem betreffenden Jahre und etwaigen Überschüssen aus den laufenden Einnahmen des Vorjahres bestritten werden können.

*) Es wird darin das Vertrauen ausgesprochen, „daß sämtliche Geistliche in dieser Angelegenheit, welche nach der Ansicht der Reformatoren selbst nicht unmittelbar Gegenstand des Glaubens oder der objektiv dar-

Hierauf wurde durch Konsistorialaus schreiben vom 31. Januar 1852, dem das Formular einer kirchlichen Ansprache an die Gemeinden beigelegt war,*) die mit der Wahlhandlung zu verbindende gottesdienstliche Einrichtung bestimmt.

gelegten Lehre der Kirche ist, sondern als ein menschliches Werk betrachtet werden muß, in welchem auf der Grundlage historisch gegebener Rechtsverhältnisse die Form der Kirche der Idee derselben immer angemessener zu gestalten und der Schule die ihr gebührende Stellung im kirchlichen und staatlichen Organismus zu gewähren gestrebt wird, die eigenen Wünsche und Ansichten willig gesetzlichen Bestimmungen unterordnen werden, wie sie aus der sorgfältigsten und reiflichsten Erwägung des für die Gegenwart Zulässigen und Zweckmäßigen durch diejenigen, welche dieselben vorzuschlagen, zu prüfen und festzustellen, sowohl seitens der Kirche als des Staats den Verursacher und die Befugnis hatten, hervorgegangen sind“.

*) In dieser Ansprache wird zuerst darauf hingewiesen, wie eine kirchliche Gemeindeordnung ein dringendes Bedürfnis sei nach Erlaß der Landgemeindeordnung und der revidierten Städteordnung.

Es wird sodann aber neben der äußeren praktischen Seite mit ganz besonderm Nachdruck die innere ideale Seite der neuen Einrichtung betont: „Es handelt sich dabei um Erhaltung und Förderung des christlich religiösen und sittlichen Lebens in der Gemeinde, wie die evangelisch-lutherische Kirche es darstellt und immer mehr anstrebt. Es handelt sich darum, daß das Leben, welches von Christo ausgeht, in seiner vollen Lauterkeit und ungeschwächten Kraft Eingang habe zu den Herzen aller Gemeindeglieder“; — „daß die Gemeinden immer mehr zu dem Standpunkte des allgemeinen Priestertums, für dessen Verwirklichung unser Luther glühte, hinfgeführt werden“; — „daß das Heil, welches die lautere Verkündigung des Evangeliums und der rechte Gebrauch der Sakramente gewährt, euch und euren Kindern erhalten werde, und immer besser unter euch das gedeihen könne, was eines evangelischen Volkes Stolz ist, ein Leben in dem Geiste Dessen, Der unser Haupt ist, Jesu Christi, hochgelobt in Ewigkeit. Amen“.

Besondere liturgische Anordnungen hinsichtlich der Verkündigung dieser Ansprache sollten dazu helfen, dieselbe recht eindrucksvoll zu machen.

Sodann bestimmte das Konsistorialreskript vom 24. Juni 1852, wie mit der kirchlichen Einführung und Verpflichtung der Kirchenverordneten bei der ersten Errichtung der Kirchenvorstände zu verfahren sei. Es wird angeordnet, daß die Sonntags zuvor abzukündigende Einführung beim sonntäglichen Gottesdienst geschehen soll. Eine vor dem Altar zu haltende Einführungssrede, welche an Stelle der Predigt tritt, soll theils den zu Kirchenverordneten Gewählten, theils der Kirchengemeinde die Bedeutung des von jenen zu übernehmenden Amtes ans Herz legen.

„Nach gehaltener Rede ist den erwählten Kirchenverordneten, welche zur Erfüllung ihrer Obliegenheiten durch Handschlag zu verpflichten sind (§ 17), das folgende Gelöbniß abzunehmen:

„Ich gelobe hierdurch feierlich, das mir übertragene Amt eines Kirchenverordneten nach meiner besten Kraft und Einsicht zum wahren Wohle dieser Kirchengemeinde getreulich zu verwalten“.

Als nun nach drei Jahren zum erstenmal eine Neuwahl erforderlich war, so bestimmte das Konsistorialreskript vom 10. November 1855 Nr. 5613, was „bei der Vorstellung und Verpflichtung der nach Ablauf von je drei Jahren wiederum gewählten Kirchenverordneten zu beobachten ist.“

Die Verpflichtung und Vorstellung, welche Sonntags zuvor abzukündigen ist, geschieht am 1. Advents-sonntag. Die Ordnung des Gottesdienstes ist die gewöhnliche. Nach Beendigung des auf die Predigt folgenden Gesanges tritt der Geistliche vor den Altar, in dessen Nähe der Kirchenvorstand versammelt ist, und es erfolgt nach kurzer, der Bedeutung der vorzunehmenden Handlung gemäßen Ansprache an die Kirchengemeinde und den Kirchenvorstand die Verpflichtung der neu gewählten Kirchenverordneten mittels Handschlages und Abnahme des oben bemerkten Gelöbnisses, während es genügt, wenn die nur wiedergewählten Mitglieder des Kirchenvorstandes auf ihr bereits geleistetes Gelöbniß hingewiesen werden.

Da sich herausgestellt hatte, daß nicht überall die Protokolle zu den Kirchenvorstandsverhandlungen ordnungsmäßig geführt wurden, so bestimmte das Konsistorialreskript vom 25. Juni 1859, wie die Protokolle abzufassen seien.

Nach § 56 des Kirchenvorstandsgesetzes treten mit dem Zeitpunkte der Errichtung der Kirchenvorstände die Ämter der bisherigen Provisoren, Repräsentanten, Altaristen und sonstiger Vorstände der Kirchengemeinden außer Wirksamkeit und hören, vorbehaltlich etwaiger in den Rechten begründeter Ansprüche Einzelner derselben auf Fortbezug eines Dienst Einkommens, die Gehalte derselben auf. Demgemäß traf die in dieser Hinsicht erforderlichen Anordnungen das an die sämtlichen Rechnungsführer gerichtete Konsistorial-Ausschreiben vom 30. Juni 1852 Nr. 3086, betreffend die Veränderungen infolge des Gesetzes über die Errichtung von Kirchenvorständen in Bezug auf die bisherigen Altaristen*) und deren Besoldung und einige andere auf das Kirchenrechnungswesen sich erstreckende Bestimmungen.

Hinsichtlich des oben (S. 285) bemerkten Sonderrechts der Stadt Braunschweig, mögen hier die mit den der 6. ordentlichen Landessynode vorgelegten oben bezeichneten Gesetzen seitens des Kirchenregiments in dem an den Ausschuss der Landessynode unterm 4. November 1892 gerichteten höchsten Reskript gemachten Ausführungen ihren Platz finden, da dieselben zur Orientierung hinsichtlich der zu berücksichtigenden Verhältnisse ganz wesentlich beitragen können:

„Nach dem Sonderrecht der Stadt Braunschweig sind die Zuständigkeiten der rein kirchlichen Organe hinsichtlich der kirchlichen Vermögensverwaltung und des kirchlichen Bauwesens eingeschränkt. Auf die Kirchenvorstände sind gesetzlich und grundsätzlich überhaupt außer den § 23 des Kirchenvorstandsgesetzes bezeichneten Rechten nur die Rechte und Pflichten der alten

*) Das Altaristenamt hatte bereits einen wichtigen Teil seiner Dienstobliegenheiten verloren durch Abschaffung der Klingelbeutel-sammlungen, welche, nachdem die Stadt Braunschweig damit vorgegangen war, geschah durch ein Reskript des Herzoglichen Staatsministeriums vom 1. Oktober 1814, dessen Inhalt durch ein Konsistorialauschreiben vom 23. Oktober 1844 (s. Nr. 48 der Ges. und B. S.) veröffentlicht wurde. Hier und da hat sich indessen das Altaristenamt noch erhalten, wo besondere lokale Verhältnisse dies erforderten und gestatteten.

Kirchenrepräsentanten und Provisoren übertragen, wonach sie insbesondere, wie auch das in dieser Beziehung fortdauernd geltende Regulativ vom 7. März 1854 zeigt (siehe § 11 des Gesetzes vom 9. April 1864 Nr. 18) auf die kirchliche Vermögensverwaltung und das kirchliche Bauwesen nur geringen Einfluß haben. Als entscheidende Aufsichtsbehörden fungieren dabei rein kirchliche oder ständige kirchenregimentliche Behörden oder Organe überhaupt nicht, und selbst dem Stadtsuperintendenten ist in jenen Dingen nur eine sekundäre selbständige Thätigkeit, das entscheidende Gewicht dagegen dem Stadtmagistrate und dem sogenannten Kirchenkassen-Kollegium vorbehalten, in welchem gleichfalls die Vertreter der kommunalen Körperschaften (darunter der Oberbürgermeister mit Ausschlag gebender Stimme bei Stimmengleichheit), das Übergewicht haben. Bei kirchlichen Geldanforderungen, die aus den kirchlichen Kassen nicht befriedigt werden können, steht den Stadtverordneten ein Mitwirkungsrecht zu. Neben alle diesem ist dann nur noch in einzelnen Punkten eine vom Herzoglichen Staatsministerium zu vermittelnde Höchste Genehmigung erforderlich, und giebt es für beschränkte Fälle als äußerstes Hilfsmittel für die kirchlichen Stellen, bezw. den Stadtmagistrat einen Refurs unmittelbar an den Landesherrn, in Rechnungssachen für den Rechnungsführer an die Landesregierung. Im Übrigen ist für den Landesherrn die Möglichkeit einer Einflußnahme auf die Verwaltung dadurch gewährt, daß dem Kirchen-Kollegium ein Landesherrlicher Kommissar beigegeben wird, der zugleich von der gesamten Thätigkeit desselben Kenntnis und an dessen Sitzungen, nicht aber den Abstimmungen teilnimmt. (Siehe außer dem cit. Regulative die §§ 14 und 15 der Verordnung Nr. 55 vom 14. April 1814 und § 33 des Kirchenvorstands-Gesetzes bezw. § 3 des cit. Gesetzes vom 9. April 1864, ferner § 37 des Kirchenvorstands-Gesetzes und jetzt dafür § 4 Absatz 5 und 6 und § 9 des Gesetzes vom 9. April 1864).

Der Kirchenkonvent (§ 49 des Kirchenvorstands-Gesetzes) kann seiner Zusammensetzung und Stellung nach als Organ der regelmäßigen Verwaltung und Geschäftshandhabung nicht in Betracht kommen.“

§ 71. Die Landessynode.

Nachdem die Kirchenvorstände 15 Jahre in Wirksamkeit gewesen waren, wurde das Verlangen lebendig nach Errichtung einer Landessynode.

Nach mehrfachen Verhandlungen, wobei dieselben Gegenstände, wie vor Errichtung der Kirchenvorstände nicht minder scharf hervortraten, wurde durch Höchste Verordnung eine Vorsynode berufen und am 1. Oktober 1869 feierlich eröffnet, welcher der Entwurf eines Gesetzes über Errichtung einer Landessynode zur Beratung vorgelegt wurde. Der mehrfach modificirte Gesetzentwurf wurde auch der Landes-Abgeordnetenversammlung zu verfassungsmäßiger Mitwirkung vorgelegt, und es erschien dann unterm 31. Mai 1871 Nr. 34 das Gesetz, die Errichtung einer Landessynode und eines Ausschusses derselben für die evangelisch-lutherische Kirche des Landes betreffend.

Die erste ordentliche Landessynode ward einberufen auf den 22. Oktober 1872.

Die Thätigkeit der Kirchenvorstände war im Allgemeinen eine wenig äußerlich hervortretende gewesen. Es erfüllten sich weder die Hoffnungen, noch auch verwirklichten sich die Befürchtungen, womit die einen in schwärmerischer, die andern in kleinstütiger Weise der neuen Einrichtung entgegengesehen hatten. Hiermit soll aber keineswegs ausgeschlossen werden, daß die Wirksamkeit der Kirchenvorstände von stillem innern Segen begleitet war, wo man sich redlich bemühte, das neue Organ nicht bloß als ein Mittel und Werkzeug für allerlei äußere praktische Zwecke zu verwenden, sondern es auch tüchtig werden zu lassen und heranzuziehen zur Erfüllung jener idealen Aufgaben, welche den Kirchenverordneten bei Errichtung der Kirchenvorstände durch jene oben erwähnte Ansprache vom 31. Januar 1852 warm ans Herz gelegt waren (S. 292). Es war aber auch gar nicht zu erwarten, daß die guten Früchte sich so bald zeigen würden.

Die Gemeinden ließen sich die Kirchenvorstände zwar nicht unwillig gefallen, aber ihre geringe Teilnahme bei den Wahlen bezeugte den geringen Wert, welchen sie der neuen Einrichtung beilegte. Unter diesen Umständen war es gewiß nur richtig, daß das Kirchenregiment eine zuwartende Stellung einnahm und zögerte, mit Einführung weiterer synodaler Einrichtungen vorzugehen.

Inzwischen aber wurde sowohl in dem benachbarten Preußen der Aufbau einer Synodalverfassung durch Errichtung von Kreissynoden in den östlichen Provinzen gefördert*), als auch waren in dem benachbarten Hannover, dessen evangelisch-lutherische Landeskirche uns näher steht, als Preußen mit seiner Union, durch die Kirchen-Vorstands- und Synodalordnung vom 9. Okt. 1864 Bezirksynoden und eine Landessynode eingeführt.**)

*) In den beiden westlichen Provinzen Preußens, Rheinland und Westfalen, wo der reformierte Typus vorherrscht, hatte man schon von Alters her Presbyterien und Synoden. Die Kirchenordnung für Rheinland und Westfalen vom 5. März 1835 hatte sodann auf Grund der älteren Kirchenordnungen, besonders der Cleve-Märkischen ref. K. O. von 1662 eine die presbyteriale und synodale Verfassung mit den erforderlichen konsistorialen Elementen verbindende Kirchenverfassung für alle evangelischen Gemeinden von Westfalen und der Rheinprovinz durch Errichtung von Kreissynoden und Provinzialsynoden hergestellt.

In den 6 östlichen Provinzen wurden durch königliche Erlasse vom 5. Juni 1861 für die Provinz Preußen, 5. April 1862 für Posen; 21. Juni 1862 für Pommern und 13. Juni 1864 für Brandenburg, Schlesien und Sachsen Kreissynoden organisiert.

Die Kreissynoden jeder Provinz bildeten nach der Synodalordnung vom 10. September 1873 den Verband einer Provinzialsynode, und durch die Generalsynodalordnung vom 20. Januar 1876 ist auf der Grundlage dieser Provinzialsynoden eine die vorgenannten 8 älteren Provinzen umfassende Generalsynode organisiert.

**) Auch in Hannover waren infolge ähnlicher Gestaltung der Verhältnisse auf staatlichem Gebiet, wie bei uns, Kirchenvorstände und Synoden eine kirchenpolitische Notwendigkeit geworden.

Dies hatte sich deutlich herausgestellt bei dem infolge verbotener Einführung

In unserm Lande war es der Bürgerverein zu Braunschweig, welcher zum weiteren Aufbau der Synodalverfassung die erste Anregung gab, indem er unter Hinweis auf den oben bereits besprochenen Entwurf einer Verfassungsurkunde vom 18. Dezember 1849 (S. 281) unterm 27. März 1863 ein Gesuch an den Herzog richtete, die zur Berufung einer Landessynode behuf Beratung und Vereinbarung des ausgearbeitet vorliegenden Entwurfs einer Verfassungsurkunde für die evangelisch-lutherische Kirche erforderlichen Maßnahmen baldigst zu treffen.

Das Gesuch wurde abschlägig beschieden. „Seine Hoheit“, so hieß es in dem Ministerialreskript vom 29. April 1863, „können in den Ansichten und Wünschen, welche jenes Gesuch ausspricht, nicht die erforderliche Gewährung dafür finden, daß die Umgestaltung der Verhältnisse der evangelisch-lutherischen Kirche des Herzogthums, für deren gedeihliche Entwicklung in den Kirchenvorständen ein neues Organ durch das Gesetz vom 30. November 1851 bereits gegeben ist, als ein dringendes Bedürfnis von der Kirche und der Gesamtheit ihrer Angehörigen empfunden werde“.*)

Hierauf stellte am 14. Dezember 1863 der Oberlehrer von Heine mann (verstorben als Gymnasialdirektor zu Wolfenbüttel 28. November 1881) im Landtage einen auf Berufung einer konstituierenden Synode gerichteten Antrag, welcher am 22. März

eines neuen Katechismus erhobenen stürmischen Widerspruch, welcher den König veranlaßt hatte, die betreffende königliche Verordnung vom 14. April 1862 durch Erlass vom 19. August dahin abzuändern, daß das Gebot der allgemeinen Einführung des Katechismus aufgehoben, dagegen bestimmt wurde, daß der Gebrauch des neuen Katechismus nur da stattfinden solle, wo derselbe mit Bereitwilligkeit aufgenommen würde. Hierauf stellte ein Ausschreiben des hannoverschen Konsistoriums die Berufung einer Synode in Aussicht. Dieselbe wurde durch Verordnung vom 29. April 1863 berufen und tagte vom 7. Oktober bis 7. Dezember 1863.

*) Das Gesuch, wie auch die Resolution des Staatsministeriums ist mitgeteilt im Kirchenblatt Jahr 1863 S. 41 ff.

1864 gegen 3 Stimmen (Kelbe, von Beltheim, von Alten) in nachfolgender Fassung angenommen wurde:

„Die hohe Versammlung wolle die Herzogliche Landesregierung ersuchen, recht bald die geeigneten Schritte behuf Berufung einer in ihrer Zusammensetzung sowohl das geistliche Amt, als auch die Gemeindengenossen der evangelischen Landeskirche gebührend berücksichtigenden Synode zu thun, von welcher über Aufnahme synodaler Einrichtungen in die Verfassung derselben in Anlaß einer von dem zuständigen Kirchenregimente ihr vorzulegenden Proposition und unter Vorbehalt der sowohl seitens der Kirchen- als auch der Staatsgewalt verfassungsmäßig erforderlichen Genehmigung beraten und beschlossen werde, und die dazu nötigen Kosten Herzoglicher Landesregierung zur Verfügung zu stellen“.

Eine von 75 Geistlichen unterzeichnete Eingabe an das Konsistorium sprach sich im Dezember 1864 gegen Einführung synodaler Einrichtungen aus, während die Kirchenvorstände der Stadt Braunschweig sich in Eingaben dafür ausgesprochen hatten.

Nachdem auch auf den Predigersynoden, wie auf der Braunschweiger Konferenz 1863 die Verfassungsfrage vielfach erörtert war (Kirchenblatt 1863 S. 63 ff.), so wurde nunmehr das Konsistorium zu einer gutachtlichen Äußerung über diese Angelegenheit aufgefordert durch Reskript des Herzoglichen Staatsministerium vom 22. April 1865.

In dem hierauf ad Serenissimum erstatteten Bericht vom 14. April 1866 wird hingewiesen auf die synodalen Institutionen, welche bereits Herzog Julius im Synodus und den Generalkonsistorien (S. 170) gegeben habe, und es wird bedauert, daß diese weise berechneten synodalen Einrichtungen nicht nur nicht zur Entwicklung gekommen, sondern mit der Zeit ganz aufgegeben sind. Es wird Bezug genommen auf die in den Jahren 1848 und 1849 geschehenen Verhandlungen in der Kirchenverfassungsfrage (S. 279) und es wird ausgeführt, daß synodale Einrichtungen notwendig geworden sind in einem konstitutionell regierten Staat, wo die Überzeugung vorherrscht, daß zum Erlaß von Gesetzen es der Zustimmung des repräsentativen Faktors bedarf. „Zwar fehlt es nicht an einem zu Recht bestehenden ordnungsmäßigen

Kirchenregiment, aber der jetzige Zustand der Dinge, wobei alles auf dem Höchsten Erachten des Landesherrn und dem Rat des durch dessen Vertrauen ernannten Konsistoriums beruht, hat etwas Unbefriedigendes, abnorm Erscheinendes, wodurch das Kirchenregiment selbst in eine, wenn auch anscheinend bequeme, doch in der That schwierige Lage versetzt wird, für die Landeskirche aber große Nachteile und Gefahren entstehen.“

Es wird in dieser Hinsicht darauf hingewiesen, wie die Einführung eines neuen Landeskatechismus zwar einzig auf Antrag des Konsistorii durch Höchste Verordnung vom 28. Dezember 1858 ohne Widerspruch geschehen sei, wie man aber Bedenken tragen müsse, für so viele andere dringende Bedürfnisse, vor allem das liturgische, welches so tief in das öffentliche kirchliche Leben eingreife, nur auf dem Wege der Verordnung ohne Mitwirkung und Beirat einer Vertretung der Landeskirche Abhilfe zu schaffen.

Es wird nun als das zunächst dringend Nötige die Errichtung einer Landessynode empfohlen, welche dem Kirchenregiment in wichtigen landeskirchlichen Angelegenheiten beratend, in Bezug auf den Erlaß von Kirchengesetzen aber als berechtigter Faktor mitwirkend zur Seite stehe. Von Einrichtung einer Zwischenstufe, einer Kreissynode, wie dieselbe früher mit in Vorschlag gebracht sei (S. 281), könne man einstweilen absehen. Die Errichtung einer Landessynode sei vorzubereiten durch Berufung einer Vorsynode, welcher ein bezüglichlicher Gesetzentwurf vorzulegen sei.

Demgemäß erging eine Höchste Verordnung vom 16. April 1869 Nr. 28, betreffend die Berufung einer Vorsynode und desgleichen vom 15. August 1869 Nr. 67, die provisorische Geschäftsordnung der Vorsynode betreffend, und es erfolgte die Berufung der Vorsynode durch Verordnung vom 20. August 1869. Die eigentliche Eröffnung geschah nach vorangegangennem Gottesdienst in der Brüdernkirche, wobei der Abt Hille die Predigt hielt, am 1. Oktober 1869 von dem dazu durch den Herzog beauftragten Geheimrat Schulz.

Die Vorsynode bestand aus 12 geistlichen und 12 weltlichen Abgeordneten, welche nach Wahlkreisen gewählt waren, und aus 2 geistlichen und 2 weltlichen vom Herzog ernannten Abgeordneten. In gleicher Weise sollte auch die Landessynode

zusammengesetzt werden. „Die Gleichzahl“, so hieß es in den Motiven zu dem der Vorsynode vorgelegten Gesetzentwurf, „entspreche dem Amt und der Gemeinde, welche allortlich zur Kirche erforderlich seien. Dieses Prinzip sei bei Einrichtung von Synoden in andern Ländern überwiegend maßgebend gewesen“.

Hiergegen aber erhob sich nachhaltiger Widerspruch. Es kamen Anträge zur Verhandlung, wonach das Verhältniß sein sollte: 12 Geistliche 24 Weltliche (Bode), 7 Geistliche 17 Weltliche (Kühne), 12 Geistliche 18 Weltliche (Schmidt), 12 Geistliche 16 Weltliche (Kuhn).*) Der letztgenannte Antrag wurde angenommen. Das Kirchenregiment suchte die Möglichkeit, die Parität herzustellen, dadurch zu sichern, daß es ihm gestattet sein solle, bei Ernennung der vier von ihm zu bestimmenden Mitglieder lauter Geistliche senden zu können. Jedoch infolge Widerspruchs der Landesversammlung, welcher das Synodalgesetz, wie früher das Kirchenvorstandsgesetz, zur verfassungsmäßigen Mitwirkung hatte vorgelegt werden müssen und welche das Verlangen auf 12 Geistliche und 24 Weltliche wiederholt hatte, sah sich das Kirchenregiment genötigt, die Parität aufzugeben, und es besteht demnach die Landessynode aus 12 Geistlichen und 16 Weltlichen, sämtlich durch Wahl berufen, und aus 2 Geistlichen und 2 Weltlichen, vom Kirchenregiment ernannt.

Im Übrigen wird hinsichtlich des Synodalgesetzes vom 31. Mai 1871 Nr. 34 noch Nachfolgendes bemerkt:

Gemäß den dem Gesetzentwurf beigefügten Motiven ist bei Aufstellung der Befugnisse der Landessynode „ebenso sehr die Ansicht fern gehalten, daß das Landesherrliche Kirchenregiment durch eine Synodalverfassung ersetzt werden, als daß eine Landessynode nur in Fällen zur Wirksamkeit gelangen solle, in denen es darauf ankommt, Widersachern gegenüber, den Glauben der

*) Ein Antrag Wolffs, wonach die Synode bestehen solle: I. aus 14 ständigen Mitgliedern, nämlich den 6 Generalsuperintendenten, dem Hof- und Domprediger und den 7 weltlichen Kirchenvisitatoren; II. aus 14 Gewählten: 7 Geistlichen und 7 Weltlichen und III. aus 4 Ernannten, 2 Geistlichen und 2 Weltlichen, worunter ein Patron, fand keine hinreichende Unterstützung und gelangte nicht zur Verhandlung.

Kirche, oder bei Veränderungen von Einrichtungen, welche mit der Lehre und dem Geiste derselben zusammenhängen, das Bedürfnis und das Bewußtsein der Landeskirche zu bezeugen. Die Landessynode ist als eine von Zeit zu Zeit zu berufende Versammlung von erwählten Männern des Vertrauens der Landeskirche gedacht, welche dem Kirchenregiment in den gesamten landeskirchlichen Angelegenheiten beratend, in Bezug auf den Erlaß von Kirchengesetzen aber und Aufbringung von Geldmitteln im Wege der kirchlichen Besteuerung mit dem Rechte der Zustimmung zur Seite stehen solle. Aus dem Wesen einer solchen Landessynode ergeben sich von selbst die Bestimmungen, welche den Wirkungskreis derselben betreffen: Wie sie einerseits der Art sind, daß, wenn sie ins Leben treten, von ihnen eine Stärkung der Kirchengewalt zu erwarten ist, so wird andererseits nicht zu beforgen sein, daß die Schranke, welche sie der Kirchengewalt setzen, eine Quelle des Mißtrauens werden könnte“.

Das Gesetz erstreckt sich nicht bloß auf Errichtung einer je um das 4. Jahr zu ordentlicher und je nach Bedürfnis zu außerordentlicher Versammlung zu berufenden Landessynode, sondern auch auf Errichtung eines bei dem Beginne jeder ordentlichen Synode von dieser zu wählenden Synodalausschusses, dessen Auftrag bis zur nächsten ordentlichen Synode und bis diese den Ausschuß von Neuem bestellt, dauert.

Der Synodalausschuß besteht aus 5 Mitgliedern; 2 geistlichen, 2 weltlichen und einem frei aus den geistlichen und weltlichen Abgeordneten zu wählenden Mitgliede. Seine Aufgabe ist, die Kirchenregierung auf Erfordern in wichtigen Angelegenheiten mit seinem Rat und Gutachten zu unterstützen.

Es bedarf der Zustimmung des Ausschusses, wenn die Ergänzung der von einer Gemeinde verweigerten Volation eines Predigers beantragt werden soll. — Er ist zur Mitwirkung berufen, wenn von der Kirchenregierung gegen evang.-lutherische Geistliche und Religionslehrer an Schulen wegen falscher Lehre oder amtsunwürdigen Verhaltens der Antrag auf Entlassung oder Absetzung an das zuständige Gericht gebracht oder gegen Geistliche wegen Amtsunfähigkeit deren unfreiwillige Pensionierung endgültig verfügt werden soll.

Im Übrigen vgl. die Bestimmungen des Synodalgesezes; auch die §§ 5—8 des Kirchengesezes, die kirchliche Trauung und das kirchliche Aufgebot betreffend, vom 8. Dezember 1875 Nr. 6 und dessen Ergänzung durch Kirchengesez vom 27. Februar 1889 Nr. 6 Amtsblatt II 28.

§ 72. Die Inspektionssynoden.

Infolge eines von der Vorsynode gestellten Antrages wurde der ersten ordentlichen am 24. Oktober 1872 eröffneten Landesynode ein Gesetzentwurf, die Einrichtung von Inspektionssynoden für die evangelisch-lutherische Kirche des Landes und die Kirchenkonvente betreffend, vorgelegt, welcher nach geschehenen Verhandlungen in etwas modifizierter Form unter dem 6. Januar 1873 (Nr. 5 der G. u. V. S.) als Kirchengesez publiziert wurde.

Es werden hiernach ein Jahr ums andere unter dem Vorsitz der Superintendenten Inspektionssynoden gehalten, welche aus sämtlichen Geistlichen der Inspektion und ebenso viel aus der Zahl der Kirchenverordneten gewählten Laien bestehen.

Neuerdings ist auch in Aussicht genommen, den kirchlich sittlichen und sozialen Einfluß der Inspektionssynoden zu verstärken und durch Bildung von Inspektionssynodal-Ausschüssen ihre Bedeutung und Wirksamkeit zu steigern.

Ob für die beschränkten Verhältnisse unserer Landeskirche die Einrichtung einer Mittelstufe zwischen Landesynode und Kirchenvorständen ratsam, welche Befugnisse einem derartigen synodalen Organ beizulegen sein würden und ob dasselbe auch mit einem Ausschuß, als einem ständigen Organ auszustatten sei, darüber haben im Lauf der Zeit die Meinungen mehrfach gewechselt.

In dem Entwurf einer Verfassungsurkunde vom 18. Dezember 1849 waren für einen jeden der 16 zu bildenden unter

einem Superintendenten stehenden Kirchenkreise (§. 200) Kreissynoden in Aussicht genommen, welche mit einem Ausschuß versehen sein sollten (§ 26—37 des Entwurfs). Jedoch in dem der Vorsynode zur Beratung übergebenen Gesetzentwurf wegen Einführung synodaler Einrichtungen war hiervon abgesehen; „denn“, so heißt es in dem bei Übergabe des Gesetz-Entwurfs an die Vorsynode gerichteten Schreiben des Herzoglichen Staatsministeriums vom 1. Okt. 1869 (s. Anlage 5 S. 2) „der Nutzen, den solche Versammlungen haben können, scheint in weniger umfangreichen Landeskirchen immer problematisch zu sein, und bei der Eigentümlichkeit der hiesigen landeskirchlichen Verhältnisse haben erhebliche Bedenken von der Einrichtung der Kreissynoden abraten müssen.“

Es gelangte indessen diese Angelegenheit wiederholt zur Verhandlung in der Vorsynode. Ein bei der ersten Lesung des oben bezeichneten Gesetzentwurfs von dem Abgeordneten Nolte gestellter Antrag auf Einführung von Bezirksynoden wurde zwar abgelehnt, dagegen wurde ein bei der zweiten Lesung gestellter Antrag des Abgeordneten Guthe angenommen, wonach der Herzog ersucht wurde, „mit der ersten Synode sorgsam erwägen zu wollen, ob nicht zwischen Einzelgemeinden und Landessynode eine Mittelstufe unter möglichstem Anschluß an den bestehenden Inspektionsverband herzustellen sei, welche je nach Bedürfnis zu vorhergehender Beratung wichtiger, der Landessynode zu machenden Vorlagen berufen wird.“ (S. Anlage 6 Prot. 10).

Demgemäß wurde auf der ersten zum 22. Oktober 1872 einberufenen ordentlichen Landessynode unter andern Vorlagen der Entwurf eines Gesetzes, die Einrichtung von Inspektionsynoden für die evangelisch-lutherische Kirche des Landes und der Kirchenkonvente betreffend, zur Beratung gestellt, indem dazu bemerkt wurde:

Die Errichtung förmlicher Kreissynoden mit Disciplinarbefugnis und als Wahl-Kollegium sei mit Rücksicht auf den Umfang und die besonderen Verhältnisse der Landeskirche nicht ratsam. Am passendsten seien Inspektionsynoden, welche sich angeschlossen an die Predigersynoden, aber von diesen getrennt

und zwar alternierend abgehalten würden. Die nach § 49 des Gesetzes vom 30. November 1851 Nr. 52 in den Städten eingerichteten Kirchenkonvente den Inspektionsynoden völlig konform zu gestalten, sei durch kein Bedürfnis geboten. Es erscheine zweckmäßig, daß die Mitgliedschaft erweitert und daß den Kirchenkonventen der Wirkungskreis beigelegt werde, welcher den Inspektionsynoden zugewiesen würde.

Der aus 12 §§ bestehende Gesetzentwurf gelangte mit mehrfachen Abänderungen, deren wichtigste die Beseitigung der von einem zu bildenden Inspektions-Synodalausschuß handelnden Bestimmungen waren,*) zur Annahme.

Der Wirkungskreis der Inspektionsynoden, an welchen

*) Das mit Ausarbeitung des bezüglichen Gesetzentwurfs beauftragte Konsistorium hatte für die Inspektionsynoden auch das Recht der Entscheidung über Reklamationen wegen Stimmberechtigung und über streitige Wählbarkeit der zu Kirchenverordneten oder der behuf Vornahme der Predigerwahl gewählten Gemeindeglieder in Aussicht genommen und war so ein Synodalausschuß notwendig geworden, zu dessen Befugnissen außer den formalen der Vorbereitung der Versammlung der Synode und der Ausführung ihrer Beschlüsse noch gehören sollte, die eben erwähnte Zuständigkeit der Synode in der Zeit, während welcher diese nicht versammelt sei, wahrzunehmen. Der Gedanke, den Inspektionsynoden und ihren Ausschüssen eine derartige Zuständigkeit einzuräumen, fand indessen ausweislich des Ministerialreskripts vom 23. Mai 1872 Nr. 2551 bei der Herzoglichen Landesregierung keinen Anklang. In Folge dessen enthielt der mit dem Schreiben vom 25. Oktober 1872 der ersten ordentlichen Landesynode vorgelegte Gesetzentwurf nichts von einer solchen Kompetenz dieser Synoden und ihrer Ausschüsse. Er beschränkte vielmehr die Thätigkeit der letzteren, welche nur aus dem Vorsitzenden der Synode (dem Superintendenten), dem weltlichen Vorsitzenden und dem Schriftführer bestehen sollten, auf die vorerwähnten formellen Geschäfte. Ausschüsse von solcher Art erschienen der Landesynode als überflüssig, und so wurden die darauf bezüglichen Bestimmungen gestrichen. (Siehe das an den Ausschluß der Landesynode gerichtete höchste Reskript vom 28. September 1892 Nr. 5412 n. Anlage 8 der Drucksachen zu der 6. ordentlichen Landesynode).

auch der Generalsuperintendent und der weltliche Visitator teilnehmen können, jedoch ohne Stimmrecht, befaßt nach § 4:

1. Beachtung und Erwägung der kirchlichen und sittlichen Zustände und Verhältnisse in der Inspektion.

2. Beratung von Anträgen, Wünschen und Beschwerden, welche an das Konsistorium oder durch dessen Vermittelung an die Landes synode gebracht werden sollen, und Erledigung der von den Kirchenbehörden gemachten Vorlagen.

3. Die Befugnis, in Beziehung auf Verhältnisse, welche überall in dem Kreise der Wirkksamkeit der Inspektions synode liegen, Anträge an die Kirchenregierung zu richten.

Nachdem nun seit dem Jahre 1873 den vorerwähnten gesetzlichen Bestimmungen gemäß Inspektions synoden abgehalten sind, über deren Verhandlungen sich in den jeder ordentlichen Landes synode gemäß § 20 des Synodalgesetzes vom 31. Mai 1871 gemachten Mittheilungen über die Zustände und Verhältnisse der Landeskirche das Erforderliche findet, ist neuerdings das Bestreben hervorgetreten, den kirchlich sittlichen und socialen Einfluß der Inspektions synoden angemessen zu verstärken und ihnen auch einen Ausschuß zu geben, wie denn ein solches Organ fast allen derartigen in den letzten Jahrzehnten errichteten synodalen Körperschaften gegeben ist.

Ein in der am 5. November 1890 eröffneten außerordentlichen Landes synode von dem Synodalen Superintendent v. Schwarz (Gremlingen) gestellter Antrag, „Herzoglichem Kirchenregimente zur Erwägung zu stellen, ob das Gesetz, betreffend die Errichtung von Inspektions synoden durch Bestimmungen zu ergänzen sei, welche der Inspektions synode ein ständiges Organ verschaffen,“ wurde nach mehrfachen Verhandlungen angenommen, und ist demgemäß der 6. ordentlichen Landes synode ein Gesetzesentwurf vorgelegt, wonach einerseits der Wirkungskreis der Inspektions synode erweitert werden soll durch die Befugnis, in Bezug auf die kirchlichen und sittlichen Zustände und Verhältnisse der Inspektion Ansprachen und Ermahnungen an deren Kirchenvorstände richten zu dürfen, anderseits auch der Inspektions synode ein Ausschuß als ständiges Organ gegeben werden soll.

Indem man davon absieht, die Befugnisse der Inspektions synoden und ihrer Ausschüsse nach der kirchenregimentlichen oder

disziplinarischen Seite zu vermehren*), möchte man ihren kirchlich-sittlichen und socialen Einfluß verstärken und in ihnen „den für die Erhaltung des Kirchenwesens und seiner Ordnungen gegenüber dem Andrängen der staats- und kirchenfeindlichen Elemente thätigen Kräften neue Sammelpunkte bieten, welche in ihrer Zusammensetzung aus Geistlichen und Laien verschiedener

*) In fast allen deutschen Landeskirchen haben die Kreissynoden oder Diöcesansynoden oder Bezirkssynoden ein ständiges Organ (Direktorium, Moderamen, Vorstand oder Ausschuß) welchem außer den formalen Geschäften gewisse kirchenregimentliche Funktionen oder in das Gebiet der kirchlichen Verwaltung einschlagende Befugnisse verliehen sind, z. B.: Versorgung der Geschäfte der Kirchenvisitatoren, soweit diese nicht in der Wahrnehmung staatlicher Aufsichtsrechte bestehen (Schleswig-Holstein). Ausgleichung oder Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Gemeinden und Kirchenbeamten (Baden, Hannover, Waldeck, Konsistorialbezirk Wiesbaden, Konsistorialbezirk Kassel). Überwachung der Kirchenvorstände, Entscheidung über die Gründe zur Amtsniederlegung von Mitgliedern derselben, Verhängung von Ordnungsstrafen gegen die letzteren, Verfügung der Entlassung gegen sie (Baden, Hannover, Hessen, 6 östliche Provinzen Preußens, Schleswig-Holstein, Wiesbaden, Kassel). Prüfung der Wahlen von Gemeindevertretern und Kirchenvorständen an Stelle renitenter Gemeindeorgane (Hannover, Waldeck, Hessen, 6 östliche Provinzen, Schleswig-Holstein, Wiesbaden, Kassel). Mitwirkung bei Kirchenvisitationen (Baden Bayern). Entscheidung von Rekursen gegen Beschlüsse der Kirchenvorstände (Hessen). Mitwirkung als zweite Instanz bei gewissen Fällen der Ausübung der Kirchenzucht (Hessen, 6 östliche Provinzen, Kassel). Aufsicht über die Verwaltung des Kirchenvermögens (Baden, Württemberg, Hessen, Kassel).

Indem das oben bezeichnete Höchste Reskript vom 28. September 1892 hierauf hinweist, wird zugleich bemerkt, daß die Verletzung derartiger in das Gebiet der kirchlichen Regierung und Verwaltung eingreifender Befugnisse bei uns in anderer Weise geregelt sei, ohne daß schwer fühlbare Übelstände sich daraus ergeben hätten. „Die Beschäftigung der neuen Ausschüsse mit dergleichen äußeren Einrichtungen der Kirche würde in Wahrheit zur Kräftigung und Förderung des kirchlichen Lebens nichts beitragen.“

Gemeinden eines mäßig großen Bezirks besonders geeignet erscheinen in letzterem anregend und fördernd auf kirchlichem und eventuell auch auf socialem Gebiet zu wirken und die auf denselben wirkenden Kräfte in lebendigem Zusammenhange mit der Kirche zu erhalten.“ Man will damit der Auffassung Rechnung tragen, welche von der Stellung der Inspectionssynoden auf der Eisenacher Konferenz vom Jahre 1855 seitens des damaligen Referenten in folgenden Worten vorgetragen wurde:

„Die Diöcesansynode hat ihr Augenmerk auf die kirchliche Sittenzucht und die Werke der dienenden und helfenden Liebe in ihrem ganzen Umfange zu richten. Die Hauptfrucht des Zusammentretens der einzelnen Gemeinden durch ihre Presbyterialdeputierten in der Diöcesansynode muß die sein, daß sie sich gegenseitig ermahnen und ermuntern zu einem christlichen Wandel und sich einander helfen und dienen durch gegenseitige Handreichung bei den Werken der Liebe, in der Armen und Krankenpflege, in der Versorgung der Hilfs- und Ratlosen, der Verwahrlosten u. s. w. Das Gebiet dessen, was man jetzt unter dem Namen „innere Mission“ begreift, gehört recht eigentlich in den Wirkungskreis der Diöcesansynode; sie soll die verschiedenen dafür bestehenden Vereine und Anstalten nicht hindern oder hemmen, wohl aber dieselben sich nicht selbst überlassen und ignorieren, sondern sie in den Bereich ihrer Wahrnehmung und Beratung ziehen, damit sie nicht einen außerkirchlichen oder gar unkirchlichen Charakter annehmen, vielmehr als Zweige an dem Baume der Kirche erscheinen.“ (Allgem. Kirchenblatt 1885 S. 500. Höchstes Reskript vom 28. September 1892).

Inhaltsverzeichnis des zweiten Theils.

Seite

Erster Abschnitt. Von dem Hoheitsrecht des Staates in Bezug auf die Kirche nach der Verfassung des Herzogthums Braunschweig 99—127

- | | | |
|-------|---|-----|
| § 41. | Übersicht | 100 |
| § 42. | Religionsversicherungen des Herzogs Julius, Heinrich Julius, Anton Ulrich, anderer Fürsten. Nichterteilung derselben in neuerer Zeit | 111 |
| § 43. | Der Landesfürst als Inhaber des staatlichen Hoheitsrechts. Die Neue Landschaftsordnung. Erklärung des Regenten Prinzen Albrecht | 113 |
| § 44. | Vom Herzoglichen Staatsministerium. Zusammensetzung. Kontrassignatur. Verantwortlichkeit. Ministerialkommission | 114 |
| § 45. | Von der Landesversammlung. Zusammensetzung. Geschichtliches. Ständeverammlung. Drei Kurien; Dreikammersystem bis 1820. Zwei Sektionen; Zweikammersystem bis 1832. Jetzt Einkammersystem. Stellung zur Kirche. Befugnis. Budgetrecht | 127 |

Zweiter Abschnitt. Von den Rechtsverhältnissen der christlichen Kirchen und sonstiger Religionsgenossenschaften zum Staat und unter einander 128—163

- | | | |
|-------|--|-----|
| § 46. | Übersicht | 129 |
| § 47. | Die Religionsgenossenschaften während der alt-braunschweigischen Zeit. Die lutherische Kirche, die Katholiken, Reformierten, Juden | 139 |
| § 48. | Die Religionsgenossenschaften vom Beginn der westfälischen Fremdherrschaft 1806 bis zum Erlaß d. Neuen Landschaftsordnung 1832 | 141 |

- § 49. Die Religionsgenossenschaften während der neu-braunschweigischen Zeit. Grundsätze: Religionsfreiheit, Rechtsgleichheit, Selbständigkeit der Kirchengewalt. Juden, Reformierte, Katholiken . . . 149
- § 50. Die Dissidenten. Herrnhuter. Methodisten. Deutsch-Katholiken. Baptisten. Lichtfreunde. Freie Gemeinden. Dissidentengesetz . . . 163

Dritter Abschnitt. Das Kirchenregiment der evangelisch-lutherischen Landeskirche des Herzogtums Braunschweig . . . 164—201

- § 51. Übersicht . . . 165
- § 52. Rechtfertigung des Namens Landeskirche . . . 167
- § 53. Bildung und erste Einrichtung des Kirchenregiments unter Herzog Julius. Julii Kirchenordnung, ein staatskirchliches Grundgesetz. Einsetzung eines Konsistoriums oder Kirchenrats. Superintendens generalissimus. Der Synodus. Die Generalkonsistorien . . . 171
- § 54. Das Kirchenregiment in der alt-braunschweigischen Zeit. Verlegung des Konsistoriums nach Helmstedt und zurück nach Wolfenbüttel. Friedrich Ulrich. August. Territorialismus. Sinkendes Ansehen des Konsistoriums . . . 174
- § 55. Das Kirchenregiment in der neu-braunschweigischen Zeit. Die Neue Landschaftsordnung von 1832. Bestreben das Ansehen des Kirchenregiments zu heben. Ausschreiben vom 26. November 1851 . . . 183
- § 56. Das Kirchenregiment seit Einführung synodaler Einrichtungen. Anteil der Landessynode an der kirchlichen Gesetzgebung. Gesetz vom 27. März 1882 . . . 189
- § 57. Nachrichten über frühere kirchenregimentliche Einrichtungen. Kirchliche Selbständigkeit der Stadt Braunschweig bis zur Reduktion 1671. Geistliches Gericht bis 1814. Konsistorium zu Blankenburg bis 1806. Der geistliche Konvent zu Theedinghausen. Das geistliche Untergericht zu Wallenried . . . 194
- § 58. Diöcesaneinteilung. Diöcese, Pfarodie. Diöcesan-

einteilung unter Herzog Julius. Veränderungen. Verlust des Stifts Hilbesheim 1634. Erwerbung von Theedinghausen und Campen. Bildung der Generalsuperintendenturen Holzminden, Braunschweig, Schöningen, Blankenburg. Bestrebungen, die Einteilung zu vereinfachen. Aufhebung der Inspektionen Siedte-Querum, Wittelbe und Greene

201

Vierter Abschnitt. Die kirchenregimentlichen Organe unserer Landeskirche

202—308

- § 59. Übersicht 203
- § 60. Allgemeines über Konsistorien. Der Name. Erste Einrichtung von Konsistorien. Entwicklung. Lücke über Konsistorialform und Synodalforn 208
- § 61. Allgemeines über Synoden. Das Ältestenamt im Heidentum, im Judentum, in der alten christlichen Kirche. Katholische Synoden und Konzilien. Wiederherstellung des Ältestenamts in der Kirche der Reformation. Mißlungener Versuch in Hessen. Lambert und die Homberger Synode. Calvin. Spener. Neuere Entwicklung 221
- § 62. Vom Herzoglichen Konsistorium. Stellung zum Landesfürsten. Geschäftskreis. Das Konsistorium ist nicht mehr eine staatskirchliche Gerichtsbehörde. Es führt nicht mehr die Aufsicht auf die Verwaltung der Klöster und des Klosterguts. Beschränkung hinsichtlich Beaufsichtigung und Leitung des Schulwesens 240
- § 63. Die dem Konsistorio unterstellten Beamten. Kirchenvisitatoren. Übersicht. Name. 241
- § 64. Von den weltlichen Visitatoren. Wirkungskreis. Rangverhältnis. Geschäftliches. 245
- § 65. Die geistlichen Kirchenvisitatoren. Superintendenten. Name. Geschichtliches. Superintendenten in der Stadt Braunschweig. Im Lande. Obersuperintendenten. Chemnitz, Selnecker, Sattler, Dättrius, Specht, Treuer, Hassel 249
- § 66. Amtspflichten der Generalsuperintendenten und Stadtsuperintendenten. In Bezug auf die

| | | |
|-------|---|-----|
| | Specialsuperintendenten, Predigersynoden, Lesegesellschaften. Generalinspektions- Prediger- Wittven- und Waisen-Versorgungsanstalten, Sterbekassen. Die Generalsuperintendenten als Stadtsuperintendenten. Beziehung zu dem Schulwesen | 252 |
| § 67. | Amtspflichten der Specialsuperintendenten. Bei eintretenden Pfarrvakanz. Vokation und Einführung eines Predigers, Kirchenvisitationen, Predigersynoden, Inspektionsynoden, Revision der Kirchenbücher und Kirchenrechnungen u. s. w. Ephoralprüfungen. Schulinspektion | 257 |
| § 68. | Kirchenvisitationen. Geschichtliches. jetzige Ordnung derselben | 268 |
| § 69. | Von den repräsentativen Organen des Kirchenregiments. Allgemeines Priestertum. Gemeinden. Deren Wesen, Pflichten und Rechte. Ausübung der Gemeinderrechte in der Stadt Braunschweig. Geschichtliches. Rastenherrn. Provisoren. Repräsentanten. Kirchenvorsteher. Altaristen. Erster Versuch zur Bildung repräsentativer Organe. Wesen und sittlicher Charakter des Staats. Die Bildung repräsentativer Organe wird eine kirchenpolitische Nothwendigkeit. Konferenz der Generalsuperintendenten 1848. Entwurf einer Kirchenverfassungsurkunde 1850. Widerspruch | 285 |
| § 70. | Die Kirchenvorstände. Entstehung und Inhalt des Kirchenvorstandsgesetzes vom 30. November 1851. Errichtung der Kirchenvorstände 1852. Sonderrecht der Stadt Braunschweig | 296 |
| § 71. | Die Landessynode. Synodalverfassungen in Preußen und Hannover. Stimmen für und gegen Synoden. Votsynode 1869. Synodalgesetz vom 31. Mai 1871 | 303 |
| § 72. | Die Inspektionsynoden. Geschichtliches. Kirchengesetz vom 6. Januar 1873. Beabsichtigte Errichtung von Inspektionssynodalausschüssen. Die Eisenacher Konferenz über Diöcesansynoden | 308 |

